

Vorbemerkungen

Fast 2 Jahre hat es gedauert bis ich wieder einmal anfangs, die folgenden Zeilen zu überarbeiten. Einiges ist in der Zwischenzeit passiert. Ich kann aber feststellen, daß das, was ich vor knapp 2 Jahren geschrieben habe auch heute noch aktuell ist. Dennoch bedarf es einer Überarbeitung. Nicht nur die Zeit ist weiter voran geschritten, auch ich habe mich weiter entwickelt. So habe ich mich in der Zwischenzeit sehr stark mit der Wirtschaft beschäftigt, dies wird sich sicher auch in dem Text widerspiegeln.

Was hat sich nun gegenüber der Fassung von Pfingsten 1992 geändert? Der Text wurde vor allem mit einem anderen

Computerprogramm bearbeitet, so daß er sich in einem neuen Gewand zeigt. Aber nicht nur die Schrifttypen und die Spaltengestaltung haben sich geändert, es wird mit dieser Fassung auch eine neue Gliederung eingeführt. Es soll im wesentlichen zu einer Aufgliederung in 4 Schwerpunkte kommen:

- Einführung
- Geschichte
- Gegenwart
- Vorstellung des neuen Weltbildes

Die neue Gliederung wurde aus folgenden Gründen gewählt: Immer wieder gab es Probleme mit dem Umfang des Textes. Ich bleibe nach wie vor der Meinung, daß man meine Gedanken nur dann verstehen kann, wenn man den gesamten Zusammenhang vorgesetzt bekommt. Damit sprengt die Arbeit aber jeden Rahmen. Gleichzeitig müssen die, die den Text bereits kennen, sich noch einmal durch alles durchkämpfen. Ziel der Gliederung soll es nun sein, diese Nachteile zu minimieren, ich hoffe es gelingt mir.

Sachsen, Januar 1994

Nachdenken eines ehemaligen DDR-Bürgers über eine neue Gesellschaft

oder

Wir erleben eine Revolution und keiner merkt es

0. Vorwort

0.1. Allgemeines Vorwort

Ich war 1989/90 nicht gleich bereit mich von der Sozialistischen Idee zu trennen. Ich bin im Sozialismus erzogen wurden und ich hielt das, was man mir im Staatsbürgerkundeunterricht beigebracht hat, für einleuchtend. Inzwischen habe ich von diesen Lehren doch ein ganzes Stück entfernt. Sicher bin ich da nicht der Einzige, aber während sich die Meisten in den Wende-Zeiten um 180° gedreht haben um später fest zu stellen, das Marx doch nicht so ganz unrecht habe, habe ich mich langsam von der Sozialismusidee entfernt. Während andere, die Marx angebetet haben, heute von Marx nichts mehr wissen wollen, halte ich Marx nach wie vor für einen der bedeutendsten Gesellschaftswissenschaftler aller Zeiten. Für viele wird der Jetzt ein Widerspruch entstehen, das ich mich von der Sozialismus-Idee entfernt habe und trotzdem zu Marx stehe. Der Grund liegt darin, das ich mir mein eigenes Weltbild aufgebaut habe und dieses Weltbild möchte ich im Folgenden vorstellen. Will man jedoch dieses Weltbild verstehen, muß man den Gedankengang nachvollziehen, den ich gemacht habe. So wird sich ein Großteil des folgenden Textes mit der Vergangenheit und der Gegenwart beschäftigen und weniger mit einer Utopie. Ich werde mich hüten, nun zu sagen, durch diese Herangehensweise wird diese Utopie wissenschaftlich begründet. Es gibt keine wissenschaftliche Begründung für eine Utopie. Eine Utopie ist zwingend notwendig, wenn man eine neue Gesellschaft errichten will, aber Realität und Utopie werden immer auseinander klaffen.

Sicher bin ich nicht der Einzige, der sich Gedanken über eine neue Gesellschaft macht- Mein Vorteil war, daß ich mich bereits kurz nach der Wende mit dem Problem beschäftigt habe. So entstanden im Frühjahr 1990 die ersten Texte. Sie hatten damals noch den Titel: "Der Sozialismus als höchste Form des Kapitalismus". Heute halte ich zwar diese Behauptung für nicht unbedingt falsch, aber ich habe meine Gedanken immer erweitert. Mit der Erweiterung der Gedanken stehen auch 2 wichtige Funktionen, die folgenden Zeilen sollen dabei erfüllen sollen:

- 1: Mich zwingen meine Gedanken genauer zu formulieren.
- 2: Grundlage für eine unbedingt notwendige Diskussion sein.

Während ich mit der 1. Funktion ganz zu frieden bin, gibt es bei der 2. Funktion noch Probleme. Zaghafte Versuche waren dabei aber durchaus erfolgreich; sie reichen mir aber noch nicht aus.

Die Gedanken stellen eine Art Weltbild dar. In Zeiten, wo für viele ganze Welten zusammenbrechen, bin ich mit diesem Weltbild ganz zu frieden. Es erklärt mir viele Sachen, die in der Gesellschaft ablaufen. Eine Tatsache, die heute kaum einer von sich sagen kann.

Ich bin mir auch im Klaren, das der reichliche Umfang des Textes nicht gerade dazu beiträgt, eine Diskussion an zu kurbeln. Will man aber meine Gedanken im Zusammenhang verstehen, muß man alles wissen. Ein Problem, welches ich also nicht lösen kann. Ein anderes Problem war es bisher und wird es auch

weiter bleiben: Meine Deutsche Sprache ist unter aller Sau. Man sollte also über kleine Unzulänglichkeiten hinweg sehen - der Inhalt ist das Entscheidende.

0.2. Aktueller Zeitbezug

In dem derzeitigen Geschichtsabschnitt kommt es zu rasanten Veränderungen in der Gesellschaft. Deshalb ist es notwendig, einen speziellen Punkt ein zu fügen, der sich mit dem aktuellen Zeitpunkt beschäftigt. Der Zeitpunkt dieser Fassung ist das Ende des Jahre 1993.

Ein unberechenbarer Herr namens Schirinowski hat in Rußland ein beachtliches Ergebnis erreicht. In Deutschland hat ein Wahlmaraton mit der Kommunalwahl in Brandenburg begonnen. Die PDS hat im ersten Wahlgang die zweitmeisten Stimmen erhalten. In Deutschland erkennt man, daß die wirtschaftliche Entwicklung in der Boom-Region Südostasien ohne die Deutschen stattfindet. In Italien bricht der alte Parteienfilz auseinander. Im wesentlichen gibt es hier nur noch die Faschisten und Kommunisten, die Konservativen behaupten, es gebe keine Mitte mehr.

Ein für diesen Text aber bedeutenderer Punkt ist die Stimmungslage in der Bevölkerung. In allen Europäischen ehemals sozialistischen Staaten hat man diesen zum Teufel gejagt. Statt eines Aufschwungs gibt es aber massenweise Armut. In Deutschland ist man zwar von der Armut noch ein ganzes Stück entfernt, aber die Lage ist für die meisten auch nicht rosig. Ein hohe Arbeitslosenquote, ständige Kürzungen im Sozialetat und vor allem ein unsicherer Arbeitsplatz treiben die Angst in deutsche Stuben. Man erkennt, das die D-Mark, die man 1990 gewählt hat, keine Lösung gebracht hat.

In dieser Phase laufen die Menschen Scharenweise Menschen zu., die einfache Lösungen anbieten. So hat es eine Partei namens "Statt-Partei", deren Programm nur darin besteht, anders zu sein ohne sagen zu können, wie das anders aussieht, die Regierungsgeschäfte in Hamburg mit zu übernehmen. Es zeigt sich heute immer mehr, das man nach politischen Strömungen sucht, die ein Programm oder nur eine Vision darüber haben, wie man die akuten Probleme in den Griff bekommt. Den etablierten Parteien traut man das immer weniger zu. Es gibt dabei nur eine entscheidendes Problem: Keine politische Strömung hat ein tragfähiges Konzept. Man läuft Strömungen hinterher, die einfache Lösungen anbieten.

Mit dem Ende des Sozialismus hatte sich der Kapitalismus auf das Siegestreppchen geschwungen. Heute steht man fest, das das derzeitige System aber auch nicht mit der Zukunft fertig wird. Kommt man aber mit neuen Ideen für eine Gesellschaft kommt man nicht darum herum sich mit dem Marxismus kritisch auseinander zusetzen. Macht man das aber, kommt man schnell in den Ruf dem Sozialismus nach zu trauern, der auf dem Scheiterhaufen der Geschichte liegt. Ich habe keine Angst mehr davor, daß ich schon lange über die Phase eines dem Sozialismus hinter trauern weg bin.

1. Ein Stück Geschichtsaufarbeitung

1.1. Was war der "real-existierende Sozialismus"?

Ursprünglich lautete hier die Überschrift: "Der real-existierende Sozialismus als höchste Form des Kapitalismus." Mit dieser Überlegung fing mein Nachdenken über eine neue Gesellschaft an. Um nachvollziehbar zu machen, wie ich zu meiner heutigen Anschauung gekommen bin, möchte ich das Thema dieses Abschnittes zunächst aus dieser Sicht betrachten.

Ich bin durch meine Schulbildung geprägt, die wiederum vom Marxismus geprägt war. Damit bin ich klar und eindeutig im Geiste des Sozialismus erzogen wurden. Aber wenn ich davon ausgehe, was mir im Namen von Karl Marx beigebracht wurde, müßte der Sozialismus siegen und der Kapitalismus auf dem Müllhaufen der Geschichte liegen; aber genau das Gegenteil scheint der Fall zu sein. Man kann nun zu der Meinung kommen, das eine Rückwärtsbewegung von einer neuen zu einer alten Gesellschaftsordnung in Gang ist, aber als Materialist, der ich nun mal bin, widerstrebt mir so eine Meinung. Deshalb möchte ich auch hierfür einen Vergleich aus dem Tierleben bringen: Es sind zwar die Wale als Säugetiere ins Meer zurückgekehrt, wo alles Leben herkommt, da sind aber nicht gleich alle Säugetiere ins Meer zurückgekehrt. Wenn aber in der Natur etwas gegen Naturgesetze abläuft, dann ist nicht die Natur sondern sind die Naturgesetze falsch. Genau so sehe ich es auch in der Gesellschaft: Wenn also der Marxismus etwas Anderes vorhersagt als was wirklich eintritt, dann kann etwas am Marxismus nicht stimmen. Dabei muß aber nicht der gesamte Marxismus falsch sein, genau wie nicht die ganze Astronomie falsch war, als man erkannte, das sich nicht die Sonne um die Erde dreht, sondern anders herum.

Für mich war es notwendig, einen Ansatzpunkt für meine Überlegung zu haben. Also habe ich mir die Frechheit herausgenommen und gesagt: Der Sozialismus ist nichts anderes als eine Form des Kapitalismus. Nun gilt es eigentlich nur noch, diese Frechheit zu beweisen. Dies ist auch deshalb notwendig, weil ich mit dieser Behauptung den Sozialismus nicht nur auf eine Stufe mit dem Monopolkapitalismus sondern auch mit dem Faschismus und der "Sozialen Marktwirtschaft" stelle. Dabei stellen der Faschismus und Sozialismus die wohl extremsten Formen (rechts und links) dar.

Also auf denn und versuchen wir es zu beweisen: Dazu möchte ich in die Geschichte zurückgehen. Wodurch waren die Ablösung einer alten durch neue Gesellschaftsordnung geprägt? Im Feudalismus wurden die Klassen Sklaven und Sklavenhalter durch die beiden Klassen Bauern und Feudalherren abgelöst. Wirtschaftlich kam es zu einer Arbeitsteilung. Neben den Bauern entwickelten sich neue Gewerke, die sich wiederum vor allem in den Städten entwickelten. Die nun alte Gesellschaftsordnung erwies sich langsam als hemmend für die sich nun entwickelten neuen Klassen, die Arbeiter und die Kapitalisten. Die alte herrschende Klasse wurde zum Teufel gejagt. Die Bauern blieben, wurden aber zu einer gesellschaftlich unbedeutende Klasse. Interessant in diesem Zusammenhang ist noch, daß in der Wirtschaft eine Industrialisierung / Mechanisierung eintrat. Was unterscheidet nun den von den sogenannten Marxisten als Wechsel der Gesellschaftsordnungen bezeichneten, also den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, von der vorhergehenden? Es entstehen keine neuen Klassen: Dieser Fakt ist darauf zurück zu führen, daß

sich die Produktionsverhältnisse nicht änderten. Der Feudalismus brachte eine Spezialisierung, der Kapitalismus eine Mechanisierung und was brachte der Sozialismus? Neue Besitzverhältnisse? Die unterdrückte Klasse schuf die ausbeutende Klasse ab, ansonsten arbeitete ein Arbeiter in der DDR genau wie der in der BRD, nur das der im Osten mehr improvisieren mußte (konnte). Nun habe ich das Argument gehört: 'Sind neue Besitzverhältnisse nicht schon sehr viel?' Darauf möchte ich folgendes antworten: 1. Ein ähnlicher Versuch der Bauern im Bauernkrieg ist ja auch kläglich gescheitert und 2. mögen Besitzverhältnisse in unseren Moralbegriffen einen hohen Stellenwert haben, aber in den Gesellschaftswissenschaften spielen sie nur eine geringe Rolle: Ein Arbeiter der Aktien besitzt, bleibt trotzdem ein Ausgebeuteter.

Interessant in der Begründung, wieso der Sozialismus nur eine Form des Kapitalismus sein soll, ist auch die Frage, wo der Sozialismus gesiegt hat. Gesiegt hat er eigentlich nur dort, wo der Kapitalismus noch nicht gesiegt hatte, in Ländern mit zum Teil feudalen Produktionsweisen: Rußland, Mongolei, Cuba. In allen anderen Ländern wurde die "Revolution" vor allem durch den 2. Weltkrieg hineingetragen; und das widerspricht sogar der Theorie des Marxismus, daß Revolutionen nicht exportierbar sind.

Wenn wir die Große Sozialistische Oktoberrevolution als spätsbürgerliche Revolution betrachten, kommen wir auch zu ganz anderen Betrachtungen auf Randgebieten, denen der sogenannte Marxismus nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt hat. So hat zum Beispiel ein Überspringen einer Gesellschaftsordnung, wie z.B. in der Mongolei nie stattgefunden. Es hatte nur die neue Gesellschaftsordnung, der Kapitalismus, gesiegt.

Mit diesen "Beweisen" glaube ich gezeigt zu haben, daß man die Behauptung, daß der Sozialismus auch nur Kapitalismus war, durchaus aufstellen kann. Sicher gibt es auch noch andere "Beweise" dafür, aber auch dagegen. Hier liegen somit Ansatzpunkte für eine Diskussion.

Was nun im Sozialismus aus dem Blickwinkel meines "Weltbildes" passierte, will ich am Beispiel der DDR zeigen: In den Anfangsjahren der DDR beachtete man noch kapitalistische Wirtschaftsgesetze. Das beste Beispiel ist wohl die leistungsabhängige Bezahlung. Trotz erheblicher Probleme, wie die Reparationszahlungen und auch des Ost-West-Wirtschaftstourismus bis 1961, ging es doch beachtlich aufwärts. Natürlich gab es auch Probleme; das Markanteste ist wohl das um die Ereignisse des Jahres 1953. Es gelang der DDR doch, zu einem Land zu werden, welches in der Welt anerkannt wurde. 1961 schottete man sich vom Weltmarkt und vom internationalen Wettbewerb total ab.

Sicher war der Mauerbau 1961 aus ökonomischer Sicht berechtigt. Die Abschottung erfolgte aber zu total. Dies rächte sich in den siebziger Jahren: Abgeschottet vom Weltmarkt glaubte man daran, daß der Sozialismus die Vorstufe des Kommunismus sei. Man fühlte sich schon halb im Kommunismus, was zu dem Hauptproblem führte, daß, man kapitalistische Wirtschaftsgesetze bewußt verletzte. So wurde der Markt dirigistisch von oben bestimmt, statt die Anweisungen an Hand des Marktes zu geben. So war es auch verständlich, das der Markt Probleme brachte. Die Preise stiegen sowohl legal als auch illegal kräftig an. Das typischste Beispiel waren wohl die Autopreise. Die Inflationsspirale begann sich immer schneller zu drehen. Die Differenz zwischen Angebot und Nachfrage wurde immer ungünstiger. Das Ergebnis dieser Tatsache war, daß die Arbeitsproduktivität sank. Durch Arbeiten konnte man sich nicht so viel Geld verdienen wie

durch Nichtarbeiten. Die eigene Lösung: 'Jeder nach seinen Fähigkeiten' wurde vollständig verletzt. Dazu kam die totale Abschottung vom Weltmarkt. Der äußere wirtschaftliche Zwang, dem heute jedes Land unterliegt, fehlte.

Die kapitalistischen Wirtschaftsgesetze aber wirkten, ohne das man sich dessen bewußt wurde. So kam es auch, daß sich die Arbeiterklasse einen neuen Kapitalisten suchte. Bereitwillig bot sich hier die alte SED-Führung an. Parteikarriere ging vor Fachkompetenz, genau wie im real-existierenden Kapitalismus Geld vor Fachkompetenz geht. Das Ergebnis waren noch weitere Probleme in der Wirtschaft und damit in der Versorgung.

So nun wäre noch zu klären, wie ich bei aller Frechheit dieser noch die Krone aufsetze und behaupte, der Sozialismus sei sogar die höchste Form des Kapitalismus. Betrachtet man sich die Lebensweise eines Werktätigen in der ehemaligen BRD und der ehemaligen DDR könnte man über solche Behauptungen nur lachen. Einigen ist aber das Lachen schon vergangen. Es mußten doch einige erkennen, daß diese Betrachtungsweise durch die bürgerliche (kapitalistische) Moral geprägt ist und dies nicht unbedingt mit der gesellschaftlichen Notwendigkeit übereinstimmt. Ein Feudalbauer konnte es sicher auch nicht vorstellen, das die stinkende, schmutzige Stadt einen höheren Lebensstandard bieten sollte wie die frische Landluft. Heute ist dies kein Diskussions Thema mehr.

So hält die heutige Lebensweise eine genaue Betrachtung nach heutigen Anforderungen nicht mehr stand. Was nützen mir heute Kabelfernsehen, Camcorder, CD-Player, ..., wenn ich damit die Umweltprobleme nicht lösen kann und somit die Existenz der Menschheit auf dem Spiel steht. Was nützt mir ein schnelles Auto, wenn die Zinsen durch immer höhere Staatsverschuldungen steigen und deshalb der Wohnungsbau mehr als in der Klemme steckt und somit das Dach über den Kopf zum Problem wird.

Wie am Anfang geschrieben, waren diese Überlegungen der Ausgangspunkt meines Nachdenkens über eine neue Gesellschaft, das war im Frühjahr 1990. Inzwischen ist doch einige Zeit vergangen und vor allem die ersten Diskussionen zeigen, das man dieses Thema etwas anders anpacken muß.

1.2. Was ist eine Revolution

Durch meine "stalinistische Erziehung war ich gewohnt, Gesellschaftsordnungen als etwas abgeschlossenes zu betrachten. Die Oktoberrevolution beendete den Kapitalismus und der Sozialismus begann. Diese Einstellung ist aber zu einseitig, weil sie nur auf die politischen Machtverhältnisse eingeht. Die Gesellschaft ändert sich aber nicht schlagartig. Kapitalistische Verhältnisse bildeten sich nicht durch bürgerliche Revolutionen heraus, sondern vorher da. Die bürgerlichen Revolutionen stellten dann lediglich den Machtwechsel dar. Wenn man die Gesellschaft in Gesellschaftsordnungen einteilen will, muß man an historischen Daten Grenzen ziehen und hier bieten sich Revolutionen an. Somit kann man die Frage, ob der Sozialismus eine eigene Gesellschaftsordnung war, nur damit beantworten, was die Oktoberrevolution war. Für mich war die Oktoberrevolution eine spätbürgerliche und somit war der Sozialismus nur eine Form des Kapitalismus. Und dies begründe ich damit, daß sich vorher keine sozialistische Produktionsweise heraus bildete. Man versuchte erst nach der Oktoberrevolution eine neue Produktionsweise zu entwickeln und das geht nicht.

Für mich ist es heute auch kein Problem mehr, wenn jemand die Einteilung anders macht, also den Sozialismus unbedingt als eine eigene Gesellschaftsordnung ansieht. Für mich ist heute das Entscheidende in den Überlegungen, das sich die Gesellschaft nicht durch Revolutionen ändert, sondern vorher und das Revolutionen nur der krönende Abschluß sind. (Oder wie hatte es Marx formuliert: das Gesetz vom Umschlagen von Quantität in Qualität.) Revolutionen kommen immer dann, wenn die alten Machtstrukturen eine Weiterentwicklung der Gesellschaft verhindern. Die entscheidende Lehre ist mir deshalb, daß Revolutionen dann notwendig werden, wenn die alten politischen Machtstrukturen eine Weiterentwicklung der Gesellschaft und damit vor allem der gesellschaftlichen Produktionsweise verhindern. Bei einem Nachdenken über eine neue Gesellschaft muß man sich deshalb nicht die Frage stellen, wie kann ich die Gesellschaft verändern, sondern wie muß ich die Machtstrukturen ändern, das sich die Gesellschaft weiterentwickeln kann.

1.2.1. Die Oktoberrevolution

Nach der Leninschen Revolutionstheorie fand die Große sozialistische Oktoberrevolution am 7. November unseres heutigen Kalenders statt. Nach dem eine revolutionäre Situation entstanden war, wurde die Revolution durchgeführt. Soweit die heute allgemein übliche Definition. Ich möchte eine andere Darstellung der Situation darstellen. Eine Darstellung die auf der Theorie beruht, daß alle Revolutionen über eine längere Zeitspanne ablaufen:

Nachdem in den meisten europäischen Ländern der Kapitalismus die Macht ergriffen hatte, kam es mit dem Beginn des 20 Jahrhunderts auch in Rußland zu revolutionären Bewegungen. Einen ersten Höhepunkt erreichte die Bewegung mit der Revolution 1905. Allgemein schätzt man ein, daß diese Revolution gescheitert ist, aber im Zuge dieser Revolution kam es in Rußland auch zu Veränderungen. Bei einer revolutionären Situation kann man sehr schlecht sagen, wann sie beginnt, da die Übergänge fließend sind. Sollte ich aber einen Zeitpunkt nennen, der den Beginn definiert, so würde ich diese Teilrevolution als den Beginn definieren.

Der nächste Höhepunkt war die Februarrevolution 1917. Natürlich war der Weg dahin auch nicht ruhig. Wie in anderen revolutionären Zyklen zeigt sich aber auch hier, daß gewissen Höhepunkten lange Phasen der scheinbaren Stabilität entgegen standen.

Im Jahre 1917 überschlugen sich die Ereignisse, so daß es am Ende des Jahres zu Machtergreifung der Bolschewike kam. Man könnte sagen, daß damit die Revolution zu Ende gegangen ist. Ich finde aber, daß die Revolution etwa erst 1924 (mit dem Kampf um Lenins Erbe) beendet ist. In dieser Zeit hatte sich die Macht in der Sowjetunion so stabilisiert, daß die Bevölkerung hinter dieser Macht stand, auch wenn es sich hier um eine stalinistische Macht handelte.

Welche Unterschied macht es aber nun, wenn man die gesamte Phase (etwa 1904 - 1924) als Revolution definiert und nicht nur die Ereignisse um den 7. November 1917? Betrachtet man ausschließlich die Oktoberrevolution, kann man zu den Schluß kommen, daß es zu einem Wechsel vom Kapitalismus zu einer neuen Gesellschaft gekommen ist. Betrachtet man aber die Revolution als etwas länger dauerndes (also hier rund 20 Jahre) kommt man zu dem Schluß, daß sich die Feudale Gesellschaftsordnung zu einer Industriegesellschaft gewandelt hat. Ich spreche hier bewußt von einer Industriegesellschaft und nicht vom Sozialismus. Eine Industriegesellschaft, die sich in der Art und Weise der Produktion von der Kapitalistischen Produktionsweise unterscheidet. Der Einzige unterschied liegt in den Besitzverhältnissen. In der Sowjetunion hat man Staatseigentum geschaffen.

Es gibt viele Diskussionen, ob dies notwendig war oder nicht? Wenn man schon "nur" den Kapitalismus errungen hat, wäre es nicht besser gewesen, auch kapitalistische Besitzverhältnisse ein zu führen? Ja aber was sind kapitalistische Besitzverhältnisse? Haben nicht alle kapitalistische Länder Staatseigentum?

Außerdem muß bei der Frage nach der Richtigkeit der Machtübernahme auch die Zeitfrage beachten. In weiten Teilen Europas hatte sich die kapitalistische Produktionsweise und damit eine starke Arbeiterklasse etabliert. So kam es, daß in Rußland die Bourgeoisie Angst vor der eigenen Macht bekam und lieber einen Bund mit dem Feudalismus eingegangen wäre. So blieb der Arbeiterklasse nicht anderes übrig, als selbst den notwendigen Schritt der Machtübernahme des Kapitalismus zu gehen, schließlich ist sie ja eine Klasse des Kapitalismus.

Bei den Ereignissen in Rußland kann man außerdem die Ereignisse des 1. Weltkrieges und die Rolle des Bürgertums in diesem Krieg nicht vernachlässigen.

1.3. Der Sozialismus ein Teil des Kapitalismus

Marx und vor allem Lenin gehen von der entscheidenden Rolle des Klassenkampfes auf den Weg in eine neue Gesellschaft aus. Ich vertrete die Meinung: das ist falsch. Der Klassenkampf ist in der bestehenden Gesellschaftsordnung der entscheidende Faktor und nicht auf dem Weg in eine neue Gesellschaft. So komme ich heute zu folgendem Schluß: Der Sozialismus war für den Kapitalismus zwingend notwendig. Ich weiß, das ich mit so einer Behauptung bei den heute bestehenden Lagern (Rechts/Links) keines Falls auf Zustimmung treffen werde, weil ich erkläre, das der Kampf gegen den Kapitalismus gerade diesen stabilisiert hat. Ich verstehe, daß man über so viel scheinbare Dummheit nur den Kopf schütteln kann. Deshalb möchte ich auch versuchen zu erklären, wieso ich so einen scheinbar absurden Satz niederschreiben kann:

Bereits Marx geht von der Notwendigkeit des Klassenkampfes aus. Daran möchte ich keinerlei Abstriche machen. Der Klassenkampf ist in der Klassengesellschaft notwendig. Er reguliert das Kräfteverhältnis zwischen denen die Besitzen und denen die den Besitz erarbeiten. Er bewirkt einen Zustand des Ausgleichs in der Gesellschaft. Vereinfacht kann man sagen: Während im Kapitalismus der Kapitalist bestrebt ist, mehr Profit zu machen um mehr investieren zu können (seinen eigenen Konsum möchte ich einmal vernachlässigen) ist der Arbeiter bestrebt, mehr Produkte zu kaufen, also zu konsumieren. Das heißt der Klassenkampf schafft einen Ausgleich zwischen Akkumulation und Konsumtion. Dieser Ausgleich ist notwendig: Wird zuviel konsumiert, steht zu wenig zum Investieren zur Verfügung, das heißt wiederum: es steht in Zukunft weniger zum Konsumieren bereit. (Ein Effekt, der ja in der Ex-DDR auftrat.) Aber auch das Gegenteil ist schädlich: Wenn man zu viel investiert, dann stehen dem Konsumenten zu wenig Geld zur Verfügung, dann können sie die neuen Produkte nicht kaufen und die Investitionen zahlen sich nicht aus. Der Klassenkampf ist somit ein entscheidendes Mittel bei der vernünftigen Verteilung des erzeugten Mehrproduktes. So kommt man zur Erkenntnis, das die gesamte Arbeiterbewegung zur Stärkung des Kapitalismus beigetragen hat. Für Linke Kräfte sicher eine bittere Erkenntnis.

Aber um auf den Sozialismus zurück zu kommen, möchte ich auf den Zusammenhang von Klassenkampf und Sozialismus kommen. Die Führungen der Sozialistischen Staaten haben ja auch immer behauptet, das der Sozialismus die Fortsetzung des Klassenkampfes auf höchster Stufe darstellt. Hierbei haben sie nicht einmal die Unwahrheit gesagt. Heute, wo das sozialistische Lager zerbrochen ist, sieht man den nationalistischen Charakter hervortreten. Ein in "sozialistischen" Zeiten, auch Zeit des kalten Krieges genannt, angestrebter Europäische Union wird auf einmal fraglich. Aber für die Entwicklung der Produktionsmittel war eine Internationalisierung der Produktion notwendig. Für die Wirtschaft war und ist die Europäische Gemeinschaft notwendig, diese war aber nur möglich, weil es auf der anderen Seite den Ostblock gab, der diese Zwangsehe ermöglichte. Mit den Zerfall des Ostblockes tritt nun der Konkurrenzkampf zwischen den Ländern wieder heraus. Ein Zustand der im Kapitalismus notwendig, aber heute nicht mehr zeitgemäß ist.

Der Sozialismus war ein wichtiger Zeitraum in der jüngeren menschlichen Entwicklung. Seine Existenz war für die Entwicklung der Menschlichen Gesellschaft notwendig. Er ist nicht gescheitert, aber auf Grund der systematischen Entwicklung der Menschheit ist dieser Abschnitt zu Ende gegangen. Man kann die gesellschaftliche Entwicklung nach unterschiedliche Gesichtspunkten ordnen und so den Sozialismus als eigene Gesellschaftsordnung betrachten. Ich bin aber der Meinung, das er nur eine Form des Kapitalismus war, weil er es nicht geschafft hat, das sich auch eine eigene Produktionsweise herausgebildet hat. Gleichzeitig war das Vorhandensein des Sozialismus für die Entwicklung des Kapitalismus von Vorteil. Von einem Scheitern des Sozialismus kann man schon deshalb nicht sprechen, weil es in der Gesellschaft kein Scheitern geben kann, schon gar nicht, wenn etwas so lange existiert hat. Jede Etappe in der menschlichen Entwicklung ist notwendig. Es muß natürliche Gründe geben, wieso der Sozialismus zu Ende geht. Will man über eine neue Gesellschaft nachdenken, muß man auch über diese Gründe nachdenken. Dabei ist es völliger Unsinn, sich hin zu stellen, wie z.B. die CDU, und zu sagen, der Sozialismus war so wie so zum scheitern verurteilt; es ist aber auch völlig falsch dem Sozialismus hinterher zu trauern. Es hilft nur eins: Analyse der real-existierenden Gesellschaft.

1.4. Die Rolle der Gesellschaftswissenschaften

1.4.1. Gesellschaft und Wissenschaft

Mit dem Ende des real-existierenden Sozialismus kam die Meinung auf, das damit auch das Ende der Gesellschaftswissenschaften als Wissenschaft gekommen sei. Inzwischen mußten einige aber einsehen, das der Marxismus bei der Kapitalismusbetrachtung doch nicht so unrecht gehabt hat. Aber wie sieht es nun aus. Bestimmt nun der Mensch was in der Gesellschaft passiert oder unterliegt die Gesellschaft natürlichen Gesetzen?

Ich möchte das zunächst am Ende des Sozialismus ergründen. Ist der Sozialismus zu Ende gegangen, weil die Menschen etwas anderes wollten oder weil er gegen die Wissenschaft verstoßen hat? Die Konservativen werden jetzt natürlich laut schreien: Natürlich weil die Menschen die Schnauze voll hatten vom Sozialismus. Da ich aber nicht gewohnt bin, konservativ zu denken, reicht mir so eine Antwort nicht aus.

Marx hatte eine wissenschaftliche Lehre erarbeitet, an der man sich festhalten wollte. Man wollte eine Diktatur des Proletariates aufbauen. Dies wäre auch zu Beginn des Jahrhunderts richtig gewesen, weil es eine Weiterentwicklung der bestehenden Gesellschaft gebracht hätte. (Ob nun eine neue Gesellschaftsordnung oder "nur" eine neue Form des Kapitalismus ist da bei völlig egal.) Bis hier her hielt man sich an der Wissenschaft, aber dann versuchte man gegen die Wissenschaft zu verstoßen. Eine ganz normale Reaktion, weil die "bürgerliche Demokratie" den Machtmißbrauch gerade zu fördert. Die besten Beispiele sind ja in der Zeit der sogenannten Wende entstanden: Herr Meckel, Frau Bergmann-Pohl, Herr Krause... Schon Marx schrieb, das die Machtfrage das Entscheidende sei. Er vergaß aber, das in der "bürgerliche Demokratie" der Machtmißbrauch gerade zu provoziert wird. Eins von vielen aktuellen Beispielen: Ministerpräsident Lothar Spät (CDU) oder die Gehälteraffären z.B. in Sachsen Anhalt (1993).

So kam es auch da zu, das die stalinistischen Parteien im real-existierenden Sozialismus ihre Macht behalten wollten und so gar keinen Wert auf eine wissenschaftliche Betrachtung der real-existierenden Gesellschaft legten. Es versuchten also Menschen die Gesellschaft zu steuern. Das Ergebnis war, das die Natur reagierte. Es war somit ganz natürlich, das sich die Gesellschaft anders entwickelte, als sich das die "Politiker" vorstellten. Während die Herrschenden wollten, das die Arbeiterklasse Totengräber für den Kapitalismus sein sollte, "wollte" die Natur, das die Arbeiterklasse zahlenmäßig abnimmt.

Aber nicht nur die stalinistischen Politiker haben eine Niederlage einstecken müssen. Auch die "bürgerlichen" Politiker haben Niederlagen hinnehmen müssen: Zunahme der Arbeitslosigkeit, ökologische Probleme, Rückgang der Glaubwürdigkeit von Politikern... Die "bürgerliche Demokratie" hatte aber den Vorteil, das sie flexibler auf die Wirklichkeit eingehen mußte.

Es zeigt sich, das gerade das Ende des real-existierenden Sozialismus beweist, das die Gesellschaft nach natürlichen Gesetzen abläuft, unabhängig vom Willen des Menschen. Die Menschen können Prozesse verzögern oder beschleunigen, sie können sie aber nicht verhindern oder erzwingen. So macht mich das Ende des real-existierenden Sozialismus nicht mehr pessimistisch sondern optimistisch, das die menschliche Entwicklung weitergeht. Die Menschheit kann sich dagegen wehren; das würde aber bedeuten, das sie sich selber umbringen müßte. Auf dem besten Weg da zu ist sie ja bereits. Wenn sie nicht bald etwas gemeinsam gegen die ökologischen Probleme in der Welt unternimmt, brauchen wir uns auch um neue Gesellschaftssysteme nicht mehr den Kopf zu zerbrechen.

Natürlich steht jetzt auch die Frage, was nützt die Beschäftigung mit neuen Gesellschaftssystemen, wenn die Natur festlegt, was passiert. Hier hat aber der Kapitalismus gezeigt, daß die Natur genügend Spielraum für verschiedene Entwicklungsformen bringt. Die besten Beispiele sind die verschiedenen Erscheinungsformen des Kapitalismus. Von den Stalinisten in Moskau über die Formen in Skandinavien, den Staatsbetrieben in Frankreich, den Militärdiktaturen in Südamerika bis zum Faschismus in Deutschland (33-45). Gerade diese Formenvielfalt zeigt, das für Gesellschaftsmodelle genügend Platz ist. Entscheidend ist nur, das die Modelle den gesellschaftlichen Notwendigkeiten entsprechen. Entsprechen sie nicht den gesellschaftlichen Notwendigkeiten, ist ihr vorzeitiges Ende vorgegeben.

Es zeigt sich also, das für verschiedene Gesellschaftsmodelle genügend Platz vorhanden ist. Im Gegenteil: ich vertrete die Meinung, das gerade diese Vielfalt der Formen ein Vorteil des Kapitalismus war und ist. Es zeigt sich auch in den derzeitigen Völkerrunnen, das diese Vielfalt auch in Zukunft notwendig ist. Außerdem hat sich gezeigt, das man funktionierende Modelle nicht ohne weiteres "exportieren" kann. Das sowjetische hat in Osteuropa nicht richtig funktioniert und auch das westdeutsche Modell funktioniert in den fünf neuen Bundesländern nicht richtig.

So kommt man auch zu den Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften: Sie müssen ergründen, was in der Gesellschaft unbedingt notwendig ist und wo die Spielräume liegen. Sie muß die Rahmenbedingungen festlegen, sie muß aber auch Spielraum für die Gesellschaft lassen. Die Gesellschaft braucht diesen Spielraum, um sich weiter zu entwickeln. Hat sie diesen nicht, so nimmt sie sich diesen.

Und gerade das ist das Problematische bei den Gesellschaftswissenschaften. Sie müssen die Gesellschaft analysieren, müssen ihr aber Spielräume zu Veränderungen lassen. Diese Veränderungen ermöglichen aber eine ständige Weiterentwicklung der Menschheit. Diese wiederum macht neue Erkenntnisse notwendig. Die

Gesellschaftswissenschaften sind deshalb keine starren Wissenschaften. Jede neue Erkenntnis bringt auch neue Probleme. Eine Stagnation bedeutet das Ende der Menschheit.

Die Gesellschaftswissenschaften haben also ihre Grenzen in der Gegenwart. Alle Spekulationen in die Zukunft sind keine wissenschaftlich begründbare Hypothesen. Ich kann jeden Weg gehen. Die Gesellschaftswissenschaften können mir dann sagen, ob der Weg richtig war oder nicht. War der nicht richtig, kann oder besser muß ich meinen "Weg" ändern. Ich darf aber nicht den Fehler machen und den Weg weiter verfolgen, wenn die Gesellschaftswissenschaften zeigen, das dies ein Fehlweg ist.

In diesem Zusammenhang muß man auch einmal mit einem stalinistischen Schwachsinn aufräumen. Man ging davon aus, daß der Marxismus die erste wissenschaftlich begründete Utopie war bzw. ist. Dies ist völliger Schwachsinn, da ich eine Utopie nicht wissenschaftlich begründen kann, da sich eine Gesellschaft weiterentwickeln wird und sich so die Ausgangsbasis der Begründung ändert. Man braucht eine Utopie darüber was man will. Man muß definieren was man erreichen will und wie der Weg dahin aussieht, aber im Laufe der Zeit werden sich die Bedingungen an diesem Weg ändern, so kann es auch (was natürlich nur in Extremfällen der Fall sein sollte) das Ziel ändern. Nur brauchen wir heute erst einmal einen Weg und den können wir erst festlegen, wenn wir wissen wo das Ziel liegt und für ein Ziel in der Zukunft brauchen wir eine Utopie. Diese Utopie kann aber kein Teil der Wissenschaft sein, sie kann "nur" eine Ideologie sein.

Natürlich ist es nicht einfach fest zu stellen, was ist zur Zeit der richtige Weg. So bestand lange Zeit ein Zusammenhang zwischen Wachstum in der Industrie und Wachstum der Beschäftigungszahlen. Die Automatisierung hat eine Veränderung gebracht. Jetzt besteht dieser Zusammenhang nicht mehr. Die Industrie wächst und die Beschäftigungszahlen sinken.

Die Gesellschaftswissenschaften waren in letzter Zeit auch sehr stark von ideologischen Machtkämpfen geprägt. Sie muß sich aber von einer ideologischen zu einer analytischen Wissenschaft wandeln. Das dies passiert, ist eigentlich ganz natürlich. Es sind heute neue gesellschaftswissenschaftliche Erkenntnisse notwendig, also wird sich diese Wissenschaft auch entwickeln.

Soll sich aber die Gesellschaftswissenschaft entwickeln, darf man sie nicht als Unwissenschaft verdammen. Man darf nicht die selben Fehler machen wie bei den Altlasten der DDR (SED und Stasi). Man darf sie nicht von vornherein verdammen. Man muß die Vergangenheit aufarbeiten. Man muß die Ideologie aus den Wissenschaften entfernen und dabei muß man die Aufgaben neu formulieren.

Wenn ich über die Gesellschaftswissenschaften nachdenke, komme ich immer wieder zur Astronomie. Zu Beginn unseres Jahrhunderts war die Astronomie auch ideologisch von der Kirche versucht. Erst als sie sich von den ideologischen Fesseln (Mensch und damit Erde im Mittelpunkt) löste, kam es zu einer stürmischen Entwicklung. Und genau diese Chance haben heute die Gesellschaftswissenschaften.

1.4.2. Welche Rolle spielen die Ideen von Marx heute?

Um diese Frage zu beantworten, galt es für mich, die Rolle von Marx in den Gesellschaftswissenschaften neu ein zu ordnen - der Heiligenschein mußte weg. Sicher sind dafür die Geschichtsforscher gefordert, aber so lange konnte ich nicht warten, da ich gezwungen war, auf mein altes Weltbild auf zu bauen, welches in erster Linie auf mein Schulwissen und dieses wieder auf Marx aufbaut. Und das alles mußte neu durchdacht werden, und das ging nur, wenn ich bei den Wurzeln, sprich dem Marxismus anfang. Ich möchte nun die Ergebnisse meiner Überlegungen anbieten:

Genau wie heute führte auch im Feudalismus die Entstehung neuer Produktionsweisen zu Problemen in der Gesellschaft. Die alten Strukturen der Gesellschaft hinderten die Industrialisierung, sich weiter zu entfalten. Es kam zu Spannungen und zu Problemen in der Gesellschaft. Stößt man aber in einer Wissenschaft auf Probleme, die sehr dringend einer Lösung bedürfen, dann entwickelt sich diese Wissenschaft besonders rasch. Und genau das passierte mit den Gesellschaftswissenschaften. Viele Herren und Damen, die schon vor Marx da waren, sind heute schon vergessen. Sie sorgten aber mit ihren Ideen für eine Entwicklung der Gesellschaftswissenschaften. Durch eine genaue Analyse der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse durch die Gesellschaftswissenschaftler, kam es da zu, daß sich der Kapitalismus in den ersten Ländern durchsetzen konnte - die ersten bürgerlichen Revolutionen hatten gesiegt. Damit war aber noch nicht das Ende der stürmischen Entwicklung der Gesellschaftswissenschaften gekommen. Erst mit Marx, der im wesentlichen alle Erfahrungen seiner Vorgänger zusammen faßte und mit einer klaren Analyse neue Ideen in die Gesellschaftswissenschaften einbrachte, kam es zu einem Höhepunkt in den Gesellschaftswissenschaften. Nach Marx entwickelten sich die Gesellschaftswissenschaften bedeutend langsamer und nach Lenin kam es zu einer Art Stagnation. Das lag aber nicht an der Kommunismuseide von Marx, sondern daran, das die Menschheit an Grenzen der Erkennbarkeit geraten war.

Um mich verständlich zu machen, versuche ich diesen Prozeß an einem astronomischen Beispiel zu erläutern: Lange Zeit galt es als sicher, daß die Erde eine Scheibe sei. Nun kam es aber dazu, daß die Schiffe über die Meere führen und mit dieser Theorie war nicht zu erklären, wieso dann Schiffe am Horizont "im Meer versinken". Gleichzeitig brauchte man Orientierungshilfen und da zu boten sich die Sterne an. Diese Probleme erzwangen eine Entwicklung der Astronomie. Diese Phase ging soweit, daß die Sonne in den Mittelpunkt der nun runden Planeten rückte. Genau wie Marx stießen die Astronomen an die Grenzen des Erkennbaren. Sie erkannten zwar, das sich die Planeten um die Sonne drehen, sie stellten aber die Sonne in den Mittelpunkt aller Gestirne. Nun lag das nicht an den Astronomen sondern an den technischen Voraussetzungen. Erst modernere Technologien machten neue Erkenntnisse möglich. Und genau so erging es auch Marx. Er analysierte die Gesellschaft seiner Zeit zwar richtig, es fehlten ihm aber die gesellschaftlichen Voraussetzungen, um Schlüsse auf folgende Gesellschaftsordnungen ziehen zu können. Der Kapitalismus steckte noch in den Kinderschuhen und Marx hatte schon einen Totengräber parat.

Genau wie heute niemand Kopernikus verdammen wird, weil er nur zum Teil recht hatte, so sollte man heute auch Karl Marx nicht verdammen. Er war der größte bürgerliche Philosoph aller Zeiten und hat so auch einen Ehrenplatz im Buch der Geschichte verdient. Man sollte sich doch reichlich überlegen, ob man seinen Namen von Straßenschildern entfernt. Viel mehr könnte man die Gesellschaftswissenschaftler der letzten Jahre verdammen, die eigentlich keine Wissenschaftler waren, weil sie nicht an den bestehenden Lehren zweifelten. Sie lehrten Marx wie die Bibel, ohne zu fragen: sind diese Lehren heute noch aktuell? Jede Wissenschaft lebt vom Zweifel an bestehenden Lehren. Und weil dies von den sogenannten Marxisten nicht gemacht wurde, stagnierte auch die Gesellschaftswissenschaft. Wenn die Astronomen nicht angezweifelt hätten, daß die Erde eine Scheibe sei, gebe es heute keine Raumfahrt.

Ich habe geschrieben: "man könnte die sogenannten Marxisten verdammen", aber auch hier möchte ich vorsichtig sein. Erstens gab es auch Gesellschaftswissenschaftler, die nicht bereit waren, sich in die Stalinistische Richtung zu drängen und zweitens sollte man sich auch der Geschichte der Gesellschaftswissenschaften bewußt sein. Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise kam es zu einer Entwicklung der Gesellschaftswissenschaften, bis diese an die Grenzen des Erkennbaren kam. Neben den wissenschaftlichen Erkenntnissen kam es auch zu einer Spekulation, wie eine vernünftige Gesellschaft aussehen könnte. Es kam zu einer Verschmelzung von Wissenschaft und Kommunismustheorie. Mit dem Sieg der Oktoberrevolution glaubte man diese Theorie bestätigt. Das Ergebnis war eine noch stärkere Verschmelzung von Wissenschaft und Ideologie. Der Marxismus verlor seine Basis, die Realität.

In diesem Abschnitt habe ich Marx als den größten bürgerlichen Philosophen bezeichnet, damit entstand für jemand das Problem: wie kann ich dann auf Marx noch aufbauen, wenn er ein "kapitalistischer Philosoph" ist? Hier müssen wir uns noch von der Klassenkampfmoralität trennen. Die bürgerliche Philosophie ist doch nichts schlechtes. Vor allem in der Vergangenheit hatte sie ihre Berechtigung. Hegel hat doch nicht bewußt Lügen von sich gegeben. Die kapitalistische Philosophie ist nur in einigen wichtigen Punkten nicht mehr zeitgemäß. Man muß die Gesellschaftstheorie weiterentwickeln und nicht neu erfinden. Einstein hat ja auch nicht die Physik neu erfunden, als er die Relativitätstheorie entdeckte. Man sollte auch wissen, das man mit neuen Erkenntnissen nicht überall auf Gegenliebe stößt: siehe die runde Erde.

Wenn man die Erkenntnisse von Marx in ein neues Weltbild einbringen will, muß man sie erst einmal in Frage stellen und nur wenn sie einer kritischen Betrachtung heute noch standhalten, haben sie einen Platz in neuen Weltbildern verdient. Eine entscheidende Frage steht heute für mich bei der Bedeutung der Rolle des Klassenkampfes auf den Weg in eine neue Gesellschaft. Betrachtet man sich die Geschichte, stellt man fest, das zum Beispiel die Arbeiterklasse und die Bourgeoisie während der bürgerlichen Revolution gemeinsam für eine neue Gesellschaft gekämpft haben. Es ist auch verständlich, da sie gemeinsame Ziele besitzen. Und heute zeigt es sich, das die Arbeiterklasse gar kein Interesse an einer neuen Gesellschaft besitzt. Wie konnte Marx aber zu so einer Theorie kommen. Mit der Weiterentwicklung der Philosophie in der Zeit des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus kam es zu einer Abkehr vom Idealismus hin zum

Materialismus (Feuerbach). Materialismus besagt, das man die Welt, also auch die Gesellschaft erkennen kann. Nun ging Marx davon aus: wenn man die gesellschaftlichen Prozesse erkennen kann, dann muß man sie auch verändern können. Im Prinzip stimmt ja diese Überlegung: Wenn man weiß, warum Wasser immer bergab fließt, kann man auch Wasser auch bergauf fließen lassen, nur braucht man dann Pumpen, die dies ermöglichen. Genauso ergeht es auch der Gesellschaft. Ich kann gesellschaftliche Prozesse erkennen, also kann ich sie in ihren natürlichen Grenzen auch beeinflussen. Da aber die Gesellschaft sehr komplex und in ständiger Bewegung ist, fällt es auch schwer, die Gesellschaft zu analysieren. Aber gerade dies Analyse ist eine wichtige Voraussetzung, um wirklich Veränderungen zu erreichen.

1.4.3. Die führende Rolle welcher Klasse?

Marx entwickelte seine Kommunismustheorie aus der führenden Rolle der Arbeiterklasse heraus. Eine für diese Zeit verständliche Logik. Zu dieser Zeit gab es 4 wichtige Klassen: Der Adel war gesellschaftlich am Ende und entwickelte sich zum Großteil zu Kapitalisten; die Feudalbauern verloren gesellschaftlich an Bedeutung und die Kapitalisten hatten gerade die Macht ergriffen. Also blieb die Arbeiterklasse als treibende Kraft übrig. Ist nun die Arbeiterklasse wirklich die treibende Kraft auf den Weg in eine neue Gesellschaft?

Um diese Frage zu beantworten, möchte ich zurück zu den Feudalismus gehen. In ihrer gesellschaftlichen Funktion kann man die Feudalbauern mit der Arbeiterklasse vergleichen. Die Bauern hatten ja zum Beispiel im Bauernkrieg auch versucht, sich von dem feudalen System zu lösen. Da sie aber wirtschaftlich mit dem alten System verbunden waren, gelang ihnen das nicht und erst neue Produktionsverhältnisse brachten neue Klassen, die den Weg frei machten für eine neue Gesellschaftsordnung. Aber wo sind diese Klassen heute? Gehe ich von meinem "stalinistischen" Schulwissen aus, gibt es sie nicht.

Nach der stalinistischen Auffassung gibt es nur Kapitalisten und Arbeiter. Schaut man sich aber diese beiden Klassen einmal näher an, kommt man zu einer etwas eigenartigen Einschätzung: Den Kapitalist im klassischen Sinne gibt es kaum noch. Die Besitzer der Großkonzerne sind nur noch mit Geldausgeben beschäftigt. An der Spitze der Großbetriebe stehen heute Geschäftsführer, die selbst nur Angestellte sind. Hier zeigt sich übrigens, daß auch die Einteilung Arbeitnehmer und Arbeitgeber nicht funktioniert, denn Geschäftsführer treten als Arbeitgeber auf, sind aber selbst nur Arbeitnehmer. Der Arbeiter im eigentlichen Sinne, also der körperlich arbeitende Mensch, verliert zahlenmäßig an Bedeutung. Es wird immer mehr ein geistig tätiger Mensch aktiv.

Also weder die Marx'sche 2 Klassenlehre noch die schmeichelhafte Einteilung in Arbeitgeber / Arbeitnehmer bringt mich weiter. Also versuchen wir es anders. Die neuen Klassen entwickelten sich damals zusammen mit den neuen Produktionsweisen. Damals war es die Industrialisierung - Mechanisierung; aber gibt es heute etwas Neues? Betriebswirtschaftler reden schon lange von der Automatisierung. Aber was bringt sie Neues? Die Automatisierung ist dadurch geprägt, das die körperliche Arbeit immer mehr durch geistige abgelöst wird. D.h. Produkte entstehen am Computer und Automaten fertigen die Produkte mit nur einem geringen Anteil an körperlicher Arbeit. Die geistige Arbeit wird heute von Ingenieuren erledigt, also von Angehörigen der Intelligenz. Selbst die Geschäftsführer gehören der Intelligenz an. Nun ist die Intelligenz nicht direkt eine Erfindung der Automatisierung; sogar Marx war Angehöriger der Intelligenz. Eins steht aber fest: Mit zunehmender Automatisierung nimmt der Anteil der Intelligenz an der Gesellschaft zu.

Die Kapitalistische Herangehensweise zieht die Intelligenz gern auf ihre Seite in dem sie diese zu den Arbeitnehmern schlägt. Auf der anderen Seite versuchen die Stalinisten die Intelligenz als ein Teil der Arbeiterklasse an zu sehen. Was ist nun aber die Intelligenz? Mein Schulwissen sagt mir nun aber, daß die Intelligenz nur eine Schicht keine Klasse ist. Hier muß ich aber sagen: Auch der Arbeiter war schon vor dem Kapitalismus da ohne das man da bereits von einer Arbeiterklasse sprechen kann.

Schon in der Sklavenhaltergesellschaft gab es zum Beispiel Schmiede. Ihre Rolle verstärkte sich aber in der kapitalistischen Produktionsweise so stark, daß man von einer Klasse sprechen kann. Genau so ergeht es der Intelligenz. Zu den Zeiten von Karl Marx war ihre Rolle in der Gesellschaft so gering, daß er ihre Bedeutung in der Gesellschaft nicht erkennen konnte. Erst die Automatisierung ermöglichte ihre sprunghafte Entwicklung, so daß sie zahlenmäßig so stark ist, daß man von einer Klasse sprechen kann oder muß.

Schaut man auf die Geschichte der letzten Jahre, wird man sogar sehen, das alle wichtigen Unruhen in hochentwickelten Ländern von der Intelligenz, und besonders von deren Nachwuchs, ausgegangen sind. Die letzten Beispiele sind wohl die Studentenunrufen in Peking (Platz des himmlischen Friedens) oder Südkorea (Soul). Ebenfalls sollte man die Rolle der Intelligenz bei der Reaktion auf den "Putsch" in Moskau oder die Rolle der Studenten auf dem Prager Wenzelsplatz nicht unterschlagen. Aber auch während der sogenannten Wende in der DDR im November 1989, auf die ich noch gesondert eingehen möchte, spielte die Intelligenz eine nicht zu verachtende Rolle. Es sieht hier nur Namen wie Uhlmann, Reich oder Gysi genannt, aber auch eine Reihe studierender Theologen muß man hier nennen. Natürlich kann ich auch das Argument nicht vom Tisch wischen, daß die Intelligenz immer eine wichtige Rolle gespielt hat, so auch in der Oktoberrevolution oder der französischen bürgerlichen Revolution. Erstaunlich ist heute vor allem die Menge des Auftretens der Intelligenz, die in der Vergangenheit eigentlich wenig durch ein revolutionäres Auftreten in Erscheinung getreten ist.

Ich würde darauf hingewiesen, daß bei der Einteilung in Klassen auch die Besitzverhältnisse eine Rolle spielen. Ich bin der Meinung, daß die Intelligenz auch andere Besitzverhältnisse brauchen, aber dazu komme ich noch.

Ist nun aber die Intelligenz wirklich die treibende Kraft oder unterliege ich genau wie Marx einem Trugbild? Die Arbeiterklasse konnte sich nicht aus dem kapitalistischen System lösen, weil sie selbst ein Teil davon ist. Als Klasse kann sie sich im Kapitalismus voll entfalten. Mit zunehmender Automatisierung verliert sie immer mehr an Bedeutung. Und diese drohende Bedeutungslosigkeit will sie nicht akzeptieren. Das ist auch ein Grund, warum sich die Gesellschaftswissenschaften seit Lenin nicht weiter entwickelt haben. Die etablierten Klassen haben sich ihrer angenommen und eine genaue Analyse der Gesellschaft würde ja bedeuten, daß sie ihr Ende hätten voraussagen müssen, aber wer sagt schon gern sein eigenes Ende voraus.

Wie steht es aber mit der Intelligenz? Ist sie voll in das kapitalistische System integriert oder stößt sie an Grenzen des Systems? Das Wichtigste für die Intelligenz ist, daß sie ihr Wissen nicht angeboren bekommt, sondern es jeder Einzelne erwerben muß. Jeder geistig Tätige muß auf die Erfahrungen der Gesellschaft aufbauen und da zu muß er sein Wissen von der Gesellschaft bekommen. Ein Ingenieur brauchte in der DDR da zu wenigstens 13 Jahre - 10 Jahre Schule und 3 Jahre Studium. Diese Zeit und die Kosten kann nur die gesamte Gesellschaft aufbringen.

Dabei vermittelt die Gesellschaft dem Einzelnen ihr Wissen, der wiederum fügt diesem Wissen neues Wissen hin zu, um es anschließend der Gesellschaft zu geben bzw. wieder zu geben. Es schließt sich ein Kreislauf oder besser es entsteht eine Spirale.

Und hier stößt das kapitalistische System an Grenzen. Auf Grund des in allen Bereichen herrschenden Konkurrenzkampfes besteht die Gefahr, daß der Einzelne der Gesellschaft sein Wissen nicht zurück gibt. Der notwendige höhere Grad des Vermittels fehlt. Diese Unterbrechung des Kreislaufes hindert die Intelligenz daran, sich weiter zu entwickeln. Und genau hier liegt eine wichtige Triebkraft auf dem Weg zu einer neuen Gesellschaftsordnung. Auch wenn sich die Intelligenz darüber noch nicht im Klaren ist, hat sie schon darauf reagiert und das beste Beispiel ist wohl die sogenannte Wende.

Nun bilden sich aber bisher in jeder Gesellschaftsordnung nicht nur eine sondern zwei neue Klassen heraus. Bisher ist aber nur von einer Klasse die Rede; wer ist nun aber die andere Klasse? Sind es die Geschäftsführer oder sind es vielleicht die Aktionäre? Also Geschäftsführer sind auch nur Angestellte, also auch nur ein Teil der Intelligenz. Was ist aber mit den Aktionären. Sieht man sich die derzeitige Ereignisse auf der Frankfurter Börse an, mit den Insidergeschäften und was für unsaubere Geschäfte noch, kann man die Aktionäre auch nicht mehr ernst nehmen. Im Gegenteil: Ursprünglich hatten die Aktionäre eine nicht unbedeutende Rolle in der Wirtschaft, heute ist die Börse zum großen Spielcasino geworden.

Also weder Geschäftsführer noch Aktionäre bilden eine neue Klasse und auch sonst kann ich keine 2. neue Klasse entdecken und genau dies sehe ich sogar als Vorteil an: Es gibt keine ausbeutende Klasse mehr. Erst diese Tatsache macht den Weg frei für das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln; von dessen Notwendigkeit ja schon Marx ausging. (Dem Problem gesellschaftliches Eigentums will ich später noch genügend Raum lassen.) Ein Vorteil, das es nur eine neue Klasse gibt, liegt auch darin, daß die neu entstehende Klasse selbst zu den Werktätigen gehört. Es besteht somit auch kein Grund, sich auf den Thron der herrschenden Klasse zu setzen. Es gibt keine Diktatur der Intelligenz. Dies macht den Weg frei für eine

klassenlose Gesellschaft; dabei wird die Intelligenz aber nicht den Kommunismus erreichen. Sie bringt der Gesellschaft aber einen neuen Freiheitsgrad: Ich kann mich unabhängig von meiner sozialen Herkunft und mit meinen Fähigkeiten in jede Klasse entwickeln.

In Diskussionen bin ich darauf auf berechtigte Kritik gestoßen, das ich die führende Rolle der Intelligenz so hervorhebe. Selbst Marx hatte ja der Arbeiterklasse schon Verbündete an die Seite gestellt. Auch ich möchte da vor warnen, daß man die führende Rolle zu sehr überbetont wird. Eine neue Gesellschaftsordnung erreicht man nur, wenn die meisten Menschen diesen Weg mitgehen wollen. Wenn ich hier die führende Rolle der Intelligenz so betone, dann vor allem deshalb, weil ich z.B. davor warnen möchte, die Rolle der Gewerkschaften in der heutigen Zeit über zu betonen. Es zeigt sich auch, das die alten "Kampfformen" der Arbeiterklasse kaum noch Wirkung haben. Das Wichtigste an der führenden Rolle ist eigentlich, das diese die Arbeiterklasse nicht besitzt.

1.4.4. Die Geschichte einmal anders betrachtet

Häufig diskutiert man über die Fähigkeit oder Unfähigkeit von Politikern. Welche Rolle spielen nun aber die Politiker wirklich in der Geschichte. Ich möchte einmal davon ausgehen, das es nicht die Politiker sondern die Wirtschaft ist, die das Weltgeschehen bestimmt. Ich möchte nun die (west)deutsche Geschichte einmal anders schildern:

Der 1. Weltkrieg war zu Ende, die Streitereien zwischen Links und Rechts erreichten ihren Höhepunkt. Aber das Ende des Krieges ermöglichte den Menschen, wieder materielle Wünsche zu haben. Das ermöglichte der Wirtschaft sich zu entwickeln. Die Ruinen mußten wieder aufgebaut werden. In den "goldenen zwanziger" Jahren kam es zu einer Art Sättigung auf dem Markt. Die Wirtschaft drohte ebenfalls zu stagnieren. Das Ergebnis war die Weltwirtschaftskrise. Zu Beginn der dreißiger Jahre kam es zum industriellen Einsatz der Elektrizität - vom E-Motor bis zur "Goebels-Schnautze". Dieser Aufschwung dauerte bis zum Beginn der vierziger Jahre, dann kam der Krieg. Die Wirtschaft ging einen falschen Weg in Richtung Kriegsproduktion. Die Ergebnisse des 2. Weltkrieg sind ja bekannt.

Es gibt heut ernst zu nehmende Wissenschaftler, die feststellen, daß der 2. Weltkrieg auch einen entscheidenden Einfluß auf die industrielle Entwicklung hatte. Sicher kann man nicht verschweigen, daß durch die Kriegsbedürfnisse z.B. Funk, Atomphysik und Flugwesen eine stürmische Entwicklung nahmen, aber der Preis für diese Entwicklung war einfach zu hoch.

Nach dem 2. Weltkrieg mußte die Wirtschaft wieder neu beginnen. Diesmal dauerte es etwas länger - bis etwa Mitte der sechziger Jahre - bis wieder eine Krise Probleme brachte, was zu den achtundsechziger Ereignissen in Westdeutschland führte. Diese Unruhen brachten Veränderungen in der Politik, die auch den Weg frei machten für Änderungen in der Wirtschaft. Es kam zu einem Aufschwung, der nicht so lange andauerte wie der Nachkriegsaufschwung. Es kam wieder zu einer Krise, die das Ende Hellmut Schmidts brachte.

Dann kam der Kohl. Ich meine, ich bin nun kein Freund von den rechten Linken, aber gegenüber Kohl war Schmidt doch eine Persönlichkeit. Kohl trat in fast jeden Fettnapf, der für ihn bereit stand. Aber trotz aller Fettnäpfe, die Wirtschaft ging aufwärts. War Kohl doch nicht so schlecht?

Ich finde die Kohl-Zeit ist das anschaulichste Beispiel, wie die Wirtschaft auf die Politiker pfeift, bis sie ihr Steine in den Weg legen. Ende der siebziger Jahre kam es zu einer Wirtschaftskrise. Die Wirtschaft mußte reagieren. Das Ergebnis davon war der industrielle Einsatz der Computer. CAD, CAM, CIM wurden Schlagwörter, die den derzeitigen Höhepunkt dieser Entwicklung brachten. Und nun kam der Vorteil von Kohl: Er war zu dumm, etwas zu machen und so konnte die Wirtschaft sich entfallen. Über den Wechsel der achtziger zu den neunziger Jahren reichte das nicht mehr aus. Die Entwicklung der Wirtschaft kam ins Stocken, obwohl die Möglichkeiten der Computertechnik noch nicht ausgereizt sind. Es ist heute technisch möglich eine vollautomatische Fabrik zu bauen, was aber zu gesellschaftlichen Problemen führt, auf die ich später ausführlich eingehen möchte. So wird es auch verständlich, das Kohl, jetzt, wo es richtige Probleme gibt, keine Lösungen zur Hand hat.

Die Gesellschaft entwickelt sich ständig weiter. Für diese Entwicklung braucht sie Rahmenbedingungen. Diese Rahmenbedingungen unterliegen ständig Veränderungen. Während es in den achtziger Jahren richtig wahr, die Wirtschaft ohne Zwänge entwickeln zu lassen, muß man heute neue Rahmenbedingungen schaffen, die eine Weiterentwicklung ermöglichen. Die Kunst des Regieren ist es nun, diese Zeitpunkte zu erkennen. Gleichzeitig besteht die Kunst darin, zum richtigen Zeitpunkt das Richtige zu tun.

1.5. Die Wende

1.5.1 Was war die Wende?

Jeder wird die Wende aus einer anderen Sicht interpretieren. Ich möchte die Behauptungen der bisherigen Abschnitte zur Analyse der Wende heranziehen.

Selbst Herr Kohl nahm, so lange es ihm nutzte, für die Wende den Begriff "friedliche Revolution" in den Mund. Die Wende eine Revolution? Nach der Neuformulierung des Begriffes Revolution, kann man wohl nicht mehr von Revolution reden. Vor allem war es keine Revolution im Sinne einer bürgerlichen Revolution. Nimmt man selbst den Begriff Revolution als Höhepunkt in einem revolutionären Prozeß, kann man auch nicht von einer Revolution sprechen. Sie ist auf dem halben Weg stehen geblieben, aber der Reihe nach:

Bisher galten die Schriften von Marx, Engels und Lenin als die höchste Form der gesellschaftlichen Theorien. Da diese Theorien auch zu einer Wissenschaft zählen, war es richtig, diese Lehren auch an den Schulen zu unterrichten. Es kam aber zu dem Problem, daß sich die Gesellschaft weiter entwickelte, während die Gesellschaftswissenschaften stehen blieben. Es entstanden immer neue Probleme, die mit der Lehre von Marx nicht mehr zu erklären waren und sind. So entstand ein Widerspruch zwischen Theorie und Praxis. Das typischste Beispiel hier ist wohl 'die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei'. In Wirklichkeit nahm die geistige Arbeit zu und die Arbeiterklasse nahm immer mehr an Bedeutung ab. Und die Festlegung der führenden Rolle der Partei erwies sich sogar als ein unüberwindliches Hindernis.

Diese Widersprüche bedurften einer Lösung. Auf "friedlichen" Weg ließen sich die Probleme nicht mehr lösen, also gingen die Menschen auf die Straßen. Die Führung übernahmen politisch denkende Menschen, die man der Intelligenz zurechnen muß. Der alte SED-Staat stand auf wackligen Füßen, da die alte SED-Führung selbst in ihrer eigenen Partei keine Basis mehr besaß. So wurde die alte Regierung sehr schnell gestürzt. Damit entstand aber ein Problem: Die Führungskräfte der ersten Phase der Wende wollten ja nicht den Sozialismus abschaffen, aber die alten Zustände wollten sie auch nicht - aber wohin wollten sie? Es zeigte sich, das die gesellschaftswissenschaftliche Aufarbeitung fehlte. Die etablierten Klassen (in diesem Fall die Arbeiterklasse) hatten sich der Gesellschaftswissenschaften bemächtigt und jede Weiterentwicklung der Gesellschaftstheorie hätte einen Rückgang der etablierten Klassen vorhersagen müssen.

Also das Ziel fehlte. Um ein Ziel zu haben, braucht man erst einmal einen Feind. Der war auch schnell gefunden: die alte SED und die Stasi. Aber auch das brachte keinen Erfolg; das Ziel fehlte immer noch.

Nun wurden bei der Montagsdemo in Leipzig aus der Demonstration gegen den SED-Staat eine Demonstration für ein Deutschland einig Vaterland (bzw. einig D-Mark-Land). - Damit hatte man wieder ein Ziel und die alten Führungskräfte der Wende wurden durch neue Kräfte abgelöst (zum Großteil sogenannte Wendehälse). Ich bin nicht mehr gegen die Wi(e)dervereinigung von Deutschland, im Gegenteil: Die ganze Welt muß zusammenrücken. Aber unter dem Deckmantel der deutschen Einheit wurden die Grundideen der Wende beseitigt. Es zeigt sich heute immer mehr, das der Ausgang der Wende eine Konterrevolution darstellt. Für mich hatte die Wende das Ziel, den real-existierenden Sozialismus als eine Form des Kapitalismus zu beseitigen und den Weg frei zu machen für die Entwicklung zu einer neuen Gesellschaftsordnung. Ich spreche deshalb von einer Konterrevolution, weil das Ergebnis wieder der Kapitalismus ist, nur diesmal in einer anderen Erscheinungsform, der sogenannten "Sozialen Marktwirtschaft".

Hört man heute die Siegermentalität einiger Leute, wie den typischen Vertreter dieser Herrschaft Konrad Weiß (Bündnis 90) könnte man glauben, daß die Wende nur deswegen initiiert wurde, weil man schon immer die Wi(e)dervereinigung wollte. Schaut man sich aber die ersten Montagsdemos in Leipzig an, so war die Losung gerade "Wir bleiben hier" und gehen nicht nach dem Westen.

Die Meinung über eine Konterrevolution wird heute noch durch die lautstärksten "Deutschland einig D-Mark-Land" Rufer bestätigt, wenn man sie zu Problemen wie die Massenarbeitslosigkeit anspricht: 'So haben

wir das nicht gewollt.' Außerdem zeigt sich international, das die Staaten sich nicht vereinen sondern teilen. Die deutsche Vereinigung stellt international zur Zeit etwas einmaliges dar.

Es hat sich wieder einmal gezeigt, das die Konterrevolution kein Schild umhängen hat, wo steht: 'Ich bin die Konterrevolution' - im Gegenteil. Die Konterrevolution reagiert meist unter den Deckmantel falscher Versprechungen und genau so war es auch bei der Wende und den "Kohlischen Versprechungen", die nie zu halten waren.

Man muß die Wende wohl am besten mit der Februarrevolution 1917 in Rußland vergleichen. Auch hier wurde die Vertreibung des Zarens erreicht und die Revolution machte den Weg frei für eine neue Revolution, der Oktoberrevolution. Es entstand bis dahin eine Übergangsperiode. Dieser Zeitraum war sehr gering, weil zu dieser Zeit schon die theoretischen Grundlagen gelegt waren. Lenin hatte dann die "Restarbeit" in kürzester Zeit erledigen können.

Während man in allen Osteuropäischen Ländern von vergleichbaren Verhältnissen sprechen kann, ist das in der Ex-DDR nicht der Fall. Man hat nicht den Weg frei gemacht für eine neue Gesellschaftsordnung, man hat sich in sein stilles Kämmerchen versteckt, genauer gesagt, versteckt man sich hinter scheinbaren materiellen Wohlstandsgesellschaft. Langsam erkennen die Menschen, das zum Leben mehr gehört, wie materieller Wohlstand, sie wollen aber auch nicht auf diesen Wohlstand verzichten. Dieser Widerspruch verhindert in Deutschland eine Weiterentwicklung der Gesellschaft.

Die Ex-DDR hatte die besten Möglichkeiten auf dem Weg in eine neue Gesellschaft: Es war das wirtschaftlich am besten entwickelte sozialistische Land, es hat die politisch am gebildetsten Menschen (Dank eines Staatsbürgerkundeunterrichts). Aber die D-Mark war der scheinbar einfachere Weg. Dies hat sich inzwischen aber als entscheidender Fehler erwiesen. Den Ostdeutschen geht es noch nicht so schlecht wie den Tschechen oder den Polen oder gar den Russen, aber ob das langfristig so bleibt, ist unklar.

Deutschland hat wahrscheinlich nur die Möglichkeit, wieder einmal einen großen Anteil bei der theoretischen Aufarbeitung zu leisten. Bei der theoretischen Aufarbeitung stehen wir heute erst am Anfang. So wird auch der Zeitraum bis zur nächsten Teilrevolution "etwas" länger werden, wie zwischen der Februar- und der Oktoberrevolution. Schließlich war das ja auch eine Spätbürgerliche Revolution.

Zum Abschluß dieses Abschnittes muß ich aber auch etwas klarstellen: Während die "Deutschland einig D-Mark-Land"-Rufer heute mit den Ergebnissen dieser Hals-über-Kopf-Vereinigung ihre Probleme bekommen und schon ganz vorsichtig die Vorteile der DDR priesen, bleibe ich dabei, die Wende war auf den Weg in eine neue Gesellschaft notwendig.

1.5.2. Die Lehren der Wende

Die Wende liegt nun schon über 4 Jahre zurück. Langsam will kaum einer noch etwas von der Wende wissen. Die Bürgerbewegungen geraten ins Vergessen. Der Abstand ist groß genug, um dieses Ereignis vollständig zu analysieren. Dabei kommt man zu dem Ergebnis, das sich keiner so richtig dafür verantwortlich fühlt. Die Parteien sind mit den Dämonen beschäftigt, die Bürgerbewegungen kämpfen ums Überleben oder werden immer mehr zu Parteien, die Gesellschaftswissenschaftler trauen sich nach dem sogenannten "Ende" des Marxismus nicht mehr den Mund auf zu machen, die anderen Menschen sind mit dem Zählen der knappen D-Mark beschäftigt. Ich möchte nun nicht alle Lehren hier ausführlich erläutern, sondern nur ein paar Stichpunkte aufführen:

= Der Sieger bestimmt die Vergangenheit

Wie nach jeder politischen Veränderung so hat auch nach der Wende der "Sieger" festgelegt, wie schlecht die DDR war und wie gut die BRD war, dies verhindert eine wirkliche Geschichtsaufarbeitung.

= Es gibt keine territoriale Begrenzung

Die Wende kam zu Stande, weil auch in den anderen sozialistischen Ländern Bewegungen vorhanden waren, die den Sturz der Stalinisten betrieben. Wie schon die Oktoberrevolution (1917) auf Deutschland übergriff (Novemberrevolution), so verstärkt sich dies heute noch. Die Ereignisse in Polen und der SU weiteten sich auf ganz Europa aus. Mit den heutigen Kommunikationsmitteln geht das alles noch schneller. (In diesem Zusammenhang muß ich immer an den Begriff Weltrevolution denken, obwohl das nicht realistisch ist)

= Man braucht ein reales Ziel

Nun hatte man zwar ein Ziel, die Beseitigung der Vormachtsrolle der Partei und die Erringung von bürgerlicher "Freiheit", aber das reichte nicht aus. Man hatte dem Stalinismus keine Alternative entgegen zu setzen. Das Endergebnis war ein stehenbleiben auf halben Weg und darüber werden die Väter der Wende nicht zu frieden sein. Es zeigt sich hier, das eine theoretische Aufarbeitung immer noch zwingend notwendig ist, obwohl die Sprecher der Bürgerbewegungen, wie Konrad Weiß, sich instellen und alle Theorie ablehnen.

= Trotz Niederlage ein Sieg

Das Endergebnis ist nicht besser wie das Ausgangs-"Produkt". Von einer SED-Herrschaft sind wir in eine CDU/SPD-Herrschaft gekommen. Die Wende war aber ein wichtiger Schritt auf dem Weg in die Zukunft. Sie sprengte die ideologischen Grenzen auf. Das alte Denken, das der Sozialismus den Kapitalismus ablöst, muß revidiert werden. Das ermöglicht ein Nachdenken über neue Gesellschaftsmodelle. Sie erzwingt regelrecht ein Nachdenken über die Gesellschaft und damit eine kritische Analyse der real-existierenden Gesellschaft. Die Wende wird dann ein Sieg, wenn wir diese Chance nutzen. Es zeigt sich aber auch, das Nachdenken in Ostdeutschland schwer ist. (Eine Niederlage reicht den Vätern der Wende)

= Parteien spielten keine Rolle

Auf Seiten der Initiatoren der Wende spielten Parteien keine Rolle. Im Gegenteil: Es wurden bewußt Bürgerbewegungen gegründet. Diese Tatsache sehe ich als Anzeichen dafür, das man das Vertrauen in Parteien verloren hat. Damit stellt man auch die "Parteien-Demokratie" in Frage. (Wobei es sich zeigt, das es den Bürgerbewegungen nicht gelungen ist, wirklich von Parteien ab zu grenzen)

= Runde Tische als neue Regierungsform

Zur Zeit der Wende wurden die 'Runden Tische' häufig kritisiert. Es würde mehr diskutiert als gehandelt. Nach dem man aber anschließend die neue Volkskammer und dann zur Krönung den Bundestag kennenlernen, sah man ein, das die 'Runden Tische' doch nicht das Schlechteste waren. Dabei soll man die 'Runden Tische' nicht als die Form darstellen, sie zeigen lediglich, das neue Regierungsformen gesucht wurden und in Zukunft auch gefunden werden müssen.

= Es gab kein Links und Rechts mehr

Zur Zeit der Wende verschwammen die Grenzen zwischen Links und Rechts. So standen Mitglieder der SED, aber auch Mitglieder der CDU auf verschiedenen Seiten der "Barrikade". An Stelle des Flügelkampfes zweier Formen des Kapitalismus entstand der Widerspruch zwischen Konservativen und Fortschrittlichen, wobei ich zu den Konservativen nicht nur die CSU/CDU/DSU/F.D.P. rechnen möchte. Zu den Konservativen muß man auch die Mitglieder der SPD und auch die Stalinisten der PDS rechnen. Aber auch die Grünen (Realos) und die Bürgerbewegungen haben Konservative in ihren Reihen. (Und ihre Rolle hat beträchtlich zugenommen) Konrad Weiß (Demokratie jetzt) ist wohl das anrüchigste Beispiel dafür. Aber auch bei den Fortschrittlichen ist nicht alles klar. So ist es eher der Pfarrer Schorlemmer wie der PDS-Vorsitzende Gysi.

1.6. Die erste gesamtdeutsche Wahl

Ursprünglich lautete die Überschrift "Die erste gesamtdeutsche Wahl ein entscheidender Schritt in eine neue Gesellschaft". Dies habe ich nur aus Gründen einer unhandlichen Länge geändert und nicht weil ich heute Abstriche an dieser Behauptung machen möchte, im Gegenteil möchte ich dies auch heute dick unterstreichen.

Einige fortschrittliche Kräfte werden mir jetzt, wegen dieser Formulierung, sicher die Pest an den Hals wünschen. Noch mehr werden sie erobert sein, wenn sie meine Antwort vernehmen: Die Frage wird sich erst in einiger Zeit beantworten lassen. Die Chancen stehen aber gut, das aus dieser Frage eine richtige Behauptung wird. Die "Schande" wird noch größer, wenn man weiß, das ich diesen Text erst nach der Wahl geschrieben habe, wo der F.D.P./CDU-Sieg feststand.

Ich hoffe es geschaff zu haben, neugierig auf die Erklärung zu machen. Die Erklärung kommt aber nicht aus politischer sondern aus ökonomischer Sicht. Dazu muß man auf den Vorteil der westdeutschen Pseudodemokratie gegenüber der ostdeutschen Diktatur des Proletariates eingehen. Der Vorteil liegt sicher nicht in der Demokratie. Es haben sich, wie in vielen westlichen Ländern (vor allem die USA), im wesentlichen 2 Parteien etabliert - die CDU und die SPD. In ihrer Politik unterscheiden sie sich kaum. Bei

der Wahl steht man vor der selben Entscheidung wie beim Essen zwischen Eisbein mit Sauerkraut und Sauerkraut mit Eisbein. Während die Einen mehr Wert auf Sauerkraut, sprich dem Sozialen, legen, legen die Anderen mehr Wert auf Eisbein, sprich die Wirtschaft. Am Ende kommt aber das selbe "Gericht", sprich die selbe Politik raus. Also kann es an der Demokratie, sprich den Wahlmöglichkeiten, nicht liegen. Woran aber dann? Am Wechsel der Macht. Mit jedem Machtwechsel zwischen den Parteien kamen neue Ideen in die Politik. Damit wurde die westdeutsche Politik flexibler und konnte sich besser den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfordernissen anpassen. Im Osten lieh die Parteistruktur keine Veränderung in der Politik zu. Somit wurde die ostdeutsche Politik starr und unflexibel und da sie auf die Realität nicht mehr reagieren konnte, war ihr Ende vorprogrammiert.

Nun zeichnete sich vor der Wende im Osten ein Machtwechsel im Westen ab. In den Umfragen war die SPD an der CDU vorbei marschiert. Eine ganz natürliche Reaktion, da zu diesem Zeitpunkt die Weltkonjunktur schon über den "Berg" war und eine Stagnation ins Haus stand. Nun wurde dieses Gleichgewicht durch die Wende gestört. Das Zusammenpressen der zwei deutschen Wirtschaften führte im Westen zu einer Pseudokonjunktur. So entstand ein Wahlergebnis, was anders motiviert war, wie bei vorhergehenden Wahlen. Da war es auch nicht verwunderlich, das nach der Wahl nicht die Opposition als erstes auf das Hick-Hack bei den Koalitionsverhandlungen reagierte, sondern die Wirtschaft. Da die Börse z.B. zu diesem Zeitpunkt gerade mal nicht mit dem Golfkrieg zu tun hatte, konnte sie mit sinkenden Kursen reagieren (2. Januar 1991). Auch jetzt halten sich die Proteste aus Wirtschaft und Opposition auf die Wirtschaftspolitik die Waage. Eigentlich hatte ja gerade die Wirtschaft Wunder von der CDU und noch mehr von der F.D.P. erwartet. Die F.D.P. und die CDU reagieren mit dem erwarteten Sozialabbau, das scheinen aber selbst für die Wirtschaft nicht die richtigen Zeichen zu sein. Hier zeigt sich, das es nicht die CDU und die F.D.P. allein waren, die die Wirtschaft voran gebracht haben. Es war vielmehr das Gleichgewicht zwischen Politik und Wirtschaft, was die Entwicklung gebracht hat. Nun hat das Wahlvolk gegen dieses Gleichgewicht verstoßen. Die Wirtschaft braucht dringend politische Veränderungen, um sich weiter entwickeln zu können. Da aber keine Veränderungen in der Politik zu stande gekommen sind, im Gegenteil die Regierung die Verhältnisse noch zementiert hat, wird der Druck auf die Wirtschaft größer werden. Dieser Druck wird dann auf die Politik weiter geleitet und je größer der Druck ist, desto größer müssen die Veränderungen sein.

Hier kommen wir zur Überschrift zurück. Es ist durchaus möglich, das der Kapitalismus sein Ende durch die 1. Gesamtdeutsche Wahl stark beschleunigt hat, obwohl gerade die CDU das Ergebnis als großen "demokratischen" Erfolg feierte. Die CDU hat wieder einmal gegen eine Volksweisheit verstoßen: Auf dem Höhepunkt der Karriere soll man aufhören, sonst wird die Niederlage bitter.

Natürlich bin ich mir im Klaren, das der Wahlsieg dazu führt, daß es zu einem Sozialabbau kommt und der Privatwirtschaft Milliarden in den Rachen geworfen werden. Es zeigt sich aber auch, das es nicht zu nennenswerten Einsparungen kommen wird, gerade auch weil es nicht zu einem Machtwechsel gekommen ist. Einsparungen z.B. in der Zonenrandförderung dämpfen ja sogar noch zusätzlich die Wirtschaft. Diese Unflexibilität führt zu einer drastischen Neuverschuldung und das zu einem Zeitpunkt, wo ein Hochtreiben der Zinsen katastrophale Folgen in der Wirtschaft bringen kann. Die F.D.P. und die CDU mußten vor der Wahl rosa-rote Wahlversprechungen machen, um an der Macht und damit an den Diäten zu bleiben, nun geht die Schere zwischen Versprechungen und Wirklichkeit immer weiter auseinander. Die Regierungsparteien haben sich eine Traumwelt begeben, wo sie nun nicht mehr heraus kommen. Alle Zeichen (Arbeitslosenzahlen, Aus- und Inlandsaufträge, Außenhandelsüberschuß...) zeigen ein drastisches Ende der Konjunktur auch in den Altbundesländern an. Es zeigt sich auch, das eine drastische Talfahrt nicht aus zu schließen ist. Und was macht die F.D.P.? Sie träumt von einer Konjunktur, weil ja Deutschland etwas besonderes ist. Dabei übersieht man bewußt, das Deutschland auf Grund seiner Industriestruktur fast ausschließlich vom Welthandel abhängig ist. Deutschland hat keine nennenswerte Rohstoffe. Selbst die Landwirtschaft ist ohne Subventionen keine Rohstoffquelle mehr (Bananas sind billiger wie Äpfel). Inzwischen muß ja auch die Regierung immer wieder Abstriche an ihrer Taktik machen (allen voran Lamsdorf mit seiner F.D.P.-Steuerpolitik).

Deutschland hatte den Vorteil, das sie auf Grund der Wi(e)dervereinigung eine Pseudokonjunktur hatte und so später in die Krise schlittern mußte. Dieser Vorteil wurde aber durch die Kohl-Regierung nicht genutzt, im Gegenteil. Alle internationalen Anzeichen wurden in konservativer Überheblichkeit als nicht für Deutschland zutreffend abgewertet. Die Zeichen sind deutlich: Banken- und Wirtschaftskrise in den USA, eine Verschärfung der Krise in Großbritannien, Finanzprobleme in Japan, politische Krisen im Nahen Osten, im ganzen ehemaligen Ostblock, in der Türkei, Griechenland, Wirtschaftskrisen in Spanien, Schweden, Kanada, Instabilität in Osteuropa.... Wo soll da ein Wirtschaftswachstum in Deutschland herkommen? Noch liegt Deutschland in Europa und damit auf der Erde und nicht in irgend einer Galaxis.

So ist es jetzt auch verkehrt zu glauben, es geht so weiter wie bisher. Die eiserne Lady hat in Großbritannien gezeigt, daß konservative Mittel nicht mehr taugen, d.h. ein Wirtschaftsaufschwung auf Kosten des Sozialen bringt nur kurzfristig Linderung für die Wirtschaft, langfristig verschärft es nur die Krise.

Man kann auch von der SPD keine Wunder erwarten. Somit wäre ein Machtwechsel in Bonn auch nur eine kurzfristige Lösung gewesen. Der Nichtmachtwechsel hat somit die Situation nur verschärft.

Im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Wahl muß man auch auf das aufkeimende Problem der Ausländerfeindlichkeit kommen. Die Politiker mit ihren rosa-roten Wahlversprechungen hatten in den Köpfen der Menschen eine Traumwelt aufgebaut, die nach der Wahl zu schnell platzen. Da die Deutschen keine Fehler machen, mußte man sich schnell einen Schuldigen suchen und den fand man in den Ausländern. Die Ausländerfeindlichkeit ist für mich ein Problem der deutschen Identität. Die Ursachen liegen nicht in den Ausländern sondern in der schlagartig auftretenden Arbeitslosigkeit im Osten.

Gleichzeitig zeigt diese Aggressivität die Unfähigkeit der Menschen die anstehenden Probleme zu lösen. Man muß sich abregieren und macht das an den Schwächsten. Man will sich nicht eingestehen, das man einen Fehler gemacht hat.

Diese Ausländerfeindlichkeit bewirkt aber in den anderen Ländern, das man nicht ausschließlich auf das reiche Deutschland starrt, wenn es um den weiteren Weg geht. Die Deutschen erreichen damit, das in den Osteuropäischen Ländern die deutsche Politik nicht mehr als das Non plus Ultra angesehen wird. Ein ziemlich kleiner Trost für die entstandene Brutalität.

Inzwischen gab es in Berlin eine Kommunalwahl. Die Ergebnisse waren schon erstaunlich. Nicht nur, das die Verhältnisse im Westen und Osten unterschiedlich waren, auch es dazu, das die PDS im Osten fast stärkste Partei wurde und hier eine ähnliche Rolle spielt wie die "Volkspartei" CDU im Westen. Diese Ergebnis zeigt, das es im Osten zu einer Rückbesinnung auf die eigene Fähigkeit gekommen ist. So kommt es auch nicht verwunderlich, wenn ein Vertreter der Allianz für Deutschland, die ja jedes eigene ostdeutsche Experiment ablehnten, nun eine eigene ostdeutsche Partei gründen wollen, wo sie sogar bereit sind mit der "STASI"-Partei PDS zusammen zu arbeiten. Oder nehmen wir den Fall Stolpe. Hätte man 1991 solche Meinungen ausgetreut, wäre es das politische Ende des Herrn Stolpe gewesen. (s. Misere) Heute stehen die ostdeutschen Menschen hinter Stolpe. Es zeigt sich, das sich meine Frechheit kurz nach der ersten "gesamtdeutschen" Wahl doch keine Frechheit war, sondern auf einer realen Basis stand. Diese Wahl war ein Meilenstein zu einer neuen Gesellschaft, auch wenn das Ergebnis eigentlich den alten Zustand zu zementieren schien, aber man kann heute nicht mehr alte Zustände zementieren. Wer das versucht muß scheitern. Dies war in England, in Polen, in den USA, in Italien ... Es gibt kein Land in der Welt, wo es keine politische Krise gibt.

Die Zeilen dieses Abschnittes wurden im Frühjahr 1992 geschrieben. Mit dem notwendigen Abstand kann man sagen, daß diese Zeilen völlig berechtigt und auch heute noch aktuell sind.

1.7. Die Rolle der Parteien

Die Stalinisten betonten neben der führenden Rolle der Arbeiterklasse auch die führende Rolle ihrer marxistisch-leninistischen Partei. Nun kommt heute aus der Gesellschaft schon ernsthafte Kritik an den Parteien. Aus der CSFR kamen während der "Wende" Kritiken an dem Parteiensystem. Sie bevorzugten heute Bürgerbewegungen. In der Sowjetunion wurde ja sogar die KPdSU verboten. Aber auch den sogenannten Demokratischen Staaten (USA, BRD, Frankreich...) mehren sich die Kritiken den Parteien. In Deutschland herrscht eine Demokratieverdrossenheit, weil man den Parteien nichts mehr zutraut.

Dafür gibt es auch eine Erklärung: Wenn man sich fragt, wie kann man sichern, das die Politik sich immer an den Realitäten der Gesellschaft hält, kommt man immer wieder dazu, das die Rolle der Parteien in der

Politik zu groß ist. Es bildet sich nicht Fachkompetenz sondern Parteien-Denken heraus. Man braucht auf den wichtigsten Posten keine langjährigen Parteikader, sondern fachkompetente Persönlichkeiten. Man kann die Ministerposten nicht mehr an Hand von Parteien-Wahlergebnissen verteilen. Will man die Gesellschaft voran bringen, muß der Einfluß der Parteien auf die Politik gegen Null gefahren werden.

Man kommt immer wieder zur Personenwahl in der Politik. Politiker müssen erst ihre Spuren in den entscheidenden Bereichen, wo sie etwas zu sagen haben wollen, verdienen, bevor sie auch nur einen Pieps sagen dürfen. Es kann nicht sein, das die Posten verteilt werden, wie beim Würfelspiel: nur weil Müllemann mal kurzzeitig FDP-Vorsitzender werden sollte, mußte er auf einem entsprechenden Posten ins Licht der Öffentlichkeit gebracht werden. Oder weil der Verkehrsminister Krause etwas zu gierig war, mußte ein Neuer aus dem Osten her, ein Quoten-Minister.

Gleichzeitig muß man die Amtszeit begrenzen: Sie sollte etwa 10 Jahre betragen. Aus diesen Forderungen heraus kommt man auf eine Altersstruktur von etwa 50-60 Jahren. Damit steht auch nicht die Frage: Was passiert, wenn er die Erwartungen nicht erfüllt?: Er geht in den Vorruhestand.

Nun wird der berechtigte Einwand kommen, das dieses Modell ja bei der letzten DDR-Regierung (Übergangsregierung der Misere) auch nicht funktioniert hat. Der Vorwurf lautet, das dann "Amateure" an die Macht kommen. Die Politik ist aber heute dazu zu kompliziert. Der letzter Bemerkung stimme ich durchaus zu (kompliziert); ich stimme aber nicht zu, das dieses Modell in dieser Regierung gescheitert ist. Im Gegenteil: Auch hier hatte das Parteibuch entschieden. Es ist müßig, hier alle Namen aufzuführen. Typisches Beispiel war die Ministerin für Jugend und Sport Schubert. Man hatte wieder einmal den Fehler gemacht, das Fachkompetenz keine Rolle spielte. Was machte der Meckel als Außenminister; wieso ist gerade der Pfaffe Eppelmann als Abrüstungsminister kompetent gewesen?

Es gibt genügend Berufe, die für einen bestimmten Ministerposten Voraussetzungen bringen. Warum soll nicht ein Auslandskorrespondent Außenminister werden, ein Manager Wirtschaftsminister, ein Sozialarbeiter Sozialminister, ein Bankangestellter Finanzminister ... werden können.

Es zeigt sich, das eine Trennung von Amt und Parteifunktion notwendig wird. Von mir aus, kann ein CDU-Mitglied Wirtschaftsminister werden, aber nicht weil er ein CDU-Parteibuch hat, sondern weil er die notwendige Fachkompetenz hat.

Parteien sind nicht flexibel genug. Wer von unten nachrücken will, muß denen in der Zentrale nach dem Mund reden und wenn alle nur nach dem Mund der Partei-Führung reden, kommt es zu keiner Erneuerung, aber Erneuerungen sind notwendig, da sich die Gesellschaft ständig verändert. Nun wird man mir aber entgegenhalten, das es dazu ja ein Mehrparteiensystem gibt. Auf dem Papier mag das stimmen, es zeigt sich aber, das die herrschenden Parteien hier Hürden in den Weg gelegt haben (5%-Klausel usw.). Der Einzige der Grünen ist hier wohl eine Ausnahme, die die Regel bestimmt. So läuft Mehrparteiensystem im wesentlichen auf ein Zweiparteiensystem hinaus. Diese beiden Parteien verfilzen dabei im Laufe der Zeit immer mehr (Stichpunkt Diäten).

Wenn man über die Rolle der Parteien nachdenkt, kommt man immer auch auf die Frage: wer übernimmt die Führungsrolle auf den Weg in eine neue Gesellschaft? Eine Partei zu gründen, um den Einfluß der Parteien zu verringern - denkbar aber unrealistisch. Es ist durchaus möglich, das sich diese Führungskraft aus der Friedensbewegung heraus entwickelt. Es zeigt sich heute ja auch das die bürgerliche "Demokratie" nicht ohne Säbelrasseln existieren kann. Mit dem Ende des kalten Krieges hat aber die Friedensbewegung an Macht verloren, das sie eigentlich nicht mehr notwendig ist. Außerdem steht hier noch das Problem Rußland und Schirinowski. Hier hat die deutsche Kriegsindustrie "Morgenluft" geschnuppert.

Allerdings ist die Friedensbewegung auch eine Kraft, die etwas abschaffen will und wie ich noch am Beispiel der Wende gezeigt habe, reicht diese Beseitigung eines Übels (hier die Waffen) nicht aus. Viel wichtiger ist auf dem Weg in eine neue Gesellschaft eine klare Vorstellung über diese Gesellschaft. Und hier kommt man wieder auf Parteien oder Bürgerbewegungen, die eine Ideologie haben.

Jetzt werden wieder Kritiker kommen, die feststellen, das ich bei den Gesellschaftswissenschaften die Ideologie ablehne, sie aber hier wieder ins Spiel bringe. Für eine Weiterentwicklung der Menschheit sind neue Gesellschaftsmodelle notwendig. Dabei können, ja müssen durchaus unterschiedliche Weltanschauungen vorhanden sein. Hier liegen mögliche Aufgaben der Parteien oder Bürgerbewegungen. Jeder Mensch hat eine Weltanschauung, die sein Handeln bestimmt. Selbst wenn er sagt, er hat keine, dann unterstützt er die Weltanschauung, die an der Macht ist. So wird auch jeder Minister eine Weltanschauung haben, aber es darf nicht eine Weltanschauung einen Minister einsetzen. Die Parteien machen Vorschläge für Gesellschaftsmodelle, denen ich mich anschließen kann. Somit werden Parteien auch Einfluß auf die Politik machen können. Eins soll dabei auch erreicht werden: Die Meinungsvielfalt nimmt zu.

Zum Thema mehr Demokratie möchte ich später kommen, aber in diesem Zusammenhang muß man auch auf die Rolle der Partei auf die Demokratie eingehen. Die Parteien haben sich in den Parlamenten fest eingegraben. Fraktionen sind das wohl schlechteste Beispiel für "demokratische" Verhalten im Parlament. Vor allem die Zentralisierung der Macht in den Parteigremien führt zu undemokratischem Verhalten. Wenn der Parteichef in Verbindung mit ein paar Linientreuen die Geschehnisse des Landes in der Hand hält, zeugt das nicht gerade von sehr viel Demokratie. Durch diese Organisationsform reichen Parteien, die zu Beginn des Kapitalismus eine sehr demokratische Sache waren, für das heutige Demokratieverständnis nicht mehr aus; sie sind ein Hindernis auf dem Weg zu mehr Demokratie.

Es zeigt sich auch, daß Parteien nicht in der Lage sind, neue Gesellschaftsmodelle zu entwickeln. Im Gegenteil: In ihrem Machterhaltungstrieb werden die Parteien noch enger zusammen rücken. Da Bürgerbewegungen ähnliche Strukturen besitzen, sind diese aber auch keine Alternative zu den Parteien.

Das Thema Parteien ist ein Thema, wo mich eine Diskussion besonders reizen würde, weil ich mit mir selbst noch nicht im Reinen bin. Auf der einen Seite stört die Parteien-Demokratie des Kapitalismus, auf der anderen Seite brauche ich eine Organisation, die neue Gesellschaftsmodelle entwickelt...

Sicher wird es auch in Zukunft noch Parteien geben, so wie es heute noch Königshäuser gibt. Ich verrete aber die Meinung, das ihr Einfluß auf die Gesellschaft geringer werden wird, weil diese Form der Demokratie nicht mehr ausreicht.

1.8. Was ist Demokratie?

Ich habe gerade von der Parteien-Demokratie gesprochen. Gibt es denn noch anderen Formen der Demokratie? Die US-Amerikaner stritten im Golfkrieg für die Demokratie, ihr Präsident ist aber nur von etwa 25% der Bevölkerung gewählt und das nicht einmal direkt. Die USA unterstützen einen Staat der absolutistisch regiert wurde (Kuwait).

Wenn sich in Rußland Jelzin immer mehr Macht zuschanzt, dann ist das für die sogenannten Demokraten demokratisch, auch wenn er dann zum absolutistischen Herrscher wird. Auf der anderen Seite beschimpfen diese selben Herrschafen eine Partei, der man nicht vorwerfen kann, daß sie nicht auf dem Boden des Grundgesetzes steht - ich meine die PDS - als undemokratisch.

Demokratie ist immer im Rahmen des Machbaren möglich. Ich möchte das am Beispiel der USA erläutern:

Als die USA gegründet wurden, war es eine hohe Form der Demokratie, das überhaupt die Möglichkeit bestand, einen Präsidenten zu wählen. Die technischen Möglichkeiten erlaubten aber noch keine Wahl im Sinne der Wahlen, also mußten Vertreter gewählt werden, die dann an zentraler Stelle ihre Stimme gaben. Eine für die Zeit hochentwickelte Demokratie, aber heute ist eine Form der Demokratie, wo man Wahlmänner kaufen kann, nicht mehr demokratisch genug. Oder ist es heute noch demokratisch, wenn ein Präsident allein solche Rechten hat, wie der Amerikanische Präsident. So wie sich die Gesellschaft weiterentwickelt hat, so hat sich auch das Demokratieverständnis weiter entwickelt.

Sicher war die "Diktatur des Proletariates" zu Zeiten von Marx eine hohe Form der Demokratie. 1989 reicht sie hinten und vorn nicht mehr aus. Wir sollten uns aber davor hüten zu sagen: Diese Form der Demokratie ist schlecht. Genauer formuliert muß man sagen: Diese Form der Demokratie ist nicht Zeitgemäß.

Die technischen Möglichkeiten gestatten zum Beispiel heute eine Direktwahl aller Ämter. Sicher steht dem aber gegenüber, das kaum einer sagen könnte, wenn er ins Europaparlament als z.B. Wirtschaftsminister wählen würde. Diese Form wird erst dann möglich, wenn die Macht dezentralisiert wird.

Die Form der Demokratie in den entwickelten Ländern ist auf die Parteien ausgerichtet. Diese Form der Demokratie ist nicht mehr zeitgemäß. Sie muß durch eine andere Form der Demokratie abgelöst werden. Ob nun eine andere Demokratieform besser sein wird, muß jeder mit sich selbst ausmachen, auf alle Fälle muß sie den gesellschaftlichen Notwendigkeiten besser angepaßt sein. Die wichtigste gesellschaftliche

Notwendigkeit ist dabei: Dezentralisierung der Macht bei engerer Zusammenarbeit der Völker. Die Zeiten, wo es 2 Blöcke mit jeweils einer Supermacht an der Spitze gab, sind vorbei. Zeitgemäß sind kleine Verwaltungseinheiten; wie die Kreise oder höchstens die Länder, die unter einem zentralen Länderrat stehen. Die UNO ist auf Grund ihre Organisationsform mit den ständigen 5 Vertretern derzeit dafür nicht geeignet.

Wenn wir über mehr Demokratie reden, sollten wir uns auch im Klaren sein, das mehr Demokratie für alle, auch mehr Rechte und vor allem mehr Pflichten für alle bedeutet. Heute brauchen wir nur die Stimme bei einer Partei ab zu geben und die legt fest, wer welchen Posten einnimmt. Bei einer Direktwahl müssen wir uns über jeden Posten einen Kopf machen. Das bedeutet aber auch, das wir jeden Menschen in die Lage versetzen müssen, das er seinen Pflichten nachkommen kann. Wir sollten uns im Klaren sein, das mehr Demokratie auch kompliziertere Demokratie bedeuten kann oder muß.

Übrigens gibt es auch einen Hinweis, was wir auf dem Weg zu einer neuen Demokratie sind: Die Politiker sind zur Zeit nicht in der Lage, einen Standpunkt zu den Unabhängigkeitsbestrebungen zu finden. Es widerspricht ihren Demokratieverständnis...

1.9. Was ist Kommunismus

70 Jahre Stalinismus haben dazu geführt, daß der Begriff Kommunismus mit dem Begriff Stalinismus gleichgesetzt wird. Dadurch wird es zu einem negativen Begriff. Woran liegt das? Wie ist zu diesem negativen Begriff "Kommunismus" gekommen?

Wir brauchen die Phantasie der Menschen. Gerade diese Phantasie treibt die Menschen und damit die Gesellschaft vorwärts. Somit brauchen wir auch utopische Vorstellungen über eine neue Gesellschaft. So schrieb Mohr seine "Utopia". Karl Marx versuchte, diese Utopie in eine wissenschaftliche begründbare Utopie zu verwandeln. Dies kann man erst einmal begrüßen, auch wenn es unmöglich ist eine Utopie wissenschaftlich zu begründen. Z.B. schrieb ja auch Jules Verne seine utopischen Romane so, daß sie technisch durchaus realisierbar waren bzw. sind. Im Gegenteil, ich halte es auch bei den Gesellschaftswissenschaften für zwingend notwendig, Utopien zu entwickeln und über deren Durchführbarkeit zu diskutieren, auch wenn ich sie nicht wissenschaftlich begründen kann.

Bis hierher gibt es nichts am Kommunismus zu rütteln. Dann kam die Oktoberrevolution. Sie war vor allem auch deshalb erfolgreich, weil Lenin die Lehren von Marx an die aktuell Situation in Rußland der damaligen Zeit anpaßte. Erst mit dem Tod Lenins starb auch die Anpassung der Gesellschaftswissenschaften an die aktuelle Situation. Der Sozialismus hatte im ersten Land gesiegt, woraus man die falschen Schlüsse zog: Der Russische Weg wurde als der einzig richtige Weg in eine neue Gesellschaft angesehen, damit erbrachte sich auch die Weiterentwicklung der Gesellschaftswissenschaften. Und genau hier lag der entscheidende Fehler und Stalin hat diese Situation noch verschärft, als er fern jeder Basis den Marxismus weiter entwickeln wollte. Statt im direkten Streit die Wissenschaft weiter zu entwickeln, schickte er lieber seine Gegner in den Tod. Das Ergebnis war eine Stagnation der Gesellschaftswissenschaften und damit der Gesellschaft. Es stauten sich die Probleme zusammen, die im Zusammenbruch des Sozialismus mündeten.

Kommen wir also zum Kern der Kommunismusidee. Sie spiegelt die Vorstellungen über eine ideale Gesellschaft wieder, wie sie am Ende des vorigen Jahrhunderts vorhanden war. Das diese Vorstellungen nicht mehr mit denen von heute übereinstimmen, ist verständlich, da sich die Gesellschaft weiter entwickelt hat. Wir brauchen heute wieder Vorstellungen über eine ideale Gesellschaftsordnung. Warum sollen wir nicht von einer Gesellschaft ohne Geld, ohne Umweltprobleme, ohne Ausbeutung, ohne soziale Problemen ... träumen? Wieso sollen wir nicht davon träumen, das jede körperliche Arbeit verschwunden ist und die Menschen nur noch geistige Arbeiten verrichten? Wieso sollen wir nicht davon träumen, das die Menschen auf anderen Planeten neue Gesellschaftsformen aufbauen. Wir brauchen diese Phantasie, da diese die Menschen voran treibt. Genau wie diese zu neuen Produkten in der Wirtschaft führt, führt diese auch in der Gesellschaft zu neuen Formen.

2. Aktuelle Probleme

Was ist aktuell? Es wird immer Überschneidungen geben zwischen Gestern heute und morgen, so daß man sicher auch hier nicht Ausschließlich auf die Gegenwart eingehen kann. Ich werde aber versuchen, mir zu verkniefen, hier schon Zukunftsmodelle zu entwickeln.

2.1. Die Völkerprobleme in der Welt

Wirtschaftlich rückt die Welt immer näher zusammen. Die internationalen Konzerne verknüpfen sich immer mehr; das geht soweit, das die EG 1992 einen gemeinsamen Binnenmarkt errichten will. Gleichzeitig kommt es zu Spaltung der UdSSR und deren Einzelteile, es kommt zum Bürgerkrieg in Jugoslawien, zu Unabhängigkeitsbestrebungen in Italien, Österreich, Spanien, Kanada, Frankreich ... Wie ist dieser Widerspruch zu erklären?

Ich gebe nun davon aus, daß wir in einem revolutionären Prozesses leben, der uns noch einige Zeit beschäftigen wird. Genauer möchte ich auf dieses Thema später in dem Teil, der sich mit der Gegenwart und Zukunft beschäftigt, eingehen. An dieser Stelle nur soviel: Geht man davon aus, daß wir in einem solchen Prozeß uns heute befinden, dann gehören diese Völkerprobleme zu diesen Prozeß.

Nun werden wieder Kritiker kommen, die behaupten, daß es sich hier um keinen revolutionären Prozeß handeln kann, sondern das hier ein Paar blindwütige Idioten auf einander einschlagen. Manche Kritiker gehen ja sogar noch weiter und behaupten, daß es sich hier um "sozialistische Überbleibsel" handelt. Der Sozialismus habe die Völkerprobleme unterdrückt, die nun heute gewaltsam hervortreten.

Dem muß ich aber entgegensetzen, das diese Probleme nicht nur in den ehemaligen sozialistischen Ländern auftreten und das die so gescheiten Politiker auch keine Lösung auf die Probleme in Jugoslawien oder wo auch immer haben. Warum wollen z.B. die Tiroler in Österreich und Italien wieder zusammen einen eigenen Staat haben. Oder warum bekommen die Briten die Ereignisse in Nordirland nicht in den Griff. Da die Ereignisse auch nicht nur in paar kleinen Regionen stattfinden, kann man auch nicht von ein Paar Idioten reden, die sich die Köpfe einschlagen. Also muß mehr dahinter stecken.

Nehmen wir z.B. die Ereignisse in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Jahrzehntlang wurde die Politik zentralistisch in Moskau gemacht. Das ZK der KPdSU legte die Politik fest. Wie in allen sozialistischen Ländern begann die Parteiführung, sich von den Realitäten zu entfernen. Das führte zu Problemen in allen Bereichen der Gesellschaft. Daraus entstand zwangsläufig eine Ablehnung der zentralistischen Politik. Ein Problem welches wir nicht in den Nachfolgestaaten der UdSSR haben, sondern selbst in dem konservativ regierten Deutschland. Aus der Ablehnung des Zentralismus kam es auch zu einer Ablehnung der Russen. Das Ergebnis ist in einigen Landesteilen der Bürgerkrieg.

Nun gibt es in Österreich kein ZK einer KP. Aber unterscheiden sich die Führungsmethoden so stark? Nun kenne ich die Methoden in Österreich nicht so gut, ich kann mich aber an Kommentare von Abgeordneten der Bürgerbewegungen erinnern, als sie in den Bundestag eingezogen sind: Die etablierten Parteiführungen haben gar keine Vorstellungen von der Realität mehr. Auch die Parteien in den sogenannten "demokratischen Ländern" haben sich von den Realitäten entfernt, ihr eigentliches Problem sind nur noch die Diätenhöhungen und die Schmiergelder, wo das beste Beispiel wohl die Wahl von Berlin zur Hauptstadt ist. Ansonsten verstecken sich die Beamten hinter ihr Beamtendeutsch oder welche Beamtensprache auch immer. Immer mehr Beamte machen den Beamtenapparat immer weniger flexibel. Ein Beispiel ist wohl das erste "Gesamtdeutsche Kabinett". Kohl berief noch mehr Minister und Staatssekretäre wie je zu vor. Auch hier in Deutschland kommt es inzwischen zur Ablehnung einer zentralistischen Macht, allgemein als Politikverdrossenheit bezeichnet.

Wie kommt man nun aber zu einem Ende der Bürgerkriege. Bei den Parteidemokraten klingt das dann so: Die Länder sind auf dem Weg zur Demokratie und zur Marktwirtschaft. Aber was meinen sie damit?

Sie meinen Parteidemokratie und Privatwirtschaft. Ist das aber wirklich der richtige Weg. Die Parteien und damit die Parteidemokratie steht in Westeuropa immer mehr unter Beschuß und auch die Privatwirtschaft nimmt auch kein Land mehr richtig ernst. Frankreich kämpft um die Staatsbetriebe, weil sie ein Rückrad der französischen Wirtschaft sind, und Deutschland hat ein Netz von Subventionen aufgebaut, mit der sie die Marktwirtschaft nicht unbedingt fördern. Und die Briten haben gerade dank der "Eisernen Lady" gezeigt, das Parteidemokratie und absolute Privatwirtschaft zum Scheitern verurteilt sind. Also sind die Ratschläge der "Demokraten" eigentlich ein Witz. Genau genommen versuchen sie nun mit ihrem Geld

Somit brauchen wir auch eine neue Kommunismusidee. Ein Wunschbild von einer neuen Gesellschaftsordnung, das den heutigen gesellschaftlichen Entwicklungsstand angepaßt ist. Wir sollten versuchen, auch dieses Wunschbild zu erreichen. Wir sollten aber auch immer bereit zu sein, das Wunschbild ständig den aktuellen Erfordernissen an zu passen. Das heißt wir streben einem Wunschbild entgegen und je näher wir diesem Wunschbild kommen, desto unvollkommener wird es und wir verbessern es. Damit rückt dieses Wunschbild wieder weiter weg.

Konservative werden jetzt nach dem Nervenarzt schreien, weil sie das für den blanken Unsinn halten: Etwas hinterherrennen, von dem man weiß, das man es nie erreicht, wer ist dazu schon bereit? Vielleicht jeder Produktentwickler in der Wirtschaft. Diese Konservativen sollten sich einmal die heutige Wirtschaft anschauen, sie funktioniert genau so. Neue Produkte kommen nur deshalb auf dem Markt, weil man dem idealen Produkt nachjagt. Hat man ein neues Produkt entwickelt, welches dem idealen Produkt sehr nahe kommt, gibt es daran wieder etwas aus zu setzen, was man noch besser machen kann, also jagt man wieder dem idealen Produkt hinterher. Ein Beispiel: Man versuchte, die menschliche Stimme auf zu zeichnen. Das Ergebnis waren die Vorläufer des Plattenspielers. Damit hatte man einen Traum verwirklicht. Als man aber den Traum verwirklicht hatte, wollte man die Qualität noch verbessern. Heute ist man schon an der CD vorbei.

Genau wie man die Kreativität in der Wirtschaft für deren Weiterentwicklung braucht, so braucht man sie auch in der Gesellschaft. So ist einer, der sich heute noch als Kommunist bezeichnet, morgen schon ein Konservativer. Ich weiß, wenn man das so liest, könnte man glauben, daß man jeden Tag seine Meinung wechseln sollte. Wer das daraus schließt, hat mich falsch verstanden. Ich halte nichts von Leuten, die gestern in der SED noch lautstark nach Parteidisziplin geschrien haben und heute für die CDU Marktwirtschaft durchführen wollen oder früher in der Blockpartei CDU die Politik der SED unterstützt haben und heute in der Regierungspartei sind. Ich halte aber etwas von denen, die Marx in den letzten Jahren für richtig gehalten haben, nun aber an diesen Lehren zweifeln, weil sie nicht mehr der Realität entsprechen. Jede Wissenschaft lebt davon, das man sie für nicht mehr zeitgemäß hält. Ohne diese Zweifel wurden die Menschen heute noch glauben, das die Erde eine Scheibe und der Mittelpunkt der Welt sei. Ohne diese Zweifel gebe es keine Flugzeuge, denn sonst hätten die Menschen immer geglaubt, das nur Vögel fliegen können...

Auch bei den Gesellschaftswissenschaftern gibt es heute Zweifel an den Lehren von Marx. Ein Grund mehr zu fragen, wie ist die Welt wirklich. Wie wichtig das ist, zeigen die Ereignisse der letzten Jahre. Wenn die Gesellschaftswissenschaftler nicht bald Antworten auf die anstehenden Fragen geben können, wird sich ein Krieg wie in Kroatien in der ganzen Welt nicht mehr ausschließen lassen. Die Gesellschaftswissenschaftler müssen den Konservativen eine Gegenthese entgegensetzen, da deren Devise: "Es ist 40 Jahre gut gegangen, warum soll es nicht weitere 1000 Jahre gut gehen", nicht mehr haltbar ist. Das Kuriose daran ist, das gerade das, was wollen die Konservativen glauben, das sie ein Vorchrecht darauf haben, die Probleme bringt, die den Konservativen zu schaffen machen: Die Wirtschaft.

1.10. Bin ich ein Kommunist?

Auch wenn der Begriff Kommunist als etwas verstanden wird, was man mit einem Verbrecher gleich setzt halte ich mich doch eher für einen Kommunisten wie für einen Sozialisten. Gleichzeitig habe ich z.B. mit der DKP oder der kommunistischen Plattform in der PDS wenig am Hut. Für mich haben diese Organisationen (oder was sie auch immer sind) wenig mit Kommunismus sind. Für mich sind dies genauso Konservative wie die CDU oder CSU. Für mich hat Kommunismus etwas mit dem Streben nach der Idealen Gesellschaft zu tun. Dies kann ich bei diesen Organisationen nicht erkennen.

Nach der heutigen Begriffsdefinition eines Kommunisten, den man ja den Stalinisten gleichsetzt, dürfte ich mich ja auch nicht als solchen auch nicht bezeichnen, im Gegenteil, da mein Kommunismus nichts mit diesem Kommunismus zu tun hat. Erst wenn wir uns über die wahre Bedeutung (Was ist wahr?) im Klaren sind, kann ich mich vielleicht auch als Kommunist bezeichnen.

zu beweisen, daß die Privatwirtschaft und die Parteidemokratie doch nicht zum Scheitern verurteilt sind. Also ist die Basis dieser Ratschläge mehr als fraglich.

Die Probleme liegen in der Gesellschaft. Der Sozialismus war einmal angetreten, damit alle Menschen mehr Mitspracherecht haben sollten, zum Schluß legte aber immer das ZK fest, was geschehen sollte. Das lag aber nicht daran, das der Kommunismus ein falscher Weg war, sondern daran, das der Stalinismus es nicht geschafft hat, sich aus dem kapitalistischen System zu entfernen. Damit hatten es die Stalinisten auch nicht geschafft, mehr Mitspracherecht für alle zu erreichen. Deshalb stehen diese Probleme heute wieder so verstärkt an. So wird man auch die anstehenden Völkerprobleme durch keine Parteien-Demokratie lösen können, weil hier wieder Parteivorstände die Politik machen. Es hilft deshalb wenig, wenn sich die baltischen Republiken von der UdSSR trennen. Erst wenn sie es schaffen, neue Formen der Demokratie und damit neue Regierungsformen zu schaffen, dann sind die Probleme langfristig zu lösen; wer kurzfristige Lösungen verspricht ist ein typischer Politiker alter Schule, mehr nicht. Wenn sie es schaffen, neue Formen der Regierung zu finden, gehen sie einen Weg in eine Gesellschaftsordnung, sonst schlagen sie sich in ein paar Jahren wieder die Köpfe ein, weil die neuen Präsidenten, weil die neuen Parteien es auch nicht geschafft haben, die Probleme zu lösen. (siehe zum Beispiel Georgien oder Jelzin in Rußland) An diesem Problem entscheidet sich, wohin die Entwicklung geht.

2.1.1. Die Ereignisse in L.A.

Vor unserer Haustür tobt ein Krieg in Jugoslawien. Diese Ereignisse kommen erst nach den Ereignissen in Los Angeles (L.A.). Man kann nun fragen: wieso, da diese Ereignisse in Europa doch kaum beachtet wurden. Ich möchte aber an diesem Beispiel zeigen, was uns erwartet, wenn es uns nicht gelingt, die anstehenden Probleme zu kanalisieren.

Da es kaum beachtet wurde, kurz zu den Ereignissen. In L.A. war und ist es gang und gebe (ähnlich wie anderen USA-amerikanischen Städten), daß Polizisten nicht gerade mit Samthandschuhen vor allem gegen Farbige vorgehen. Es ist auch alltäglich, das Polizisten dafür nicht belangt werden. Bei einem Fall hatten sie nur das "Pech", das sie dabei gefilmt wurden. Als die Polizisten dennoch freigesprochen wurden, kam es zu Plünderungen mit riesigen Schäden. Nach den Ereignissen wurde gegen die Polizisten dann mit einer extra zusammen gezimmerten Anklage dennoch vor gegangen.

Wie sehen nun die Hintergründe aus: In den USA nimmt die Armut immer mehr zu. Viele (vor allem Farbige) sind arbeitslos (in bestimmten Wohngebieten bis 50%), was durchaus mit Ostdeutschland zu vergleichen ist.

Was ist nun so interessant daran?:

- = Eine kleiner (durchaus alltäglicher) Anlaß genügte um die sozialen Widersprüche frei zu legen
- = Die Unruhen verbreiteten sich wie Lauffeuer und machten nicht einmal vor Grenzen halt. Vom kalifornischen L.A. ging es bis ins kanadische Toronto
- = Die Menschen reagierten sich an den Besitzenden (Ladenbesitzern) ab.
- = Eine nicht unbedeutende Zahl von koreanischen Ladenbesitzern war betroffen. Man könnte diesen Fakt als Zufall abtun. Das würde aber bedeuten, das man ignoriert, das sich in den USA eine antijapanische, eine antiasiatische Stimmung (verbunden mit einer nationalistischen) aufbaut. In den USA erkennt man die wirtschaftliche Gefahr, die Asien aufzieht (Gebiet der kleinen Tiger) und steht dieser Macht ohnmächtig entgegen. Ähnlich wie in Europa erkennt man nicht den Krebschaden, der sich von der Politik der eigenen Regierung, die man ja selbst gewählt hat, ausgeht, sondern schiebt es auf die anderen. In Europa sind es die Ausländer, in den USA die Japaner mit ihrer übermächtigen Wirtschaft oder die Schwarzen bzw. Weißen (je nach dem welche Hautfarbe man gerade selbst hat). Wir sollten uns im Klaren sein, das so was durchaus auch in Deutschland passieren kann. Hoyerswerda war dann nur ein Kinderspiel. Anzeichen dafür gibt es bereits. Die Wahlergebnis der Rechten als Protestwahl oder das Ergebnis der Urabstimmung der ÖTV als Protest gegen die Sozial-Sparpläne der Regierung. Die Menschen stehen ohnmächtig vor den Aufgaben die vor Ihnen stehen. (Arbeitslosigkeit, höhere Mieten, weniger Sozialleistungen, höhere Verschuldung der Privathaushalte)

Man kann diesen sozialen Sprengstoff nur in geordnete Bahnen lenken, wenn man den Menschen die Ohnmacht nimmt, d.h. man muß den Menschen eine Alternative anbieten und eine Alternative kann nur eine neue Gesellschaft sein, die sie als eine bessere Empfinden. Diese Tatsache zeigt sich ja auch in den

Wahlergebnissen der Republikaner. Sie versprechen geordnete Verhältnisse. Natürlich ist Nationalismus nicht die Lösung, wie sich in Jugoslawien, Berg-Karabach, ... zeigt, also muß man den Menschen eine wirkliche Alternative entgegen setzen. Schafft man das nicht, besteht die Gefahr, das wir bald überall ein Jugoslawien haben.

2.1.2. Der Zusammenbruch in der GUS

In Rußland hat sich der Unmut in der Person eines Herrn Schirinowsky gebündelt. Sieht man welche Mittel er hat und wer aus diesem Wahlergebnis die Vorteile zieht, könnte man denken die internationale Rüstungsindustrie steckt hinter diesem Mann. In einer Zeit, wo alle darüber nachdenken, wofür man heute noch Armeen braucht, kommt ein solcher Herr vielen Menschen recht, selbst Leute, die in DDR-Zeiten Schwerter zu Pflugscharen machen wollten, sehen heute in Rußland eine Gefahr aufziehen.

Aber weg von Spekulationen hin zu Fakten: In Rußland trägt die Ideologie des Stalinismus nicht mehr und auch die Gegendologie der sogenannten Reformen von den Herrn Gaidar oder Jelzin hat keine Erfolge gebracht, so kommt ein Mensch mit einfachen Parolen gerade Recht. Hier vollziehen sich auch in Rußland die gleichen Mechanismen wie in der ganzen Welt. Die scheinbare Alternative zum Kapitalismus existiert nicht mehr. Aber im Kapitalismus können dadurch die Probleme noch schlechter gelöst werden. Also welcher politischen Strömung sollen die Menschen folgen. Sie folgen den Politikern, die eine Lösung aus dem Chaos versprechen. Da die Gesellschaftswissenschaften nach dem Ende des Stalinismus sich nicht mehr trauen auf Marx zu schauen und sich bewußt mit den Ideen (nicht Lehren) des Marxismus-Leninismus auseinander zu setzen, entstehen auch keine tragfähigen Alternativen. Also wollen alle dahin, wo es für sie am besten war. Die normalen Leute zurück zu Recht und Ordnung und die Geschäftsleute zu ihrem Geschäft und Schirinowski verspricht jeden alles und hat so Zulauf: Will man solche Leute stoppen, hat es wenig Sinn wieder sich bis an die Zähne zu bewaffnen, alle Staaten in die NATO statt in die EU zu bringen und was da noch so einigen einfällt.

Wenn man solche Leute stoppen will, muß man selbst tragfähige Gesellschaftsmodelle entwickeln, so daß einfache Aktionen weniger Wirkung haben, wirkungslos wird man sie natürlich nicht machen können.

Was hat die Entwicklung in der ehemaligen UdSSR aber gebracht? Auf den ersten Blick nicht viel, eher mehr Chaos als etwas vernünftiges. Keiner hat das erreicht, was er wollte. Die Kommunisten nicht den Erhalt des Stalinismus, die Zarinisten nicht das zurück zum Zaren, die "Reformisten" nicht den Kapitalismus. Entstanden ist ein etwas eigenartiges Gebilde, wie ich finde aber ein hochinteressantes Gebilde. Die UdSSR hat eine hochinteressante Entwicklung in den letzten etwa 10 Jahren genommen.

Mit dem Ende der Breshnew-Ära zeigte sich, vor allem auch international, das die stalinistischen Machtstrukturen nicht mehr zeitgemäß sind. Das riesige Reich hatte immer noch Probleme seine Bedürfnisse zu befriedigen und die "Bruderstaaten" erlebten eine durch Helsinki ausgelösten politischen Wandel (allen voran Polen). Die politische Riege der KPdSU war vor allem auch von der Altersstruktur nicht mehr in der Lage die anstehenden Probleme zu lösen. National wäre man vielleicht mit den entsprechenden Machtmechanismen noch einige Zeit überlebt, aber zur UdSSR gehörten ja auch (indirekt) die Ostblockstaaten. Hier hatte sich nach Polen ja auch in Ungarn ein Wandel vollzogen.

In diese Konstellation kam Gorbatschow, ein Mann aus dem alten System. Ein Mann der auch nichts anderes kannte als dieses System, ohne klare Vorstellung, wie etwas Neues aussehen konnte, aber er wußte, das etwas Neues her mußte. Er trat eine Lawine los, ohne zu wissen, wo die Lawine landen würde. Zwangsläufig kam es zum Machtkampf mit Jelzin oder besser mit den sogenannten "Reformern" um Gaidar. Da diese eine klare Vorstellung hatten, eine kapitalistische Vorstellung, war klar, wer der Sieger sein würde, niemals Gorbatschow. So war es ja auch während der Wende, als aus der Lösung "Wir sind das Volk" ein "Wir sind ein Volk". Die Initiatoren hatte nur einen Feind, keine Lösung, also kamen die an die Macht, die ein Ziel hatten, in der Ex-DDR die Wi(e)dervereinigung, in Rußland den Kapitalismus Westeuropäischer Prägung.

Ihre Grundidee war ja für jetzt schon Rußland durchaus richtig. In der UdSSR hatten die Machtstrukturen zu Problemen in der Wirtschaft geführt. Vor allem die zentralistische Wirtschaftspolitik war das Problem. Der Einzelne muß mehr Verantwortung tragen. Natürlich mußte die Politik dieser "Radikal-Reformer" scheitern muß, da das Privateigentum an Produktionsmittel heute nicht mehr zeitgemäß ist.

Es kam wie bei jeder Revolution. Die Revolutionäre erreichten nicht das, was sie eigentlich nicht wollten. Es kam wie in vielen Fällen anders als man wollte.

Aber da sind ja noch die Bürgerkriege in den einzelnen Republiken. Hier bin ich ja schon in dem einführenden Abschnitt eingegangen.

2.1.3. Die Reste Jugoslawiens

Wenn man mich fragt, wie ich ein neues Gesellschaftssystem vorstelle, so neige ich dazu, einen Vergleich mit dem Jugoslawien der Titow-Zeit zu ziehen. In der heutigen Zeit wird man aber meist mit solchen Ansichten belächelt, da man sieht, was daraus geworden ist. Aber die Ereignisse haben auch etwas mit dem Stalinismus zu tun, auch wenn Titow mit Moskau nicht so sehr viel am Hut hatte. Auch Titow hat stalinistische zentralistische Strukturen aufgebaut. So war die Gegenreaktion vorprogrammiert, die Zersplitterung. Und die Aufteilung ist nun einmal in Europa, mit der starken Vermischung der Nationalitäten, nicht ohne Probleme möglich.

Eine viel interessantere Frage ist im EX-Jugoslawien die Frage nach den "Guten" und den "Bösen". Eine Einteilung aus der Zeit des Stalinismus, mit den zwei Seite. Je nachdem, auf welcher Seite man war, war die eine Seite die "Gute". In dem Trott hatte man ja in Westeuropa auch sehr schnell die Bösen gefunden. Da die Serben sich (ja auch territorial bedingt) aus den Jugoslawischen Staat heraus entwickelten, während sich die anderen neu entwickeln mußten, war auch klar, daß die Serben die "Bösen" waren. Schließlich war Jugoslawien kommunistisch, also sind auch die Serben Kommunisten und damit die "Bösen".

Im Laufe der Zeit, also mit fortschreiten des Bürgerkrieges, stellte sich aber heraus, daß so eine Einteilung aber so nicht funktioniert.

2.2. Südostasien der Todengräber der "Sozialen Marktwirtschaft"

Die deutsche Wirtschaft, aber auch die deutsche Politik steht unter der Kritik die Entwicklung in Südostasien verschlafen zu haben. Dieser Abschnitt hat nun bereits eine lange Tradition in diesem Text, so daß ich mir diesen Vorwurf nicht machen muß.

Inzwischen sind die Ereignisse auf dem Platz des "Himmlichen Friedens" in der chinesischen Hauptstadt Peking kein Thema mehr, weder in China noch im Rest der Welt. Ein nicht unbedeutender Grund hierfür sind die zum Teil zweistelligen industriellen Zuwachsraten der südchinesischen Region um Hongkong und in ganz China, während sie in Europa schon ein Minus aufweisen.

Börsenmakler in Frankfurt/Main beklagen sich: Ohne die Japaner läuft nicht viel. Wenn die Japaner gehen, fällt der DAX (Deutscher Aktien-Index) und nur wenn die Japaner Geld geben, erholt sich der DAX. Und in letzter Zeit sind die Japaner nicht mehr so sehr bereit, ihr Geld in Deutschland zu investieren. Japan hat sich allerdings zu dem wichtigsten Kapitalgeber in der Welt entwickelt. Gleichzeitig stöhnen alle Industrienationen unter dem wirtschaftlichen Druck, der aus Japan auf ihnen lastet. Vor allem auch der deutsche Vorzeigewirtschaftszweig, die Autoindustrie, stöhnt unter dem Druck der effektiver arbeitenden Japanern.

Den Kampf um die Elektronik hat Europa schon längst aufgegeben und begnügt sich mit dem Aufkleben ihres Firmenschildes auf Produkte aus Fernost (aktuellstes Beispiel ist hier wohl Schneider).

Wie sieht es aber nun mit der Wirtschaftswunderregion Südostasien aus? Dazu ein Exkurs in die Geschichte dieser Region: Anfang dieses Jahrhunderts gab es 2 wesentliche Wirtschaftsregionen: Europa und Nordamerika. In den dreißiger Jahren begann Japan ebenfalls eine Rolle zu spielen. So richtig bewußt wurde man sich dieser Tatsache erst, als Japan mit dem Angriff auf Pearl Harbor sich und auch die USA in den 2. Weltkrieg verwickelten. Japan wurde neben Deutschland zur Verlierermacht. Aber das störte die Japaner nicht, im Gegenteil. Während die anderen Industrienationen ihr Geld während des kalten Krieges für Militär zum Fenster raus warfen, mußte sich Japan den Auflagen der Siegermächte beugen. Das so nicht gebundene Geld steckten die Japaner in die Wirtschaft. Gleichzeitig liegt Japan territorial sehr günstig. Während Europa auf Grund des kalten Krieges kein Absatzgebiet vor der Haustür hatte, stand für Japan der ganze östliche Teil Asiens zur Verfügung.

Im Schatten Japans entwickelte sich diese Region ebenfalls zu einer Industrieregion, allen voran die noch britische Kronkolonie Hongkong. Am Anfang war der Vorteil dieser Region vor allem das Billiglohngefüge. Jetzt hat sich auch die notwendige Intelligenz herausgebildet. Damit wird diese Region zur ernsthaften Konkurrenz. Wie konnte das aber passieren? In Südostasien gibt es keine "Soziale Marktwirtschaft". Es gibt hier keine oder nur geringe Altersversorgung, die Löhne sind gering... Würde aber nicht gerade die "Soziale Marktwirtschaft" von den Konservativen und dabei allen voran von der F.D.P./CSU/CDU immer als das Allerheilmittel der Zukunft gepriesen? Da zu kann man nur sagen: sozial und Marktwirtschaft sind wie Feuer und Wasser. Genau wie der Sozialismus gegen den Markt verstoßen hat, verstößt auch die "Soziale Marktwirtschaft" gegen den Markt. Und der Markt hat eine Lücke gesucht und auch eine gefunden, wo er frei wuchern kann. Vor allem die Industriezweige, die sich in den letzten Jahren entwickelten und heute die besten Entwicklungschancen haben, die Mikroelektronik, die Computertechnik, die Softwareentwicklung, die technischen Konsumgüter, sind hier zu Hause. Diese Industriezweige sind heute schon so gut, das sie selbst in Europa und den USA gute Verkaufszahlen erzielen. Der letzte große europäische Elektronikkonzern (Philippus) hat inzwischen schon große Probleme. Die übrigen großen Markenname setzen heute schon fast ausschließlich Elektronik aus Fernost ein und setzen um die Technik nur noch ihr eigenes Gehäuse oder sogar nur noch ihr Markenzeichen auf die kompletten Geräte. (Einige Beispiele: Fernseher, Videorecorder, Fernbedienungen) Es geht so gar so weit, daß z.B. Fernbedienungen fast ausschließlich aus diesem Raum kommen.

Wie stehen nun aber die aktuellen Chancen für diese Region? Nicht nur Japan und die kleinen Tiger, sondern vor allem das riesige China haben es geschafft, vor allem auch durch staatliche Eingriffe, die Wirtschaft in den ehemaligen Entwicklungsländern angekurbelt. Sie haben bewußt das Billiglohniveau dieser Region dazu ausgenutzt. Gleichzeitig hat man diese Entwicklung einer staatlich koordinierten Wirtschaftspolitik der japanischen Regierung zu verdanken.

Dieser Wirtschaftsaufschwung bringt natürlich auch Problem in den Ländern, vor allem die sozialen Unterschiede bringen in absehbarer Zeit Probleme, aber auch ökologische Probleme fangen an eine Rolle zu spielen.

Der Umstand des Billiganbieters bringt dieser Region auch Vorteile in den Ländern des ehemaligen Ostblockes, wo ein gewisser Bedarf aber wenig Geld vorhanden ist. Vor allem der riesige asiatische Teil der ehemaligen Sowjetunion bietet sich hier schon territorial an.

Viele internationale Firmen verlegen ihre Softwareentwicklung nach Südostasien. Da bei blicken vor allem noch die Deutschen verächtlich auf die "Schlitzaugen": Außer Reissen können die doch nichts - Vielleicht noch als Nachschubbasis für billige Strichmädchen ist diese Region zu gebrauchen. Hier sollte man aber genauer hin schauen: Der Leiter einer Zweigstelle von Nixdorf (Siemens) in Manila hat in der ARD erklärt: In Manila wird zum Teil bessere Software entwickelt wie in Deutschland.

Nun sagten lange Zeit die Konservativen: Na was soll's, so laß sie doch. Was ist der geringe Softwaremarkt? Auch hier wäre von Anfang an ein näheres Hinschauen ratsam gewesen: Heute wird neue Technik im Anlagen- und Maschinenbau weitestgehend mit Rechnersteuerungen ausgestattet. Dabei unterscheiden sich die Technik (Hardware) nur minimal. Somit entscheidet heute die Software über die Verkaufsaussichten der Produkte. Ähnliches gilt heute für fast alle technischen Güter. Noch extremer sieht es in der Verwaltung und Projektierung aus. Hier gehören Rechner und damit Software zum Standard und sind immer noch weiter auf dem Vormarsch. Wenn Siemens bestrebt ist, seine mittlere Leitungsebene durch Rechnernetzwerke zu ersetzen, zeigt es, welchen Einfluß diese Branche heute hat. So kommt es auch, daß in der Rechnerproduktion und der Softwareentwicklung die größten Zuwachsraten vorhanden sind. Man könnte sarkastisch sagen: Das bißchen materielle Produktion schafft diese Region in paar Jahren spielend mit.

Die Hochtechnologiezentren verlagern sich heute immer mehr von Europa nach Südostasien (Taiwan, Philippinen, Japan). Hier hat der Markt die Lücke gefunden, wo er den sozialen Anteil der "Sozialen Marktwirtschaft" umgehen kann. Die Softwareentwicklung ist heute die Arbeitskräfteintensivste Branche, d.h. es wird fast ausschließlich Arbeitskraft benötigt, die in dieser Region hier 10 mal billiger ist wie in Deutschland. Außerdem kommt hinzu, daß in dieser Region die Softwareentwicklung in Großbetrieben durchgeführt wird. Neben der effektiveren Arbeit dieser Großbetrieb kommt noch, daß es zur ständigen Beschäftigung und Spezialisierung kommen kann, was wiederum bewirkt, daß die Software auch besser wie in Europa oder gar den USA wird.

Gleichzeitig kommt noch hinzu, daß auf Grund der Probleme der USA mit den Staatsschulden und der gesamten Wirtschaft auch Kapital von dort abfließt, welches wiederum in Asien reinfließt: Gleichzeitig sind europäische Betriebe vor allem aus Rentabilitätsgründen und zum Teil wegen des schwachen Dollars nicht mehr bereit ihre Dollargewinne in die Mutterländer zurück zu führen. Auch hier bietet sich dies Region als idealer Kapitalmarkt an. Das schwächt wiederum die europäischen Kapitalmärkte. Die USA hat die europäischen Länder, die lange Zeit vom Bonus der Wi(e)dervereinigung lebten, weiter in den Strudel ihrer Schwäche mitgezogen. Gleichzeitig hat sich die Lage dieser fernen Region noch so verbessert, daß sich dieser Aufschwung heute schon selbst trägt. Während in der ganzen Welt ein riesiger Kapitalbedarf ist, ist diese Region fast die einzige Region, wo sich Investitionen rentieren könnten. Das Ergebnis: der freie Markt ist auf dem Siegeszug.

Gleichzeitig muß man diese Region zu einem der wenigen Gewinner des Golfkrieges rechnen. Während die USA die Industriestaaten zur Kriegs-Kasse gebeten hat, profitiert die Rohstoffarme Region nun von konstant billigen Rohölpreisen. Gleichzeitig hatten die Kriegsbeifürworter, vor allem in den USA, die Gelegenheit genutzt wieder ein paar Billionen für die Gewinne der Rüstungsindustrie locker zu machen. Die alten Bomben wurden auf Kuwait geworfen, jetzt müssen neue her. Nach dem Wegfall der alten Feinde im Osten haben die NATO-Staaten wieder einen neuen Feind gefunden, gegen den sie aufrüsten können. Deshalb werden solche Themen wie SDI, die eigentlich schon weit unten in den Schubladen lagen, wieder verstärkt herausgeholt. Das Ergebnis wird eine weitere Zunahme der Staatsverschuldungen der Industrienationen sein, die die Investitionen weiter bremsen werden. So spielt man den Südasiatischen Ländern in die Hände.

Auf der anderen Seite muß man aber auch sagen, daß sich auf Grund dieser Entwicklung auch eine starke Intelligenz herausbildet. Das führt dazu, daß diese Region politisch nicht mehr stabil ist. (Südkorea, Manila (Philippinen)...) Man kann es deshalb auch nicht ausschließen, daß diese Region auf dem Weg in eine neue Gesellschaft Europa den Rang ablaufen wird. Ich halte es so gar für wahrscheinlich, das Europa in seinem konservativen Mist die Zeichen der Zeit nicht erkennen kann. Es wird für Europa bitter werden, wenn diese Region Europa wirtschaftlich den Daumen zeigt, viel fehlt nicht mehr dazu. Wenn Europa das umgehen will, gibt es nur 2 Möglichkeiten, die am Ende doch nur auf eine hinauslaufen: Die erste Möglichkeit ist, den sozialen Teil der "Sozialen Marktwirtschaft" stark herunter zu schrauben, was zu sozialen Spannungen führen wird und am Ende steht dann auch die 2. Möglichkeit: Den Kapitalismus zum Teufel zu jagen, das sich die neue Produktionsweise voll entfalten kann und das man so wieder wettbewerbsfähig werden kann.

Natürlich setzt sich auch in Asien die neuen Produktionsweise nicht nur im Alleingang durch. Auch hier wird es weiter zu ersten Machtkämpfen kommen, die Region hat aber den Vorteil, das sie sich ohne größere Altlasten die neue Produktionsweise etablieren kann. Vor allem im südchinesischen Gebiet um Hongkong bestehen hier gute Aussichten. Die Zentralregierung in Peking hat nur noch wenig Einfluß auf die Wirtschaft dieser Region, so daß sich neue Produktions- und Eigentumsverhältnisse herausbilden können. Hier denke ich vor allem an das Kommunaleigentum. Im Gegensatz dazu stehen die europäischen Gesetze dieser Entwicklung im Wege. Wenn zum Beispiel in Deutschland die LPG'n nicht möglich sind, weil Gesetze dies verhindern, werden auch neue Produktionsweisen verhindert.

Wenn man über eine neue Gesteuropa nachdenkt, muß man auch diese fernöstliche Region im Auge behalten. Europa ist zur Zeit mit Osteuropa beschäftigt, so daß lange Zeit keine "Zeit" für diese Region hatte, was sich sicher als Fehler erwiesen hat.

In Fernost entsteht für Europa ein Bild, was die Mächtigen zum Erschüttern bringt: die Rohstoffe Sibiriens, die billigen Arbeitskräfte Chinas und das Know Hof der Japaner und der kleinen Tiger. Wirtschaftlich hat Europa dieser Szene nichts entgegen zu setzen. Es zeichnet sich aber heute schon ab, das es zu so etwas kommen wird.

2.3 Deutschland der Wirtschaftsmittelpunkt Europas?

Während der Wi(e)dervereinigung Deutschlands kam aus Europa die Meinung auf, daß sich Deutschland zu einem Wirtschaftskollos entwickeln könnte. Wir Deutschen füllten uns wegen dieser Meinung zum Teil

geschmeichelt. Inzwischen ist Deutschland in eine tiefe Krise gerutscht. Versuchen wir eine Analyse, wie es dazu kommen konnte und wie es mit Deutschland weiter gehen könnte. Man kann auch hier Parallelen zu den Ereignissen in der ehemaligen DDR ziehen. Auch hier hatte übertriebenen Hoffnungen, genau wie in ganz Deutschland nach der Wi(e)dervereinigung. Ende der siebziger Jahre glaubte es die DDR geschafft zu haben. Sie war Mitglied der UNO und 10 Jahre später gab es sie nicht mehr. Die Gesellschaft ist ständig in Bewegung und Stillstand wird bestraft; oder wie sagte es Gorbatschow: "Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben." Bereits etwa 1991 hörte man schon Stimmen, die da vor warnten, daß die CDU sich heute genau so in Konrad Adenauers "Sozialer Marktwirtschaft" sonnt, wie das die SED mit dem Sozialismus von Karl Marx getan hat. Fest steht, daß die Bundesregierung durch die Wi(e)dervereinigung gegangen ist, ohne Abstriche an ihrer Politik zu machen. Oder wie wurde es ausgedrückt?: Nicht einmal den grünen Abbiegepfel wollten sie übernehmen. Wie kurzichtig vieles war, sieht man auch daran, das man gerade auch diesen grünen Abbiegepfel an den Ampeln wieder einführen mußte, weil es sonst zu einem Verkehrschaos gekommen wäre.

Da der Sozialismus am Boden lag, mußte ja der Kapitalismus richtig sein, ein dritter Weg wäre ja ein neues Sozialismusexperiment geworden und davon hatte man ja die Nase voll. (DSU-Wahlpropaganda März 1990) Man glaubt(e), das sich der Kapitalismus gegen den Sozialismus durchgesetzt hat - hatte wir aber nicht gerade eine ähnliche Situation nur mit entgegengesetzten Vorzeichen, die der Anfang vom Ende war. Die Leute um die DSU oder wie die anderen Parteien auch heißen oder hießen, lehnten ja jedes Experiment ab und starteten in dem Wahn das nur ein Weg möglich sei ein Experiment, wo von vorn herein klar war, das dieses Experiment so nicht ablaufen konnte. Inzwischen hat eine ostdeutsche Partei (die PDS) bei den Wahlen beachtliche Ergebnisse erreicht, unter anderen auch weil es zu Spannungen zwischen den west- und den ostdeutschen Menschen kommt.

Also schauen wir uns die Situation ohne schwarz/rot/goldene Brille an! Kurz vor Einmarsch des Iraks in Kuwait hatten die Aktienkurse in der Welt ihren Höhepunkt überschritten; so reichte der Einmarsch aus, die Aktienkurse porzellan zu lassen. Von diesem Einbruch um etwa 20 Prozent hat sich der deutsche Aktienmarkt auch weit nach dem Golfkrieg noch nicht erholt. Erst als die Zinsen im Keller waren, kam es zur Explosion und der DAX marschierte über die 2000 Punkte-Grenze.

Die Weltwirtschaft war bereits vor der Wende am Beginn einer tiefen Krise. Deutschland konnte durch den Bonus Wi(e)dervereinigung einen Eintritt in diese Krise verzögern. Wir sind in einem tiefen Tal. Ständig liest man neue Daten, wenn dies zu Ende gegen soll. Erst war es das 2. Halbjahr 91, dann das Jahresende, dann das 1. Halbjahr 92, jetzt rechnet man nicht einmal 1994 mit einem Aufschwung....

Kohl hatte zwar gesagt, das die Zeit für die deutsche Einheit so günstig wie nie sei, er zeigte aber wieder einmal, wie weit seine Worte von der Realität entfernt sind. So ist es auch verständlich, das er glaubte, das der Weg der CDU der kostengünstigste Weg sei, aber am Ende die Rechnung für die deutsche Einheit kein Ende nehmen will. Das sie die Kosten für die Wi(e)dervereinigung falsch eingeschätzt hatten, mußten ja inzwischen auch die CDU und Co. eingestehen.

Nun werfen Finanzexperten der Bundesregierung vor, daß sie in den letzten 8 Jahren (in Worten: acht) der achtziger Jahren, wo Hochkonjunktur herrschte, ihre Staatsschulden nicht abgebaut hat. Sie hat im Gegenteil immer mehr Schulden gemacht und jede Verringerung der Zuwachsraten schon als Sieg gefeiert. Nach verschiedenen Angaben belaufen sich die Schulden auf etwa 2 Billionen D-Mark. (2.000.000.000.000,00) Die Kosten dieser Hals über Kopf Vereinigung führen zu einem immer größer werdenden Schuldenberg, aber halt nach den Konservativen sind das ja die Altlasten der DDR - nur glaubt das heute kaum einer mehr.

Es ist ja inzwischen erwiesen, das die westdeutsche Wirtschaft von der deutschen Einheit profitiert hat ohne diese Chance zu nutzen, sprich das zusätzliche Geld zu nutzen. Das zusätzliche Geld ist nutzlos in die westdeutsche Wirtschaft geflossen, das Ergebnis ist Finanzloch in den öffentlichen Kassen. Erst waren ja Neuverschuldungen für die Bundesregierung um den Geldverschwender Waigel kein Problem, aber das hatte ein anderes Land auch schon gedacht: die USA. Und nun steckt sie bis zum Hals in der Sch..... Inzwischen macht die Bundesregierung genau das Gegenteil, Sparen kostet was es wolle - Oh Verzeihung, das gab es ja nur im Sozialismus.

Die Konservativen sagten voraus: In Deutschland und dabei vor allem im Beitrittsgebiet kommt es zu einem Wirtschaftswunder. Wie sieht dieses Wirtschaftswunder nun wirklich aus? Die Ex-DDR wurde zum Absatzmarkt für Westfirmen. Das führte dazu, daß die Bundesrepublik den anderen Ländern nicht so fort in die Krise folgte. Der Preis war aber hoch, vielleicht zu hoch: Im Osten bricht alles zusammen. Die Konjunktur im Westen erwies sich als gepumpt, die Rechnung muß man nun bezahlen.

Wie sieht es aber sonst aus?: Wie schon im vorangegangenen Abschnitt gezeigt, ist Deutschland einem verstärkten Absatzmarktkauf vor allem mit den Ländern Südostasiens ausgesetzt. Gleichzeitig hat sich der Markt für Autos, dem Hauptproduktionserzeugnis Deutschlands, verringert. Die Zulassung sind 1989 erstmals weltweit zurück gegangen und haben sich seitdem nicht mehr erholt.

Der Dollarkurs war lange Zeit mit zum Teil unter 1,50 zu tief. Dieser Kurs kam zusammen mit dem Beginn der Krise. Danach erholte sich der Dollar auf Grund der Schwäche der D-Mark wieder, die 2 vor dem Komma scheint nicht mehr unwahrscheinlich. Der schwache Dollar fiel aber erst einmal zusammen mit einem Nachfrageschub im Beitrittsgebiet, so daß es zu einer Zunahme bei der Wareneinfuhr kam. Gleichzeitig führte eine weltweite Krise dazu, daß die Warenausfuhr aus Deutschland rückläufig wurde. Es kam zu einem Defizit im Außenhandelsüberschuß. Dieser Fakt wäre für Deutschland, was seit Jahren einen sehr großen Überschuß hatte kaum von Bedeutung, wenn nicht noch zusätzliche Aspekte eine Rolle spielen würden, wie ein legaler privater Geldtransfer ins Ausland, wie durch Gastarbeiter, Einkäufer der EX-DDR-Bürger in Polen, Urlaubsreisen z.B. nach Spanien....

Man sollte aber auch beachten, das die Bundesrepublik einen hohen Anteil am Export hat (Exportweltmeister). Aber gerade exportorientierte Länder wie die Deutschland können sich nicht von internationalen Krisen akkoppeln. Wenn die Briten, die US-Amerikaner, die Japaner... Schwierigkeiten haben, dann merken dies auch verstärkt die Deutschen. In Krisenzeiten muß man Geld sparen und dann kauft man nach dem Preis und hier haben die deutschen Produkt mit ihrem berechtigten oder nicht berechtigten hohen Preis Nachteile.

Das spricht nicht gerade für Deutschland, aber das hat ja noch den größeren Binnenmarkt. Aber auch der ist nicht unproblematisch. Zu welchen Problemen es kommen kann, zeigt ja der technische Konsumgütermarkt. Die rosa-roten Wahlversprechungen der Politiker, allen voran der CDU (keinen soll es schlechter gehen), führten mit Einführung der D-Mark zu einem Konsumrausch mit dem Rann auf Fernseher, Videorecorder... Bald fehlte aber das Geld und die Heimelektronik-Branche sitzt auf den zusätzlich geordneten Geräten fest, vor allem zum Schaden der teuren deutschen Produkten, da die Produkte nun doch billiger verkauft werden müssen. Diese Marktvorfälschung der absoluten Marktwirtschaftler um Kohl und Möllemann brachte die Hersteller in ernsthafte Schwierigkeiten und das prominenteste Opfer ist wohl die deutschen Markenfirma Schneider.

Die Probleme dieser kurzen Konsumrauschspritze gehen noch weiter. Deutsche Firmen konzentrierten sich auf den deutschen Markt und das zu einer Zeit, wo international ein Kampf um die Märkte einsetzte, ein Beispiel hier ist VW nach Österreich. Andere Firmen, vor allem aus anderen Ländern, werden diese Lücken schließen.

Die kurze Inlandspitze brachte aber auch für die westdeutsche Wirtschaft Probleme. Da sie kurz und heftig war, konnte die deutsche Wirtschaft nur einen Teil abdecken, das Ergebnis war, das ausländische Firmen, vor allem Billiganbieter, die Gelegenheit nutzten, um stärker auf dem deutschen Markt präsent zu sein. Ein Beispiel ist der PKW-Markt. Während im Westen der Marktanteil ausländischer Autos bei etwa einem Drittel (Ca. 36%) liegt, sind es im Osten etwa die Hälfte (Ca. 54%) (Werte von 1992). Vor allem die Franzosen konnten so ihre Problem lindern. Aber auch die Billiganbieter wie LADA und später auch Skoda nutzten die Chance und es zeigt sich keine Tendenz, das sich der Marktanteil der Deutschen vergrößert.

Man muß auch bedenken, daß ein Autokauf in Holland oder ein Wirtschaftstourismus nach Polen für den Käufer gut, für die Wirtschaft aber schlecht ist. Gleichzeitig sollte man bedenken, das neben den Dollar die D-Mark in Osteuropa immer mehr Zahlungsmittel wird. Viele werden ja sagen, die D-Mark war schon lange Zeit in der DDR zweites Zahlungsmittel und das hat die D-Mark nicht erschüttert. Ich bin aber der Meinung, daß die Situation heute etwas anders aussieht. 1. Die Bürger der ehemaligen DDR schleppen heute bedeutend mehr D-Mark nach Polen wie vorher in die DDR gekommen ist. 2. Gegenüber der heutigen Wirtschaftslage in Osteuropa war die DDR ein wirtschaftlich sehr stabiles Land. Es besteht also die Gefahr, das die D-Mark in einer wirtschaftlich instabilen Region zum wichtigsten Zahlungsmittel wird. Gleichzeitig vergrößert sich

der D-Mark-Umlauf im Ausland und damit verringert sich der Inland-Umlauf. Da aber ein gewisser Umlauf notwendig ist, muß das auf Lasten der Sparguthaben gehen. Eine Verringerung der Sparguthaben zwingt die Banken die Zinsen an zu heben, was Neuinvestitionen erschwert.

Alle diese Fakten mahnen zur Vorsicht, zumal nicht einmal der große Vereinigungskanzler Hellmut Kohl mehr von einem Wirtschaftswunder im Osten spricht. Der erwartete Finanzierungsschub aus dem Ausland ist bisher aus geblieben. Im Gegenteil, vor allem die Börsenmakler beschwerten sich heute darüber, das Ausländer und dabei allen voran die Japaner nicht mehr bereit sind, Geld locker zu machen. Das heißt aber auch, das die Deutschen aus eigener Kraft ihre Wirtschaft in Schwung bringen müssen. Im Gegenteil: die Bundesregierung ist gezwungen, um die Lage in Osteuropa in ihren Augen nicht eskalieren zu lassen und um einen Flüchtlingsstrom aus Osteuropa zu verhindern, Geld ins Ausland zu bringen. Dazu kommen die unnötigen Kosten für einen überdimensionierten Beamtenapparat.

Es ist auch nicht zu erwarten, das sich die Situation sehr schnell ändern wird, da Geld in aller Welt dringend benötigt wird. Die USA hat Jahre benötigt, um den Boden der Krise zu finden. Nun hat man diesen zwar scheinbar gefunden, von einem blühenden Aufschwung kann man aber noch lange nicht sprechen. Die Entwicklungsländer, vor allem die Südamerikas, sind zahlungsunfähig, die Länder des Ostblockes brauchen Kapital, die Republiken der ehemaligen UdSSR brauchen Geld....

Wie die Bundesregierung die Vereinigung bezahlen will, ist ja nun klar. An erster Stelle stehen die Verringerung der Sozialausgaben, die vor allem den kleinen Mann und nicht die Wirtschaft treffen. Einen sehr gewichtigen Anteil nehmen neue Staatsschulden bei der Finanzierung der Einheit ein. Diese Staatsverschuldung bringt wieder die Steuerzahler ins Gespräch, die irgendwann die Schulden bezahlen sollen, aber in den nächsten Jahrzehnten nur mit den Zinsen kämpfen können.

Bei allen Steuererhöhungen und neuen Staatsschulden baut die Bundesregierung Luftschlösser. Frei nach dem Motto "Es ist 40 Jahre aufwärts gegangen, warum soll gerade jetzt Schluß sein?" hat sie kein Gespür mehr für die Realität. Mir fällt in diesem Zusammenhang immer ein Leitspruch der alten SED ein, der hier für die CDU voll zutrifft: Wir setzen die erfolgreiche Politik von Partei und Regierung fort. Heute gibt es weder die SED noch die DDR-Regierung mehr. Ich möchte nicht die Frage stellen, wann es die CDU und die Bundesregierung nicht mehr gibt. Was ich möchte, ist, darauf aufmerksam zu machen, das sich die Weltwirtschaft geändert hat. Wir leben heute nicht mehr in den Zeiten des Kalten Krieges, wo die Bundesrepublik gut von Unterschieden in Ost und West gelebt hat. Die Schalk-Affäre bringt ja einiges dieser Vorteile auf Kosten der ehemaligen DDR-Bürger ans Licht. Heute schützt kein eiserner Zaun mehr Westeuropa vor den Wirtschaftsflüchtlingen. Der Wegfall des eisernen Zaunes hat bewirkt, das die Vorteile einer unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklung in Europa für Deutschland in Nachteile für Deutschland umgeschlagen sind. Die Konservativen haben den Fall der Mauer als Sieg gefeiert. Heute würden sie den eisernen Zaun am liebsten wieder aufstellen.

Die Regierungsparteien haben nichts anderes entgegen zu setzen, als "die Fortsetzung ihrer bewerteten Politik". Im Gegenteil der Zusammenbruch des Sozialismus macht sie glaubend, das nur ihre Politik die richtige Politik ist. Statt sich den neuen Verhältnissen zu öffnen, werden die alten Verhältnisse noch zementiert. Das geht so weit, das sich der Überkanzler mit den Kaisernachfolgern vereint, wie ja bei der Beisetzung des Soldatenkönig zu sehen war. In einer Zeit, wo die Wirtschaft zeigt, das Privatisierung heute hemmend für die Wirtschaft ist, setzen die Parteien gerade auf diese Politik.

Einen ähnlichen Weg der absoluten Privatisierung ist ja schon die Eisener Lady in England (Großbritannien) gegangen und was hat sie erreicht?: Um eine Wahlniederlage zu verhindern, mußte sie gehen. Hauptgrund war, das sich ein riesiges Außenhandelsdefizit aufgebaut hatte. Diese Variante des Sozialabbaus hat also in Großbritannien nicht funktioniert und ich hoffe, das sich die Gewerkschaften und das Wahlvolk in Deutschland diesen Sozialabbau nicht gefallen lassen auch wen der Bundesregierung zur Zeit nichts anderes einfällt. Es wird dann vielleicht die Frage stehen: Sind die sozialen Probleme groß genug für eine revolutionäre Situation im herkömmlichen Sinne oder erstickt Deutschland in dem schwarzen Mist der CDU/CSU? In der ehemaligen DDR nimmt die Ost-Nostalgie ja schon zu und sie wird sich noch verschärfen. Es ist ja heute schon so, das man zu der Feststellung kommt, das die "Kommunistische Diktatur" nicht unbedingt schlechter war, wie die "Parteien-Demokratie". Mit ihrer hilflosen Politik wird es der Bundesregierung nicht gelingen, den Druck ab zu bauen. Die Frage ist nur, wie sich der soziale Unmut abbaut. Schaffen es die SPD oder vielleicht die PDS den Druck in ihre und damit demokratische Bahnen zu lenken oder folgen die Leute radikaleren Leuten, wie die zunehmende Ausländerfeindlichkeit und die Wahlergebnisse in Ganz-Deutschland zeigen.

Ich könnte mir vorstellen, das es der CDU und Co. durchaus Recht ist, wenn es nur die angepaßte PDS wäre, die als Überdruckventil agieren könnte. Natürlich kann die PDS, mit ihrem auf SPD-Tugenden getrimmten Kurs, auch nicht die Probleme lösen, von den ehemaligen Bürgerbewegungen ganz zu schweigen, sie haben sich zu sehr angepaßt und ihre jetzt konservative Politik läuft jetzt auf eine Verfestigung der derzeitigen Zustände hinaus.. Zu dem Scheitern der Bürgerbewegungen möchte ich aber noch ein paar Sätze verlieren. Entstanden sind sie in einer Phase, wo auch der Wind des gesellschaftlichen Fortschritts in Deutschland wehte. Dann kam Kohl mit seiner "Konterrevolution" und erstickte den Fortschritt. (Ich weiß, das ich für solche Sätze heute immer noch nur Gelächter in der breiten Menge ernte, die Zukunft wird aber beweisen, "wer als letztes lacht"). Die Bürgerbewegungen hatten aber das selbe Problem wie die Grünen schon Jahre zu vor, sie bekämpften Mißstände, wie z.B. die STASI, sie konnten aber keine neue Formen entgegen setzen. Sie wollten mehr Demokratie, konnten aber nicht definieren, wie diese neue Demokratie aussehen soll. Dies konnten sie wiederum nicht, weil sie sich weigerten, an zu erkennen, das die Gesellschaft wissenschaftlich betrachtet werden kann. Sie hatten nach Jahrzehntelanger Verfälschung der Gesellschaftswissenschaften die Nase voll da von, was ich durch aus verstehen kann, sich aber immer mehr als Fehler erweist.

Alles in der Welt ist in Bewegung, nur die deutschen Politiker machen alles richtig. Bis dieser Tatsache fällt mir immer ein historischer Vergleich ein. Die Seefahrer begannen die Welt zu erobern. Sie brachten Spanien den Reichtum aus den Kolonien. Die Armada wurde zur schlagkräftigsten Flotte, die Bevölkerung lebte im Vergleich z.B. zu England in Saus und Braus. Für die Spanier gab es keinen Grund zu Veränderungen, man hielt am Alten fest. In England hatte sich aber eine neue Produktionsweise heraus gebildet, die Industrialisierung. Wer will kann auch sagen, der Kapitalismus hat sich herausgebildet. Es kam zu Spannungen zwischen dem führenden Land (Spanien) und dem fortschrittlicheren Land (England). Das Ergebnis war der Sieg Englands über die Armada. Heute ist Spanien ein Armenhaus in der EG. Das Problem war und ist heute, das das Land mit den größten materiellen Wohlstand keinen Grund sieht, die Verhältnisse zu ändern. Nicht umsonst vergleicht man die Verhältnisse heute mit dem Ende des römischen Reiches, wo ja ähnliche Verhältnisse herrschten.

Diese Stagnation ist der Hauptgrund, weshalb ich nicht glaube, das Deutschland Wirtschaftsmittelpunkt Europas werden kann. Ich glaube eher daran, daß die wirtschaftliche Vormachtstellung Deutschlands einen Höhepunkt erreicht hat und das die deutsche Wirtschaft in den nächsten Jahrzehnten immer weiter nach unten gereicht wird, ohne das dies Deutschland bewußt wird. Die rosa-rote Brille des materiellen Wohlstandes wird Deutschland hindern, die Zeichen der Zeit zu erkennen.

Vor allem sollte man auch bedenken, das alle Gründe, warum es hier ein Wirtschaftswunder geben soll, darauf ausgerichtet sind, das es 1950 auch so war. Dabei vergißt man immer, das damals eine ganz andere Zeit und damit eine andere Wirtschaftslage waren. Damals war ganz Europa durch den Krieg zerstört. Jeder hatte mit sich zu tun. Heute ist Europa ein einheitlicher Wirtschaftskomplex, wo ein Kampf um den Absatz vorhanden ist. Die durchschnittliche Produktionsauslastung liegt heute in der Größenordnung 70-90%. Es ist deshalb für neue Betriebe sehr schwierig, auf den Markt zu kommen. Gleichzeitig kommen die etablierten Betriebe im Westen besser, wenn sie die Produktion in den alten Standorten erhöhen, als im Osten zu investieren. Gleichzeitig führt das Abwandern vor allem junger Arbeitskräfte zu Problemen in der Altersstruktur und gut ausgebildete Arbeitskräfte gehen der Region verloren. Ich halte es für falsch, ja für kriminell, Rückschlüsse aus dem deutschen Wirtschaftswunder auf die heutige Zeit zu übertragen. Die Bedingen sind Grund verschieden.

Für eine Investition im Osten gibt es keine Gründe (von den materiellen Anreizen der Regierung einmal abgesehen, die aber eher politischen Charakter tragen), im Gegenteil: Die Lage in der ehemaligen DDR wird sich weiter zu spitzen. Auch steuerliche Vergünstigungen werden die Situation nicht verbessern. In einer Zeit, wo die Industrie aus Rentabilitätsgründen die Zuliefererproduktion ins Ausland verlagert und damit schon aus dem idealeren westdeutschen Gebiet flüchtet, kann man nicht wirklich daran glauben, daß in

einem Gebiet, wo die für kapitalistische Verhältnisse unterentwickelte Infrastruktur Probleme bringt, sich die Wirtschaft schlagartig zu einem Wunder entwickelt.

Es ist erschreckend, daß ich bereits 1990 das vorher gesehen habe, was heute entstanden ist. Sieht man die Entwicklung wäre ich in diesem Fall froh gewesen, wenn ich nicht Recht gehabt hätte.

Die Ex-DDR-Bürger erhalten jetzt die Rechnung dafür, daß die Wi(e)dervereinigung nicht schnell genug gehen konnte. Statt erst einmal mit einer freikonvertierbarer Ostmark die Wirtschaft auf eine Konkurrenz vor zu bereiten und die Schäden des Stalinismus aus eigener Kraft zu reparieren, glaubte man an das Allerheilmittel D-Mark, wo man noch durch die Sonntagsreden westdeutscher Politiker bestärkt wurde, und nun darf man weiter von einem Leben in Überfluß träumen. Nun ja, die Deutschen hatten immer schon Probleme mit realistischer Politik.

Aber man kann ja schreiben was man will, mit ihren deutschen Fleiß und Gründlichkeit sind die Deutschen immer gut gefahren und haben viel für die Wirtschaft getan. Die Frage ist nur, sind heute Fleiß und Gründlichkeit die entscheidenden Tugenden in der Wirtschaft? Sind nicht heute die Automaten fleißiger und gründlicher und sind nicht die heute notwendigen Tugenden Kreativität und Teamgeist? Nein nein, die Deutschen machen alles richtig, vor allem die Westdeutschen. Und außerdem sind ja nur die ostdeutschen an der Situation Schuld. 40 Jahre waren sie zu faul zu arbeiten und jetzt wollen sie schnell reich werden. Die Westpolitiker haben ja schon immer gesagt, daß das Tal sehr tief werden würde und selbst der Wahlslogos der CDU "Keinem soll es schlechter gehen" war doch nur eine Wahlparole, an die doch keiner so richtig glauben sollte. Schließlich sind ja Wahlversprechungen und Wirklichkeit sehr weit auseinander, genau wie man die ständigen Prognosen für den Zeitpunkt des Ende des Tales, wenn es endlich wieder bergauf gehen wird, sind ja nicht so ernst gemeint.

Man könnte ja glauben, daß die Menschen langsam die Schn..... voll haben von diesem Parteienfilz der bürgerlichen "Demokratie". Ich glaube aber nicht, daß es den ostdeutschen noch einmal gelingt, von einem Filz zu befreien, ich hoffe da auf die Bayern (Bayernpartei), das sie den deutschen Staat spalten und so den Weg frei machen für die Bundesländer der Ex-DDR einen eigenen Weg zu gehen. Dies wäre für mich der einzige Lichtstrahl in der deutschen Zukunft, so das ich bei dem Ausspruch bleiben möchte, der zwar nicht von mir ist und auch schon paar "Jahre" alte ist, aber wieder einmal seine Gültigkeit hat:

Deutschland mir kraust vor Dir.

2.4. Die CDU eine stalinistische Partei

Sicher ist diese Überschrift etwas aufreißerisch gemacht. Aber auch an ihr ist ein nicht unwesentlicher Teil Wahrheit enthalten. Allgemein bezeichnet man nur "Linke" als Stalinisten und die CDU muß man eher als "Rechts" bis "Rechts-Außen einordnen. So kommt es, daß viele auf den ersten Blick nicht verstehen werden, wieso Herr Kohl ein Stalinist sein soll. Dazu muß man sich die Parteistrukturen anschauen.

Allgemein lehnen konservative Parteien Ideen von Marx, Lenin, Stalin strikt ab. Schaut man sich aber ihre Politik an, stellt man fest, daß sie durchaus von diesen geprägt wurden. In Zeiten des kalten Krieges haben sich die Parteien zwangsweise angenähert. Vor allem die sogenannten Volksparteien haben in ihren Expansionsdrang; in Ihrer Gier nach immer mehr Wählern; ein Gemisch von Politik aufgebaut, so daß sich CDU und SPD nicht mehr unterscheiden.

Sicher ist es etwas Gutes, wenn in einer Organisation ein breites Spektrum von Meinungen vorhanden ist. Hier steht aber die zentralistische Organisation der Parteien einem wirklichen Ausgleich entgegen. So kommt es auch, daß der Parteichef, in diesem Fall z.B. Herr Kohl, zentralistisch über die Partei und damit über den Staat regiert.

Sicher ist den Parteien klar, daß in der jetzigen Zeit, in der Zeit nach dem kalten Krieg und damit in der Zeit nach politischen Ausgleich zwischen "Links" und "Rechts", diese Form der Demokratie nicht mehr ausreicht. Nur wenn ich mehr Demokratie will, brauche ich mehr Mitbestimmungsrechte des Einzelnen. Dieser Mitbestimmung stehen immer mehr die Parteistrukturen im Wege. Gleichzeitig nimmt die "Politikverdrossenheit" zu. Die Parteien können dieser scheinbar nur dadurch entgegen treten, daß sie Ihre Partei wieder mehr auf eine Linie bringen. So geschehen ja bei der SPD. Die CDU vertraut auf eine zentralistische Figur und merkt so garnicht wie sie sich immer mehr den Machtstrukturen einer stalinistischen Partei annähert.

Nach dem Ende des "Links-Rechts"-Ausgleiches funktionieren auch die politischen Strukturen der Parteien nicht mehr. In ihren Machterhaltungstrieb werden sie sich immer mehr annähern müssen, daß wird aber die Ablehnung verschärfen, was die Parteien immer mehr in diese Strukturen treiben wird.

2.5. Die Entwicklung in Ostdeutschland

Inzwischen haben ostdeutsche Kunden ja festgestellt, das nicht alles gute aus dem Westen kommt und sind wieder auf ostdeutsche Produkte umgestiegen. Dieser Umdenkungsprozeß hat für viele Betriebe zu lange gedauert und sie sind deshalb vom Markt verschwunden, gleichzeitig hat die Treuhander eine entscheidende Rolle entgegen dieser Tendenz gespielt. In dieser Zeit ist auch sehr viel Geld in Richtung Altbundesländer abgeflossen, so daß im Osten ein Preisdruck entsteht, denn vor allem Billiganbieter nutzen werden. Es zeigt sich außerdem, das die hohe Staatsverschuldung immer neue Steuern erzeugt, was da zu führt, das der Handelstourismus nach Polen oder Holland noch verstärken wird. Da aber die Westdeutschen keine Fehler machen, wird es wohl bald heißen: Nach dem die Ostdeutschen Bürger ihren Markt vernichtet haben, weil sie West- und keine Ostprodukte mehr kaufen, vernichten sie nun noch den gesamten deutschen Markt zu Gunsten der Billiganbieter aus Osteuropa und Ostasien. Aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten ist diese Tendenz heute schon absehbar. Man kann aber den Menschen keinen Vorwurf machen, wenn konservative Politiker in ihrem Machterhaltungstrieb einen rosa-roten Himmel malen, damit man den schwarzen Morast nicht sieht und diese Politiker nicht mehr in der Lage sind, die Zukunft zu bewältigen.

Der Kanzler der deutschen Wi(e)dervereinigung hat es in 4 Jahren geschafft die fünf neuen Bundesländer fest mit der Bundesrepublik zu verbinden. In Ostdeutschland wurden die in DDR-Zeiten lebensfähige Betriebe über Nacht etwas ausgesetzt, von dem man im Osten glaubte es sei Wettbewerb. Schnell mußte man aber feststellen, daß es sich nicht um Wettbewerb sondern um einen Filz handelte. Gute preiswerte Produkte aus dem Osten wurden nicht auf den Markt gelassen. Damit wurden die Betriebe platt gemacht. Gleichzeitig wurden sogenannte "Sanierer" aus dem Westen für teures Geld eingeflogen. Diese hatten von ihren delegierenden Unternehmen den Auftrag die ostdeutsche Konkurrenz aus zu schalten. Für diesen Einsatz wurde sie dann auch noch von der Treuhander zusätzlich fürstlich belohnt. In der ehemaligen DDR ist somit eine Industriebrache entstanden.

Auch so ich vergaß. Das ist ja alles nur linke Propaganda. In Wirklichkeit haben ja die DDR-Bürger in 40 Jahren DDR alles Tod gemacht und die westdeutschen haben nur noch zu retten versucht, was nicht zu retten war. Langsam glaubt das wohl kaum einer mehr.

Nur wie weiter mit Ostdeutschland oder wie immer man das Gebiet der ehemaligen DDR bezeichnen will. Für Westdeutschland kostet der Osten nur Geld. Am liebsten würde man sie los werden. Was man in 4 Jahren eingerissen hat - was man ja Dank von ABM-Kräften ja auch wörtlich nehmen kann - mußte man nun langwierig wieder aufbauen. Die Kosten sind nach westdeutschen Herangehen riesig. Man hat abgesehen und würde am liebsten das ausgeschlachtete Kalb liegen lassen.

Für politische Parteien ist der ostdeutsche Wähler nur in 2. Linie interessant, um die Zahlen nach dem Komma zu bestimmen. Eine Partei, die im Osten die absolute Mehrheit erreichen würde, hätte bundesweit höchsten 10% und wäre so höchstens als Mehrheitsbeschaffer interessant. Notfalls würde man aber lieber über eine große Koalition der Westparteien nachdenken.

Ostdeutsche wiederum, die 1989 für eine fortbestehende DDR eingetreten sind, sehen natürlich auch, daß eine wirtschaftliche Basis für ein zurück zur DDR fehlt. Die Länder des Osten hängen am Tropf des Westen. Natürlich wird auch dieser Tropf weniger und der Geldfluß wird immer mehr gegen Null tendieren, aber noch ist er da. Und wenn er jetzt abgeschnitten wird, trägt das die Bevölkerung nicht und man kann nur etwas mit der Bevölkerung erreichen. Erst wenn eine Mehrheit dafür ist, im Osten einen eigenständigen Weg zu gehen, kann man Ostdeutschland langfristig retten. Aber die Bild-Zeitung-Leser - oh Verzeihung bei allen Zeitungsmachern - die Bild-Leser werden sicher erst dann bereit sein, wenn man bis zum Hals in der Schei... steckt und bis dahin ist noch viel Platz.

Sicher ist heute vor allem eins. Man glaube in der Wendezeit in der noch-DDR, daß man mit der D-Mark alles richten könnte, weil sie so sehr stark ist. Heute sieht man, daß gerade diese starke Mark die traditionellen Kunden hat wegbrechen lassen. Hinzu kommt, daß die D-Mark künstlich durch die

Bundesbank hoch gehalten wird. (Stichwort Leitzinspolitik) Damit wird diese D-Mark eher ein riesiges Problem für Deutschland und vor allem für den Osten. Die anderen ehemaligen Ostblockstaaten haben gezeigt, wie sie mit schwachen Währungen eine Wirtschaft umgestalten kann. Vor allem haben sie damit die Investoren angezogen, die man eigentlich in der Ex-DDR durch die D-Mark anziehen wollte. Auch ja, wie oft drückt doch der Schein in der Realität....

2.5.1. Rolle industrieller Zentren

Als sich 1990/91 abzeichnete, welche Politik die CDU geführten Regierung(en) im Osten fahren wollten, gab es die ersten ernsthaften Stimmen für den Erhalt industrieller Kerne. Schon in der Altbundesrepublik hatte man gesehen, wie wichtig solche Kerne sind. Als hier das große Zechensterben einsetzte, brachen ganze Landstriche wirtschaftlich ein. Damals wollte man das in der CDU, aber vor allem in der FDP nicht sehen. Die sogenannte "Soziale Marktwirtschaft" hatte gegen den Sozialismus gesiegt und so würde diese "Soziale Marktwirtschaft" auch alles richten. Man setzte auf Klein- und Mittelständige Betriebe. Sicher ist es richtig, das Kleinbetriebe prozentual schneller wachsen können wie Großbetriebe. Aber dieser Mechanismus funktioniert nur, wenn auch Großbetriebe vorhanden sind, die Aufträge an die Kleinen verteilen. Und das war ja auch in den Altbundesländern so. Hier gab es VW, BMW, Daimler... So konnten auch die kleinen Leben.

Inzwischen müssen dies ja sogar eingefleischte Marktwirtschaftler eingestehen. In der F.D.P., der Partei solcher Klein-Klein-Ideen, ist ja deshalb auch ruhig geworden um die Ostwirtschaftspolitik. Nicht umsonst sind ja viele Handwerker aus DDR-Zeiten aus der F.D.P. ausgetreten, weil sie zwar die DDR überlebt haben, jetzt aber von dieser Klein-Klein-Politik kaputt gemacht wurden.

Man redet zwar nun in CDU über den Erhalt industrieller Kerne, aber es gibt sie nicht mehr. Fleißige oder auch weniger fleißige ABM-Kräfte haben ja zügig bestehende "Altlasten" abgerissen. Die Idee das Kapital aus dem Westen kommt, können wir auch abschreiben. 40 Jahre-Schuldenpolitik der Altbundesländer haben ja dazu geführt, daß auch von staatlicher Seite keine Mittel vorhanden sind, im Gegenteil. Die Regierigen im Westen bauen immer mehr Sozialleistungen ab. Damit schafft man aber ein weiteres Problem:

Alle Volkswirtschaftslehren besagen, daß der Staat in Krisenzeiten gegensteuern muß. Er muß in Krisenzeiten Schulden machen, die er in Konjunktur-Zeiten abbaut. So die Theorie. Aber was macht Bonn. In der tiefsten Krise bringt man Sparpläne auf den Tisch. Statt die Kaufkraft an zu heben, verringert man die Kaufkraft. Damit verhindert man einen selbsttragenden Aufschwung in den Beitrittsgebiet. Gleichzeitig läßt man den Banken freie Hand bei der Mietpreisspirale nach oben. So entzieht man der Wirtschaft immer mehr Kaufkraft. An Stelle einer Spirale nach oben entwickelt sich eine Spirale nach unten. Statt eines Aufschwung kommt ein Abschwung. Das sich an dieser Politik auch nach einem eventuellen Machtwechsel nichts ändern wird, sieht man an den Äußerungen der SPD auch weiter zu spüren.

Erschreckend wird das Ganze, wenn man sich überlegt, warum man das macht. Es ist der selbe Grund, warum es zur Wi(e)dervereinigung kam, ein Heiligtum, das in Deutschland noch vor Gott steht, die D-Mark und deren Stabilität. Man ist lieber bereit die wirtschaftlicher Zukunft zu opfern, als an der D-Mark Stabilität. Wirtschaftlich wäre für einen Exportweltmeister in der Krise eine schwache D-Mark von Vorteil, aber wer auch nur die Spur einer Andeutung von Schwäche dieses Heiligtums in den Mund nimmt, hat in Deutschland keine Chance Politik zu machen. Die Deutschen sind im offenen Meer über Bord gegangen und halten sich krampfhaft an einem goldenen Rettungsring fest. Man kann diesen Untergehenden erst dann Retten, wenn sich dieser Krampf löst, nur dann wird das nächste Schiff sehr weit entfernt sein.

Noch ein Wort zur Verteilung von oben nach unten oder umgekehrt. In Wahlkämpfen redet man gern von der Umverteilung von oben nach unten, machen tut man genau das Gegenteil. Bei den sozial Schwachen kürzt man, bei den Reichen gibt man. Nun gehöre ich nicht zu denjenigen, der so etwas von vornherein ablehnt, wenn es hilft ist ja alles gut. Und es hat ja 40 Jahre geholfen. Nur wie ist die Lage heute?

Die Grundidee dieser vor allem CDU-Politik ist ja folgende. Eine Wirtschaft geht es dann gut, wenn es eine Schicht gibt, die genügend Geld - sprich Kapital - zu investieren. Eine Grundidee die sicher etwas für sich hat. Sie funktioniert allerdings so heute an der Schwelle zum neuen Jahrtausend nicht mehr. Die Reichen sind Dank moderner Technik nicht mehr an Deutschland gebunden. Geld wandert weltweit und zur Zeit sind die Reichen nicht bereit, dieses Leichtverdiene Geld in Deutschland ein zu setzen. So kommt es, daß ein Großteil dieses Kapitals aus Deutschland abwandert. Es sind doch die Beispiele bekannt, wer wo im Ausland sein Haus gekauft hat.

Dem Sozialhilfeempfänger oder den Normalverdiener fehlen diese Möglichkeiten. Er muß sein Geld hier in Deutschland ausgeben. Das heißt der überwiegende Teil dieses Geldes bleibt im Land und verbessert die Kaufkraft hier. So wäre es aus volkswirtschaftlicher Sicht besser Geld nach unten zu verteilen, weil dieses Geld im Land bleibt. Vom Sozialen Aspekt dieser Herangehensweise spare ich mir zu schreiben.

2.5.2. Rolle großer Gewerbegebiete

Als sich nach der Erweiterung der BRD nach Osten man auf der Suche nach schnellen wirtschaftlichen Lösungen war, kam auch auf einen alten Hut aus der jüngeren Vergangenheit der Alt-BRD, den sogenannten Gewerbegebieten vor den Türen der Städte. Bereits damals gab es kritische Stimmen über diese Form der Neugründungen auf grüner Wiese.

Inzwischen laufen viele Städte Sturm gegen diese Gewerbegebiete. Sind Gewerbegebiete nun etwas schlechteres oder wie muß man sie einordnen und welche Fehler hat man bei den Gewerbegebieten gemacht?

Zunächst zu der politischen Bedeutung: Gewerbegebiete auf der grünen Wiese lassen sich relativ schnell aus dem Boden stampfen. Richtig eingesetzt hätten die Gewerbegebiete die niedergehenden DDR-Betriebe schnell ersetzen können, aber was hat man gemacht. Man hat in den Gewerbegebieten nicht gezielt Industrie angesiedelt, sondern hat fern jeder Planung - das gab es nur in der DDR und somit heute scheinbar verboten - ansiedeln lassen, wer wollte und wollen taten vor allem die großen Handelsketten. Und nun kommt der eigentliche politische Frevel: Nach der Ansicht der regierigen CDU und vor allem der Pünkchen-Partei F.D.P. hätten ja eigentlich Kleinbetriebe die Unternehmen sein müssen, die sich am effektivsten entwickeln müssen. Aber gerade diese Gewerbegebiete zeigen, daß gerade große Unternehmen einige entscheidende Vorteile haben. Obwohl man immer behauptet hat, daß Kleinbetriebe wirtschaftlicher arbeiten können, zeigt sich hier, daß sich diese Behauptung als falsch erweist. Großbetriebe haben heute eine bessere Wirtschaftlichkeit. Sicher spielt hier die moderne Technik eine nicht unbedeutende Rolle.

Ein nicht unbedeutender Teil der Probleme zeigt sich in der mangelnden Planung. Gerade Gewerbegebiete zeigen wie notwendig eine vor allem Verkehrsplanung ist. Als in DDR-Zeiten neue Wohngebiete erschlossen wurden achtete man darauf, daß auch die notwendigen Straßen- bzw. S-Bahnen vorgesehen wurden. Heute achtet man auf die Nähe von Autobahnen oder wichtige Bundesstraßen. Diese Erweisen sich dann als riesige Probleme in Form winziger Engpässe. Typischstes Beispiel der Saalepark bei Leipzig / Halle. Hier zeigt sich ein weiteres deutsches Problem, der Individualverkehr.

Sicher haben auch Gewerbegebiete eine wichtige Rolle in der Zukunft, der hier relativ schnell und preiswert neue Unternehmen entstehen können. Nur muß man sich dann im Klaren sein, diese Entwicklung zu steuern. Eine Planung, wer sich ansiedeln sollte, welche Größe ein solches Gebiete haben sollte und wie es auch Verkehrstechnisch erschlossen werden kann, ist zwingend notwendig.

Ich gehöre auch nicht zu denjenigen, die nun sehen wie Innenstädte sterben, weil Gewerbegebiete die Innenstädte tod machen. Ich sehe dies eher anders. Innenstädte leben erst dann, wenn es ein ordentliches Mix von Wohn-, Büro- und Geschäftsräumen gibt. Überbetont man aber die Innenstädte werden die Wohnräume geringer, die Innenstädte sterben nachts. Die Ansiedlung von Gewerbegebieten, die dieser Tendenz entgegen steuern finde ich nicht schlecht. Wenn man sich in der Innenstadt noch eine Wohnung leisten kann, leben auch die Innenstädte weiter. In der DDR sind viele alte Bauwerke erhalten geblieben, auch wenn ihr Zustand sehr zu wünschen übrig läßt. Versuche ich krampfhaft die Innenstädte über zu betonen, so zeigen westdeutsche Innenstädte, daß sehr schnell das alte "Outfit" moderneren Fassaden weichen müssen. Somit sehe ich durch Gewerbegebiete keine Gefahr für die Innenstädte, im Gegenteil.

2.5.3. Die Bevölkerungsstruktur

Spricht man von den Möglichkeiten Ostdeutschlands, muß man auch über die Bevölkerungsstruktur sprechen. Seit der Wende kann man hier von einer natürlichen Entwicklung nicht mehr sprechen. Die Geburtenraten tendieren gegen Null. Eine ganze Generation ist nach dem Westen gegangen.

Als man 1989/90 nach Argumenten für eine Hals-über-Kopf-Vereinigung suchte, brachte man vor allem das Argument, der Flüchtlingsströme von Ost nach West. Mit der Wi(e)dervereinigung gibt es keine Flüchtlingsströme mehr, heute sind es die Möbelwagen-Ströme. Fast eine komplette Generation vor allem im Alter von 20-40 Jahren ist nach dem Westen gegangen. Einige auch deshalb, weil sie im Osten keine Perspektive mehr hatten und so in Westen gehen wollten, obwohl sie lieber im Osten bleiben wollten. Sicher gibt es auch eine große Zahl, die gerne wieder zurück kommen würde, aber auf Grund der Situation auf dem Arbeitsmarkt nicht kann. In einigen Jahren sind auch die im Westen integriert und kommen nicht mehr zurück. Vielfach hörte man das bittere Argument: Ostdeutschland wird das Altersheim Deutschlands. Na gut und schön, der hätte es ja noch eine Bedeutung. Nur alte Menschen haben die unangenehme Eigenschaft zu sterben. Damit steht die Frage, was kommt danach, was ist in 10-20 Jahren. Mit der Aussiedlergeneration sind auch noch die Kinder weg. Damit fehlt jetzt nicht nur eine sondern 2 Generationen....

Wenn man heute über die Zukunft Ostdeutschlands nachdenkt sind diese Tatsachen sicher nicht gerade angetan von einer blühenden Zukunft im Osten zu sprechen. Es steht heute schon die Frage wer soll diese aufbauen? Rentner?

Westdeutsche Nieten, die in den Osten kommen erhalten Buschzulage. Ostdeutsche die hier bleiben erhalten nur einen Teil der Westgehälter, dabei wäre es heute notwendig Durchhalteprämien für Ostdeutsche zu zahlen. Nun ja, das kann keine Marktwirtschaft richten.

2.6. Die Rolle des Sozialen in der Gesellschaft

Die Sozialdemokratie setzt seit etwa einem Jahrhundert auf soziale Belange in ihrer Tätigkeit oder wie manche sagen Untätigkeit, aber eine neue Gesellschaftsordnung hat sie nicht hervor gebracht. Ich möchte nun die Behauptung aufbringen, daß es daran liegt, das sie sich zu sehr auf die sozialen Probleme beschränkt hat. Sie hat versucht, erst die sozialen Ziele auf zu stellen und dann die Politik daran aus zu richten. Welche Rolle spielt nun das Soziale in der Gesellschaft? Ist es das Wichtigste, so wie es die Linke seit Jahrzehnten behauptet?

Denkt man darüber nach, welche Rolle das Soziale in einer Gesellschaftsordnung spielt, muß man auch die Frage anreisen, was ist Sozial? Ist sozial, wenn ich armen Leuten Almosen gebe, oder was? Sozial bedeutet für mich, wie ich das verteile, was die Gesellschaft erzeugt. Ob ich einer kleinen Schicht viel und einer großen Schicht bedeutend weniger gebe, wobei die kleinere Schicht nicht unbedingt viel für das gesellschaftliche Produkt tut, oder ob ich das geschaffene Produkt gerechter verteile, wobei das nicht bedeutet, das ich alles gleich verteile, ist für mich die Frage nach dem Sozialen. Das heißt, sozial ist für mich, das gesellschaftliche Produkt so zu verteilen, wie jeder Anteil an diesem hat, wobei ich dann auch allen die Möglichkeit einräumen muß, etwas dafür zu tun. Im verständlichen Deutsch heißt das, wieso erhält der Playboy, der nur von der geerbten Fabrik lebt, mehr Geld, wie ein Arzt, der Menschen heilt. Das heißt aber auch, das ich jeden Menschen eine Arbeit gebe, damit er auch Geld verdienen kann. Sozial heißt also nicht, Krankenhäuser zu bauen, wo sich ein Großteil der Bevölkerung die Behandlung nicht leisten kann.

Die DDR hat gezeigt, daß ich eine Staffelung in der Bezahlung brauche. Die BRD zeigt nun, daß zu große Unterschiede zwischen sozial Schwachen und den Reichen auch sehr ungünstig ist. Spreche ich von Sozialen, muß ich ein optimales Verhältnis zwischen Anreiz für höherqualifizierte Tätigkeiten geben und gleichzeitig muß man einen sozialen Ausgleich schaffen. Dies klingt natürlich einfacher als es in der Praxis ist.

Eine optimale Verteilung ist aber auch für die Wirtschaft wichtig. Der Hauptpunkt ist dabei die Kaufkraft, die ich habe und welche Schicht wie diese Kaufkraft einsetzt. Fahre ich eine solche Politik wie die CDU, daß ich den Reichen alles gebe, die dann alles ins Ausland bringen, mißachte ich dieses Gleichgewicht. Auf der anderen Seite: Wenn ich alles nur für das Soziale ausbebe, also nur für den Konsum verwende, fehlt das Geld für Investitionen, also für die Zukunft. Hier ist der Staat mit entsprechenden Eingriffen gefordert, eine Idee die nicht neu ist, an die sich aber bisher kein Regieriger hält.

2.7. Wie löst man grüne Probleme?

Umweltprobleme stehen heute immer wieder an. Vergleiche man dabei z.B. die ehemalige DDR mit der BRD, so waren die Umweltprobleme in der DDR größer. Verfechter der "Sozialen Marktwirtschaft" behaupten ja, das liege an der "Demokratie der Sozialen Marktwirtschaft". Nur diese Demokratie könne eine Grüne Opposition herausbilden, die Druck auf die Unternehmen ausübt. Nun hat diese These nur einen aktuellen Dämpfer erhalten, in Form einer Krise der Vorzeigorganisation Greenpeace. Diese Organisation hat so viel Geld, das sie nicht weiß, wie sie es ausgeben soll, sie weiß aber nicht, wie sie effektiver gegen Umweltverschmutzung vorgehen soll.

In der DDR gab es natürlich auch einen Vorteil, der für den Umweltschutz gesprochen hat, es fehlte das Geld. So fehlte in der Landwirtschaft das Geld für Düngemittel, so daß das eigentlich im Westen vermutete Überdüngen nicht stattfand. Der Vorteil der ostdeutschen LPG war ihre Größe. Da es den westdeutschen auch nicht gelungen diese zu vernichten, sind auch heute die Nachfolger dieser LPG eine der wenigen Lebensfähigen ostdeutschen Unternehmen.

Aber zurück zu den grünen Probleme. Die Probleme sind etwas komplizierter, wie sie die "allwissenden" Politiker gerne darstellen. Wenn grüne Gruppen Verunreinigungen in Flüssen u.s.w. feststellen, ist das Kind meist schon in den Brunnen gefallen; oder nehmen wir das "Ozonloch" in der Atmosphäre. Eine Feststellung dieser Erscheinung reicht nicht aus, selbst eine Verringerung des FCKW kann ein Fortschreiten nicht verhindern und mehr Ozon bringt es auch nicht in die oberen Luftschichten. Also kann man ökologische Probleme nur dann lösen, wenn man vorbeugend etwas tut. Hier gibt es in der "Sozialen Marktwirtschaft" Ansätze, aber immer wieder zeigen Umweltskandale, daß die Probleme nicht vollständig gelöst werden können. Woran liegt das aber? Jeder Unternehmer macht seine eigene Kosten-Nutzen-Rechnung auf. Umweltprobleme stehen hier meist auf der Negativseite. D.h. umweltverträgliche Technologien sind vielfach teurer oder sogar unrentabel. Hier hilft nur eine Kosten-Nutzen-Rechnung für die gesamte Gesellschaft. Hier muß man ansetzen, um die Probleme lösen zu können.

Aber wieso klappte es wieder einmal nicht im real-existierenden Sozialismus? Durch die staatliche Wirtschaft war der Weg eigentlich frei für diese Rechnung. Es gab ja auch von zentraler Stelle Vorgaben für die Produktion auf dem Gebiet des Umweltschutzes. Es kam aber auch hier zu betrieblichen Kosten-Nutzen-Rechnungen. In dem Wahn, mehr zu produzieren, wie der Kapitalist im Nachbarland, weil man die fortschrittlichere Gesellschaftsordnung verkörperte, ging Produktion vor Umweltschutz. Da man ja die bessere Gesellschaftsordnung war, gab es keine Umweltprobleme. Diese Fehleinschätzung in Bezug auf die ökologischen Probleme führten ja auch zu einer Beschleunigung der Ereignisse um die "Wende".

Umweltprobleme sind heute ein wichtiges Thema in der Welt geworden. Nicht nur die Grünen, sondern fast alle politischen Parteien, haben ökologische Forderungen in ihren Wahlprogrammen, was natürlich noch nichts mit der wahren Parteipolitik zu tun hat. Aber selbst die Grünen stoßen im real-existierenden Kapitalismus auf den Widerspruch zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Das System der "Sozialen Marktwirtschaft" ist umweltfeindlich. Die ökologischen Probleme können zwar durch eine starke Opposition auf diesem Gebiet gelindert werden, aber gleichzeitig wird diese Opposition von Seiten der Wirtschaft und zum Teil von der mit ihr verbundenen Parteien mit allen Mitteln bekämpft. Hier stößt sie an die Grenzen des Systems.

In der Natur sind heute Schäden entstanden, die mit heutigen Mitteln nicht bekämpft werden können. Das beste Beispiel ist hier wohl die Verringerung der Ozonschicht in der Atmosphäre. Es gibt aber auch Beispiele wo Lösungen technisch möglich sind, aber das System an Grenzen stößt. Ein Beispiel hier für ist der Verkehr (auf den ich in dem nächsten Abschnitt genauer eingehen werde). Haupttransportmittel in der BRD ist das Auto. Aus energetischer, finanzieller und ökologischer Sicht ist das nicht vertretbar. Will man aber das Auto als Allheilmittel des Transportes, aber auch als Umweltschutzes Nummer Eins zurückdrängen, hilft eine Förderung von Straßenbahn, Bus und Bahn allein nicht aus. Man braucht ein einheitliches Verkehrssystem - ein gesellschaftliches System -, wo auch das Auto seinen Platz hat. So ein System benötigt aber ein gesellschaftliches Eigentum.

Ähnliches trifft auch auf viele andere Probleme des Umweltschutzes zu. Der sogenannte "sozialistische" Staat hat Umweltschützer stark bekämpft, obwohl gerade die Umweltschützer die natürlichen Verbündeten auf dem Weg in eine neue Gesellschaft sind. Jeder Umweltschützer, der versucht die ökologischen Probleme in der "Sozialen Marktwirtschaft" in den Griff zu bekommen, wird die Probleme maximal lindern können; er

wird sie aber nicht lösen können. Wenn die Menschheit auf dieser Welt weiter leben will, muß sie aber die Umweltprobleme lösen, sonst bringt sie sich um.

Beim Umweltschutz kommt man immer mehr zu dem Problem, daß scheinbar umweltfreundliche Ersatzlösungen wieder andere, zum Teil noch größere Probleme bringen. Beispiele hierfür sind die phosphatfreien Waschmittel oder der Rapsdiesel. Will man solche Probleme lösen, braucht man eine effektivere Produktforschung, d.h. man braucht mehr Technik. So habe ich Schwierigkeiten damit, wenn Grüne ein Wachstumstop in der Wirtschaft fordern.

Natürlich ist die Industriegesellschaft an Grenzen, und dabei vor allem an ökologische Grenzen, gestoßen, aber daraus die Schlußfolgerung zu ziehen, die Menschheit dürfe sich wirtschaftlich nicht weiter entwickeln, halte ich für absoluten Schwachsinn. Die Menschheit muß sich von der kapitalistischen Moral befreien, das materieller Wohlstand ein Prestige ist. Wir müssen darauf einwirken, das nicht das höchst Erstrebenswerte ist, wenn jeder sein eigenes, großes Auto hat, sondern das es standesgemäß ist, mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren. Das hat nichts mit Eingriffen in die menschliche Freiheit zu tun, das bedeutet ein moralisches Umdenken. So lange aber die industrielle Produktion, also die kapitalistische Wirtschaft, bestrebt sein muß, viele materielle Güter zu verkaufen, wird sie auch alles dran setzen, das diese Moralbegriffe nicht geändert werden.

Hier bietet aber die Informationgesellschaft eine Alternative an. In einer Gesellschaft, wo die geistige Arbeit dominiert, wird auch ein Streben nach geistigen Besitz einsetzen. Nicht das Streben nach dem eigenen Auto, sondern nach der persönlichen Datenbank kann dann entscheidend sein. Sicher wird man sich heute schwer vorstellen, wie so etwas aussieht. Gehe ich aber davon aus, das wir erst am Beginn einer revolutionären Phase sind, ist erst noch mit dem eigentlichen technischen Aufschwung kurz nach der Jahrtausendwende zu rechnen. Nach dieser Theorie wird das 1. Jahrzehnt im neuen Jahrtausend einen riesigen technischen Fortschritt bringen, der weit über unsere Vorstellungen hinaus geht. Dieser Prozeß kann auch die Ökologie entlasten. Soll das aber so sein, dürfen die Grünen ihren Feind nicht in der Wirtschaft, sondern müssen ihn in der bestehenden Moral suchen.

Übrigens zeigt es sich auch in der Vergangenheit, daß andere Produktionsweisen auch den Begriff Besitz neu definieren. In der landwirtschaftlichen Produktion (also dem Feudalismus) war (und ist) der reich, der viel landwirtschaftliche Nutzfläche und viele Tiere im Stall hat. Ein Farmer spielt eine untergeordnete Rolle. Die industrielle Produktion (der Kapitalismus/Sozialismus) bringt das Leben in die Stadt. Hier spielen Eigentum am Boden oder gar Besitz an Tieren eine untergeordnete Rolle. Hier spielen technische Konsumgüter eine Rolle. Ein eigener Rechner zeigt eine Form des Wohlstands an. Das man dann eine eigene Datenbank besitzt, ist noch schmückendes Beiwerk. Mit dem Vordringen der Rechentechnik wird sich dieses Besitzdenken aber ändern müssen, auch zum Wohle unserer Umwelt.

Umweltschutz ist notwendig, da wir Gefahr laufen, uns sonst selbst um zu bringen. Die Frage ist nur, was ist Umweltschutz. Ich bin der Meinung, das Umweltschutz nicht gleich zu setzen ist mit Verzicht auf Fortschritt und Umweltschutz nur effektiv ist, wenn wir Verzicht üben. Im Gegenteil, ich finde der bessere Umweltschutz ist, wenn wir Technik und Umweltschutz zusammen bringen und mit neuen Technologien auch der Umwelt helfen.

2.8. Verkehrsprobleme

Durch Wettbewerbsverfälschung des sogenannten "sozialen" Teils der "Sozialen Marktwirtschaft" kam es vor allem in Deutschland zur Verfälschung des Marktes. Grund hierfür war (und ist) eine enge Verflechtung der Autohersteller mit den wichtigsten politischen Parteien. Man kann es natürlich auch von der positiven Seite sehen und sagen: Diese Politik hat das Rückrad der deutschen Wirtschaft, die Autoindustrie, zur wirtschaftlichen Blüte geführt, aber auf der anderen Seite führte diese verfehlte Politik zu Staus auf den Autobahnen ..., so daß selbst die Autoindustrie (vor allem VW oder auch BMW) für die Bahn werben muß.

Nun versuchen ganz schlaue Politiker diese Verfälschung wieder auf zu heben, in dem sie z.B. die Deutschen Bahnen privatisieren. Wie kurzzeitig solche Politiker sind, zeigt sich in der Meinung vieler Verkehrsplaner, die schon seit den siebziger Jahren ein entsprechendes Konzept haben. Sie fordern ein einheitliches System, wo jedes Verkehrsmittel seinen Platz hat.

Eigentlich hatten die Verkehrsplaner das Auto für die Innenstädte als Transportmittel vorgesehen, aber da zeigt sich, das gerade hier das Auto die meisten Probleme bringt. Somit bleibt für den PKW nur der Zubringerverkehr von den Randbezirken der Städte zu den öffentlichen Verkehrsmitteln. Dabei muß man aber immer mehr zu dem Prinzip des Leihautos kommen, da ich nicht an jeder S-Bahn-Haltestelle einen PKW haben kann.

Als Zubringerverkehr von den Randbezirken in die Innenstadt und zu anderen Randbezirken hat sich seit Jahren die S-Bahn und die U-Bahn bewährt.

Im Stadtzentrum ist das ökonomischste und ökologischste Verkehrsmittel die Straßenbahn mit einem weitestgehend eigenen Weg (also nicht in der Mitte von Straßen), so wie für Verkehrsschwächere Gebiete der Bus (einschließlich des Kleinbus mit Kapazitäten von 6-8 Plätzen).

Für den Fernverkehr im Bereich von etwa 1000km ist die Bahn das Verkehrsmittel, wobei im Limit bis 300km durchaus die Bahn mit Tempo 120 berechnete Zukunftschancen hat.

Bleibt der Fernverkehr über 500km. Hier ist und bleibt das Flugzeug die Nummer eins, auch wenn die neuen TGV (oder in Deutschland ICE) hier die Grenzen weiter nach oben ziehen. Verkehrsmittel wie der Transrapid haben nur dann eine Chance, wenn sie von den Innenstädten aus verkehren können.

Nun ist diese Feststellung nicht neu, das Problem ist nur, wie ist dieses Konzept zu verwirklichen? Tatsache ist und bleibt, daß das Auto einige entscheidende Vorteile hat. Das sind vor allem die Ungeundenheit und das Gepäck. Als erstes zur Ungeundenheit. Es heißt ja nichts anderes, als das ich mir überlegen kann, jetzt fährst du los, und ich kann es machen, ohne erst lange ein Kursbuch zu studieren. Um hier dem Auto eine Alternative entgegen zu setzen ist eine dichtere Zugfolge (Paradebeispiel: Japans Shinkansen) und eine Taktfolge (also z.B. alle Stunde fährt ein ICE 13 Minuten nach um los) notwendig. Das reicht aber nicht aus. Man Braucht einen Reibungslosen Übergang (d.h. die Straßenbahn muß z.B. 2 Minuten vor Abfahrt des Zuges fast auf dem Bahnsteig halten, was bei konkurrierenden Unternehmen nur schwer zu realisieren ist. Das heißt aber auch, daß die Anschlußzüge vom ICE kurz darauf abfahren.

Natürlich ist mir bekannt, das ein Staatsbetrieb wie die Bundesbahn durch seinen Beamtenapparat sehr starr ist. Natürlich sind mir Beispiele aus Japan über die Erfolge der Privatisierung der Bahn bekannt. Aus diesem Grund lehne ich auch staatlich geleitete Betriebe als nicht die Lösung ab. Es gibt aber in den alten Bundesländern ein interessantes Modell: die Stadt übernimmt die Planung und vergibt einzelne Fahrten an verschiedene Unternehmen (einschließlich der Stadt eigenen). Das bedeutet konkret: Ich kaufe mir einen Fahrschein und kann unabhängig vom Unternehmen meine Strecke zurücklegen und kann sogar zwischen unterschiedlichen Unternehmen mehrmals umsteigen. Hinter den Kulissen sieht das so aus: Die Einnahmen gehen in eine gemeinsame Kasse und jedes Unternehmen wird für seine erbrachten Leistungen bezahlt.

Die Vorteile liegen auf der Hand: Ich habe konkurrierende Unternehmen, ohne daß das auf den Fahrgast durchschlägt. Ich habe einen Ausgleich zwischen rentablen und unrentablen Linien, wobei die unrentablen Linien auch gefahren werden müssen (Nachtfahrten, Vorortverkehr...). Ich kann Subventionen besser einsetzen. So könnte man auch Probleme im Flugverkehr abbauen. Ich überlasse nicht den Fluggesellschaften, wann eine Maschine wohin fliegt, sondern lege zentral einen Fahrplan fest. (Z.B. Jede Stunde von Köln nach Berlin oder jede 4 Stunde von Frankfurt nach New York) Die Fluglinien erwerben dann das Recht den Flug aus zu führen. So habe ich eine zentrale Planung bei konkurrierenden Unternehmen. Die Fluglotsen wären entlastet und ein effektiverer Einsatz der Flugzeuge möglich.

Das Hauptproblem heute sind nicht die technischen Möglichkeiten, sondern die politischen Grenzen. Ein System, welches die Konkurrenz als das Allheilmittel ansieht, wird sich schwer tun, eine zentrale Planung durch zu führen. Aber das ist notwendig. Ich brauche ein einheitlich Verkehrssystem, welches zentral geplant wird. Hier liegen die Aufgaben des Staates. Die Durchführung kann oder vielleicht muß ich konkurrierenden Unternehmen überlassen. Hier sind wir bei einem zentralen Problem der derzeitigen Zeit, welches nicht nur im Verkehr ansteht.

So weit zum Thema Unabhängigkeit als Vorteil des Autos, bleibe noch das Thema Gepäck. Hier hat das Auto noch echte Vorteile gegenüber den öffentlichen Verkehrsmitteln. Wenn ich ohne Auto einkaufen "gehe", dann muß ich den Sack Kartoffeln ständig tragen - mit dem Auto, verstaue ich den Sack Kartoffeln im Kofferraum und packe ihn vor der Haustür wieder aus. Rein theoretisch zu mindestens. Das Problem ist hier der Parkplatz, der meistens nicht vorm Haus liegt.

Auf der anderen Seite zeigt sich hier eine reinigende Wirkung des Marktes: Supermärkte werden aus dem Verkehrreichen Innenstädte immer mehr in die verkehrärmeren Randgebiete verlagert, wo eigene Parkplätze gleich mit projektiert werden. Das löst aber noch nicht das Parkplatzproblem vorm Haus. Hier zeigt sich, daß das Problem des Kleintransportes nicht gelöst ist. Ziel muß es sein, daß ich im Supermarkt einkaufe und das dann alles nach Hause gebracht wird. Um dies aber realisieren zu können, brauche ich ein System, welches den Kleintransport übernimmt. Hier sind die Verkehrsplaner noch echt gefordert, wobei das Versandwesen (Otto, Quelle) nicht uninteressant ist, aber nicht unbedingt das Non plus Ultra darstellt (z.B. bei Gemüse u.ä.). In den USA bildet sich ein Einkauf bei TV und Telefon heraus, das sogenannte Tele-shopping - eine sicher zu beachtende Entwicklung.

Mit dem Kleintransport bin ich beim Gütertransport überhaupt angelangt. Die Deutschen behaupten ja gerne, das die Bahn zu langsam ist für Transportaufgaben und deshalb nur der LKW-Transport in Frage kommt. Nun kommt aber der LKW-Verkehr immer mehr ins Gerede - in Hamburg werden Hauptstraßen deswegen blockiert, die Straßen unterliegen einer zu hohen Beanspruchung, die Autobahnen und die Innenstädte ersticken im Verkehr - nicht Freie Fahrt für freie Bürger ist die Devise sondern "Stop and Go". Da aber gerade die englische Sprache eine Rolle spielte, sollte man vielleicht mal "just in time" übersetzen. Es heißt nicht "gerade in der nächsten Minute" sondern "genau zur Zeit". Was hat das aber nun mit dem Verkehrsproblem zu tun? "Just in time" ist eines von vielen offenen Geheimnisse der japanischen Industrie. Ziel dieser Lagerlogistik ist es, das jedes Teil genau zu der Zeit an dem Punkt ist, wo es gebraucht wird. Damit wird Lagerfläche eingespart und das Transportmittel wird zum Lager. Aber wie schon gesagt, heißt "just in time" nicht, daß das Produkt schnell beim Kunden sein muß, sondern genau zu der Zeit wo es gebraucht wird. Hier zeigt es sich sogar, das der LKW ungünstiger ist wie die Bahn. Unterschiedlich verstrauchte Autobahnen, unterschiedliche Witterungsverhältnisse, Umleitungen ... machen den LKW nicht zu den pünktlichsten Transportmittel. Die Bahn hat noch einen entscheidenden Vorteil: sie ist automatisierbar und läßt sich in ein automatisches Wirtschaftssystem einbinden.

Man sieht wieder einmal den Zusammenhang unterschiedlicher gesellschaftlicher Probleme. Eine wirtschaftliche Technologie ist eng mit Verkehrsproblemen verbunden. Erst die Pünktlichkeit der Bahn ermöglicht auch eine entsprechende Technologie in der Wirtschaft.

Es zeigt sich aber auch, das nicht die Geschwindigkeit der Bahn das Problem beim Güterverkehr ist, sondern die Pünktlichkeit und diese erreiche ich nur, wenn sich jeder Bahnbeamte für die Bahn verantwortlich fühlt und wenn ich durch automatische Zugüberwachung und Steuerung die Flexibilität erhöhe.

Das Transportwesen ist ein Beispiel für den Zusammenhang aller gesellschaftlichen Probleme. Während im Feudalismus die Verkehrsprobleme gering waren, hat eine weitere Spezialisierung im Kapitalismus auch einen Ausbau des Verkehrssystems notwendig gemacht. Eine Zunahme des Informationsaustausches hat einen weiteren Schub im Verkehrswesen gebracht. Es bringt nichts, wenn wir die Innenstädte für den Autoverkehr sperren, ohne akzeptable "Ersatzlösungen" an zu bieten. Ich kann nicht den LKW-Transport verbieten, wo ich weiß, das ich nicht jeden Betrieb, jede Kaufhalle, jede Post ... an das Eisenbahnnetz anschließen kann. Man braucht Technologien (wie z.B. das Containersystem), die eine Verknüpfung der Transportsysteme ermöglichen. Ich brauche ein gesellschaftliches Verkehrssystem, wo eine zentrale Planung erfolgt, die konkurrierende Unternehmen koordiniert, aber nicht diktiert. Wenn ein Unternehmen einen LKW benötigt, um eine Ladung zum Bahnhof zu bringen, muß es anschließend auch die Bahnfahrt organisieren und den Abtransport vom Bahnhof. Wenn eine zentrale Stelle diese Planung übernimmt, läßt sich der Transport effektiver gestalten. Man kann Leerfahrten verringern, man kann den Transportweg optimieren u.s.w.

Im Zusammenhang mit den Innerstädtischen Verkehr kommt man schnell auf das Thema Subventionen. Wenn Straßen von Steuergeldern gebaut werden, dann sind das keine Subventionen, dann sind das die armen Autofahrer, die Steuern zahlen müssen, wird der Nahverkehr von Steuergeldern bezahlt, dann sind das Subventionen vom Staat, die abgebaut werden müssen. Hier muß klar und eindeutig die Stadt entscheiden, was für sie ökonomischer ist, teure Schnellstraßen zu bauen und zu unterhalten, oder alle Bewohner kostenlos mit der Straßenbahn fahren zu lassen. Man darf nicht die Rentabilität der Straßenbahn ohne die Rentabilität des gesamten Verkehrswesens betrachten. Genau so sollte sich eine Stadt überlegen, was rentabler ist: Fahrscheine zu drucken, zu verkaufen, Entwerten zu betreiben, Kontrolleure zu bezahlen ... oder die Verkehrsmittel kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Die wichtigste Erkenntnis aus der Lösung der Verkehrsprobleme ist für mich auch eine Lösung für die gesamte Wirtschaft: Zentrale Planung bei konkurrierenden Betrieben. Eine zentrale Planung legt fest, wenn ein Bus fährt und die Unternehmen erwerben die Rechte, diese Fahrt zu machen oder auf die Wirtschaft bezogen: Eine zentrale Stelle legt fest, wo investiert wird und Produktionsgemeinschaften übernehmen die Produktion.

2.9. Meinungsmacher

In der DDR besaßen nur die Parteien Zeitungen (auch die CDU!). In der BRD sind die meisten Zeitungen in Privatbesitz, die entweder Parteihand sind oder Interessen bestimmter Konzerne vertreten. Es gibt wenige unabhängige Zeitungen, wie der "Spiegel" (wobei auch der nicht mehr ein Vorzeigeprojekt ist). Ähnliches trifft auch auf die Fernsehkanäle zu. Entweder die regierenden Parteien bestimmen was gesendet wird oder Konzerngruppen. Einige gravierenden Beispiele: Der Regionalsender Mecklenburg-Vorpommern sollte nicht zum NDR, weil der in SPD-Hand ist und das wollte die CDU-regierte Landesregierung in Schwerin nicht oder nehmen wir den tief schwarzen Mitteldeutschen Rundfunk (so fest in CDU-Hand, das es schon zu stinken anfing). Als Beispiel für Konzernpolitik ist wohl SAT-1 und der Konservative Springerkonzern zu nennen.

Es ist also nichts ungewöhnliches, wenn die "führende Partei der führenden Klasse" (gemeint ist die alte SED) sich auch das Recht auf "Meinungsbildung" herausgenommen hat und jede Zeitung, jeder Rundfunksender, jeder Fernsehsender macht Meinungsbildung. Und so lange diese Anstalten von der Werbung leben, werden sie sich schwer überlegen, ob sie die werbenden Konzerne angreifen. Wer das Gegenteil behauptet, ist ein Träumer. Schon die Auswahl der Filme, das Senden von Wirtschaftssendungen, die Zusammenstellung der Nachrichten, Auswahl der Serien (Airwolf o.ä.) ist Meinungsbildung. Wenn ich Filme zeige, wo Rambo den Vietnamkrieg doch noch gewinnt, dann mache ich Stimmung gegen Vietnam und hebe die US-Amerikaner in den Himmel. Wenn Airwolf Spione aus dem russischen Hinterland holt, mache ich Stimmung gegen dieses Land.

Nun könnte man sagen, jeder der an der Macht ist, muß das bestreben haben, selbst die Meinung zu bestimmen, also muß man als erstes die Fernsehsender besetzen, die Bildzeitung verbieten ... Nun gibt es nicht mehr ein Fernsehsender pro Land, 3-4 Zeitungen ... Die Medienlandschaft ist vielfältiger geworden. Sie reichte z.B. von 100 bis 100,6 (z.B. in der Berliner Rundfunklandschaft) oder von NDR bis PRO 7 oder Sat-1 bei den Fernsehsendern. Sie reicht von der TAZ bis zur Bild bei den Zeitungen. Je vielfältiger das Angebot ist, desto weniger Spielraum hat ein Einzelner zur Meinungsverfälschung. Wenn die Bild Konkurrenz von der Super bekam, dann kann Bild nicht mehr so unverschämte lügen, obwohl beide CDU-Politik vertreiben. Oder wenn die Bild mit der Morgenpost konkurriert, geht es in erster Linie um zahlende Leser, die Geld in die Kassen bringen. Natürlich geht es auch darum Werbeaufträge von der CDU zu bekommen.

Was man nicht machen kann, ist, das man bestimmte politische Strömungen auf den Meinungsmarkt verbietet. Man darf nicht versuchen, z.B. das ND unter Kontrolle der Treuhänder zu bringen.

Man muß verschiedenen politischen Strömungen Chancen geben. Jeder Mensch muß sich dann seine eigene Meinung bilden müssen. Das ist der Preis der Demokratie. Gebe ich den Einzelnen in der Gesellschaft mehr Rechte, so erhält er auch mehr Pflichten. Er kann nicht mehr darauf vertrauen, was die Partei sagt, ist richtig. Er muß sich zum Beispiel aus den Standpunkten der Umweltschützer, der Techniker und der Stromerzeuger eine Meinung zu den Atomkraftwerken bilden. Er kann dann nicht mehr nur das glauben, was in der Bild-Zeitung steht. Z.B. das die Amerikaner im Irak im Namen der Menschlichkeit gekämpft haben. Er bekommt nicht das Konzentrat vorgesetzt, was der Redakteur der "Aktuellen Kamera" für ihn vorbereitet hat, sondern kann von verschiedenen Kanälen aus, sich seine Meinung bilden - oder wie hat zu DDR-Zeiten mal jemand gesagt: Wenn du die Mitte von der "Aktuellen Kamera" und der "Tagesschau" nimmst, liegst du ungefähr richtig.

2.10. Kommunikation

Zu Zeiten der Oktoberrevolution gab es noch keine Rundfunksender, lediglich die ersten Morsesender und die Anfänge der Telephonie waren gemacht. Heute gibt es Fernsehsender, die nur ein bestimmtes Thema streifen, wie MTV (Popmusik) oder Sportkanäle. Das Telefonnetz ist weltumspannend, Informationen werden über separate Rechnernetze weltweit ausgetauscht. Ich kann Bilder Sekundenschnell in alle Welt durch Telefax verschicken. Der Datenaustausch ist heute genau so wichtig wie der Materialaustausch. Moderne Technologien sind heute entscheidender wie neue Materialien, neue Computerprogramme bringen mehr wie 1 Tonne Stahl. Es ist deshalb auch verständlich, das die Konservativen dieses "Goldene Kalb" auch wieder mit als erstes bei den Vereinigungskosten gemolken haben. Da die Telekom aber auch ein staatlicher Beamtenapparat ist, gibt es auch hier große "Befürworter" der absoluten Privatisierung. Auch diese absolute Privatisierung halte ich für absoluten Blödsinn. Sicher benötigen auch ehemalige Staatsbetriebe ein modernes Management, hier sind Wege zu mehr Selbstbestimmung notwendig, aber eine absolute Privatisierung halte ich für den denkbar schlechtesten Weg. Datenwege sind heute genau so wichtig wie die Straßen- oder Schienenwege. Das Straßensystem funktioniert aber nur deshalb so gut, weil es ein System ist. Wenn ich eine Autobahn befahren will, brauche ich dazu keinen Kran, weil es eben Autobahnauffahrten gibt, die Bundesstraßen mit den Autobahnen verbinden. Selbst die Straßenverkehrsordnungen haben sich in allen Ländern angeglichen.

Aber gerade der Vergleich mit den Autobahnauffahrten entspricht den Versuchen einiger Firmen, verschiedene Standards konkurrieren zu lassen. Wenn ich dann einen Kunden erreichen will, der in einem anderen Netz arbeitet, müßte ich über ein kompliziertes Wandlersystem gehen. Und hier ist der Kran als Autobahnzubringer als Vergleich nicht weit hergeholt.

Ein nicht zu unterschätzendes Problem auf den "Datenstraßen" ist heute der Datenschutz. Firmenergebnisse und Produktentwicklungen sind heute die geheimsten Sachen der Welt. Der sicherste Datenschutz ist hier, das es keine Geheimnisse mehr gibt. Das Gehalt der Kollegen ist allen bekannt, die Produktionszahlen kann ich im monatlichen Betriebsberichten lesen und die Produktentwicklung ist jeden bekannt, weil es klare Absprachen gibt.

Jeder Betriebswirtschaftler wird jetzt die Hände über den Kopf zusammenschlagen, weil ich hier alle Heiligtümer des Kapitals verletzt habe. Aber ich meine dies wirklich so, wie ich es geschrieben habe. Ich weiß, daß es so im Kapitalismus nicht funktionieren kann, weil es den Konkurrenzkampf außer Kraft setzt und setze ich diesen außer Kraft, dann bricht der Kapitalismus zusammen. (Ich hätte hier auch nichts dagegen.)

Die Kommunikation ist eines der wichtigsten Beschleuniger der Wirtschaft. Die heute notwendige Datensicherheit bringt ihr aber echte Probleme bei der weiteren Ausbreitung. Dies kann erst mit gesellschaftlichen Eigentum beseitigt werden. Deshalb wird sich die Kommunikation erst in einer anderen Gesellschaftsordnung richtig entfalten können. Ein Computernetz wird sich dann um die Welt legen, genau wie das heute die Verkehrswege tun.

Dies ist vor allem wichtig, um neue Erkenntnisse der Forschung und Entwicklung schneller umsetzen zu können. Sie werden dafür sorgen, das die wissenschaftlich-technische Entwicklung noch stürmischer verlaufen kann.

2.11 Geld und Kapital

Ziel des Kommunismus ist es, das Geld ab zu schaffen. Schauen ich mir aber die Welt an, so ist heute hier - und vor allem hier in Deutschland - jedes 2. Wort mit Geld verbunden. So ist das Hauptproblem der Wei(ë)derentwicklung nicht, wie kann ich die Menschen zusammen bringen, sondern wie kann ich die deutsche Einheit bezahlen. Das Problem ist nicht, wie kann ich die Ex-DDR wieder aufbauen, sondern wie kann ich den Aufbau bezahlen. Das Problem ist nicht, wie kann ich demokratische Formen in die Gemeinden und Ländern einführen, sondern wie kann ich die Rechnungen der Länder und Gemeinden bezahlen. Das Problem ist nicht mehr, das eine Mauer das Reisen behindert, sondern das viele nicht wissen, wie sie die Reise bezahlen sollen.

Über diese Probleme mit den Geld habe ich auch sehr lange nachgedacht und habe auch heute noch keine feste Meinung da zu. Ich bin hier zu einem Kompromiß gekommen: Die Bedeutung des Geldes muß gegen Null gefahren werden, aber selbst eine neue Gesellschaft braucht das Geld noch, um die Anteile des Konsums für den Einzelnen genau definieren zu können. Die Abschaffung des Geldes muß nachfolgenden Generationen überlassen werden. Für eine Abschaffung des Geldes sind die gesellschaftlichen Verhältnisse noch nicht reif.

Über die Rolle des Geldes sollte man aber intensiv nachdenken, den die Rolle des Geldes muß in einer neuen Gesellschaft neu bestimmt werden. Ich bin der festen Meinung, daß beim Geld das 'Gesetz des Umschwungs von quantitativen in qualitativen Veränderungen' wirkt. Das Geld hat einfach zu viel Einfluß, deshalb wird sich auch die Rolle des Geldes ändern müssen. Zu klären wäre nur, ob ich einem Wunschbild unterliege oder ob es wirklich notwendig ist.

Schauen wir uns das Geldsystem der Welt an. Fast alle Länder - die Ausnahme bilden wohl paar Erdölexportierende Länder - haben Staatsschulden. Redet man von zahlungsunfähigen Staaten, denkt man zunächst an die Länder der 3. Welt und an die Länder des ehemaligen Ostblockes. Aber auch in den Industrieländern gibt es ernsthafte Probleme. Genaugenommen ist ja selbst das reichste Land der Erde, die USA, nicht mehr in der Lage, seine Schulden in den Griff zu bekommen. Die Bundesrepublik hatte noch etwas Spielraum, wovon ja der niedrige Dollarkurs von ehemals 1,45 der Beweis war, aber die Kosten der Vereinigung und die Weltwirtschaftskrise bringen auch sie ins Schlingern. Der Hauptgrund hierfür ist aber vor allem der, das die Bundesregierung nicht bereit ist, neue Wege zu gehen und an den konservativen Strategien festhält.

Aber nicht nur die Regierungen leben auf Pump; fast das gesamte System lebt mit Schulden. Aber was sind nun diese Schulden? Die Gesellschaft hat eine Leistung benötigt, die sie wieder von der Gesellschaft erhalten hat. Also hat die Gesellschaft bei sich selber Schulden. Das ist wohl der blanke Unsinn oder? Schaut man näher hin, stellt man fest, wie die Schulden bewirken, daß dem Großkapital für nichts und wieder nichts Geld in Form von Zinsen in den Rachen geworfen wird. Und vor allem, wie soll dieser Schuldenberg abgebaut werden? In den letzten Jahren war Hochkonjunktur in der Wirtschaft und dennoch sind die Staatsschulden gewachsen. Eine Krise würde die Lage sogar noch verschlimmern. Aber nicht nur die wirtschaftliche Krise verschlimmert die Lage, auch die politische Krise im ehemaligen Ostblock und die Widersprüche zwischen der "ersten" und "dritten" Welt verschlimmert die Situation zusehens.

Also wer ehrlich ist, wird zu der Feststellung kommen, daß die Schulden nicht mehr zu bezahlen sind. Die Schuldenberge werden Größen erreichen, wo man die Zahlen nur noch in Potenzen angeben kann. Irgendwann liegen in allen Ländern die Zinsen höher als die Steuern, was dann? Was passiert, haben solche Länder wie Brasilien schon erfahren. Es besteht heute sogar die Möglichkeit, daß das kapitalistische System auf Grund dieser Geldpolitik zusammenbricht. Bringt nur einer dieses wacklige System aus dem Gleichgewicht, kann das ganze System zusammenbrechen. Es kann durchaus sein, das hier sogar Japan eine Rolle spielen kann.

Aber wie sieht nun die neue Qualität in Fragen des Geldes aus: Diese Frage hängt im Wesentlichen mit dem gesellschaftlichen Eigentum zusammen. Gesellschaftliches Eigentum bedeutet ja, daß Einzelne kein Kapital mehr investieren können, weil damit wieder Privateigentum entsteht. Somit verringert sich die Rolle des Geldes beträchtlich. Aber wie sieht das Geldgeschäft dann aus?: Ich gehe zur Arbeit, wo ich durch meine Arbeit einen Gewinn erarbeite. Einen Teil davon behält die Gesellschaft, einen Teil bekomme ich als Lohn bzw. Gehalt. Das Prinzip entspricht nach wie vor dem im Kapitalismus, nur das die Gesellschaft die Funktion des Kapitalisten mit übernimmt. Nun kommt das Neue: Das Gehalt bzw. den Lohn kann ich nur zum Konsumieren einsetzen. Ich kann mir z.B. einen Fernseher kaufen, auf dem Vergnügungspark Berg- und Talbahn fahren, kann nach New York fliegen und muß mir Lebensmittel kaufen. Ich kann aber mein Geld nicht investieren. Nun wird mancher sagen, das stört mich nicht. Er wird nur erschrecken, wenn er sein Geld auf die Bank bringt und dort nur wenige oder nur gar keine Zinsen erhält. Man sollte bedenken, das die Banken mit dem Geld arbeiten, also Spareinlagen Kapitaleinlagen sind. Bundesobligationen oder gar Aktien kann es dann nicht mehr geben.

Natürliches wird es noch Sparkassen geben müssen, da eine Umverteilung des Geldes notwendig ist. Auf der einen Seite wird es Menschen geben, die ihr Geld z.B. für eine Urlaubsreise sparen wollen und auf der anderen Seite wird ein Anderer mal kurzfristig Geld brauchen, vielleicht weil das Auto kaputt gegangen ist, um das Geld später zurück zu zahlen.

Nun werden Verfechter der sogenannten Marktwirtschaft sagen: Das ist der blanke Unsinn. Man braucht Kapital, das man einsetzen kann, um neues Kapital zu erhalten oder anders ausgedrückt: Geld muß arbeiten. - Das stimmt aber alles nicht ganz. Frei nach dem Motto, was war zu erst da, das Huhn oder das Ei, möchte ich dieses Problem anders betrachten.

Was passiert nun? Ein Einzelner gibt der Gesellschaft Geld. Die Gesellschaft erarbeitet daraus einen Gewinn, den sie wieder dem Einzelnen gibt; dieser Einzelne kann festlegen, ob er es wieder als Kapital einsetzt oder ob er es konsumieren will. Die Gesellschaft ist also dem Einzelnen ausgesetzt: Gibt er den Gewinn als Konsum aus, stagniert die Wirtschaft und damit die Gesellschaft; setzt er es aber als Kapital ein, geht es mit der Gesellschaft wieder voran.

Bei gesellschaftlichen Eigentümern läuft das anders. Die Gesellschaft legt fest, was wieder als Kapital eingesetzt wird und behält diesen Anteil auch gleich. Auf der anderen Seite legt die Gesellschaft fest, wieviel Geld konsumiert werden kann. Die Gesellschaft hat eigentlich nur eins gemacht, sie hat den Unsicherheitsfaktor Kapitalist ausgeschaltet und hat so bessere Entwicklungschancen.

Nun wird man wieder mit dem real-existierenden Sozialismus und dem Scheitern dieser Probleme dort kommen. Aber gerade hier zeigt sich wieder einmal, daß der Sozialismus keine eigene Gesellschaftsordnung war und ist. Er hat es nicht geschafft, sich vom Kapital zu trennen, und hat somit auch kein gesellschaftliches Eigentum geschaffen. Es kam zu einer ganz chaotischen Form, den Staatsseigentum.

Wenn man vom Geld spricht, muß man auch über dessen Verteilung sprechen. Ich vertrete auch die Meinung, daß die Ausbeutung immer mehr zunimmt. Viele gehen dabei auf die Palme, da die einfachen Zahlen dagegen sprechen. Setzt man aber die Zahlen gegeneinander an, sieht es anders aus. In den sechziger Jahren mußte man Millionäre mit der Lupe suchen, dann kamen die Multimillionäre, jetzt spricht man von Milliarden. Die Zahlen haben sich also vertausendfacht. Nun frage ich mich, der im ganzen Leben Probleme bekommt, eine Million zu verdienen, für was braucht er eine Million oder gar eine Milliarde. Eigentlich könnte er jeden von uns ein paar Tausender abgeben oder ...

Um Mißverständnissen vor zu beugen, ich will niemanden die schwer verdienten Ersparnisse wegnehmen. Was ich will, ist, das man über die Neuverteilung des in Zukunft produzierten Mehrproduktes und des eingesetzten Kapitals nachdenkt. Ich will nicht, das Einzelne mehr Geld von der Gesellschaft erhalten, nur weil sie schon mehr Geld haben. Das dies nicht berechtigt ist, zeigen heute viele Familienunternehmen, die nicht mehr von den Besitzern geführt werden können, weil diese überfordert sind. Diese Unternehmen werden von Geschäftsführern geführt. Die Unfähigkeit einen Betrieb zu führen und für diese Unfähigkeit noch Geld zu erhalten, ist schädlich für den Markt. Oder weshalb bekommen Aktionäre Geld dafür, das in ihren Tresoren Aktienpakete lagern.

Aber Geld löst nicht alle Probleme, es schafft auch welche. Ein typisches Beispiel ist der Sport. Bei den letzten Fußballweltmeisterschaften 1990 hat es sich wieder einmal gezeigt, daß auch die "schlechtbezahlten" Fußballer aus Afrika und Lateinamerika die "gutbezahlten" aus Europa nach Hause schicken konnten. Außerdem bringt der Profisport dem Massensport und damit den Nachwuchssport Probleme. Ein Zustand der sich in den nächsten Jahren noch deutlich bemerkbar machen wird.

2.12. Bildung - Motor der Gesellschaft

Bevor ich mich mit den Bereichen beschäftige, die man heute zur Bildung rechnet, will ich mich mit einem eng damit zusammenhängenden Problem beschäftigen: den Kindergärten und Kindergruppen (KITAS). Heute schlägt man dieses Thema der Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen zu. Da ich aber diesem Thema kein gesondertes Kapitel "geopfert" habe, war es ursprünglich meine Absicht, hier nur kurz ein paar Zeilen diesem Thema zu widmen. Ich bekam aber ernsthaft Kritik, das ich dem Thema zu wenig Raum gelassen habe. Also hier etwas ausführlicher zur Gleichberechtigung:

Ich kann Gleichberechtigung nicht durch Sätze in Gesetzen herbeiführen. Gleichberechtigung kann ich nur dadurch erreichen, daß ich den Frauen die Möglichkeit einräume, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teil zu nehmen. Und der wichtigste gesellschaftliche Komplex ist die Arbeit. Hier sehe ich für die Frauen in einer neuen Gesellschaft auch bessere Chancen wie im Kapitalismus. Hier (im Kapitalismus/Sozialismus) herrscht die körperliche Arbeit für die der Mann schon von Natur aus besser geeignet ist. Wenn ich davon aus gehe, das die Gesellschaft in einem Wandel von der körperlichen zur geistigen Arbeit ist, sehe ich auch für Frauen bessere Chancen im wirtschaftlichen Leben. Bei geistiger Arbeit sind Eigenschaften gefragt, die Frauen zum Teil besser beherrschen wie Männer: Kreativität, Beharrlichkeit zum Beispiel. Bleibt noch das Problem, das Frauen die Kinder bekommen und diese aufziehen. Bleiben wir erst einmal beim Aufziehen der Kinder. Im real-existierenden Sozialismus hat es sich gezeigt, daß auch Männer die Kinder betreuen können während die Frauen arbeiten. Hier liegen eher moralische Probleme, die in der kapitalistischen Moral liegen. Ähnlich ist es auch mit den Kinderkriegen. In Deutschland entsteht immer mehr die Tendenz, das Kinderkriegen eigentlich etwas störendes ist. Kinder kosten Geld. Wenn man sich aber auf der einen Seite den Ausländerhaß ansieht, aber gleichzeitig feststellen muß, das sich die Deutschen selbst ausrotten, weil sie keine Kinder mehr kriegen wollen, muß das eher an der Einstellung der Gesellschaft als an wirklichen materiellen Belangen liegen. Natürlich gibt es auch materielle Überlegungen, weil z.B. die Frau während der Geburt nicht ihren Arbeitsplatz einnehmen kann. Aber auch hier zeigen sich Tendenzen auf, die dieses Problem lindern: Computernetze, die Heimarbeit für Frauen ermöglichen. Außerdem zeigt es sich immer mehr, daß auch die Gesellschaft regulierend eingreifen muß. Sie braucht den Nachwuchs, der die Gesellschaft weiter aufbauen kann, also auch die Rente erarbeiten kann. Er braucht aber auch einen gut ausgebildeten Nachwuchs.

In diesem Zusammenhang spielen auch die Kindergärten eine wichtige Rolle. Ich möchte aber diese Problematik aus einer anderen Sicht beleuchten: Die Automatisierung benötigt einen Zuwachs an geistigen Wissen. Zum Wissen gehört aber auch das Lernen da zu. Somit wird das Lernen zum wichtigsten Faktor der zukünftigen menschlichen Entwicklung.

Nun ist aber das wichtigste Alter zum Lernen die Kindheit, frei nach dem Motto: Was Häschen nicht lernt, lernt Hans nimmer mehr. So muß ein Ingenieur mit maximal 25 Jahren seine "Grundausbildung" abgeschlossen haben. Somit kann man die Zeit zum Lernen nicht uneingeschränkt nach hinten verlängern. Man muß auch am Anfang den Lernprozeß optimieren. Das klingt erst einmal brutal und unmenschlich, deshalb will ich meine Vorstellungen ausführlicher erläutern:

Die Kinder müssen früher an das Lernen heran geführt werden. Nun kann ich ein Kind von 5 Jahren nicht auf die Schulbank setzen. Ich muß dem Kind das Lernen spielend beibringen. Um das zu erreichen, muß ich für das früheste Kindesalter Erziehungsmethoden entwickeln. Das klingt erst einmal sehr nach dirigistischen Maßnahmen, aber was ich will, ist, das die Kinder nicht mehr so häufig mit Plastikgewehren spielen, sondern auch mal mit Zahlen. Für diesen Zweck braucht man aber gut ausgebildete Pädagogen. Eine Kindergärtnerin braucht somit eine höhere pädagogische Ausbildung wie z.B. eine Unterstufenlehrerin.

Gleichzeitig wird im Kindergarten das kollektive Verhalten geprägt, der Zusammenhang zwischen Einzelem und Gruppe und umgekehrt wird vermittelt. Heute kann ich mir mit solchen Parolen noch mächtige Beulen holen. Wenn ich aber mehr Kollektivgeist in der Wirtschaft fordere, dann muß ich ihn auch in der Gesellschaft entwickeln, und da fange ich am Besten im Kindheitsalter an.

Also wie stelle ich mir nun die Kindheit vor. In den ersten beiden Jahren ist die persönliche Entwicklung des Kindes wichtig. Hier sollte die Erziehung vor allem im Elternhaus und individuell erfolgen. Dies muß über Baby(doppel)jahr oder ähnlichen gewährleistet werden. Mit 2 Jahren erfolgt die Übernahme in den Kindergarten. Ich halte nichts da von, das Kinder früh um 6 Uhr in den Kindergarten gebracht werden und abends um 5 Uhr abgeholt werden. Hier muß man über Halbtagsarbeitszeiten oder Heimarbeit auch in der Wirtschaft Möglichkeiten finden, das dem Kind optimalere Bedingungen gegeben werden können. Der Kindergarten sollte in etwa 5 Jahren das Selbe vermitteln, wie heute die erste Klasse, d.h. das schulpflichtige Kind sollte schon alle Buchstaben und Grundbegriffe der Mathematik beherrschen. Somit wird der Kindergarten ein Teil der Bildung und damit auch fast eine Notwendigkeit und sicher muß man über eine "Kindergartenpflicht" sprechen.

An den Kindergarten schließt sich die Schule an. Hier brauchen wir völlig neue Strukturen. Jeder Mensch hat andere Aufnahmemöglichkeiten beim Lernen. Dieser unterschiedlichen Entwicklungen muß man Rechnung tragen. Aus eigener Erfahrung weiß ich, das die Entwicklung nicht gleichmäßig erfolgt. Nach einem guten Start ging es bis zur 4 Klasse bergab um dann bis zur 10 Klasse wieder bergauf zu gehen. Das mag auch daran gelegen haben, das in dieser Zeit vor allem die deutsche Sprache gelehrt wurde, mit der ich auch heute noch auf Kriegsfuß stehe.

Wie soll das aber nun aussehen: Man braucht von der ersten bis etwa zur achten Klasse eine Allgemeinbildung. Man muß Möglichkeiten schaffen das gute Schüler es einmal in 6 Jahren schaffen, aber schlechte vielleicht 10 Jahre Zeit haben. Nach dieser Zeit kommt die Spezialisierung, vergleichbar mit der Berufsausbildung. Die Länge dieser Ausbildung reicht vielleicht von 2 Jahren für körperliche Berufe bis zu 10 Jahren für wissenschaftliche Gebiete. Ziel muß es sein, die Zeit für die Spezialausbildung gegenüber der Allgemeinbildung zu verlängern, d.h. ein technisch veranlagter Mensch muß nicht 9 Jahre Zeichenunterricht haben und ein musig veranlagter Mensch muß nicht den Innenaufbau des Transistors kennen. Natürlich muß jeder eine relativ große Allgemeinbildung besitzen, aber irgendwann wird es auch zu viel, weil er nicht mehr alles verarbeiten kann. Hier muß man über das Kollektiv einen Ausgleich erhalten. D.h., das im Kollektiv unterschiedliche Berufsgruppen zusammenarbeiten (z.B. Technologen, MSR-Techniker, Verfahrenstechniker). Darunter ist zu verstehen, das es nicht mehr Kollektive gibt, die den mechanischen Teil, den elektrischen u.s.w. entwickeln, sondern Kollektive, die eine Anlage mit allem drum und dran entwickeln. Die Spezialisierung erfolgt nicht mehr Berufsspezifisch sondern Technologie-spezifisch.

Wenn man akzeptiert, das die geistige Arbeit in der Gesellschaft zunimmt, muß man auch auf eine Intensivierung der Bildung drängen. In der Bundesrepublik und auch der DDR hat man dieser Entwicklung nicht stand gehalten. Wenn man sieht, das an den Universitäten die Seminare überfüllt sind, muß man dringend nach Abhilfe suchen. Das gesamte Bildungswesen ist heute nicht mehr auf dem notwendigen Stand. Hier muß auf dem Weg zu einer neuen Gesellschaft viel Arbeit geleistet werden. Die Bildung ist nach der Wirtschaft das Zweitwichtigste auf dem Weg in eine neue Gesellschaft. Es ist deshalb unverständlich, wieso heute in der EX-DDR das einzige Thema Abwicklung ist. Es müßte ein Großteil des Geldes gerade in die Bildung fließen.

Diese Forderungen kommen heute durchaus auch aus den Hochschulen. Aber Bildung bringt nicht sofort etwas. Jeder Betrieb braucht gut ausgebildete Leute, ist aber selbst nicht bereit die Kosten dafür auf zu bringen. Im real-existierenden Kapitalismus übernimmt die zentrale Planung ja auch der Staat. Hier steht aber das Problem: Der Staat bildet die Leute und die Privatwirtschaft nutzt diese Fachleute dann. Also muß sich der Staat die Kosten auch von der Wirtschaft zurück holen.

2.12.1. Die deutsche Bildungspolitik

Die Bildungspolitik der heutigen deutschen Regierung ist eine Katastrophe. In einem Hochtechnologie land wie es Deutschland nun mal ist, fängt man an der Ausbildung zu sparen. Es werden Lehrer abgebaut. Gelder für die Hoch- und Fachschulausbildung angefroren oder gar gekürzt. Die Berufsausbildung hat ein Niveau, das man schon Katastrophal nennen muß. Ich frage mich, was will man damit erreichen.

Der Kabarettist Hildebrandt hat es einmal treffend formuliert: Für die Bundesregierung ist der Standort Deutschland dann gesichert, wenn Taiwan in Deutschland Billigprodukte einkauft.

Ich finde treffender kann man die deutsche Bildungspolitik nicht beschreiben. Wenn man ein wichtiges Wirtschaftsland bleiben will um so seinen Lebensstandard halten will, darf ich auf keinen Fall an der Bildung sparen.

2.13. Nieten in Nadelstreifen

Dieser Begriff stammt nicht von mir. Es hat ja schon ein Buch mit diesem Titel geschrieben wurden. Es handelt sich ja auch nicht um einen neuen Modebegriff, sondern um einen Darstellung der Wirtschaftssobernen nicht nur in Deutschland.

Aber wieso kam es zu so einen radikalen Absturz im Ansehen. Schließlich waren die Deutschen Wirtschaftslenker einmal die angesehensten in der Welt? Dafür gibt es sicher viele Gründe. Ich möchte auf einige eingehen.

Deutschen Wirtschaftslenker sagt man nach sie seien Schönwetterkapitäne. Sicher ist es dran. Aber wie war es. Es wirkten die selben Einflüsse wie in der DDR. Man war in der BRD Exportweltmeister. Man machte alles richtig. Acht Jahre lang ging es nur bergauf. Wer in dieser Zeit von einer bevorstehende Krise gesprochen hat, wurde ausgelacht. Es ist 40 Jahre aufwärts gegangen, warum nicht weitere. An ein Krisen-Management durfte niemand denken - er wäre ein Außenseiter geworden.

Ein weiteres Problem ist sicher das Hauptproblem der Privatwirtschaft: Erbschaften. Nach dem Krieg hat die Generation unserer Väter Deutschland - und hier meine ich sowohl die DDR als auch die BRD - wieder aufgebaut. Im Westen kam es zur Gründung vieler kleiner Unternehmen, die sich im Laufe der Zeit zu beachtlichen Unternehmen entwickelt haben. Diese Nachkriegsgeneration stirbt aber langsam aus. Die nachfolgende Generation wurde unter dem Gesichtspunkt: "Euch soll es einmal besser gehen" unter anderen Gesichtspunkten erzogen. Die Eltern arbeiteten, die Kinder gaben und geben das Geld aus. Nach dem Tod der Eltern geht nicht der Wettbewerb darum, wie kann ich den Reichtum des Unternehmens vermehren, sondern welcher Erbe bekommt das beste Stück vom Kuchen. Dieses Problem wird die Privatwirtschaft nie lösen können. Für die Gesellschaft stellt es aber eine Katastrophe dar.

Kommen wir zu einem typisch deutschen, vielleicht noch europäischen Problemen. Man hat die Veränderungen in der Wirtschaft und hier vor allem Veränderungen in der Technologie schlicht verschlafen. Die Erfindung des PC hat die Wirtschaft grundlegend verändert. Nun hat man auch in Deutschland Computer eingesetzt, aber die Herstellung dieser neuen Technologien hat man anderen überlassen.

So kam es zu Veränderungen in der Welt-Wirtschaft. Die Entwicklung der Zukunft findet nicht mehr in Europa sondern in Asien statt.

Man hat belächelt als die Chinesen einen Sozialismus mit marktwirtschaftlichen Zügen machen wollten. Heute stellt man fest, daß man die Wirtschaftsentwicklung hier ganz einfach verschlafen hat. Man hat nicht berücksichtigt, daß neue Produktionsweisen auch gesellschaftliche Veränderungen notwendig machen.

Man versucht heute diese Probleme dadurch zu entschulden, daß man die Japaner kopiert, aber so einfach geht das nicht. Der Haupterfolg ist ein kollektives Arbeiten. Das hat nichts mit Sozialismus zu tun, sondern mit Erziehung. Die Japaner sind seit Jahrtausend im Sinne der Großfamilie erzogen wurden. So fällt es ihnen leicht sich als Teil ihres Unternehmen zu fühlen. In der BRD herrschte der blanke Konkurrenzkampf. Das System war darauf ausgelegt. Diese Einstellung fängt ja schon in der Erziehung der Kinder an. Mit dieser Einstellung kann ich aber nicht von heute auf morgen brechen, somit kann ich diese fortschrittliche Denkweise in der Produktion der Japaner hier in Deutschland nicht kopieren. Damit wird sich der Abstand zu Japan aber weiter vergrößern. Sicher gab es in der DDR Ansätze solcher Einstellung. Hier hieß es nicht Teamwork, hier hieß es Kollektiv. Diese eigentlich fortschrittliche Einstellung zur Arbeit wurde aber 1990 vollständig zerstört.

Wie ich bereits im Thema Bildung gezeigt haben, ist das deutsche Bildungswesen nicht mehr in der Lage die Anforderungen der Wirtschaft zu erfüllen.

Ich weiß, daß ich in diesem Abschnitt über die Führungskräfte der Wirtschaft schreiben wollte und nicht über Probleme der gesamten Gesellschaft. Aber gerade diese Probleme spielen in Führungsmanagement eine wichtige Rolle, da diese gesellschaftlichen Probleme auch Einfluß auf die Führungsebene haben. Hinzu kommen noch scheinbar ausgemachte Probleme, die ihre Ursache auch im System haben. Das Thema ist Überbezahlung der Führungskräfte und unzureichende Kontrolle. Der Fall Metallgesellschaft hat es ja wieder einmal an den Tag gelegt. Die Oberen können machen was sie wollen, Aufsichtsräte drücken die Augen zu, Gehälter werden frei festgelegt. Aber liegen die Ursachen hierfür nicht auch in der Gesellschaft? Wenn ich bewußt in der Belegschaft einen Trennstrich zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber ziehe, obwohl diese sogenannten Arbeitgeber auch nichts anderes sind, wie Angestellte, wie es bei Geschäftsführern heute eigentlich üblich ist, provoziere ich ja gerade diese Ungereimtheiten.

Sicher spielt es eine Rolle, das die Auswahlverfahren für die Führungskräfte mangelhaft sind - oder anders ausgedrückt Posten werden verschoben - aber der Hauptgrund für die Probleme in den Führungsetagen der Wirtschaft sind nicht die unfähigen Manager, sondern ein nicht mehr zeitgemäßes Gesellschaftssystem.

2.14. Die Rolle der Kirche

Wenn man die Kirche bekämpfen will, muß man sie an der Macht beteiligen, dann wird sie machtgerig und bekämpft sich von selbst. Dies war so während der Kreuzzüge, während der Hexenverbrennung und ist auch heute wieder so in der Bundesrepublik, wo die Kirche vom Staat gestützt wird und so in der

Bevölkerung im Kreuzfeuer steht. Ihre beste Rolle spielt die Kirche in der Opposition, wenn es für die Rechte der Armen entfällt, also ein soziales Gewissen der Gesellschaft darstellt.

Ich finde hier besteht in jeder Gesellschaft eine Notwendigkeit dazu, also auch in einer zukünftigen Gesellschaft. Die Frage ist nur welche Kirche ist die wahre Kirche. Die Frage ist, ob die in Europa heute typischen Kirchen noch die Probleme lösen können. Sie sind auf die Kleinfamilie ausgelegt. Ich weiß aber schon angedeutet habe brauche ich für die wirtschaftliche Weiterentwicklung eine bessere Einstellung zum Unternehmen, also zu einer Art Großfamilie. So kommt es, das ich die mongolische Kirche besser ist für eine neue Gesellschaft halte, weil sie hier besser die Großfamilie fördert. Sicher hat dies mehr mit den Erfahrungen der Menschen zu tun wie mit kirchlichen Glauben. Man muß aber auch sagen, das kirchliche Machtstrukturen auch eine neue Gesellschaft verzögern können. Eine neue Gesellschaft würde auch an der Macht der Bischöfe sägen und das werden sich diese nicht gefallen lassen. Man sollte sich also in Mitteleuropa nicht auf die Kirche verlassen, wenn es um eine neue Gesellschaft geht. Hier in Europa ist sie an der Macht beteiligt und wird nicht darauf aus sein, diese Macht, also die Kirchensteuer, zu verlieren.

Im islamischen Glaubensgebiet machen sich verstärkt die Fundamentalisten breit. Man sollte diese Entwicklung nicht abtun, als überspitzt. Sicher sind die Forderungen weit überhöht. Die Praxis zeigt aber, daß sich solche Forderungen bei der Umsetzung in die Praxis relativieren. Der Islam wird in Zukunft eine wichtigere Rolle spielen, wie heute die katholische Kirche, deren Einfluß drastisch schwinden wird. Es ist schon erstaunlich, daß in Krisenzeiten die Kirche die Austrittswelle nicht stoppen kann.

3. Gegenwart und Zukunft

3.1. Ein Gesellschaftsmodell

Meine Meinung dazu habe ich aus einer Diskussion erlangt. Es ging zur Zeit der Koalitionsverhandlungen der ersten "gesamtdeutschen Wahl" darum, das ich feststellte: 'die CDU/CSU/F.D.P. beweise nun, das sie überhaupt kein Konzept besitze, wie man die wirtschaftlichen Probleme lösen könne'. Man argumentierte dagegen, das keine Partei ein Konzept dagegen habe. Erst fühlte ich mich in einer Art 'linker Stolz' verletzt. Am Ende mußte ich ihm aber Recht geben. Aber wieso ist das so?

Das entscheidende Problem ist, das keine Partei ein vollständiges Gesellschaftskonzept besitzt. Ich möchte das an den Grünen erläutern. Ihre Politik ist fast einseitig auf den Erhalt der Umwelt ausgerichtet. Ich unterstütze ja ihre Forderungen, aber was wird aus der Industrie. Jeder "zivilisierte" Mensch braucht die Industrie heute zum Leben. Ich kann also die grüne Probleme nicht lösen, ohne die wirtschaftlichen Probleme zu beachten. Die wirtschaftlichen Probleme hängen wieder mit den sozialen Problemen zusammen. Genau so ist es mit den sozialen Problemen. Will ich höhere soziale Leistungen, muß die Wirtschaft die Mittel für diese Leistungen aufbringen. Es zeigt sich, daß man mit einzelnen Forderungen nicht die Lösung bringt. Die Grünen haben das bei der ersten 'gesamtdeutschen' Bundestagswahl zu spüren bekommen. Ihre ökologischen Forderungen wurden von den anderen Parteien aufgegriffen und damit wurden die Grünen zu einer von vielen Parteien, die ökologische Forderungen aufstellt. Seitdem haben ja die sogenannten Realos um den Herrn Fischer einen bedeutenden Aufschwung in dieser Partei genommen. Aber mit zunehmender Krise werden grüne Probleme immer mehr in den Hintergrund gedrückt.

Die selben Probleme, das andere Parteien einseitige Probleme in ihre "Parteiopolitik" aufnehmen, haben ja auch die Sozialdemokraten. Ihre sozialen Forderungen wurden von den anderen Parteien aufgegriffen. Somit lebt die SPD nur noch vom Ruf einer Volkspartei, ansonsten haben sich die Konservativen und die Sozialdemokraten in ihren Forderungen angenähert. Oder wie sagte eine Abgeordnete von den Bürgerbewegungen: "Im Bundestag ist ja nicht einmal der Zorn echt."

Es bleibt bei Überlegungen zu den Gesellschaftsordnungen nichts anderes übrig, als ein Modell zu erarbeiten, wo alle gesellschaftlichen Bereiche eine Rolle spielen. Aber wo muß man da ansetzen? Man muß da ansetzen, wo unser Leben bestimmt wird. Aber wo wird unser Leben bestimmt? Unser Leben ist durch die Arbeit geprägt. Die Art und Weise wie wir arbeiten, bestimmt die Art und Weise, wie wir leben. Hier kann keine Partei herum, keine Regierung kann etwas dagegen unternehmen. Ein Monteur wird immer auf den Baustellen unterwegs sein, ein Vertreter wird in Hotels leben, ein Arbeiter ist an die Stadt gebunden, ein Bauer ans Landleben. Natürlich hat die Zunahme des Verkehrswesens da schon "Erleichterungen" gebracht, aber viele Bereiche des Lebens hängen von der Art der Arbeit ab. Z.B. wird ein körperlich schwer arbeitende Mensch andere kulturelle Bedürfnisse haben, wie Einer, der 8 Stunden am Rechner sitzt.

Diese Art und Weise kann aber nicht von Politikern festgelegt werden, sondern das wird von der Wirtschaft, unabhängig vom Willen der Menschen festgelegt. Hier lag ja auch ein Fehler der sogenannten "Marxisten" der letzten Jahre. Man wollte ein Gesellschaftsmodell aufbauen, in das sich die Wirtschaft fügen sollte. Aber die Wirtschaft hat sich nicht gefügt. So kam es, das die eigentlich bessere Form des Kapitalismus durch die sogenannte "Soziale Marktwirtschaft" überholt wurde und so ihr Ende bevorstand. Die Gesellschaft ist Teil der Natur und damit unterliegt sie auch Naturgesetzen, die die Menschen nicht verletzen können. Eins davon ist, das sich die Menschheit sich immer weiter entwickeln muß. Stellt sich jemand gegen diese Entwicklung, ist er zum Scheitern verurteilt.

Will man ergründen wie die Gesellschaft der Zukunft aussehen kann, muß man erst ergründen, welche Produktionsweise uns die Natur in Zukunft aufzwingt. Das klingt hart und ungewohnt. Ich finde aber, das genau diese Formulierung den Kern trifft. Bisher haben die Menschen versucht, ein Gesellschaftsmodell auf zu bauen, um anschließend die Wirtschaft danach zu gestalten. Die Menschen sind dabei jedesmal gescheitert, deshalb schlage ich den anderen Weg vor: Analyse der Wirtschaft und daraus ein Gesellschaftsmodell gestalten.

Also wie sieht die Wirtschaft heute real aus? Es wurde von den sogenannten "Marxisten" vorher gesagt, das sich die Produktion immer mehr in Großkonzernen zentralisieren wird. Dem ist aber nicht ganz so. Es gibt eine Konzentration in den Großkonzernen, die sich auch in einer Vernetzung der Industrie zu einem kompakten System zeigt. Es gibt eine kompakte Volkswirtschaft, wo die Betriebe unter einander fest verbunden sind. Diese Vernetzung der Betriebe erlaubt heute aber keine starren Großkonzerne. Man kam zu einer Dezentralisierung der Macht - Auch ein Punkt gegen den die Sozialistischen Länder radikal verstoßen haben, in dem sie die Macht zentralisierten.

Es ist also in der Wirtschaft ein Gebilde entstanden, wo verschiedene Tochterfirmen untereinander konkurrieren, aber Konkurrenten den Markt gemeinsam aufteilen. Die Zusammenlegung der Tochterunternehmen ist aber notwendig, um finanzielle Engpässe aus zu gleichen. Will man z.B. einen Markt erneuern, muß man erst einige Zeit rote Zahlen einplanen. Auch kurzfristige Umstrukturierungen werden so ausgeglichen. Und genau das ist das Neue in der heutigen Wirtschaft: Die Eigenständigkeit auch kleiner Betriebe bei einer finanziellen Zusammenarbeit.

Bei der finanziellen Zusammenarbeit kommt man auch immer sehr schnell zu den Banken, deren Einfluß immer noch stark ist, ja immer stärker wird. Sie sind nach wie vor die Herrscher in Wirtschaft und Politik. Nicht nur der Wirtschaftsminister legt fest, wie viele Schulden er machen kann, sondern die Bundesbank spricht ein großes Wörtchen mit. Die Banken stellen die Zentrale der Macht dar, wovon die Fäden der Macht ausgehen. So wie im real-existierenden Sozialismus der "Staat" oder besser die Partei die Fäden in der Hand hielt, sind es in der "Marktwirtschaft" die Banken. Allerdings legen diese der Wirtschaft nicht diese kurze Leine an, sie lassen den Betrieben den notwendigen Spielraum.

Es zeigt sich immer wieder, das sich die sogenannten Gesellschaftswissenschaftler der Stalinistischen Parteien immer mehr von der Realität entfernt haben. Dieses Festhalten an den zentralistischen Machtstrukturen in der Wirtschaft hat ein Ende des Sozialismus gerade zu notwendig gemacht. Aber es geht um neue Gesellschaftsmodelle, und da ist das Wesentlichste, daß man diese Fehler nicht wiederholt. Deshalb möchte ich auch in der Analyse der real-existierenden Produktionsweise fortfahren. Es ist noch nicht geklärt, wie die Produktionsweise der Zukunft aussieht.

Fest steht erst einmal, das eine Zunahme der Automatisierung zu verzeichnen ist. Bei der automatischen Produktion gibt es ein nicht zu unterschätzendes Problem: Jeder nicht automatisierter Teilprozess ist ein Hindernis bei der Automatisierung. Hier sind vor allem die Transporte ein Hindernis. Am effektivsten sind also vollautomatische Betriebe, wo man die Halbezüge auf der einen Seite reinsteckt und auf der anderen Seite kommen die fertigen Teile heraus. Es gibt kleine Tendenzen, das Prozesse nicht automatisiert werden, weil Arbeitskräfte noch billiger sind. Man muß aber auch hier sagen, daß Automaten heute immer billiger

Wenn man von der Kirche spricht und in dem Zusammenhang von der Sozialdemokratie spricht, kommt kaum einer drauf zu sagen, das hier ein Zusammenhang besteht. Es gibt aber auch einige die schon behaupten, das die Sozialdemokratie eine Form des Glaubens ist. Es gibt Ähnlichkeiten: der Glaube an das Gute im Menschen, der Glaube an eine bessere Welt, Einsetzen für soziale Ziele, wenn man an der Macht ist, macht man Machtmißbrauch. Sicher ist es ungewöhnlich die Sozialdemokratie als eine Form der Kirche ein zu ordnen. Je mehr ich aber darüber nachdenke, desto vertrauter wird mir dieser Gedanke. Dies stellt eine natürliche Entwicklung dar. Mit der Entstehung des Kapitalismus setzte sich der Materialismus durch. So ist es verständlich, das sich eine materialistische Glaubensrichtung herausbilden mußte. Keiner zweifelt heute ernsthaft an der Darwinschen Lehre, nicht einmal die Kirche. So fällt es immer schwerer vor allem jungen Leuten zu erklären, wie Gott die Welt geschaffen haben soll, wenn keiner ernsthaft die Abstammungslehre Darwins anzweifelt. Da zu kommt die Verschmelzung der Kirche mit dem bestehenden Parteiensystem (Christlich DU, Christlich SU). Somit läuft die katholische und protestantische Kirche "Gefahr" durch die sozialdemokratische Glaubensrichtung abgelöst zu werden. Ein Grund warum sich Kirche und Sozialdemokratie bisher nie grün waren, aber genau wie heute Katholiken und Protestanten näher gekommen sind und zum Teil gemeinsam arbeiten, zeichnet sich diese Tendenz in den unteren Ebenen auch zwischen diesen Glaubensrichtungen und der Sozialdemokratie. Ein nicht zu unterschätzenden Vorteil hat dabei die Sozialdemokratie, sie hat einen internationalen Gott, den Materialismus und ist bereits weltweit verbreitet.

hergestellt werden können. Das beste Beispiel ist der Preisrückgang bei elektronischen Geräten (Radio, TV, Computer, ...)

Die flexible Automatisierung wird es dabei ermöglichen, das man nicht nur Massenprodukte herstellen muß, sondern das durchaus jedes neue Teil anders aussehen kann. Ich möchte das an einem Beispiel erläutern. Des Deutschen Lieblingskind ist (noch) das Auto. Auf den Fließbändern in Wolfsburg oder wo auch immer läuft heute nicht nur ein Modell vom selben Band. Die Taktstraßen sind heute so ausgelegt, das verschiedene Modelle auf dem selben Fließband produziert werden können. Eine andere Tendenz zeigt sich bei den Händlern: Hier kann ich, noch in engen Grenzen, mein Auto selbst zusammenstellen. Ich kann den Hubraum, die Anzahl der Türen, die Innenausstattung, die Lackfarbe u.s.w. selbst festlegen. Die Grenzen der Auswahl hängen von der Flexibilität der Taktstraßen ab. Je flexibler die Automatisierung wird, desto mehr Sonderwünsche des Kunden kann ich berücksichtigen. Das heißt: ich biete den Kunden kein fertiges Produkt mehr an, sondern der Kunde baut sich sein Endprodukt aus einem Baukastensystem zusammen. Dies ist heute keine Phantasie oder Wunschvorstellung mehr; dies ist harte Realität. Da zu gibt es heute schon viele Beispiele. So werden Wohnungseinrichtungen (vor allem Küchen), Musikanlagen (CD-Player, Radio, Tonband), Rechner (IBM hat seinen Durchbruch zur Spitze bei den Tischrechnern dank dieser Flexibilität erreicht), aber auch Maschinen und Anlagen, Häuser, Klimaanlage ... schon in einer Art Baukastensystem zusammengebaut. Die Bausteinkomponenten werden in großen Stückzahlen produziert und der Kunde stellt sich selbst oder zusammen mit dem Verkäufer sein Produkt zusammen.

Diese neue Einstellung zur Produktion verändert natürlich die Aufgaben in der Produktion. In der eigentlichen Produktion nimmt die Automatisierung zu und damit die Arbeitskräftezahl ab. Dafür nimmt die Anzahl der Vertreter zu. Nur deren Arbeitsspektrum ändert sich noch. Man bietet den Kunden keine fertigen Lösungen mehr an, sondern man baut mit dem Kunden dessen Produkt zusammen. Für jemanden wie mich, der mit der sozialistischen Verplanwirtschaft groß geworden ist, klingt das erst einmal wie das Wunschbild für das nächste Jahrtausend, aber so lange wird diese Entwicklung nicht dauern. Übrigens zeichnet sich diese Tendenz ja heute schon im Zusammenhang mit der Wi(e)dervereinigung ab. Nicht Betriebsgründer besiedeln das Beitrittsgebiet sondern Vertreter. Diese Tendenz wird heute von den Politikern als falsche Richtung beklagt. Bei näheren Hinschauen muß man aber feststellen, daß diese Tendenz ganz natürlich ist und nur die Politiker nicht mehr auf der Höhe der Zeit sind.

Diese Tendenz bewirkt aber wiederum eine Veränderung der Art und Weise der Arbeit. Während bisher eine Konzentration der Werktätigen in den Betrieben vorhanden war, entsteht jetzt eine Dezentralisierung. Das heißt die Arbeitsplätze werden aus den Betrieben zu den Kunden verlagert. Nicht mehr große Bürohochhäuser demonstrieren dann die Macht eines Betriebes, sondern dessen Vertriebssystem.

Gleichzeitig kommt es zu einer weiteren Verschmelzung der Betriebe, da ja der Verkäufer beim Kunden ist, und nicht beim Hersteller. Dies ist vor allem auch für die Arbeitsorganisation notwendig. Der Verkäufer braucht das Wissen des Herstellers, was dieser anbieten kann; er muß aber auch die Möglichkeiten des Kunden berücksichtigen. Das zwingt zu einer weiteren Verschmelzung der Betriebe. Und diese Verknüpfung geht weit über eine Verknüpfung der Datenübertragungen hinaus.

Ermöglicht wird diese Flexibilität wiederum durch eine flexible Automatisierung, die ihrerseits aber sehr teuer ist und sich deshalb nur Großbetriebe leisten können. Das wiederum hat zur Folge, das es zu einer Konzentration der Produktion kommt. Das heißt wiederum, das die Produktionshallen immer größer werden, aber die Anzahl der direkt im Betrieb Beschäftigten abnimmt. Das heißt, ich habe auf der einen Seite eine Zentralisierung der Produktion und auf der anderen Seite eine Dezentralisierung der Beschäftigten. Diese Tendenz tritt aber nicht dort auf, wo eine Automatisierung nicht möglich ist. Diese Bereiche sind aber in der Minderheit. Dies werden vor allem die Dienstleistungsbetriebe einschließlich des Gesundheitswesens und die Grundlagen- und Produktforschung sein, wobei selbst eine Automatisierbarkeit der Forschung denkbar ist. Während der Dienstleistungssektor vor allem dem Handwerk, also Kleinbetrieben überlassen wird, muß sich, auf Grund des sich ständig vergrößernden Aufwandes, die Forschung in den großen Instituten konzentrieren. Nicht jeder Betrieb kann sich dann Forschung mehr leisten.

Dies stellt eine "natürliche" Entwicklung dar, die ich nicht durch politische Ideen verändern kann. Im Gegenteil, ich muß meine Politik auf diese Entwicklung einstellen; sie zwingt mir die Richtung der Politik auf. Natürlich kann man jetzt fragen, wieso es dann so viele politische Strömungen im Kapitalismus geben konnte (von den Faschisten bis zu den Kommunisten)? 1. Viele haben nur kurze Zeit bestand gehabt und sind dann zu Ende gegangen. 2. Die wirtschaftlichen Erfordernisse lassen durchaus Spielraum für eigene Gedanken. Ich kann mich sogar eine gewisse Zeit gegen sie stellen (s. Sozialistische Länder), aber dann ist mit einer Verschärfung der Probleme in der Gesellschaft zu rechnen, die zu einem schnellen Ende dieser Entwicklung führen.

Die neuen Wirtschaftsformen bedingen auch neue Organisationsformen. So funktionieren auch die alten Organisationsstrukturen der Industrie mit Meister, Abteilungsleiter, Geschäftsführer nicht mehr, wenn ich an tausend verschiedenen Stellen einen Mitarbeiter habe. Man ist gezwungen, sich auf seinen Mitarbeiter zu verlassen, und man kann ihm nicht noch einen Meister zur Kontrolle bestellen. Ich kann einen Vertreter, der ständig unterwegs ist, nicht auf eine feste Arbeitszeit festlegen; ich muß ihm Spielraum lassen. Ich brauche ein gut funktionierendes Kommunikationssystem und kein Telekom-Unternehmen, was das Geld für die Vereinigung aufbringen soll.

Auf der anderen Seite kann ich nicht versuchen, soziale Forderungen auf die Schultern der Gewerkschaft zu laden, weil diese bei der dezentralen Beschäftigungsstruktur keine Chance hat. Gleichzeitig müssen neue Strukturen der Bezahlung her. Ich kann jemanden, der ständig für den Betrieb unterwegs ist, keinen Stundenlohn zahlen. Ich muß ihm eine Provision zahlen; das heißt, ich muß ihm am Gewinn beteiligen. D.h. ich mache die Werktätigen nicht alle zu Arbeitern, wie es die Stalinisten wollten, sondern zu einer Art "Kapitalisten". (Und bin so ganz auf der Linie der F.D.P.)

So kann man nun im Rahmen der wirtschaftlichen Notwendigkeiten das politische Konzept aufbauen. So wird es lächerlich, eine 35-Stunden-Arbeitswoche zu fordern, wenn der Vertreter keinen Stundenlohn erhält, sondern Provision. Ich kann nicht die Kleinbetriebe fördern, weil sie sehr arbeitsaufwendig sind und damit prozentual viele Arbeitskräfte beschäftigen, wenn ich weiß, das sie gegen flexibler werdende Großbetriebe nicht die Spur einer Chance haben. Ich kann nicht die Rolle der Gewerkschaften stärken wollen, wenn die Wahrscheinlichkeit groß ist, das sie an Bedeutung verlieren. Ich kann nicht auf örtliche Beschäftigungsprogramme setzen, wenn die meisten Werktätigen außerhalb des Betriebes arbeiten.

Computer, Roboter und Automaten haben unsere Arbeitsweise verändert. Im Augenblick erleben wir eine Umstrukturierung der Betriebe. Seit langem nimmt die körperliche Arbeit ab. Es kommt bei den Werktätigen zu einer Veränderung in den Aufgaben, von den plumpen Befehlsempfängern entwickeln sie sich zu selbständigen Mitarbeitern. Damit entsteht ein Widerspruch zwischen Streben nach Maximalprofit des

Unternehmers und der Notwendigkeit der Gewinnbeteiligung der Werktätigen. In dieser Umstrukturierung zeigt sich, das die Automatisierung eine neue Gesellschaftsstruktur erforderlich macht.

Somit ist es auch verständlich, das keine der etablierten Parteien ein Konzept aus der Krise hat. Alle diese Konzepte bauen auf den alten Strukturen auf und berücksichtigen nicht die Veränderungen in der Wirtschaft und damit der Gesellschaft. Somit ist es auch verständlich, das die Partei die "erste Gesamtdes Bundestagswahl" gewonnen hat, die alles ablehnt und selbst keine Vorschläge gemacht hat. Somit konnte sie auch nichts falsch machen. Natürlich hat diese Konzeptionslosigkeit nur über die Wahlen hinweg geholfen, jetzt zahlen bereits alle die Rechnung dafür und nur die Parteien kassieren die Diäten.

Es zeigt sich, das man heute mit einem konservativen Konzept nicht weiter kommt, weil sich die Wirtschaft nicht konservativ verhält, sondern eine erhebliche Veränderung erlebt. Ich halte deshalb auch die Politik z.B. der PDS für fraglich, die auf eine Anpassung an das System hinaus läuft. Man kann hier nur noch die Forderung aufstellen, das man ein Gesellschaftsmodell braucht, welches auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten einght und alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens berücksichtigt. Es hilft nicht zu sagen: Wir wollen eine soziale Gesellschaft und bauen auf diese Forderung eine Wirtschaft auf. Dies ist gerade gescheitert. Man muß die Entwicklung der Wirtschaft analysieren und darauf ein Gesellschaftsmodell aufbauen. Z.B. erlaubt (oder erfordert) die derzeitige Entwicklung der Wirtschaft gesellschaftliches Eigentum und erlaubt auch soziale Forderungen.

Man kann auch nicht ein Gesellschaftsmodell aufbauen, wo nur die Wirtschaft berücksichtigt wird. Wenn man einem Kunden die Gelegenheit nimmt, das Produkt zu erwerben, nützt auch eine gut funktionierende Wirtschaft nichts. Das beste Beispiel sind hier die 5 "beigetretenen Bundesländer". Mit Einführung der D-Mark wurden sie lediglich als Absatzmarkt genutzt. Mit Zunahme der Arbeitslosigkeit sank auch die Kaufkraft, was zu einem Rückgang der Aufnahmefähigkeit des Marktes führte. Man braucht aber einen aufnahmefähigen Markt. Die Quittung für ähnliche Mißverhältnisse hat man schon erhalten. Die Länder Südamerikas hat man ausschließlich als Absatzmarkt genutzt. Das Ergebnis war eine Überschuldung dieser Länder. Nun reagieren diese Länder. Das Ergebnis ist ein Rückgang des aufnahmefähigen Marktes. Am drastischsten merken das nun die Autokonzerne. Das Gegenbeispiel ist Deutschland. Hier wurde viel für Soziales getan, ohne die Wirtschaft entsprechend dafür zur Kasse zu bitten. Das Ergebnis ist ebenfalls eine hohe Staatsverschuldung, was jetzt für den wirtschaftlichen Aufschwung Probleme bringt. Man muß also ein Gleichgewicht zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik herstellen. Eine Überbetonung der Wirtschaft, wie es die F.D.P. macht, ist genau so verkehrt, wie eine Überbetonung des Sozialen, wie es die SPD im Programm hat (von der Realität mal abgesehen). Aber auch eine Forderung ausschließlich nach ökologischen Belangen, wie es die Grünen versuchen, ist verkehrt. Im Prinzip ist eine ausgewogene Politik, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in ein richtiges Verhältnis bringt, das Non plus Ultra; nur wird es wohl nie zu erreichen sein. Man muß deshalb Spielräume für Ausgleichs haben. Man kann nicht Steuererhöhungen von vorn herein ausschließen, wenn man merkt, das sich das Gleichgewicht im Augenblick zu verschieben droht und Steuererhöhungen zur Stabilisierung notwendig werden könnten.

Ich kann mir durchaus vorstellen, das ich bei linken Kräften für diese Äußerungen nicht mit Beifall überhäuft werde. Ich halte nun einmal mehr von Tatsachen wie von Wunschvorstellungen. Mir persönlich wäre es auch lieber, wenn ich sagen könnte: Wir bauen ein Land, wo keiner mehr arbeiten muß, wo gebratene Tauben durch die Luft fliegen. Da das aber nicht geht, halte ich mich an den Realitäten und die besagen nun einmal, daß ich keinen Bereich des gesellschaftlichen Lebens hervorheben kann. Ich spare mir die Beispiele, wo das in den letzten Jahrzehnten fehlgeschlagen ist. Auf der anderen Seite muß man aber auch sagen, das die Entwicklung der Wirtschaft durchaus sehr viel Spielraum für soziale Belange läßt. Hauptgrund hierfür ist auch die Notwendigkeit nach gesellschaftlichen Eigentum, die auf Grund der zunehmenden Vernetzung der Wirtschaft besteht. Trotz allem Schreiens der Konservativen nach Privatisierung und Kleinbetrieben, hat sich ja die Wirtschaft zu einem zentralen Netz zusammengelagert. Gerade das Territorium der Ex-DDR stellt hier für den Beweis dar. Gerade hier haben die Konservativen die Möglichkeit zu beweisen, daß ihre Politik nicht mehr zeitgemäß ist.

3.2. Krieg oder Revolution?

Mitten in Europa wütet der Bürgerkrieg. Ist damit nicht die Frage schon beantwortet? Auf der anderen Seite spreche ich von einer stattfindenden Revolution. Also ist es sicher besser, wenn ich etwas näher ausführe, was ich damit meine.

Jeder Krieg ist etwas schlimmes, egal ob 2 Millionen Menschen sterben oder nur 2 Menschen. Wenn ich aber Krieg im Gegensatz zur Revolution bringe, dann meine ich nicht einen örtlichen Bürgerkrieg wie in Jugoslawien oder einen Krieg in der Art des Golfkrieges, sondern einen Krieg in den Ausmaßen eines Weltkrieges oder einen Bürgerkrieg, der weite Teile Eurasiens erfaßt.

Wenn ich von Revolution rede, dann meine ich die Fortsetzung der nun seit etwa 10 Jahren laufenden "Revolution" bis zum endgültigen Erreichen einer neuen Gesellschaftsordnung.

Konservative beklagen sich heute, das die 80iger Jahre so "gut" geendet haben, nun aber die 90iger Jahre mit riesigen Konflikten begonnen haben. Als gut bezeichnen sie dabei die deutsche Vereinigung und das Ende des Ostblockes. Aber wie steht es nun wirklich um die Menschheit, war der Zusammenbruch des Ostblockes nun gut und gehen wir in den 90iger Jahren nun schlechten Zeiten entgegen? Schließlich fehlen ja den Politikern die klaren Verhältnisse aus der Zeit des kalten Krieges, wo das regieren noch so einfach war.

Es zeigt sich, das für die europäischen "Industriestaaten" der Zusammenbruch des Ostblockes nicht nur Gutes bringt, sondern es müssen die Industriestaaten sehen, das das Schlechte überwiegt. Vor allem die "Jugoslawienkrise" zeigt, das die politischen Führungen die Probleme der heutigen Zeit nicht lösen können. Ich möchte sogar noch weiter gehen und behaupten, daß das vorhandene politische System (also der Kapitalismus) trotz aller "Siegesstimmung über den Kommunismus" oder gerade wegen des scheinbaren Sieges über dem Kommunismus in einer tiefen politischen Krise steckt.

Erstauulich ist hierbei, das der Ausgangspunkt dieser politischen Krise mit dem Höhepunkt der Konjunktur und nicht mit dem Höhepunkt der wirtschaftlichen Krise zusammen gefallen ist. Die politische Krise hat sogar die wirtschaftliche Krise noch beschleunigt.

Die wirtschaftliche Krise wurde durch eine Finanzkrise eingeleitet. In den Staaten der Welt ist es zu einer ungeheuren Staatsverschuldung gekommen. Dadurch ist mit einer beginnenden Inflationsspirale zu rechnen. Das Problem, das fast alle Entwicklungsländer schon seit Jahren haben, steht nun auch den Industrienationen ins Haus: Eine weitere Staatsverschuldung ist nicht mehr möglich. Die Zahlen der Verschuldung der USA ist ja fast schon utopisch. Erschreckend daran ist vor allem, das die Staaten es nicht geschafft haben in 8 Jahren Hochkonjunktur in den 80er Jahren ihre Schulden in den Griff zu bekommen. Der Golfkrieg und der Geldbedarf im zusammengebrochenen Ostblock verschärfen diese Situation zunehmend.

Man vergleicht, wie ich finde unbedingt zu recht, heute schon unsere Zeiten mit den Zeiten der Weltwirtschaftskrise Ende der 20iger Jahren, aus der sich ja schließlich der Faschismus entwickelte. Auch wenn viele "Experten" schon für 1991 schon Licht am Tunnel sahen, hat sich das doch als Irrlicht erwiesen. Jetzt ist man optimistisch für 1994, weil ja in den USA schon erste Anzeichen der Erholung sein sollen. Ich kann diesen Optimismus nicht teilen, weil die Zahlen dagegen sprechen. Man ist auch bei Vorhersagen ziemlich skeptisch geworden was einen Wirtschaftsaufschwung noch 1994 vorhersagt. Das Zusammenfallen zu vieler Krisen (Finanz-, Wirtschafts- und politischer Krise), zeigt an, das der Welt noch schwere Zeiten bevor stehen. Diese Zeiten können dabei durch aus bis ins neue Jahrtausend anhalten. In ganz Westeuropa verschärft sich die politische Krise noch. Was die Politikverdrossenheit in Europa noch hervorruft, kann, ist völlig offen.

Z.B. der Bürgerkrieg in Jugoslawien, die Unruhen in der auseinander brechenden Sowjetunion, aber auch die Parteienkrise in Italien, die immer wieder aufschwellenden Unruhen vor allem der Bauern in weiten Teilen der EU zeigen, das die Probleme sich nicht mehr mit "normalen" Mitteln lösen lassen, d.h. es besteht die Gefahr, daß sie mit friedlichen Mitteln nicht mehr zu lösen sind. Der Golfkrieg stand dabei am Anfang einer Entwicklungstendenz, die nicht zu begreifen ist.

Schaut man sich die Geschichte an, wird man feststellen, das es dann 2 Formen der "Problemlösung" gibt. Entweder es bricht ein Krieg oder eine Revolution aus. Die besten aktuellen Beispiele für den Krieg sind dabei der Golfkrieg, die Nachfolgestaaten der UdSSR und Jugoslawien. In Jugoslawien leben Serben und Kroaten Jahrzehntlang friedlich zusammen. Als man aber die wirtschaftlichen Probleme nicht mehr lösen kann, sucht man sich einen Schuldigen und der ist im Nachbarn schnell gefunden, ob er Schuld hat oder nicht.

Der Golfkrieg zeigt eine andere "Problemlösung durch Krieg". Der Irak ist zahlungsunfähig, also versucht er seine Probleme dadurch zu lösen, daß er das reiche Kuwait ausraubt. Und die USA nutzen die Chance wiederum, mit ihren Truppen für "Recht und Ordnung" zu sorgen. Als sich aber heraus stellt, das das Recht auf der Seite der Kurden ist, wechselt die USA ganz einfach ihr Verständnis für "Recht und Ordnung". Der Golfkrieg hat aber auch gezeigt, das ein Krieg militärisch wie bei einer Übung ablaufen kann, aber politisch deshalb nicht das bringen muß, was man sich erwartet, oder warum hat sich die USA gegen die Kurden und für den Macherhalt des Herrn Hussein entschieden?

Sicher ist der Machtwechsel in der US-amerikanischen Hauptstadt ein nicht zu unterschätzendes Zeichen. Die Frage ist, ob es ausreicht.

Es hat aber in den Augen der "Politiker" wieder einmal eine Neuverteilung der Welt begonnen und die USA scheinen hierbei die besseren Karten zu haben. Es hat also nicht nur etwas mit Verständnis für Demokratie zu tun, wenn beim Beitritt der DDR eine Grundgesetzänderung nicht möglich war, aber jetzt von den selben Politiker eine Grundgesetzänderung für Einsätze deutscher Soldaten außerhalb der deutschen Grenzen angestrebt wird. Deutschland hat in den Augen der Politiker wieder einmal geschlafen und versucht nun unter den selben Deckmantel wie die USA (die UNO), sich ein Stück vom Kuchen ab zu schneiden. Ihnen ist es dabei egal, ob sie die Existenz der UNO da bei aufs Spiel setzen.

Da meine Meinung vom Irak schon einmal falsch ausgelegt wurde, möchte ich hier klar formulieren: Ich verurteile den Einmarsch des Irak in Kuwait, ich verurteile aber auch die Art und Weise, wie die Politiker versuchen die Probleme zu lösen. Vor allem auch die Verhandlungen zur Nahostkonferenz zeigen, das man den Golfkrieg nicht auf die Formel Bagdad gegen den Rest der Welt bringen kann. Die Probleme in der Region sind bedeutend komplizierter.

Nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Staatensystems kommt es zur Umstrukturierung des gesamten politischen Weltsystems. Westeuropa hat sich durch den Zusammenbruch des von ihnen als "kommunistischen" Systems bezeichneten Osteuropa wahre Wunder versprochen. Es zeigt sich heute, das Westeuropa der Nutznießer des eisernen Zaunes war. Die Ereignisse um den Herrn Schalk zeigen, das doch Westeuropa Nutznießer auf Kosten der Menschen in den osteuropäischen Ländern waren. Oder wie soll man anders erklären, das der Herr März billiges Schlachtvieh bekam, während in der DDR gerade das Fleisch knapp war.

Oder nehmen wir den Technologietransfer. Alle gute Ideen aus dem Osten gingen in den Westen, aber nicht alle guten Ideen aus dem Westen gingen in den Osten. Jetzt bekommt der sich als Sieger fühlend die Rechnung für die COCOM und andere Embargolisten. Ein 40 Jahre dauernder kalter Krieg zwischen Osten und Westen hat da zu geführt, das es für den sich als Sieger fühlenden in Osteuropa nichts zu holen gibt, im Gegenteil. Osteuropa hat klare Vorstellungen über soziale Absicherung und das ist Westeuropa zu teuer, also strömen die Menschenmassen von Ost nach West und von Süd nach Nord. Will Westeuropa den Flüchtlingsstrom eindämmen, muß es etwas gegen die sich immer mehr verschlechternde Wirtschaftslage in der SU, Polen, Rumänien, aber auch in Ungarn... unternehmen und das kann es in ihren Augen nur durch Geld und Geld wird in der ganzen Welt zur Zeit benötigt.

Statt eines riesigen Absatzmarktes für Westeuropa ist in Osteuropa ein riesiger Krisenherd entstanden. Es besteht die Gefahr, daß der Hunger in Osteuropa einen militärischen Auslöser darstellt. Da heute keiner eine Lösung für die anstehenden Probleme hat, besteht die Gefahr, das paramilitärische Gruppen die Macht ergreifen und das Motto ausgeben: Entweder der reiche Teil Europas ist bereit zu teilen oder wir holen uns, was wir brauchen.... Das Wahlergebnis in Rußland Ende 1993 ist dabei wohl der krasseste Beweis.

Auf Grund dieser "Bedrohung" ist Europa auch gezwungen, sich bei dem Wettlauf um die Absatzmärkte zu beteiligen. Sie sind in der heutigen Situation unerlässlich. Es besteht also immer die Gefahr, das die friedliche Einigkeit gegen den Aggressor Irak umschlägt in einen Wirtschaftskrieg. Die Zeichen stehen mehr als "günstig", das heißt es stehen für die Menschen mehr als schlecht. Alle Industriestaaten, auch die Japaner, haben ihre Schwierigkeiten. Jeder wird versuchen die Probleme auf Kosten der Anderen zu lösen. Damit steht ein Wirtschaftskrieg ins Haus. Ob daraus mehr wird? Man will es nicht befürchten, denn heute ein Krieg zwischen den Wirtschaftsgiganten, würde das Ende der Menschheit bedeuten. Ereignisse in den USA zeigen aber schon eine antiasiatische Stimmung. Wenn man selbst nicht mehr in der Lage ist, die Probleme zu lösen, hat bei anderen schnell einen Feind gefunden der daran schuld ist.

Wie man in Jugoslawien sieht, gibt es keine Ruhe mehr in der Welt. Niemand kann heute sagen, wo der nächste Krisenherd in einen Krieg umschlägt. Es kann in Osteuropa sein, aber auch in Arabien, aber auch Westeuropa ist da vor nicht sicher. Wie stabil ist die Türkei? Versuchen die Flüchtlingsströme mit Gewalt nach Deutschland zu kommen? Expandiert der Jugoslawienkonflikt in einen Glaubenskrieg zwischen Christen und Moslems?

Wie sieht es aber mit der 2. Lösungsvariante aus, der Revolution? Die sozialistischen Länder haben "freiwillig aufgegeben". Nun ist der Sozialismus als Alternative für die "freie" bzw. "Soziale" Marktwirtschaft nicht mehr aktuell. Es müssen sich erst neue Ideen durchsetzen. Entscheidend, wie lange das dauert, ist, wie sich die soziale Spannungen in den Industriestaaten entwickeln. Die Schüler- und Bauernunruhen in Frankreich stellen hier erst einen Anfang dar. Aber fest steht auf alle Fälle: Es wird zu einem Sozialabbau kommen. Da für gibt es folgende Gründe:

1. Es besteht in allen Ländern ein großer Geldbedarf. Die Regierungen können es am einfachsten lösen, wenn sie Abstriche am Sozialen machen. (Tal der Tränen) Die erste "gesamtdeutsche" Bundesregierung zeigt ja, wie das geschehen kann.

2. Durch den Wegfall des sozialistischen Systems verringert sich der Druck auf die Regierungen, soziale Leistungen durch zu setzen.

3. Die Weltwirtschaft ist in einem Tal. Damit verringern sich die Steuereinnahmen drastisch und damit steht noch weniger Geld für Soziales zur Verfügung.

4. Die wirtschaftliche Lage der ehemaligen "Ostblockländer" stellt die westeuropäische Länder vor die Alternative: Flüchtlingsströme oder Hilfe vor Ort - beides kostet Geld.

5. Die Gewerkschaften sind schwach wie nie und die Linke ist schwach wie nie. Damit fehlt das "soziale Gewissen" der "sozialen Marktwirtschaft".

Die Forderungen der ÖTV-Mitglieder richteten sich weniger nach sozialen Zielen, sondern waren eine Ablehnung, die Kosten der Einheit zutragen.

6. Eine weitere Zunahme der Automatisierung wird die Arbeitslosenzahlen weiter steigen lassen. Damit wird die Armut weiter wachsen. Man schätzt ja heute schon in Deutschland ein, das die Arbeitslosenzahlen auch nach dem Ende der Krise nicht mehr sinken werden.

7. Durch einen ungeheuren Druck im Arbeitskräftemarkt (mehr Arbeitslose bedingt durch Krise, Automatisierung, billige Arbeiter aus dem Osten, Konkurrenz aus Fernost und Osteuropa) wird das Realeinkommen sinken.

Als ich 1992 diese Zeile schrieb, hat man mich noch belächelt, heute sind sie Realität geworden.

Dieser Abbau der sozialen Leistungen wird zu sozialen Spannungen führen. Und diese sozialen Spannungen sind der Nährboden für das Fortschreiten der Revolution. Um die Revolution fortführen zu können, bedarf es einer klaren Vorstellung über eine neue Gesellschaftsordnung. Man braucht ein Ziel. Man muß wissen, was man will, ohne sich von den Realitäten zu entfernen. Aber hier wird es zu einem Durchbruch kommen und es wird ein Industriestaat oder ein Land mit hohem Anteil an geistig arbeitenden Menschen sein, kein Land der 3. Welt, was den Anfang machen wird.

Die Frage Krieg oder Fortführung der Revolution läßt sich nicht so einfach beantworten. Dank der Bilder aus Sarajewo sind die Chancen für die Fortführung der Revolution günstiger geworden, aber auch die Kriegsgefahr ist nicht gebannt. Um die Überlebenschancen der Menschheit zu bewahren, muß man die Revolution bevorzugen. Hauptproblem wird es sein, wie schnell es fortschrittlichen Kräften gelingt, sich von der Sozialismusidee zu lösen, die historisch abgeschlossen ist, und sich den wahren historischen Erfordernissen stellen. Die Gesellschaft ist ständig in Bewegung. Es ist deshalb keine Schande nach einem Bestehen von über 75 Jahren zu sagen, der Sozialismus ist heute nicht mehr tragbar. Wir brauchen gesellschaftliche Formen, die noch besser sind wie die des real-existierenden Sozialismus.

Diese gesellschaftliche Notwendigkeit fällt vielen schwer, weil es so aussieht, als ob man seine eigenen Ideen verrät. Man muß aber, genau wie sich die Gesellschaft weiter entwickelt, auch die gesellschaftlichen Ideen weiter entwickeln. Ist man nicht da zu bereite, kann man nur mit Gorbatschow antworten: Wer zu spät kommt, den bestraf das Leben.

Übrigens gilt das nicht nur für linke Kräfte. Viel stärker wird das Leben konservative Kräfte "bestrafen".

Das beste Mittel zur Verhinderung eines Weltkrieges ist zur Zeit die Beseitigung der bestehenden Verhältnisse, weil die Bürgerlichen "Demokraten", wie z.B. Kohl, die Weltprobleme nicht mehr lösen können und die Gefahr besteht, das sie die Welt in einen Weltkrieg führen, den keiner gewinnen kann und es nur einen Verlierer geben kann: Die Menschheit.

Die Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien und die Ausländerfeindlichkeit zeigen, das es höchste Zeit ist. Man kann nicht darauf hoffen, das die Ereignisse in Jugoslawien alle Menschen abschrecken.

Vielfach hört man, das die Ereignisse in der ehemaligen Sowjetunion abschreckend sind. Ich finde aber gerade die Ereignisse in der GUS machen Hoffnung. Es erfolgt ein Aufspalten der zentralistischen Strukturen. Damit eine Verwaltung möglich ist ein Neuaufbau der Demokratie notwendig. Gleichzeitig besteht das gesellschaftliche Eigentum schon 75 Jahre. Es kommt somit auch nicht zu einer Reprivatisierungswelle wie in Ostdeutschland, die die Eigeninitiative lähmt, im Gegenteil, die soziale Lage zwingt die Menschen zu neuen Formen in Wirtschaft und Politik. Bei aller Ablehnung der sozialen Probleme sind es gerade diese die die Triebkräfte einer Revolution sind. Vor der Wende war mir unklar, wie soziale Probleme die Triebkräfte in einer Revolution werden können. Schaut man sich aber die GUS an, wird dies klar.

3.3. Privateigentum oder Staatseigentum

In dem bestehenden Gesellschaftssystem gibt es mehrere Formen des Eigentums. Es sind zum Großteil Mischformen von Privat- und Staatseigentum. Hinzu kommen noch Formen wie Genossenschaftseigentum. Ein typischer Vertreter dieser Mischformen ist z.B. Frankreich. In der folgenden Betrachtung wird es zum Verständnis sehr auf die Formen Privat- und Staatseigentum eingeschränkt. Es soll bei der Darstellung helfen. Ich erkenne diese Mischformen an, gebe ihnen aber auch keine Chance, weil sie versuchen, die Auswüche des Privateigentums zu lindern, ohne das Privateigentum abzuschaffen.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln halte ich nicht für zukunftssträchtig, nur gesellschaftliches Eigentum hat Zukunft. Man muß bei dieser Überlegung sicher gewisse Abstriche machen, weil die Grenzen von Konsumtions- und Produktionsmitteln fließend sind. In den meisten hochentwickelten Ländern hat sich ein Dienstleistungssektor herausgebildet. Die Schere des Friseurs zum gesellschaftlichen Eigentum zu machen, kann ein Streitpunkt sein, aber der Friseurall muß auf alle Fälle gesellschaftliches Eigentum sein. Woher kommt aber diese Notwendigkeit, zumal im real-existierenden Sozialismus ja gerade das Staatseigentum als großes Hemmnis dargestellt wird.

Das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln begründet sich mit den neuen Produktionsweisen. Die neuen Produktionsweisen haben einen hohen Anteil an wissenschaftlich-technischen Leistungen. Diesen hohen Anteil können heute zum Teil einzelne Betriebe nicht mehr bestreiten. Ein typisches Beispiel ist die Schaltkreisfertigung. In einem der führenden Länder auf diesem Gebiet, in Japan, geht man deshalb schon längere Zeit für den Kapitalismus untypische Wege. Mehrere Firmen legen ihr Geld zusammen und bestreiten die Grundlagenforschung gemeinsam. Erst wenn es zur Endphase kommt, gehen diese Firmen ihre eigenen Wege. Dieses Herangehen an Produktentwicklungen ist heute schon keine japanische Spezifik mehr. Selbst erbitterte Feinde, wie die US-amerikanischen Autokonzerne müssen diese Wege gehen, um international bestehen zu können. Es zeichnet sich durchaus der Trend ab, das Produktion und Produktentwicklung getrennt werden, weil die Produktentwicklung für den Einzelnen zu aufwendig ist.

Nun hört man aus Regierungskreisen, das die Ostdeutsche Wirtschaft nur von der Privatwirtschaft in Schwung gebracht werden kann, weil der Staat das Kapital nicht aufbringen kann. In diesem Zusammenhang muß man sagen, das bei gesellschaftlichen Eigentum das Kapital zusammengehalten wird und so auch größere Ausgaben, wie sie bei der Entwicklung neuer Schaltkreise z.B. anfallen, leichter aufbracht werden können. Die Privatwirtschaft kann diese Summen nur aufbringen, wenn konkurrierende Firmen ihr Geld zusammenlegen, was aber nicht so einfach ist.

Natürlich geht das auch auf kapitalistischer Basis, in dem ich große Entwicklungsbüro eröffne und diese als eigenständige Unternehmen arbeiten lasse. Um aber die Mittel für diese Unternehmen auf zu bringen, braucht man aber finanzkräftige Geldgeber. Das können aber nur Großkonzerne oder der Staat sein. Nutze ich das Kapital der Großkonzerne, arbeiten diese Unternehmen vor allem für diese Konzerne, was wiederum den Wettbewerb verfälscht. Investiert aber der Staat, bin ich wieder bei Staatseigentum. Man sieht, das hier neue Formen dringend gebraucht werden.

Der Aufwand an wissenschaftlichen Leistungen wird heute immer größer. Z.B. an den optoelektronischen Aufgaben arbeiten heute ganze Institute. Einzelne Firmen, vor allem die so gepriesenen Kleinbetriebe, können den Aufwand nicht mehr aufbringen. Da selbst große Konzerne Schwierigkeiten damit bekommen, ist die gesamte Gesellschaft gefordert. Auch bei kleineren Aufgaben kann heute ein einzelner Ing. die Probleme nicht mehr allein lösen. Begriffe wie Forscherkollektive oder Neuererollektive werden heute wegen ihres sozialistischen Hintergrundes belächelt, aber auch sie sind Keimzellen für eine neue Gesellschaft; ganz einfach deshalb, weil sie in einer modernen Industrie heute gebraucht werden. In diesen Kollektiven stört aber der Konkurrenzkampf untereinander, weil sie nur als Team ihre volle Leistung bringen können. Der Kapitalismus braucht aber unbedingt den Konkurrenzkampf zwischen den Produzenten. Er kann aber nicht verhindern, daß sich der Konkurrenzkampf auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ausdehnt. Und so wichtig der Konkurrenzkampf zwischen den Unternehmen ist, so stört er heute aber in den Kollektiven zwischen den Arbeitnehmern.

Daß das nicht nur Hirngespinnste eines Phantasten sind, zeigt die Industrie heute schon. Sie ist auf der Suche nach neuen Formen. So versucht Opel, von der stupiden Bandarbeit weg zu kommen und die Bandarbeiter mehr an der Planung zu beteiligen. Wenn die Funktion des Meisters an Bedeutung verliert, dann zerfällt auch der kapitalistische Strukturbaum. Siemens in München entfernt die mittlere Leitungsebene und ersetzt diese durch Computernetze. Das funktioniert aber nur, wenn ich die Verantwortung der untersten Leitungsebene und der Angestellten habe, also muß hier auch mehr Mitspracherecht aller Arbeitnehmer gesichert werden. IBM-Deutschland setzt auf Heimarbeit. Die Angestellten verlegen ihr Büro in die heimische Wohnung und sind nur noch über Computernetze mit dem Betrieb verbunden. Das schafft mehr Freiheiten für den Arbeitnehmer, aber auch mehr Pflichten. Ich möchte hier gar nicht erst die japanischen Beispiele bringen wie z.B. Beschäftigung auf Lebenszeit, wo der Arbeitnehmer heute schon ein Teil des Betriebes ist; ich möchte nur an den Beispielen zeigen, das die Industrie heute gezwungen ist, neue Formen der Leitung der Unternehmen zu gehen, damit sie wettbewerbsfähig werden. Diese Maßnahmen laufen in vielen Fällen auf mehr Mitspracherecht jedes einzelnen Arbeitnehmer hinaus.

Ein weiterer Grund für das gesellschaftliche Eigentum ist die Kosten-Nutzen-Rechnung für den Betrieb und die Gesellschaft. Für die Wirtschaftlichkeit eines Betriebes ist nur wichtig, ob er Gewinn macht. Bereits kleine Verluste bedeuten in vielen Fällen schon das Ende der Firma, es sei denn, die Firma plant für eine bestimmte Zeit Verluste ein, um z.B. auf den Markt zu kommen. Macht man aber die Kosten-Nutzen-Rechnung für die gesamte Gesellschaft auf, entsteht ein zum Teil ganz anderes Ergebnis. Dieser Widerspruch spitzt sich immer mehr zu. Das begründet sich damit, daß eine fortgesetzte Automatisierung dafür gesorgt hat, daß die Industrie mit immer weniger Arbeitskräften auskommt. Diese Verringerung der Arbeitskräftezahlen führt zu einer Verringerung des Absatzmarktes. Um aber auf den kleiner werdenden Absatzmarkt konkurrieren zu können, muß man automatisieren... Beispiele hierfür gibt es in deutschen Städten, die lieber einen Sozialhilfempfänger 1 Jahr fest anstellen, weil sie so Geld sparen.

In den Reihen der CDU/CSU/F.D.P. baut man deshalb oder besser trotzdem auf die Klein- und Mittelständigen Betriebe. Vor allem die F.D.P. ist dafür berüchtigt. Ich fand folgende Formulierung über die Ziele dieser Partei als fast zutreffend: Die F.D.P. will aus allen Menschen Pommes-Buden-Besitzer machen; und jeder geht beim anderen Essen.

Mit diesem Herangehen hat sie sich ja im Osten schon mächtige Beulen geholt und es ist um diese Meinungsäußerungen zu diesen Thema von der F.D.P. totenstill geworden. Das sich die absoluten Wirtschaftsexperten, wie sich diese Pünktchenpartei gerne darstellt, so sehr getäuscht haben, hat im wesentlichen folgende Gründe: Die Industrie hat sich seit dem Frühkapitalismus mächtig gewandelt, so das die klein- und mittelständigen Betriebe heute in Wesentlichen noch 2 Hauptaufgaben haben: Dienstleistungs- und Zuliefererbetriebe. Beide sind von den Großbetrieben abhängig. Während die Dienstleistungsbetriebe davon abhängig sind, daß die Menschen genug verdienen, um sich Dienstleistungen leisten zu können, sind die Zuliefererbetriebe noch direkter mit den Großbetrieben verbunden: Die Großbetriebe haben unrentable und arbeitsaufwendige Arbeiten aus ihren Betrieben herausgelöst und lassen diese durch Kleinbetriebe erledigen. So haben MSR-Montagefirmen die eigentliche Montage der Anlagen aus ihren Betrieb herausgelöst und lassen diese Arbeiten durch Miet-Firmen ausführen. Ähnliches gilt auch für andere Zweige.

Es gibt heute aber schon ein anderes Schlagwort: flexible Automatisierung. Ziel ist es hier, auch kleinere Stückzahlen automatisch herzustellen. Damit übernehmen die Großbetriebe auch wieder Aufgaben, die heute vor allem Kleinbetriebe erledigen. Für die Kleinbetriebe ist die Anschaffung der teuren Anlagen nicht möglich.

Hier zeigt sich deutlich, das die Wirtschaft absolut von den Großbetrieben abhängig ist. Sie bestimmen, was in der Wirtschaft passiert, und nicht die vielen Kleinbetriebe. Alle anderen Meinungen halte ich für reine Spekulationen. Auch die Meinung, das Kleinbetriebe flexibler sind, wie die Großkonzerne, muß man heute zu den Akten legen. Die in den Großkonzernen derzeit stattfindende Dezentralisierung der Macht, macht auch die Großkonzerne flexibler und die Großbetriebe besitzen heute bessere Informationsaustauschanlagen, die die Großbetriebe in Bezug auf Flexibilität überlegen machen.

Es zeigt sich, das gesellschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln heute notwendig wird, aber auf der anderen Seite hat Staatseigentum als die bekannte Form des gesellschaftlichen Eigentums versagt. Aber warum hat sie versagt? Als erstes wirkten die kapitalistischen Gesetze im real-existierenden Sozialismus. Dadurch mußte auch der Versuch erst einmal scheitern, gesellschaftliches Eigentum einzuführen. Die Arbeiterklasse war nicht in der Lage, sich von der kapitalistischen Produktionsweise zu lösen. Ein Arbeiter in der DDR und der BRD unterschied sich bei der Arbeit nur in den besseren Möglichkeiten des BRD-Arbeiters.

Aber wieso mußte das gesellschaftliche Eigentum im real-existierenden Sozialismus noch scheitern? Es war die Verschmelzung von Staat (Partei) und Wirtschaft. Die dirigistischen Festlegungen von "Oben", diese Entfernung vom Markt, führten zum Ende. Vor allem aber die Eingriffe der Partei in die Geschäftsführung erwiesen sich als störend: Parteischule ging vor Berufserfahrung. Das darf auf keinen Fall sein. Aber auch im Westen gibt es diese Verschmelzung von Partei-Staat-Wirtschaft. Die Flickaffäre oder die Amigo-Affäre in Bayern sind hier wohl nur die Spitze eines Eisberges.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß eine Trennung von Staat und Wirtschaft unbedingt notwendig ist. Es hat sich auch gezeigt, daß Politiker, so bald sie Macht spüren, die ihnen ein politischer Posten einbringt, sich von ihren Idealen trennen. Dieses Problem haben z.B. die Grünen. Es müssen also für eine neue Gesellschaftsordnung andere Formen gefunden werden, die Gesellschaft zu führen. Der Staatsapparat muß an Bedeutung verlieren. Seine Hauptaufgabe müssen die Leitung der örtlichen Probleme sein, mehr nicht. Auf alle Fälle muß die Wirtschaft "sauber" vom Staat sein. Nur so wird es möglich sein, einen geregelten Markt zu erreichen. Es ist also weder das Privateigentum noch das Staatseigentum erstrebenswert. Was wir brauchen, ist gesellschaftliches Eigentum, welches die Eigeninitiative fördert, es ist also somit nicht die Frage Privateigentum oder Staatseigentum, sondern wie kann ich gesellschaftliches Eigentum so gestalten, das jeder Einzelne ein notwendiges Interesse daran besitzt? Ich weiß, das ich mit dieser veränderten Fragestellung doch etwas im Absichts stehe, aber gerade die ersten Monate nach der deutschen Wi(e)dervereinigung haben diese "Änderung" dramatisch verstärkt. Selbst eingefleischte Marktwirtschaftler wie Kurt Biedenkopf oder gar der "freiberale" Graf (Lamsdorf) müssen einsehen, das nur mit staatlichen "Regulierungsmaßnahmen" das Chaos in den "neuen Bundesländern" zu bewältigen ist, weil das Privateigentum die Situation nur verschärft.

Es ist ja auch erstaunlich, das Politiker Planwirtschaft als den Hauptmakel der sozialistischen Wirtschaft darstellten, aber jeder kapitalistische (Groß-)Betrieb Planwirtschaft betreibt. Es zeigt sich, das man Pläne braucht, es zeigt sich aber auch, das man sich nicht vom Markt entfernen kann. Es zeigt sich immer deutlicher, das man Marktwirtschaft nicht automatisch mit Privatwirtschaft gleichsetzen muß. Man darf nur nicht den Fehler machen und versuchen den Markt zu steuern, in dem man festlegt, was der Markt braucht, wie man es in den sozialistischen Staaten versucht hat.

3.4. Arbeitslose als Marktreserve oder Recht auf Arbeit

Sicher wird mir fast jeder Arbeitnehmer Recht geben, daß das Recht auf Arbeit ein soziales Ziel sein sollte, nur hat es sich gezeigt, daß dies in der freien Marktwirtschaft nicht funktioniert, und im real-existierenden Sozialismus hat es zu ernsthaften Problemen geführt. Also wie steht es nun um die Möglichkeiten, das Recht auf Arbeit zu fordern? Wer sich bis zu diesen Zeilen durchgekämpft hat, hat sicher schon begriffen, daß ich von sozialen Wunschvorstellungen wenig halte. Ich erkenne das Soziale als wichtigen Faktor der Gesellschaft an, aber soziale Forderungen müssen durch gesellschaftliche Hintergründe begründet sein. Deshalb stelle ich mir die Frage: Besteht die gesellschaftliche Notwendigkeit auf das Recht auf Arbeit? Hier gibt es nun in der Gesellschaft keine Vergleichsmöglichkeiten. Erkennt man aber an, daß der Mensch ein Teil der Natur ist und das die Gesellschaft nach natürlichen Gesetzen abläuft, kann man auch Parallelen aus der Natur suchen.

Schaut man sich unter den Säugetiere um, stößt man auf gesellschaftlichen Leben, ob als Herde, Rodel oder in welcher Form auch immer. Erstaunlich ist hier, daß jedes Tier seine Funktion erfüllt. Jedes Tier hat in Abhängigkeit der Rangfolge seine Aufgabe, aber alle sind an der Nahrungssuche beteiligt. Was passiert aber mit den Arbeitslosen? Ein Teil der Gesellschaft wird von der Produktion ferngehalten. Das hier vorhandene Potential der Menschheit wird nicht zur Vermehrung des gesellschaftlichen Potentials eingesetzt - im Gegenteil: das Potential wird weniger. Nun werden wieder Kapitalismusverfechter kommen, die sagen: Diese Arbeitslosen haben auch ihre Funktion. Als erstes sind sie Verdrängungspotential für die, die Arbeit haben und 2. gleichen sie Schwankungen in der Produktion aus. Zum 1.: Sowohl die Zahl der Langzeitarbeitslosen als auch der Arbeitslosen im Alter über 50 Jahren nimmt immer mehr zu und diese stellen nun kein Verdrängungspotential dar, weil sie keinerlei Berufspraxis besitzen. Außerdem bringt der Konkurrenzkampf zwischen den Arbeitnehmern unter den ständig steigenden Anforderungen heute mehr Problem als Nutzen. Zum 2.: Diese Arbeitslosen heben in den Krisen eher eine verstärkende Wirkung. Ist man über die Hochkonjunktur hinweg, dann werden Arbeitskräfte entlassen, dadurch sinkt die Kaufkraft, wodurch wieder weniger verkauft wird und damit wieder mehr arbeitslos werden.... Somit kann man zu diesen Argumenten sagen, das sie keinen realen Hintergrund haben.

Also es besteht die gesellschaftliche Notwendigkeit, daß sich alle Menschen an der gesellschaftlichen Arbeit beteiligen und die Theorie von der Notwendigkeit der Arbeitslosen für den Markt, steht auf sehr wackligen Füßen. Dazu kommt noch ein weiterer materieller Aspekt: Fast 10% des Gehaltes gehen als Arbeitslosengeld weg, dazu kommen noch zusätzliche Prozente für andere Maßnahmen, wie Vorruhestand, Sozialhilfe und andere die Statistik verfälschende Maßnahmen, die indirekt vom Lohn abgehen. Das schlägt sich natürlich auf die Endprodukte nieder. Diese werden teurer als notwendig. Nun will ich nicht dafür sprechen, diese Maßnahmen ab zu schaffen. Ich will zeigen, das es unökonomisch ist, sich ein Heer nichtarbeitender Menschen zu halten.

Was ist nun aber mit dem Recht auf Arbeit? Im real-existierenden Sozialismus kam es aber wegen des Rechts auf Arbeit, laut Kapitalismusverfechtern, zu erheblichen Problemen und "in Wirklichkeit wurden die Arbeitslosen in Wirklichkeit nicht vom Arbeitsamt sondern von den Betrieben bezahlt". Nun einmal davon abgesehen, das die Arbeitslosen, die ihr Geld vom Arbeitsamt erhalten, über einen langen Umweg (Gehalt, Arbeitslosenversicherung, Arbeitsamt) auch von den Betrieben bezahlt werden, was ist nun an dieser Behauptung dran; ist das Recht auf Arbeit im real-existierenden Sozialismus wirklich gescheitert? Richtig ist wohl erst einmal, daß es in den Betrieben (VEB) viele Posten gab, auf die man gestrost hätte verzichten können; waren das nun aber verdeckte Arbeitslose und warum gab es dann noch so viele freie Stellen? Die wirkliche Ursache war die Entfernung vom Markt durch diese Betriebe und der gesamten Gesellschaft, sowie die Entfernung von der kapitalistischen Wirtschaftsführung und -rechnung. Wirtschaftlichkeit war nur das Hin- und Herschieben von Zahlen, hinter dem angeblich Geld bzw. Kapital stecken sollte. Da aber die kapitalistischen Gesetze wirkten, mußte es zwangsläufig zu Problemen kommen. Man kann also nicht vom Scheitern des Rechts auf Arbeit ausgehen, auch wenn Verfechter der freien Marktwirtschaft davon sprechen. Hier muß man sagen, daß diese Feststellung eigentlich ein Eingeständnis ist, daß diese Damen und Herren die anstehenden Probleme nicht lösen können. Es zeigt sich auch, das die großen Konzerne, allen voran, die japanischen, einen sehr stabilen Beschäftigungsstamm besitzen. Gerade die Kleinbetriebe mit der großen Anzahl von Pleiten bringen hier die Schwankungen auf den Arbeitsmarkt.

Man könnte auch den moralischen Aspekt bringen, das es günstiger ist "Arbeitslose" durch Beschäftigung von sozialen Problemen fern zu halten. Dies halte ich nicht für das entscheidende Argument.

Natürlich muß man auch sagen, daß in der sogenannten "Sozialen Marktwirtschaft" mit immer weniger Werttätigen die notwendige Produktion erledigt werden kann, also werden die Arbeitslosenzahlen immer weiter steigen. Es gibt also wieder einmal einen Widerspruch zwischen der Notwendigkeit und den Möglichkeiten. Eine Verkürzung der Arbeitszeit hat z.B. bei der IG Metall in der Bundesrepublik als nicht

die Lösung erweisen und ein Herabsetzen des Rentenalters bringt ebenfalls nicht die Lösung, da Vorrentenregelungen schon die Statistiken verschönern.

Welche Möglichkeiten gibt es nun, die Menschen zu beschäftigen? Es mag widersprüchlich klingen, aber die einzige Möglichkeit ist, die Menschen mit der Produktion von Gegenständen zu beschäftigen, die die Menschheit heute scheinbar gar nicht braucht. Ich glaube, ich muß das näher erläutern: Als zu Zeiten Edisons die ersten Experimente mit den Anwendungsmöglichkeiten der Elektrizität gemacht wurden, wollte man am liebsten die Stromerzeugung verbieten, weil die Möglichkeit des Todes bei Kontakt mit elektrischen Leitern vorhanden war. Heute kann man sich ein Leben ohne elektrischen Strom nicht mehr vorstellen. Ein ähnliches Schicksal erlebten z.B. das Automobil oder das Flugzeug. Heute steht zum Beispiel die Raumfahrt im Kreuzfeuer.

Aber gerade das hat ja die Menschheit voran gebracht, das sie immer neue Bedürfnisse geweckt hat, wo man später auf den Komfort nicht mehr verzichten wollte. Wie haben sich die Zeitgenossen über die rußverschmierten Reisenden auf den Eisenbahnen lustig gemacht. Heute ist die Bahn das ökologisch/ökonomischste Transportmittel auf der Kurz- und Mittelstrecke. Heute kann kaum einer sich Vorstellungen darüber machen, das einmal die Lichtwellen die Elektronen in der Rechentechnik ablösen werden, d.h., das man nicht mehr mit elektronischen sondern mit optischen Rechnern arbeiten wird, die bedeutend schneller sind. Kaum einer kann sich vorstellen, das Daten einmal mit Lichtgeschwindigkeit zwischen Europa und Amerika ausgetauscht werden. Die Raumfahrt steckt in einer Krise, weil das derzeitige System mit den anfallenden Kosten dieser nicht zurecht kommt. Es sind derzeit nicht die technischen Probleme, die eine Weiterentwicklung der Raumfahrt verhindern, sondern die Verteilung des Geldes in der Gesellschaft, so das die Kosten - Nutzen - Rechnung zur Zeit zu Ungunsten ist. Würde man zum Beispiel die Kosten und die Arbeitskräfte, die in der Armeeg verbunden werden, in der zivilen Raumfahrt nutzen, brauchte die Menschen nicht einen Dollar mehr ausgeben.

Ein Problem sind nicht die fehlenden Gelder, sondern deren Verteilung. Die "zivilisierten" Länder leisten sich eine riesigen unproduktiven Verwaltungsapparat. In Deutschland gehen sicher 1/3 bis 1/2 des gesellschaftlichen Eigentums für unproduktive Beamte weg. Sicher brauchen wir Schulen und medizinisches Personal. Brauchen wir aber ein so kompliziertes Steuersystem, einen so aufgeblähten Regierungsapparat. Diese hier verschleuderten Gelder richtig eingesetzt, würde produktive Arbeitsplätze schaffen, die wiederum produktive Arbeitsplätze nachziehen würden. Heute bindet ein kompliziertes Steuersystem nur zusätzliche Arbeitskräfte auch in den produktiven Bereichen, der aufgeblähte Beamtenapparat blockiert sogar die Wirtschaft nahezu.

Ich kann nicht die Wirtschaft ankurbeln, wenn ich noch eine Pommes-Bude errichte, wenn nebenan schon drei um's Überleben kämpfen. Ich kann nicht die Wirtschaft ankurbeln, wenn Straßen gebaut werden, um noch mehr Waren aus anderen Gebieten heran zu fahren. Es reicht nicht, ein paar Maurer zu beschäftigen, um das Rathaus zu verschönern. Das Ziel muß sein, das jeder etwas herstellt, was andere brauchen, damit er sich wieder etwas von anderen kaufen kann. Wenn ich unnütze Leute in der Arbeitslosigkeit versauern lasse, dann wird mir irgendwann die Rechnung dafür präsentiert und es spricht einiges dafür, das es heute soweit ist.

Ziel dieser ersten Abschnitte soll es sein, die real existierende Gesellschaft zu analysieren, auf Lösungsvorschläge möchte ich später eingehen. Ich möchte an dieser Stelle nur noch einmal zusammenfassen: Man kann im Kapitalismus kein Recht auf Arbeit fordern, es ist aber auch falsch zu sagen, das Arbeitslose eine Marktreserve darstellen. Es ist viel mehr notwendig, alle Menschen an der gesellschaftlichen Produktion zu beteiligen, jeder Arbeitslose ist ein Schwachpunkt der Gesellschaft. Wer aber behauptet, das Arbeitslose für den Markt gebraucht werden, der will seine Unfähigkeit verschleiern, das er es nicht schafft, allen Arbeit zu verschaffen. Es ist diese Problem nicht in laute morgen zu lösen, schließlich könnte man in Anlehnung einiger Konservative, wie z.B. von Herrn Hamdorf, sagen: 100 Jahre kapitalistischer Mißwirtschaft kann man nicht von heute auf morgen beseitigen.

3.5. Subventionen ja oder nein

Zur Zeit der Wende kam die Rede auch verstärkt auf Subventionen. Vor allem die Subventionen der Lebensmittel waren im Gespräch. Nun hat die CDU-Regierung in Ost und West dieses "Problem" zusammen mit der Einführung der D-Mark "gelöst". Ein Schachzug über den man nachdenken sollte, den mit der Währungsunion wurde aus dem Geld- ein Warenüberhang. Man sollte heute überlegen, ob die Subventionen Schuld daran waren, das so viele Lebensmittel weggeworfen wurden. Z.B. überlege ich mir heute, ob ich kurze Strecken mit der Straßenbahn oder Bus fahre oder lieber die 50 Pfennige spare, weil ich mir dafür etwas anderes kaufen kann. Und hier liegt das eigentliche Problem: Durch den Geldüberhang wurde das Geld "wertlos". Heute kann ich mir für 2 weggeworfenen Brötchen etwas anderes kaufen. Natürlich wurde auch bei den Subventionen Mist gemacht; z.B. das die Aufkaufpreise höher lagen als die Verkaufspreise, aber verallgemeinern kann man dies nicht. Deshalb lehne ich es ab, zu sagen, daß Subventionen nichts bringen.

Subventionen müssen zielgerichtet eingesetzt werden und notfalls auch einmal beseitigt werden. Z.B. halte ich Subventionen für machbar, die öffentlichen Verkehrsmittel zum Nulltarif nutzen zu können. Das entlastet die Umwelt und ich bin mir nicht ganz sicher, ob diese Kosten nicht geringer sind, als die Kosten für Straßen, Ampelanlagen, Lärmschutz, Verkehrsleiteneinrichtungen, Tankstellen, Umweltschutz, Parkplätze ...

Ich habe die Zurückdrängung des Geldes gefordert: Über eine systematische Zunahme der Subventionen, vor allem am Anfang lebensnotwendiger Sachen, wie Nahverkehr, Textilien, Kommunikation (Post) u.ä., kann man hier vorwärtskommen. Subventionen muß man aber gezielt einsetzen und man muß auch bereit sein, in bestimmten Situationen auch einmal Subventionen wieder ab zu bauen.

In den Reihen der Parteien hört man heute auch vieles über den Abbau der Subventionen, die heute noch in der Bundesrepublik vorhanden sind. Hier tut man sich auch sehr schwer. Vor allem Wirtschaftsminister Möllemann macht hier viel Wind um nichts. Das ist auch verständlich, da diese Subventionen doch ein Gleichgewicht erzeugen. Will man soziale Belange berücksichtigen, kommt auch die CDU um Subventionen nicht herum. Auf der anderen Seite erzeugt gerade die Marktwirtschaft Disproportionen, die ausgeglichen werden müssen und so kommt man zum geregelten Markt, wo auch Subventionen eine Regelfunktion haben.

Subventionen sind kein Geschenk vom Himmel. Subventionen sind eine Art, das gesellschaftliche Produkt gerechter zu verteilen. Man kommt beim Thema Subventionen auch wieder auf eine gesellschaftliche Kosten-Nutzen Rechnung. Ist es für die Gesellschaft nicht in bestimmten Fällen günstiger Geld für Subventionen aus zu geben, als für andere Sachen, die zum Teil noch teurer sind, der Nahverkehr ist hier das typischste Beispiel.

3.6. Was ist ein höheres Lebensniveau?

Was versteht man heute unter einem höheren Lebensniveau? Für gewöhnlich werden dann Stichworte genannt wie: ein schnelles bequemes Auto, Videorecorder, CD-Player, Stereoanlage u.ä. Also an erster Stelle stehen materielle Sachen, die bestimmten materiellen (finanziellen) Wert haben. Bedeutet aber ein höheres Lebensniveau wirklich nur eine Anhäufung von technischen Konsumgütern oder das Verpassen von Geld?

Kurz nach der Wende in der DDR kamen Meinungen auf, das man endlich die stillen Kammern verlassen könne. Man ging in die Öffentlichkeit. Was daraus wurde, ist ja bekannt: Man kaufte sich einen Videorecorder und schloß sich noch fester in seine 4 Wände ein. Ich möchte hier nicht das festere Einschließen diskutieren; was ich andeuten möchte: Da war doch noch etwas; denn zum Leben gehört doch etwas mehr: Ein Plausch bei Freunden oder gar im Arbeitskollektiv. Da zu gehörten aber auch z.B. der wöchentliche Kegel- oder Gymnastikabend, vielleicht sogar der gemeinsame Arbeitseinsatz im Wohngebiet. Bei der Aufzählung könnte man noch lange fortfahren. Viele dieser Sachen gab es schon in den siebziger Jahren in der DDR. In den letzten Jahren ist ein Teil davon dahin gegangen und mit dem Vorschreiten des Geldes geht noch mehr davon dahin. In einer neuen Gesellschaft sollte man sich dieser Tugenden aber erinnern. In einigen Sachen kann man sogar noch weiter gehen. Sachen wie der Subotnik müssen wieder ihren ursprünglichen Charakter erhalten. Auf alle Fälle kann man noch bessere Beispiele wie den Subotnik bringen; ich wollte aber zeigen, daß selbst solche geschmähten Begriffe, richtig angewendet, ihre Bedeutung haben können.

Beim Nachdenken über den Begriff höheres Lebensniveau sollte man wirklich bedenken, das Geld nicht alles ist. Zum Leben gehört auch noch das Zusammenleben der Menschen. Ich glaube, daß dies die gelehrten DDR-Bürger, schon nach ein paar Wochen deutsche Einheit, beginnen zu begreifen.

Der heutige Begriff 'Lebensniveau' ist noch stark von der kapitalistischen Moral geprägt. Hier ist alles auf den Konkurrenzkampf ausgelegt, auch die Moral. Die Menschen sind bestrebt, nicht schlechter zu sein, wie der Nebenmann. Um das zeigen zu können, sucht man sich eine Darstellungsform dieser "Tatsache" und findet diese in einem hohen finanziellen Standard. Dabei ist man sogar bereit, in einer Scheinwelt zu leben - Ein Leben auf Pump. Zusammenleben mit Anderen paßt nicht in die Moral, weil es nicht auf Wunschbildern entfallen nicht einmal 30% auf den Sieger, da zu kommt noch die Art der Wahl über Wahlmänner, die für ein richtiges Trinkgeld auch mal bereit sind, ihre Stimme bestbezahlt zu verkaufen. Natürlich ist auch eine Diktatur des Proletariates oder der Intelligenz eine etwas eigenwillige Form der Demokratie. Man sieht also, das Demokratie ein sehr dehnbarer Begriff ist. Ich persönlich halte gar nichts von der herrschenden Parteien-Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik angewendet wird. Ziel einer neuen Gesellschaft sollte deshalb sein, nach einer höheren Demokratie zu streben.

Spricht man über Moral, muß man auch fragen: Was ist Moral? Ist es richtig, Schwule als Menschen zweiter Klasse ab zu stemplen? Sind Ausländer schlechtere Menschen? Sind Frauen weniger wert wie Männer? Sind große Wohngemeinschaften "unanständig"? Wer ist Schuld an den Asozialen? Sind Heimkinder zum Asozialen verdammt? ...

Dieser Auszug aus möglichen Fragen soll zeigen, wie wichtig es ist, auch über eine neue Moral nach zu denken. Das geht nicht von heute auf morgen, aber anpacken müssen wir es.

3.7. Staat und Demokratie

Marx erklärt, daß der Staat das Machtinstrument der herrschenden Klasse ist. Nun strebe ich ein Gesellschaftssystem mit gleichberechtigten Klassen an. Was soll dann noch der Staat?

Die bürgerlichen Parteien in den "alten Bundesländern" fordern mehr Macht der kommunalen Staatsorgane. Im real-existierenden Sozialismus lief alles über den Staat. Die "Europa"-Abgeordneten fordern mehr Macht für das (West-) "Europa"-Parlament. - Also hier gehen die Meinungen weit auseinander. Das geht sogar so weit, daß Kräfte, die sich auf Marx berufen, den Staat ganz ablehnen. Also versuchen wir über die Bedeutung des Staates nach zu denken.

Bei der Betrachtung dieses Themas muß man zunächst das Thema Europa bzw. Welt einig Vaterland beleuchten.: Lange herrschten in Europa 2 "Weltsysteme" und damit 2 Wirtschaftssysteme. Aus diesem Grund kam es in Westeuropa zu der Notwendigkeit, sich gegen den Osten zu verbünden. Nun gibt es in Deutschland Herren, deren Meinung ich ganz interessant finde. Diese Herren behaupten, das mit dem Wegfall der beiden Systeme auch das Feindbild wegfällt. (Hier ist nicht unbedingt nur das Feindbild der Armeen, z.B. der Bundeswehr, zu verstehen.) Es entstehen neue Systeme in Europa und damit neue Feindbilder. Ehemalige Verbündete werden zu Todfeinden, zu erst vor allem auf dem wirtschaftlichen Sektor, aber nicht nur hier, wie das Beispiel Jugoslawien zeigt. Aber nicht nur in Osteuropa bilden sich neue Systeme. Hier sind die ersten Anzeichen z. B. das Verschieben des Termins für die Einführung einer einheitlichen europäischen Währung und das Verhalten der Deutschen. In Frankreich wurde und wird die Vermutung laut, das Deutschland gar kein Interesse mehr an der Europäischen Vereinigung hat. Mit dem Abkommen zwischen EFTA und EG hat man zwar versucht, ein einheitliches Wirtschaftsgebiet zu schaffen, aber diese Abkommen sind zu sehr mit der Brechstange gezimmert, das sie auf sehr wackligen Füßen stehen.

Wie sieht es nun aber mit der gesellschaftlichen Notwendigkeit aus? Ist ein einheitlicher Europäischer Staat notwendig? Fakt ist eins: Die großen Konzerne haben längst alle Grenzen überschritten. Es ist ein Wirtschaftssystem entstanden, wo selbst schärfste Kontrahenten über dieses System mit einander fest verbunden sind. Die Konzerne nutzen rigoros die Unterschiede zwischen den Ländern aus. Während es zum Beispiel in Spanien billige Arbeitskräfte gibt, gibt es in Deutschland hochqualifizierte. Je nach Art der Produktion wählen die Konzerne deshalb die Länder aus. Brauchen sie Hochtechnologie, produzieren sie in Deutschland, brauchen sie eine Massenproduktion und damit billige Arbeitskräfte, wird in Portugal produziert.

Über die D-Mark hat sich in Zentraleuropa auch ein von einander abhängiges Währungssystem herausgebildet. Und genau hier liegen nicht unwesentliche Gründe, die für ein einheitliches Europa, eine einheitliche Welt sprechen. Es zeigt sich aber schon heute, das man dies nicht durch ein Europaparlament schaffen kann, das noch zusätzlich, auf die bestehenden Parlamente aufgesetzt wird. So muß man ja auch das Abstimmungsverhalten der Dänen zu dem Maastrichter Vertrag sehen. Ja zu Europa, nein zu einem Zentralismus in Brüssel. Ähnlich verhält es sich auch zum Beispiel mit dem Festhalten der Deutschen an der D-Mark. Man hat berechtigte Ängste vor zu viel Zentralgewalt in Brüssel.

Es gibt aber heute in Europa auch Befürchtungen, das die Menschen in den führenden Industriestaaten ihr Lebensniveau senken müssen. In den kleinen Ländern gibt es wiederum Befürchtungen, das es ihnen genauso ergeht, wie der ehemaligen DDR: an die Wand gedrückt, die Wirtschaft Tod und als Absatzmarkt bestens geeignet. Deutschland sollte eigentlich Vorreiter auf dem Weg zur europäischen Einheit werden. - Ich halte es aber durchaus für möglich, das die Art und Weise der Vereinigung Deutschlands abschreckend auf Europa wirkt. Ich halte es deshalb für wahrscheinlich, das der europäische Binnenmarkt Europa eher spaltet wie es Europa vereint. Man sollte die Anzeichen in Österreich, der Schweiz, England, Frankreich, Spanien... nicht unterschätzen. Es zeigt sich aber auch, das zu mindestens eine wirtschaftliche Einheit notwendig ist. Gerade die auseinander brechende Sowjetunion ist hier das beste Beispiel. Der Unionsvertrag (GUS) und andere kleinere Kontakte sind der Beweis. Auch der Probleme in den Nachfolgestaaten der CSSR zeigen die Notwendigkeit für wirtschaftliche Einheiten.

Es zeigen sich heute zwei scheinbar entgegen gesetzte Tendenzen. Auf der einen Seite rücken die Völker verschiedener Staaten immer mehr zusammen und wollen ein gemeinsames Europa bilden, auf der anderen Seite brechen die Staaten auseinander und es kommt zum Bürgerkrieg. Aber diese Tendenz ist nicht nur in der Politik so, es zeigt sich eine ähnliche Tendenz auch in der Wirtschaft: Eine Zentralisierung in immer größer werdenden Konzernen bei gleichzeitiger Dezentralisierung der Macht in den einzelnen Tochterunternehmen. Und genau hier liegen die Ansatzpunkte. Ein weiteres Zusammenrücken der Völker ist nur mit einer Dezentralisierung der Macht möglich.

Mir ist durchaus bewußt, daß das auf dem Papier sich gut liest, aber in der Realität doch sehr schwierig ist. Wieviel Macht muß die Zentralmacht erhalten? Wie groß sind die kleinen Machtzentralen? ... Dies sind nur einige der anstehenden Fragen. Als allgemeine Antwort kann man sagen: Probleme müssen dort entschieden werden, wo sie auftreten. Dabei wird auch den Stadt- und Gemeindevertretungen mehr Macht zu kommen müssen. Es kann nicht sein, das so etwas passiert, wie in England, wo die eiserne Lady die zentrale Leitung von London abschafft, weil sie ihr zu rot war. Es kann nicht sein, das Geld in Abhängigkeit der Parteizugehörigkeit der Stadtparlamente fließen. Es kann nicht sein, das die Bürger in Berlin nur deshalb die CDU wählen, weil sie sich ausrechnen, das sie dann eine größere Chance haben, Hauptstadt zu werden, weil dann wiederum mehr Geld fließt.

Ich kann aber auch nicht eine riesige Bundesbank durchschleppen, nur weil alle Bundesländer eine Präsidenten haben wollen. D.h. ich brauche ein System mit einer stärkeren Machtkonzentration in den Kommunen bei einer zentralen Koordinierung.

Aber noch einmal zurück zu den neu entstehenden Systemen. Diese Thematik hat seit dem Golfkrieg an Bedeutung zugenommen. Es hat sich hier deutlich gezeigt, das sich in den Ländern der 3. Welt eine anti-amerikanische (antieuropäische) Stimmung herausbildet. Wenn Geld gebraucht wird, ist Europa gut, sonst ist es aber der Erdteil, der auf Kosten der 3. Welt lebt.

Mit diesen Spannungen kann die Welt nicht lange leben, weil sonst immer wieder ein Sadam Hussein entstehen kann. Außerdem werden sich die Widersprüche an Form einer Zunahme des Fundamentalismus widerspiegeln. Man kann diese Widersprüche nur lösen, wenn man die wirtschaftlichen Probleme zwischen

der "1." und der "3. Welt" abbaut. Der Golfkrieg hat es deutlich gezeigt: Man darf bei der Vereinigung Europas nicht stehen bleiben. - Wir dürfen an den EG-Grenzen keinen neuen eisernen Zaun errichten, was leider ja heute drastisch gemacht wird. Selbst wenn man Staaten wie der Türkei nicht die Chance gibt, sich an einem einheitlichen Weltsystem zu beteiligen, wird das zu erheblichen Problemen führen. Heute gibt man ja selbst Ländern wie Polen oder Tschechien die Chance in (West-)Europa ein zu binden. Diese Tendenzen halte ich auch für Westeuropa für schädlich. Wenn ich kurzzeitig auf das Lebensniveau des Westen schaue, werde ich langfristig Probleme auch hier aufbauen. Aber hier wirken die alten überlebten Machtstrukturen aus der Zeit des kalten Krieges fort.

Baut man aber so einen Verbund der viele Länder vereint, muß man allen Ländern die gleichen Chancen geben. Ein Europaparlament, welches so arbeitet, wie die UNO, also mit 5 alles entscheidenden Mächten, ist zum Scheitern verurteilt. Oder wenn Deutschland die selbe (oder wie zu erwarten ist, eine noch stärkere) Rolle spielt, wie Rußland sie in der Sowjetunion gespielt hat, dann ist das Ende dieses Staatenbundes genau so vorgegeben.

Die Gründe hierfür liegen unter anderem in den unterschiedlichen Lebensauffassungen und die Unterschiede in den bestehenden Staatsformen. Man sollte nicht glauben, das Deutschland, nur weil es wirtschaftlich am weitesten ist, auch das fortschrittlichste politische System besitzt. Z.B. kann Deutschland noch viel von den Holländern lernen, wie man Wohnungsproblem löst, und vor allem die nordeuropäischen Länder sind sozial weiter wie Deutschland.

Die unterschiedliche Mentalität erfordert aber wiederum, das jeder selbst Entscheidungen über die weitere Entwicklung seiner Region treffen muß. Ich kann die Bayern nicht so verwalten wie die Sizilianer oder die Russen: Die Völker müssen selbst entscheiden können, wie sie sich verwalten.

Eine Dezentralisierung der Macht erfordert aber auch, das man in den Städten und Gemeinden auch fähige Leute hat, die notwendige Entscheidungen treffen können. Es kann nicht sein, das man Abgeordnete nach dem Parteibuch wählt. Man braucht Fachkompetenz und keine Parteiliebe. Es kann nicht sein, das man ganz schnell mal in die CDU eintritt, um Bürgermeister werden zu können. Hier zeigt sich, das die Parteien-Demokratie an Grenzen stößt.

Eine stärkere Verlagerung der Macht in die Gemeinden ermöglicht auch eine Personenwahl. D.h. ein Abgeordneter wird nicht wegen seiner Parteizugehörigkeit gewählt, sondern weil er die notwendige Fachkompetenz besitzt. Wenn ich mir z.B. die Fachkompetenz einiger Minister in Bonn anschau - also ich will ihnen ja nicht gerade Unfähigkeit nachreden, aber es gibt durchaus bessere Fachleute für diese zu gut bezahlten Posten. Der Herr Ex-Minister Möllemann war ja nicht nur bei den Bergleuten unbeliebt, auch aus den eigenen Parteilichen bekam er häufig scharfe Kritik. Oder nehmen wir den Landwirtschaftsminister Kichle, der seine Grenzen schon lange erkannt hat, der aber bleiben mußte, weil keiner diesen Posten in der Koalition haben wollte. Wenn es die Postenverteilung in Bonn nicht gegeben hätte, ich hätte nicht gewußt, worüber ich Anfang 1991 sonst hätte lachen sollen... (oder wäre es besser gewesen zu weinen?)

Also im Grunde will ich mit der Personenwahl mehr Demokratie erreichen. Wenn also in Leipzig Politiker mit anderen politischen Meinungen an der Macht sind, wie z.B. in Halle, was soll's. Hauptsache es kommt für die Menschen etwas heraus und wenn nicht, wird sich am Ende die bessere politische Meinung durchsetzen. Wenn Politiker sich nicht bewähren, dann müssen sie gehen. Dazu muß ich aber die Möglichkeiten schaffen, das sich die bessere politische Meinung durchsetzt. Ich kann z.B. nicht in Bonn zentral per Gesetz festlegen, das Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) schlecht sind und unbedingt privatisiert werden müssen. Oder kann ich nicht zentral festlegen, welche Betriebe die Kommunen übernehmen und welche nicht.

Eine bessere Gesellschaftsordnung wird sich in der direkten Auseinandersetzung durchsetzen. Das ist nicht nur Demokratie, das ist der beste Weg in eine bessere Gesellschaft, weil sich beide Systeme (das Alte und das Neue) vervollkommen müssen und irgendwann muß das alte System kapitulieren. Gleichzeitig ist das neue System gezwungen, sich den gesellschaftlichen Erfordernissen an zu passen. Nur so wird es auch wirklich ein neues Gesellschaftssystem geben, weil sich nur so neue Ideen in die Gesellschaft einbringen lassen, die die Gesellschaft auch voran bringen können. Natürlich bin ich mir im Klaren, das das alte System diese höhere Form der Demokratie nicht mitgeht. Das bekannteste Beispiel ist hier wohl die 5%-Wahlklausel. Wenn die bürgerliche Demokratie so gut ist und die "Soziale Marktwirtschaft" das Non plus Ultra, wieso setzen die bürgerlichen Politiker solche Methoden der Machterhaltung ein?

So werden also nicht die Verfechter der neuen Gesellschaftsordnung die Methoden festlegen, wie sich das neue System durchsetzen kann, sondern die Verfechter des alten Gesellschaftssystems. Ist das System bereit, "wahre" Demokratie ein zu führen, wird es friedlich ablaufen können, wie z.B. die sogenannte Wende in der DDR. Geht sie aber zum Beispiel mit Gewalt gegen Demonstranten vor, wird sich die Gesellschaftsordnung einen Weg mit Gewalt bahnen müssen. Und da das alte System nicht freiwillig auf die Macht verzichten wird, wird es wohl zum zweiten Weg kommen müssen; d.h. so friedlich wie in den "Sozialistischen Ländern" wird sich die Revolution nicht fortsetzen lassen, das es im Kapitalismus immer noch jede Menge Beamte gibt, die nicht auf ihre Privilegien verzichten möchten. Und wer kann sich schon vorstellen, das einige höhere Beamte auf ihre Privatflugzeuge, Sexparties, Ferienhäuser am Mittelmeer ... verzichten würden?

Es klingt vermessend, wenn jemand, der sich dazu bekennt, seine Weltanschauung auf den Marxismus auf zu bauen, der eine Diktatur des Proletariats als höchste Form der Demokratie fordert - jetzt nach mehr Demokratie schreit. Also hier gebe ich unumwunden zu: bei diesem Thema bin ich ein Wendehals, weil ich erkannt habe, das man auf dem Weg in eine neue Gesellschaft um mehr Demokratie nicht herum kommt. Die Weiterentwicklung der Demokratie ist eine sehr wichtige Sache. Nur wenn ich die Menschen für eine neue Gesellschaftsordnung begeistern kann, dann hat die neue Gesellschaftsordnung einen Sinn; und ich kann die Menschen nur begeistern, wenn die Menschen mehr Freiheiten und somit mehr Mitspracherecht erhalten. Und somit wird eine höhere Demokratie notwendig.

Der real-existierende Sozialismus wollte beweisen, daß er die höhere Demokratie sei, in dem er den Menschen nicht zeigte, wie die andere Demokratie aussah. Er stellte sich nicht der Auseinandersetzung und konnte so auch die Demokratie nicht weiter entwickeln. Aus diesen Fehlern muß man lernen. Wenn mein Demokratieverständnis nichts taugt, dann kann es sich auch nicht durchsetzen.

3.8. Eigentum an Grund und Boden

Bevor ich mich mit dem Thema "Wie kann gesellschaftliches Eigentum aussehen?" direkt beschäftigte, möchte ich ein Teilthema aus dieser Thematik gesondert behandeln. Ich nähere mich langsam den konkreten Lösungsvorschlägen. Bevor ich aber konkret sagen möchte, wie ich mir das in einer zukünftigen Gesellschaft vorstelle, möchte ich mich noch einmal der Vergangenheit widmen.

Das Thema Grund und Boden hat in der Ex-DDR doch zu einigen "Ereignissen" geführt. Man störte sich nicht daran, daß das "Volkseigentum" eigentlich allen gehörte und nun "sein" Eigentum unter Wert verkauft, ja verschenkt wurde und auch die Passagen im "Einigungs"-Vertrag hat keiner so richtig ernst genommen. Viel mehr hat das Gerangel um alte Eigentumsrechte, vor allem von Westdeutschen, genervt.

Ich schlage vor, wir gehen bei den Eigentumsverhältnissen so weit zurück, wie es nur geht. Da kommen wir eigentlich dahin, das der Grund und Boden ein Naturprodukt ist, und keiner wird mir die Frage beantworten können, wieso überhaupt jemand Anspruch darauf haben konnte? Schließlich hat nicht der Mensch die Erde, sondern die Erde den Menschen geschaffen. Also, wer hat als erster jemals das Land verkaufen können? Wieso kann heute jemand Anspruch auf die Natur geltend machen? ...

Die Natur und damit der Grund und Boden kann nicht einem Einzelnen gehören. Auf Grund und Boden haben alle Anspruch und nicht ein Einzelner. Natürlich muß man die Nutzung organisieren. Ich muß festlegen, wer wo die Natur nutzen kann.

Ich kann aber die Natur nicht so verwalten, wie im real-existierenden Sozialismus. Ich muß die Menschen, die den Boden bestellen, dazu bringen, das sie sich für den Boden verantwortlich fühlen. Verfechter der "Sozialen Marktwirtschaft" behaupten nun, das nur Eigentum verpflichtet. Aber zeigen nicht gerade die Ereignisse um die "Treuhänd", das heute Grund und Boden immer mehr ein Spekulationsobjekt wird und so eine im gesellschaftlichen Sinne vernünftige Nutzung nicht mehr möglich ist, so daß z.B. Bauland für Sozialwohnungen nicht mehr bezahlbar ist. Wo liegt der Unterschied zwischen privaten Eigentum und der gesellschaftlichen Verpachtung. Der Vorteil der gesellschaftlichen Verpachtung ist, das die Gesellschaft die effektive Nutzung, des immer knapper werdenden Grund und Boden besser kontrollieren kann. Hat nicht auch schon die "Soziale Marktwirtschaft" eine Kontrolle eingeführt, in dem sie z.B. Flächennutzungsplänen und so weiter erstellt?

Betrachtet man das Konzept der Wohnungspolitik in den Altbundesländern, kommt man zu der Feststellung, daß alles auf Eigentumswohnungen bzw. Eigentümern hinaus läuft. Vor allem auf eigene Häuser wird Wert gelegt, da die Preise von Wohnungen fast in dem Bereich von Häusern angelangt sind. Betrachtet man zu dem noch die Preise für Wohnungen oder Mieten, stellt man fest, das es so nicht weiter gehen kann.

Wenn eine Eigentumswohnung heute über 200 000,- DM kostet, kommt man automatisch zu der Frage: Wieviel ist da von reiner Spekulation und da mit gesellschaftlich unrentabel? Die zweite Frage ist dann noch, wie lange kann ich die Natur noch mit Einfamilienhäusern voll pflastern? Wie lange kann man dieses ökonomische Bauen durchhalten?

Meine Ideen zum Thema Eigentum an Grund und Boden bei Wohnungen stellt nun eine Kombination zwischen dem bisher bekannten gesellschaftlichen Eigentum und Eigentumswohnungen dar. In der EX-DDR war das Wohneigentum in der Verwaltung von Wohnungsbaugenossenschaften. Die Aktivitäten der Mitarbeiter dieser Verwaltungen war dadurch gemindert, weil sie ja in den Wohnungen nicht wohnten und die Mitarbeit der Mieter war dadurch geschmälert, weil die Verantwortung ja nicht bei ihnen lag. Reine Eigentumswohnungen haben den Nachteil, das mit ihnen spekuliert wird und so eine geringe Effektivität erreicht wird.

So also nun mal konkret, wie soll es aussehen? Das Eigentum an Grund und Boden, sowie aller Immobilien geht in den Besitz der Kommunen über. Diese sind aber nur für die Verwaltung, nicht aber für die Instandsetzung verantwortlich. Die Kommune legt fest, welchen Stand die Wohnung haben muß und der Benutzer der Wohnung ist da zu verpflichtet, diesen Zustand zu erhalten bzw. her zu stellen.

Ein konkretes Beispiel: Eine junges Pärchen möchte heiraten oder nur zusammenleben und braucht da für eine Wohnung. Sie gehen zu ihrer Gemeinde bzw. Stadtverwaltung und beantragen eine Wohnung. Die Kommune bietet darauf hin der Familie eine oder mehrere Wohnungen an. Das kann die Familie in verschiedenen Orten machen, bis sie das Richtige gefunden hat. Jetzt schließt die Familie mit der Gemeinde eine Nutzungsvertrag, wo sich die Familie verpflichtet, die Wohnung in einem definierten Zustand zu halten. Jetzt geht mal etwas kaputt oder muß die Wohnung frisch strichen werden, geht die Familie nicht mehr um sich zu beschweren zur Gemeinde, sondern muß sich selbst um einen Handwerker kümmern und auch die Kosten tragen. Nicht der Vermieter (in diesem Fall die Gemeinde) ist für die Kosten verantwortlich, im Gegenteil, der "Vermieter" kann kontrollieren, ob sich die Wohnung in einem ordnungsgemäßen Zustand befindet. Wenn ich aus der Wohnung ausziehen möchte, dann muß ich wieder den Urzustand oder einen höheren Zustand herstellen. Das heißt z.B., das ich einem Besucher nicht mehr die Wasserflecken an der Wand mit der Bemerkung zeigen kann: Der Vermieter weiß das schon ein Jahr und tut nichts - im Gegenteil: Es kann dann sein, daß der Besucher mich fragt, wieso ich nichts unternommen habe.

bleiben noch einige andere Fragen: Wer trägt die Kosten für den Neubau von Wohnungen und wer ist für das Haus, in dem sich die Wohnung befindet, verantwortlich? Zur ersten Frage: Ob jeder Einzelne oder die Gemeinde die Kosten trägt, ist am Ende egal, denn wenn die Gemeinde die Kosten trägt, dann trägt sie am Ende wieder der Einzelne, weil er ja wieder dafür Steuern zahlen muß. Ich plädiere dennoch aus folgender sozialer Überlegung heraus dafür, das die Gemeinde die Kosten trägt: Wer braucht vor allem eine neue Wohnung?: Jung Verheiratete, die meist noch keine Ersparnisse besitzen.

Zur Frage nach der Verantwortung für die Häuser in denen sich die Wohnungen befinden: Genau wie bei Eigentumswohnungen sind auch hier die Mieter für die Häuser verantwortlich. Das selbe trifft auch auf die Straße, wo sich das Haus befindet (Wobei für die Fahrbahndecke die Kraftfahrer über die Kfz-Steuer verantwortlich bleiben) und auch der Stadtbezirk oder die Stadt... zu.

Hier zeigt sich schon der Unterschied zum gesellschaftlichen Eigentum im Sozialismus. Im real-existierenden Sozialismus, waren alle der Staat und der Staat war alle. Hier bringe ich eine Hierarchie ins Spiel. Die Wohnung ist ein Teil des Hauses, diese ein Teil des Straßenzuges, der Straßenzug ein Teil der Stadt, diese ein Teil des Bundesland, dieses ein Teil von z.B. Deutschland, dieses ein Teil von Europa, was wiederum zur ganzen Welt gehört, die wieder zum Sonnensystem gehört... Und genau so wie die Struktur besteht, muß ich sie auch verwalten. Die Familienmitglieder legen fest, wenn ein Tapetenwechsel notwendig wird, die Bewohner eines Hauses legen fest, wenn die Fassade neu gestrichen werden muß, die Anwohner einer Straße legen fest, wo ein Radweg angelegt wird, die Einwohner einer Stadt legen fest, wo neue Wohnungen gebaut werden...

Muß nun eine alte Dame befürchten, aus dem Haus rausgeschmissen zu werden, was sie heute besitzt. Im Prinzip will ich niemandem zum Umziehen zwingen. Hauptkriterium soll es sein, ob der Nutzer der Wohnung in der Lage ist, die Wohnung in Stand zu halten. Wenn eine ältere Dame, die nur von der Rente lebt, allein in einem Haus wohnt, kann ich mir schwer vorstellen, das die Dame dazu im Stande ist. Dann muß die Gemeinde der Dame eine Wohnung zu weisen, wo sie die Kosten tragen kann.

Was ist noch neu? Die Wohnung, ein Haus usw. haben keine Spekultativen Wert mehr, d.h. ich kann sie nicht mehr verkaufen und die Immobilie hat dann keinen materiellen Wert mehr. Damit bricht auch das heutige Kreditwesen zusammen, welches nur auf solche Immobilien spekuliert und nur dies "Werte" anerkennt.

Nun heißt die Überschrift "Eigentum an Grund und Boden" und ich schreibe nur über Wohnungen, was ist nun aber mit dem Grund und Boden? Ich möchte diesen in 2 Formen teilen, die eine Form ist der Grund auf dem Wohnhäuser stehen und der Grund, wo Werkstätten und Industriegebäude stehen, die andere Form ist der Grund, der wirtschaftlich genutzt wird, also z.B. landwirtschaftliche Nutzfläche. Für beide Formen schlage ich zu nächst vor, sie in kommunales Eigentum zu überführen.

Bei Grund und Boden muß man heute so formulieren: Ein Gebäude steht auf bestimmten Grund. Wer also Grund und Boden besitzt, kann ein Haus bauen. Ich möchte die Wertigkeit anders legen: Wer ein Haus nutzt, kann auch den dazugehörigen Grund und Boden nutzen. Auf dem ersten Blick riecht das nach der Diskussion mit dem Huhn und dem Ei und was von beiden eher da war, aber die Sache ist anders gemeint: Wer ein entsprechendes Gebäude nutzen möchte, kann auch den dazugehörigen Grund und Boden nutzen. Wer eine Landwirtschaft betreiben möchte, kann auch den dazugehörigen Boden nutzen.

Was ist nun hier dran neu?: Heute muß ich ein Stück Land haben, um etwas machen zu können. Dabei brauche ich die Genehmigung der Gemeinde. Ich will die Sache erleichtern, in dem ich erst etwas machen will und danach das Land zugeteilt bekomme, aber das sind wir schon beim nächsten Thema:

3.9. Die Rolle der Gemeinden

Beim Thema "Staat und Demokratie" und auch bei dem Thema "Eigentum an Grund und Boden" habe ich ja diese Thematik schon angerissen. Da es auch etwas eigenwillig ist, wie ich auf die Rolle der Gemeinden gekommen bin, möchte ich es hier einmal schreiben: Durch ein Computerspiel: "SIM CITY", welches ja heute schon in unterschiedlichen Varianten gibt, wie z.B.: "Aufschwung Ost".

Nun ist ein Spiel etwas anderes wie die Realität, so das ich mehr auf die Realität eingehen möchte: In der Frühkapitalistischen Wirtschaft machten die Lohnkosten einen wichtigen Faktor aus. Heute hat die Automatisierung diesen Zustand geändert. Standortkosten spielen eine nicht unwesentliche Rolle. Welche Steuern muß ich zahlen, was kosten mich Abwässer, Umweltschutz, Verkehrsverbindungen. Für diese Standortbedingungen ist im Wesentlichen die Kommune verantwortlich. Man geht ja heute noch weiter: Die Kommune legt Gewerbegebiete an und bringt auch die notwendigen Verbindungen an die Elektrizität, die Wasser- und Gasversorgung, die Kanalisation... Eigentlich fehlt nur noch ein kleiner Schritt: Die Kommune wartet nicht auf Gewerbetreibenden, die hier investieren, sondern die Stadt investiert und "verpachtet" dann. Dieser kleine Schritt ist durchaus vorstellbar, da wir aber heute "Soziale Marktwirtschaft" haben, gibt es Gesetze, die diesen Schritt unterbinden, obwohl die Marktwirtschaft diesen Schritt heute gerade zu notwendig macht. Nun ist das Kommunaleigentum keine neue Erfindung, im Gegenteil, es ist älter wie das heute bekannte Privateigentum und es hat auch über 100 Jahre "Kapitalistische Mißwirtschaft" überlebt, oder warum kämpfen viele Gemeinden in der EX-DDR darum, die Energiewerke wieder in Städteigentum zu übernehmen.

Bei dem Gemeindeeigentum kann man auch besser den Widerspruch zwischen Arbeitsplätzen und Umweltproblemen lösen. Eine Gemeinde in den Alpen wird mehr Wert auf den Umweltschutz legen und so weniger Gewerbegebiete anlegen, weil es Arbeitsplätze im Tourismus unterbringen kann. Eine Stadt im Ruhrgebiet wird mehr Gewerbegebiete einrichten und hier Arbeitsplätze binden.

Wie wichtig solche Zusammenhänge sind, zeigt sich heute schon: Wolfsburg ist ohne VW nicht denkbar, genau wie Jena ohne Carl Zeiss nicht vorstellbar ist. Die Betriebe bringen die Arbeitsplätze, die Städte bringen die Wohnungen, die Verkehrsverbindungen und die anderen Lebensadern.

Nun kann man aber das Argument bringen, VW ist nicht nur in Wolfsburg, Siemens hat überall Zweigniederlassungen, klappert kommunales Eigentum überhaupt bei Großkonzernen und was wird dann aus der Behauptung, das nur Großbetriebe die Wirtschaft voran bringen. Keine Angst, auch hier habe ich eine Antwort:

Die Großkonzerne haben ihre Machtstrukturen dezentralisiert und sind dabei vor allem territorial vor gegangen. Das heißt eine Zweigniederlassung in einer Stadt hat heute weitestgehend eigenständigen Charakter und in der Konzernleitung erfolgt nur noch ein Koordinierung.

Ich möchte auch keine Aufspaltung der Großkonzerne. Es muß so zu einer Gewaltenteilung zwischen den Besitzern kommen, also den Gemeinden und der Industrie. Während die Industrie im Wesentlichen die Produktionszahlen festlegt, legt die Kommune Arbeitsplätze, Umweltbelastung, Transportwege u.s.w. fest.

Ich plädiere auch dafür, die Berufsgenossenschaften bei zu behalten und aus zu bauen, die für die technische Durchführung der Produktion verantwortlich sind, während die Kommunen für organisatorische Durchführung der Produktion verantwortlich sein sollte.

Eine nicht zu unterschätzende Rolle beim Aufbau einer neuen Demokratie sehe ich auch bei den Kommunen. Es zeigt sich heute, das man die Macht der Parteien nur zerschlagen kann, wenn man die bestehenden Machtstrukturen auflöst, sonst steht man immer vor dem Problem Beamten. Da man aber zentrale Stellen benötigt, muß man sie dann von unten neu aufbauen. Beispiele wie das gehen kann, gib es heute schon: Interessenverbände. Man kann das Industriegebiet Leipzig/Halle nicht trennen, nur weil Halle in Anhalt und Leipzig in Sachsen liegt. Aber wieso sollen Leipzig und Dresden wirtschaftlich zusammen gehören, nur weil sie beide zufällig in Sachsen liegen. Oder nehmen wir Bautzen. Zum Teil hat dies Stadt Interesse an einer Zusammenarbeit mit Dresden, auf der anderen Seite gibt es eine notwendige Zusammenarbeit mit der Lausitz oder dem Spreewaldgebiet. Nehmen wir Zittau im Dreiländereck. Hier liegen natürliche Interessen an der Zusammenarbeit mit polnischen oder Tschechischen Gebieten näher wie mit Dresden. Oder ein anderes Beispiel: Wirtschaftlich hängt Plauen eher an Hof, bei einer ICE-Anbindung von Plauen liegen die Interessen von Städten bis Dresden und weiter. Hier liegen Ansatzpunkte bei der Neuorientierung der Gesellschaft: Neuaufbau der zentralen Strukturen durch Zweckverbände. Ein Zweckverband besteht auch darin, das alle Gemeinden einen Städte- und Gemeindegeld bilden, wo zentrale Fragen, wie Umweltschutz, soziale Grundversorgung, Investitionsverteilung usw. geregelt werden. Dieser Städte- und Gemeindegeld könnte durchaus in Brüssel oder New-York sein.

3.10. Wie kann gesellschaftliches Eigentum aussehen?

Wie schon geschrieben, sehe ich gesellschaftliches Eigentum als eine gesellschaftliche Notwendigkeit an. Ich habe mich auch damit beschäftigt, daß die Form des gesellschaftlichen Eigentums, die im Sozialismus genutzt wurde (das Staatseigentum) nicht für die Zukunft geeignet ist und neue Formen notwendig werden. Ich möchte nun auch nicht bis ins kleinste Detail Vorschläge machen, wie es aus zu sehen hat. Sicher müssen sich verschiedene Formen heraus bilden, die der jeweiligen Mentalität der Bevölkerung und der gesellschaftlichen Notwendigkeiten angepaßt sind.

Das Modell, welches ich hier schildern möchte, soll deshalb vor allem als Überlegungsansatz und Diskussionsgrundlage dienen.

Hauptproblem beim Kapitalistischen und damit auch beim Staatseigentum war, das sich die Werktätigen nicht genügend für die Produktion verantwortlich fühlen. Das ich mit dieser Meinung nicht allein da stehe, zeigt ja auch die F.D.P.. Sie setzt ja auch auf die Ankerbelugung der Wirtschaft durch Eigeninitiative. Deshalb hat sie ja auch die Vorstellung, aus allen Arbeitenden Kleinunternehmer zu machen, die auf Grund des Eigentums, Interesse an der Produktion haben.

An der Grundidee dieses F.D.P.-Märchens gibt es ja auch nichts zu kritisieren, aber dieser Weg kann nicht funktionieren, weil die Kleinbetriebe nur ein Teil in der großen Wirtschaft sind, die aber im großen Maße von den Großbetrieben abhängig sind. Wenn ich also die Eigeninitiative wecken will, muß das auch oder gerade bei den Werktätigen in den Großbetrieben erfolgen und hier stellt die Privatisierungs-idee gerade ein Hindernis dar.

Zu Zeiten der "Wende" in der DDR entstand auch in den Betrieben ein Druck von unten auf die Leitungen. So wurden die Stühle mancher Betriebsleiter sehr wacklig. Dann kam der Kohl mit seiner Hals über Kopf Taktik: Die Betriebsleiter ergriffen die Initiative, wendeten sich zu großen Marktwirtschaftlern und wurden Geschäftsführer mit noch mehr Macht wie vorher. Wer nun noch protestierte, wurde auf die Entlassungsliste gesetzt. (Eine durchaus erklärliche Überlebenstaktik.) Also erfolgte eine Anpassung der Werktätigen. Man stellte nur später verbittert fest, daß die alten und auch neuen Seilschaften noch an der Macht seien.

Gleichzeitig griff die Arbeitslosigkeit um. Die Menschen versuchten und versuchen, sich an ihren alten Arbeitsplätzen fest zu halten. Damit hatte keiner in den Betrieben mehr Interesse die alten Strukturen im Betrieb zu ändern. Gleichzeitig wurden die Menschen von vielen Wessis vor dem Kopf gestoßen: Euch müssen wir erst einmal das Arbeiten beibringen. Auf der anderen Seite sahen diese Menschen, wie diese überheblichen Wessis die ostdeutsche Wirtschaft immer weiter in den Abgrund schickten. Das Ergebnis war, das nicht die Initiative geweckt wurde, sondern ihr Desinteresse.

Diese Tatsachen brachten mich zu einem Modell, daß auf bestehende Systeme aufbaut und deren Grundidee bereits in der Geschichte funktionierte: gemeint ist das Pachtsystem. Da die Sklaven kein Interesse mehr an der Produktion hatten, wurden aus ihnen Pächter und damit Feudalbauern, die direkt an den Arbeitserlösen beteiligt waren. Sklaverei und Feudalismus, das klingt erst einmal abstoßend. Was ich damit erklären will, ist, daß eine neue Stufe in der Wirtschaft erreicht wurde, daß aber auch die Demokratie einen Schritt vorwärts gemacht hat. Das Geschriebene soll auch nicht sagen, das ich aus allen Menschen Leibeigene machen will. Was ich will, ist, die "Arbeitsklaven" in den Betrieben zum Miteigentümer an den nun der gesamten Gesellschaft gehörenden Fabriken machen.

Nun aber zu dem bestehenden System auf dem nun mein neues Modell aufbaut. Da zu die Frage, wie gründe ich im real-existierenden Kapitalismus eine Fabrik, wenn ich nicht zum Geldadel gehöre, der sein Geld vielleicht sogar auf die "Ersparnisse" vom Feudaladel aufbaut?: Als erstes brauche ich Kapital. Um das zu bekommen, brauche ich eine Bank, die bereit ist, mir das Geld zu geben. Da zu fordert die Bank von mir Sicherheiten, die meist die Form von Besitz haben. Mit dem geborgten Geld kaufe ich mir die Maschinen. So lange die Maschinen nicht abbezahlt sind, bleiben sie auf Grund der Fändungsmöglichkeiten Eigentum der Bank.

So, nun ersetze ich die Bank durch die Gesellschaft. Natürlich kann nicht die gesamte Gesellschaft diese Funktion übernehmen, aber da zu später. Also ich gehe zur Gesellschaft und sage: ich will eine Fabrik gründen. Genau wie die Bank wird sich die Gesellschaft genau anschauen, ob ich da zu fähig bin. Allerdings wird die Gesellschaft weniger auf finanzielle Rückversicherung sondern auf fachliche Kompetenz Wert legen. Habe ich also die notwendige Qualifizierung und besteht die gesellschaftliche Notwendigkeit für die Produktion, bekomme ich die notwendigen Maschinen. Genau wie einer Bank zahle ich der Gesellschaft einen fest vereinbarten Betrag zurück. Bin ich da zu nicht in der Lage, geht es an meine persönlichen Konsumtionsmöglichkeiten, d.h. ich bin voll für die Rückzahlung verantwortlich. D.h. aber auch, die Gesellschaft leiht mir das Geld - dafür zahle ich der Gesellschaft ein feste Nutzungsgebühr, das Produktionsmittel bleibt aber Eigentum der Gesellschaft. Ich kann aber in gewissen Grenzen da mit machen, was ich will. Die Grenzen werden ähnlich aussehen, wie auch die Bank Grenzen bei der Verwendung des geliehenen Geldes setzt. Die Großbanken kontrollieren heute auch die Konzerne. Wer sich einmal die Mühe machen will, kann ja feststellen, wo die Deutsche Bank mit in der Geschäftsleitung sitzt oder wo die anderen Banken ihre Einflußsphären haben. Wer das Kapital gibt, will auch kontrollieren, was damit gemacht wird. Deshalb sehe ich auch nichts anrüchiges daran, das die Gesellschaft Kontrollrechte in den Betrieben erhalten soll. Eine Bank legt auch nicht immer fest, wieviel von welchem Produkt produziert wird, sie behält sich aber z.B. ein Mitspracherecht bei der Besetzung der Geschäftsführung vor. Nehmen wir aber z.B. die Weltbank und ihre Politik gegenüber der 3. Welt oder gegen Polen, kann mir kein Verfechter der "Sozialen Marktwirtschaft" mehr mit dem Argument kommen, das man sich nicht in die Geschäfte der Betriebe einmischen sollte.

Wenn ich mir eine Maschine leihe, für deren Nutzung ich z.B. 2000 Mark im Monat an die Gesellschaft zahlen muß, und ich erarbeite nicht die 2000 Mark, so muß ich mich mit der Gesellschaft einigen, wie diese zu ihrem Geld kommt. Damit ist der Betreiber gezwungen, sich damit zu beschäftigen, welche Maschinen er wirklich braucht. Damit entfallen auch solche aus dem real-existierenden Sozialismus bekannte Probleme wie, daß der Außenhandel festlegt, welche Anlage gekauft wird. Außerdem muß es so zu Verhandlungen

zwischen Betreiber und Gesellschaft kommen, d.h. ich habe Vorstellungen, was ich mit meinen Maschinen herstellen will. Ich gehe damit zur Gesellschaft. Diese kann mir das Genehmigen oder mir ein Alternativangebot machen. Z.B.: Ich will eine bestimmte Drehmaschine haben; da aber im selben Ort schon 5 gleiche Drehmaschinen bewilligt wurden, ist es unwahrscheinlich, daß die sechste voll ausgelastet ist. Also bietet mir die Gesellschaft eine Fräsmaschine an, weil hier noch Bedarf besteht. Entweder ich lehne ab, sage ja oder verhandle mit der Gesellschaft weiter darüber.

Nun wird sich nicht jeder selbständig machen - was passiert also mit den Großbetrieben. Im Kapitalismus haftet voll und ganz der Unternehmer oder die Aktionäre. Nun kann man bei gesellschaftlichen Eigentum nicht allein den Betriebsleiter haftbar machen. Hier muß wohl oder übel die gesamte Belegschaft haften. Einige werden nun sagen, was kann der Einzelne dafür, wenn die Leitung unfähig ist. Hier muß man aber ein Mitspracherecht aller sichern. Es war gerade der Sinn und Zweck der Überlegungen, einen gewissen Druck zu erzeugen. Dazu gehört aber auch eine Veröffentlichung aller Zahlen und Fakten. Es soll also wie eine Aktiengesellschaft funktionieren, wo alle Beschäftigten eine Aktie besitzen. Die Leitung entscheidet, ist aber den 'Aktionären' voll rechenschaftspflichtig und die 'Aktionäre' erhalten ein Mitspracherecht bei der Besetzung von Leitungsfunktionen.

Es soll also ein System entstehen, wo jeder Beschäftigte gezwungen ist, sich mit den Leitungsentscheidungen zu beschäftigen, da ja auch er einmal der Leitendige sein könnte und somit entsteht ein System, wo jeder sich für die Anlagen verantwortlich fühlt. Gleichzeitig ist der Lohn und das Gehalt einzig und allein vom Gewinn abhängig. Es gibt keinen Festlohn.

Mit dem Kauf des Produktionsmittel wird zwischen Pächter und Gesellschaft unter Mitwirkung des Verkäufers auch ein Verhältnis von Lohnfond und Steuern ausgehandelt. Das klingt etwas kompliziert, deshalb hier ein Beispiel:

Ein Betrieb pachtet von der Gesellschaft eine neue Anlage. Kostenpunkt: 1.000.000,-. Mit der Gesellschaft wird vereinbart, daß im 1. Jahr 50,-, im 2. 150,- und in den weiteren 5 Jahren je 200-Tausend zurück zu zahlen sind. Dies entspricht heute dem Rückzahlen des Kredit und deshalb sind hier auch 20% Gewinnabführung eingerechnet, über dessen Sinn und Zweck man streiten kann.

Jeder Verkäufer erarbeitet einen Plan, wo notwendige Arbeitskräfte und garantierte Produktionszahlen angeben werden. An Hand dieser Zahlen und dem Lohn bei vergleichbaren Arbeiten läßt sich ein Lohnfond und ein Gewinn errechnen. In unserem Beispiel soll sich ein Lohnfond von 250.000,- ergeben. Aus den Daten für die Anlage läßt sich ein Gewinn (Hier also Erzeugerpreis minus eingesetzten Material und Energie) von 500.000,- errechnen.

Im 3. Jahr ergibt sich also ein Rest von 50.000,- (500-250(Lohn)-200(Nutzungsgebühr)Tausend). Dieser Rest entspricht den Steuerabgaben. Es ergibt sich also ein Verhältnis von 1:5. An die Gesellschaft wird also ein Festbetrag von 200.000,- für Neuinvestitionen (heute Kreditrückzahlung) und eine variable Rückführung von 1/6 des restlichen Gewinns vor allem für gesellschaftliche Bedürfnisse (heute Steuern) abgeführt. 5/6 bleiben als Lohn, also für den Konsum.

Heutige Betriebswirtschaftler werden bei solchen Rechnungen die Hände über den Kopf zusammenschlagen und mir erklären, das widerspreche jeder ihrer Formeln. Das ist mir egal - gerade hier müssen neue Wege begangen werden. Die Menschen müssen an der Produktion interessiert werden und genau das geschieht: Wird z.B. ein Gewinn nicht von 500- sondern von 560-Tausend erarbeitet, geht die Rechnung so: 200- gehen als Ratenzahlung weg. Die restlichen 360- gehen zu 5/6 (also 300-) als Lohn und zu 1/6 (also 60-Tausend) als variable Steuer weg: D.h. es wird ein durchschnittliches Gehalt von 120% gezahlt. Ich glaube, das ist Motivation genug. Auf der anderen Seite kann der Gewinn auch einmal nur 200-Tausend betragen - dann muß die Gesellschaft entscheiden, ob Sozialhilfe zahlt oder nicht, da ja für den Lohn nichts übrig bleibt.

Verfechter der totalen Marktwirtschaft werden nun aber sagen, daß kann nicht gehen, weil ja die Betriebe gezwungen sind, alle Daten zu veröffentlichen und damit stehen die Daten ja auch der Konkurrenz zur Verfügung. Ich gebe diesen Damen und Herren ja recht, das dies in der freien Privatwirtschaft undenkbar ist. Deshalb plädiere ich ja für gesellschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln und für ein neues Gesellschaftssystem, wo so etwas realistisch wird. So werden Phrasen des real-existierenden Sozialismus, wie lernen von den Besten, erst richtig möglich, gerade weil es keine Geheimnisse mehr geben kann. Jeder der in einem Betrieb anfangen will, kann sich dann vergewissern, wie sieht meine Perspektive aus, wieviel Geld kann ich erwarten.

Natürlich stellt dies auch eine Art Vereinfachung dar, da ja Betriebswirtschaft etwas komplizierter ist. Aber vielleicht nimmt einer aus diesem Bereich die Idee einmal auf, rechnet alles durch und verbessert dabei meine Idee.

Man sollte hier auch aus den Fehlern des real-existierenden Sozialismus lernen und eine Analyse machen, damit sich diese Einrichtung nicht wieder vom Markt entfernen kann. Es ist dabei ein geregelter Markt an zu streben, wie ihn die Großkonzerne in ähnlicher Form praktizieren: Planung der Produktion in weiten Grenzen. Marktveränderungen müssen rechtzeitig erkannt und durch Produktveränderungen ausgeglichen werden. Dabei sollte auf den Markt so eingewirkt werden, daß die Spitzen bei Schwankungen klein sind. Ein Beispiel: Mode wird gemacht. Dabei lebt die Mode von Abwechslungen. Also heute z.B. Minikleider und morgen Maxiröcke. Man kann nun jedes Jahr von Mini auf Maxi und umgekehrt wechseln oder jedes Jahr neue Stoffarten favorisieren - das bringt aber in der Stoffherstellung Probleme. Da nun aber Modemacher entscheidend die Mode bestimmen können, kann man hier auch den Geschmack steuern, ohne das der Markt (sprich die Damenwelt) etwas davon mitbekommt. Ich bin aber strikt dagegen, daß man versucht, mit Ladenhütern die Mode zu machen. Also heißt es, am Markt dran zu bleiben und wenn notwendig regelnd in den Markt ein zu greifen. Wer aber Ladenhüter produziert, muß dies auch am Gewinn und damit am eigenen Geldbeutel spüren.

Für ein neues Wirtschaftssystem ist es unablässig, das ich die Kreativität jedes Mitarbeiters fördere. Man kommt heute mit dem stupiden Abarbeiten seiner betrieblichen Aufgaben nicht mehr weiter. Wenn Geldgeber mehr zu sagen haben, wie die Beschäftigten, dann hemme ich die Kreativität des Einzelnen. Ich kann auch nicht mehr kontrollieren, ob jeder Mitarbeiter seine kreativen Möglichkeiten voll ausschöpft. Deshalb muß ich neue Wirtschaftsstrukturen schaffen, wo ich die Kreativität fördere und das geht nur, in dem ich den Einzelnen direkt am Gewinn beteilige. Nur so kann ich den derzeitig notwendigen Schub in der Wirtschaft erreichen.

Mit der Forderung nach Eigeninitiative stehe ich ja nicht allein dar. Wie häufig schon erwähnt, ist diese Forderung vor allem aus den Reihen der F.D.P. sehr stark. Die von dieser Partei hoch gelobte Privatisierung ist aber nur bei Kleinbetrieben möglich, die auf Grund der anstehenden Automatisierungsaufgaben aber keine Lösung darstellen. Privatisiere ich Mittelständige und Großbetriebe, dann geht die Eigeninitiative des einzelnen Mitarbeiters verloren. Hier kommt man um eine Art Kollektivierung nicht herum, auch wenn dieser Begriff heute in Europa nicht den besten Ruf hat. Es stellt aber die einzige Alternative dar. Was hier aber alles möglich ist, zeigt Japan und sicher kann man hier noch weiter gehen.

Natürlich kann dies nicht das endgültige System darstellen. Für mich stellt sie aber unter den derzeitigen Bedingungen eine machbare Lösung dar. Mit Verringerung der Geldwirkung geht dieses System nicht mehr - hier müssen neue Bedingungen geschaffen werden. Aber hierfür schon Lösungsvorschläge zu bringen, halte ich noch nicht für angebracht. Fest steht aber, das neue Regulaturen eingeführt werden müssen.

3.11. Gesellschaft und gesellschaftliches Eigentum

In den bisherigen Abschnitten habe ich viel über das gesellschaftliche Eigentum geschrieben und bin da bei vor allem auf die Verwendung eingegangen, aber habe noch kein Wort zur Verwaltung geschrieben. Im real-existierenden Sozialismus hatte ja der Staat als Verwalter versagt, ich selbst lehne die Form des heutigen Staates so gar ab. Wie garantiere ich nun aber wirkliches gesellschaftliches Eigentum und hemme nicht die Eigeninitiative. Das einzige Mittel diese Problematik lösen zu können, ist eine Verteilung der Macht. Ich verteile die Macht auf mehrere Institutionen.

Natürlich wird dadurch das Regieren schwieriger und Verfechter der "Sozialen Marktwirtschaft" werden mir vielleicht mit der Weimarer Republik oder was auch sonst kommen. Aber wir schreiben nicht mehr das Jahr 1930. Die Menschheit hat sich in den letzten Jahrzehnten des real-existierenden Kapitalismus weiter entwickelt. Diesen höheren Entwicklungsstand kann man nicht nur, sondern muß man sogar Rechnung tragen. Die Gesellschaft ist komplizierter geworden, warum soll dann gerade das Regieren unkomplizierter werden.

Ich sehe die Aufteilung der Macht in 3 Achsen für machbar. Die erste Achse ist für mich die Wirtschaft, repräsentiert z.B. durch die Berufsgenossenschaften. Diese Achse beobachtet den Markt und legt fest, in welche Produkte investiert wird. Sie stellt die fachliche Achse dar.

Die 2. Achse bezeichnet man als die politische Achse. Da der Staat als Machtzentrum keine Zukunftschance hat, übernehmen diese Funktion die Kommunen, also die Städte und Gemeinden, die sich in einer Art Städtetag zusammenschließen. Diese Achse legt die Standorte und die räumliche Verteilung der Wirtschaft und damit des Kapitals fest.

Die 3. Achse stellt das Kapital dar. Eigentlich wollte ich so eine Institution als Treuhandgesellschaft bezeichnen, aber dieser Begriff leidet unter der Reprivatisierungsgesellschaft des ehemaligen DDR-Volkseigentums, so daß ich auf diesen Begriff verzichten will und muß. Auch der Begriff Bank hat nicht den besten Ruf, aber er erscheint mir für die Aufgaben dieser Institution am besten geeignet. Da wir gerade bei Begriffen mit schlechtem Ruf sind, möchte ich noch einen dritten Begriff ins Spiel bringen: "Weltbank". Die Flüchtlingsströme in aller Welt zeigen es deutlich, das die Notwendigkeit besteht, die Investitionen weltweit zu koordinieren. Die Zunahme der Kommunikations- und Transportmöglichkeiten haben eine gleichmäßigere Verteilung des Kapitals notwendig gemacht. Nur so kann man die Flüchtlingsströme stoppen und eine Zentralisierung in Zentraleuropa verhindern.

Bringt nun eine Dezentralisierung der Macht noch mehr Beamte. Nein gerade die Anzahl der Beamten muß abgebaut werden. An ihre Stelle müssen kompetente Fachleute treten. Das Kapital können nur Finanzexperten verwalten, für welche Produkte Kapital eingesetzt werden soll, können nur Wirtschaftsexperten geben. Dabei bringt es nichts, Beamte auf Lebenszeit die Entscheidung zu überlassen.

Die Zukunft kann nur bewältigt werden, wenn die Gesetze vereinfacht werden, wenn der unflexible Beamtenapparat abgebaut wird.

Um es noch einmal zu sagen: Gesellschaftliches Eigentum muß nicht Staatseigentum sein. Nur wenn es gelingt, gesellschaftliches Eigentum mit neuen Leben zu erwecken, kann man die Probleme der Zukunft lösen. Man kann aber nicht die Zukunft gestalten, wenn man bei gesellschaftlichen Eigentum auf Staatseigentum stehen bleibt.

Wie soll das nun konkret aussehen?: Die Wirtschaft legt fest, welche Produkte entwickelt werden sollen und gibt einem Institut den Auftrag zur Entwicklung. Hier arbeiten die Studenten bei der Entwicklung mit. Diese mitwirkenden Studenten gehen nach der Entwicklung mit diesem Produkt in die Wirtschaft. Dazu legt der "Städtetag" fest, wo dieses Produkt hergestellt wird, ob neue Produktionshallen entstehen oder nur bestimmte Betriebe erweitert werden. Dazu muß ein Konsens mit der Wirtschaft gesucht werden.

Ich komme somit zu einem völlig neuen System der Mitverantwortung. Die Gemeinden legen fest, was wo gebaut werden kann. Der Vorteil der Gemeinden ist dabei, daß sie näher an der Bevölkerung dran sind, als z.B. Landesregierungen. So komme ich zu einer besseren Mitarbeit der Bevölkerung und zu einer besseren Verknüpfung von Wirtschaft und Umweltschutz. Ich kann so erreichen, daß die Bevölkerung mitentscheiden kann, was notwendig ist, neue Arbeitsplätze oder Umweltschutz. Somit wird die Bevölkerung aber auch mehr zur Mitverantwortung gezwungen.

Auf der anderen Seite habe ich eine zentrale Planung der Investitionen, was wiederum eine zentrale Organisation der gesamten Wirtschaft mit sich bringt. Wie notwendig so etwas ist, zeigt das Wirtschaftsland Nummer 1 Japan.

Mit der Machtteilung erreiche ich einen Regelmehanismus, der Auswüchse wie im real-existierenden Sozialismus verhindern soll. Auf der einen Seite habe ich die Kommunen mit einer Nachfrage nach Kapital und auf der anderen Seite eine zentrale Bank, die für die gerechte und ökonomische Verteilung verantwortlich ist. Der real-existierende Sozialismus hat bewiesen, das solche Regulatoren zwingend notwendig sind. Ein "Sozialistischer Wettbewerb" kann so etwas nicht ersetzen.

3.12. Teile einer Revolution

In der Fassung von Pflingsten 1992 stand diese Thema zentral im Mittelpunkt. Inzwischen habe ich diesen Abschnitt etwas aus dem Zentrum genommen, da ich andere Schwerpunkte setzen möchte. 1992 wurde ich noch ausgelacht, als ich die Meinung vertreten habe, die "Soziale Marktwirtschaft" ist nicht mehr die Zukunft und wir müssen nicht noch Jahrzehnte warten bis es zu einer neuen Gesellschaft kommt. Heute vertreten schon mehr die Meinung, daß es durchaus schon in paar Jahren zu Veränderungen in der Gesellschaft kommen kann und muß. Somit ist das Thema dieses Kapitels, was 1992 wie ein Märchen Klang, heute schon in den Köpfen von mehr Menschen.

Gehe ich von der üblichen Definition einer Revolution aus, dann ist das eine Frage von Tagen und die Sache ist vorbei. Wie sich aber zeigt, sind Veränderungen in der Gesellschaft nicht innerhalb von Tagen möglich. So siegte z.B. die bürgerliche Revolution nicht innerhalb von Tagen und der gesamte revolutionäre Prozeß dauerte einige Jahre. Ich möchte nun einmal behaupten: wir erleben zur Zeit auch eine revolutionäre Phase. Ich gehe sogar da von aus, das wir zur Zeit im zweiten Teil der "Revolution" sind. Wie soll das nun aussehen?

Auf dem Weg zu einer neuen Gesellschaft gab es mehrere Probleme. Ein Hauptproblem gab es in den bestehenden 2 Lagern: Links und Rechts. Die Stalinisten glaubten, das der Sozialismus siegen würde und die Rechten glaubten, das eventuell die Linken Recht haben, da sie nichts entgegen zu setzen hatten. Im Kapitalismus war dieser Widerspruch für dessen Entwicklung notwendig. Jetzt blockierte dieser Widerspruch aber eine Weiterentwicklung der Gesellschaft, also mußte dieser Widerspruch beseitigt werden und der "Klügere" gab nach. Das der so genannte Sozialismus nach gab, ist sogar verständlich: Er war die

4. Eine Utopie

4.1. Eine Revolution "frißt" ihre Kinder

Ursprünglich war ich einmal der Meinung mit meinen Überlegungen dazu bei zu tragen, einen Wandel herbei zu führen. Von dieser Idee werde ich mich wohl trennen müssen, da solche Wandlungsprozesse nach einem anderen Schema ablaufen, wie man eigentlich annehmen müßte. Sicher sind meine Überlegungen für eine neue Gesellschaft interessant, aber sie können auch eine Herbeiführung verhindern. Ich glaube diesen scheinbaren Schwachsinn muß ich erläutern.

Es gibt heute viele Menschen, die begreifen haben, das der Sozialismus tod ist, aber auch der Kapitalismus keine Zukunft hat. Man braucht eine andere Gesellschaft. Vielen ist auch klar, daß man diese neue Gesellschaft nicht auf einfachen Parolen aufbauen kann. Man kommt zu detaillierten Vorstellungen, wie eine solche Gesellschaft aussehen kann. Nun wird jeder eine andere Meinung über eine solche Utopie haben. Und da jeder eine andere Meinung hat, wird man auch darüber streiten. Dies ist im Grunde auch zu begrüßen. Nur es führt nicht zu einem grundlegenden Wandel der Gesellschaft. Man verliert sich im Kleinklein und die Ergebnisse werden immer unbefriedigend sein.

Will man radikale Veränderungen, braucht man eine breite Masse von Menschen hinter sich. Eine breite Masse von Menschen wiederum erreicht man nur mit Parolen, die alle ansprechen. Das heißt ich brauche einen kleinsten gemeinsamen Nenner. Damit bin ich bei den einfachen Parolen. Wie so etwas funktioniert sieht man bei den Rechtsextremen. Man konzentriert sich auf einfache Parolen. Man ist gegen Ausländer. Man bietet keine brauchbaren Lösungen an, weil hier die Meinungen auseinander laufen würden. Man konzentriert sich auf einen gemeinsamen Nenner, den Nationalismus und erreicht so eine breite Masse.

Man sollte solche Regelmechanismen der Gesellschaft nicht außer acht lassen. Will man etwas in Bewegung bringen, muß man sich auf einen kleinsten Gemeinsamkeit einigen und warum sollte dieser Gemeinsamkeit nicht der Aufbau einer neuen Gesellschaft sein.

Natürlich bin ich mir im Klaren, daß mit dem Fortgang der Ereignisse einfache Parolen nicht mehr ausreichen. Man braucht dann konkrete Vorstellungen über das "wie weiter?". Mit diesen Prozessen habe ich mich ja schon in den Abschnitten, die sich mit der Wende in der DDR beschäftigen geäußert. Vielleicht hier noch einmal die Betrachtung aus dieser Sicht:

1989 einigte man sich auf die gemeinsame Meinung "So geht es in der DDR nicht mehr weiter". Die einen betrachteten dies aus der Sicht der Wirtschaft, die anderen aus der Sicht der Menschenrechte, vielleicht auch einige die bereits am Anfang auf eine Vereinigung setzten. An die Spitze setzten sich Menschen, die so einfache Losungen vertraten. Die hier dominierte Losung lautete ja hier noch "Wir bleiben hier" und sicher hat jeder auch verstanden, daß dieser Satz mit einem aber weitergeht: ..., aber wir wollen Veränderungen. Vorstellungen wie so etwas aussehen konnte hatte kaum jemand.

gesellschaftlich weiterentwickelte Form, also mußten hier auch die Probleme kommen. Dieser Teil der Revolution dauerte etwa 10 Jahre (von den Ereignissen in Polen bis zu den Ereignissen in Rumänien).

Die 2 Phase ist im Gang. Äußerlich ist dieser Prozeß auf dem ersten Blick eigentlich abzulehnen. Er zeigt sich in den derzeitigen Völkerunruhen, in dem Aufspalten der bestehenden Staaten. Auf dem "normalen Verstand" ist dies eigentlich abzulehnen, aber auf dem zweiten Blick steckt mehr dahinter. Hier geht es an die bestehenden Machtverhältnisse. Dabei betrifft es auch die nichtsozialistischen Länder.

Was heißt: Hier geht es an die bestehenden Machtverhältnisse? Gegen wen richten sich diese Unruhen? Sie richten sich gegen den Zentralstaat. Aber besteht nicht gerade die Notwendigkeit zu größeren Verbänden? Will man nicht gerade ein vereintes Europa schaffen, weil dafür die Notwendigkeit besteht. Hier begehen die Westpolitiker die selben Fehler, wie die "Wirtschaftsexperten" der Ex-DDR. Sie glaubten auch, das die Tendenz zu immer größeren Konzernen oder in ihrem Fall Kombinate geht. Die Tendenz ist durchaus vorhanden, nur mit einem kleinen Schönheitsfehler. Die Konzerne wurden zwar immer größer, aber die Leitung der Tochterunternehmen wurden immer mehr den Tochterunternehmen selbst übergeben, d.h., das die Verantwortung dezentralisiert wurde. Diese Dezentralisierungen der Macht ist auch durchaus notwendig. Sie ermöglicht eine bessere Leitung dieser riesigen Unternehmen. Hier sieht man aber auch, das die Politik durchaus von der Wirtschaft lernen muß. Auch in der Gesellschaft zeigt sich, das eine Dezentralisierung der Macht notwendig ist.

So sind auch die Unruhen zu Erklären, die eine Unabhängigkeit als Ziel haben. Jahrzehnte lang wurde die Politik zentralistisch gelenkt. Diese Politik ist an die Grenzen des Machbaren gekommen, so will man es auf eigene Faust machen. Natürlich bringt das so auch nichts. Eine Dezentralisierung bringt erst dann etwas, wenn auch neue Formen des Regierens gefunden werden, d.h. man kann nicht Tausende Kanzler einsetzen. Diese Form würde nur Geld kosten und absolut nichts bringen. Zu neuen Formen des Regierens möchte ich mich zu einem späteren Zeitpunkt auslassen.

In Osteuropa ist dieser zentralistische Prozeß weitestgehend abgeschlossen. In der ehemaligen UdSSR, dem heutigen Rußland, haben Radikalreformer wie Gaidar diese Phase geprägt. Nun werden sie durch andere Kräfte abgelöst, die neue Verwaltungsformen aufbauen müssen. Sicher möchte ich Leute wie Schirinowsky nicht an der Macht in Rußland sehen, er ist aber zwingend notwendig. Er ist in Westeuropa der Buh-Mann, so hat man hinter seinen Rücken Gelegenheit Wege weg von den westeuropäischen Vorstellungen zu gehen. Die Versuche in Osteuropa das ein zu führen, was in Westeuropa in dieser Form nicht gelungen ist, die absolute Marktwirtschaft, mußte scheitern. Rußland muß, einen eigenen, einen neuen Weg gehen und dazu hat es jetzt Dank des Buh-Manns Schirinowsky Gelegenheit.

Diese zweite Phase wird aber nicht die letzte Phase sein. Die letzte Phase muß eine technische Revolution sein, die einen weiteren wirtschaftlichen Aufschwung bringen muß. Erst wenn diese Phase beendet ist, ist der revolutionäre Prozeß beendet, was auf keinem Fall vor dem neuen Jahrtausend sein wird. Vielleicht gibt es davor noch eine weitere Phase, eine Phase wo sich die politische Herrschaft stabilisiert. Vergleichbar mit der Schaffung von Parlamenten in der Frühzeit des Kapitalismus. (Unterhaus in London)

Auf den Weg in eine neue Gesellschaft setzt sich diese scheinbar erst spät der "eigentlichen" Revolution durch. Dies ist auch verständlich. Wenn sich eine neue Gesellschaftsordnung durchsetzen will, müssen erst die Bedingungen für eine neue Produktionsweise geordnet werden. Um das zu erreichen, müssen erst die alten Machtstrukturen aufgelockert, ja beseitigt werden. Bevor sich aber neue Machtstrukturen herausbilden können, muß sich die neue Produktionsweise herausgebildet haben. Es ist aber für eine im Verhältnis zur Dauer eines menschlichen Lebens langen Zeit des Übergangs notwendig. Und meiner Meinung nach leben wir in dieser Übergangszeit. Ich kann heute auch nicht sagen, wie die Machtstrukturen nun in 20 oder 50 Jahren konkret aussehen werden. Jede Darstellung kann nur eine Spekulation sein, aber Spekulationen sind heute dringend notwendig, denn erst Spekulationen machen den Weg frei für neue Überlegungen und neue Überlegungen machen wiederum den Weg frei für wirklich neue Formen.

Scheinbar herrscht heute in den Ländern der GUS ein Chaos. Man sollte aber auch nicht verkennen, das gerade ein solches Chaos notwendig ist, wenn sich eine neue Form des Regierens herausbilden soll. Ein nicht zu unterschätzender Vorteil in den Ländern des Ostblockes sind dabei die bereits herrschend Eigentumsformen, aus denen sich relativ einfach wirkliches gesellschaftliches Eigentum entwickeln kann.

Ich weiß, daß ich mit solchen Sätzen nirgends auf Gegenliebe stoßen werde, schließlich sterben in diesem Chaos täglich Menschen und viele wissen nicht, wie sie weiterleben sollen. Fest steht aber, das soziale Probleme die Triebkräfte in revolutionären Prozessen sind. Vor 5 Jahren war mir nicht klar wie dies im allgemeinen Wohlstand passieren sollte. Heute zeigen nicht nur die Ereignisse in der GUS, sondern auch die Krawalle in Los Angeles (L.A.) wie so etwas entsteht. Die Gesellschaft unterliegt Naturgesetzen und die Natur nimmt keine Rücksicht auf Menschenleben.

Es klingt sicher brutal, wenn ich über Tode und Noteleidende schreibe, als wäre es nur Zahlen auf dem Papier. Keine real-existierenden Menschen. Wir müssen uns aber im klaren darüber sein, das wir nicht mit moralischen Begriffen an diese Sache herangehen können. Sicher sind wirtschaftliche Hilfen für die Länder des Ostblockes notwendig, nur wer sagt uns, ob nicht vielleicht die Völker diese Hilfe in 30 Jahren als Versuche der Konterrevolution bezeichnen?

In Rußland zeigt sich aber auch, daß noch mehrere Teile auf dem Weg zur technischen Revolution notwendig sind. Es zeigt sich, daß man neue Verwaltungsstrukturen aufbauen muß. Es zeigt sich aber auch, daß nach der Spaltung die einzelnen Republiken wieder zusammenrücken müssen. In anderen Formen wie in der UdSSR, aber man muß wieder zusammenrücken. Jelzin hat jetzt eine ganz andere Aufgabe. Er muß die Machtübernahme Schirinowskys verhindern. Er ist nicht mehr der Herrscher über Rußland.

Ohne klare Vorstellungen über das danach setzte man eine Bewegung in Gang. Das Ergebnis war wie bei vielen Revolutionen zu vor, die Kinder der Revolution wurden abgelöst, durch andere, die eine Vorstellung über die Zukunft hatten, ein gemeinsames Deutschland. Das dies nicht die wahre Zukunft sein kann, hat man ja inzwischen erkannt, aber welche Alternativen hatte man eigentlich.

Was für meine Überlegungen wichtig erscheint. Man muß sich mit einer zukünftigen Gesellschaft auseinandersetzen. Man muß konkrete Vorstellungen haben, wie die Zukunft aussieht, aber je präziser man versucht, diese Zukunft zu definieren, desto unwahrscheinlicher wird es, daß man sie je erreicht. Will man die Gesellschaft verändern muß man seine Vorstellungen auf eine einfache Losung bringen, auch wenn man weiß, das im weiteren Vorangehen dies nicht ausreicht. Natürlich läuft man Gefahr, daß dann auch andere klare Vorstellungen über die Zukunft haben.

In diesem Zusammenhang muß man sich auch im Klaren sein, daß die Zukunftsgestaltung auch ein Kompromiß ist. Die Gesamtergebnisse hinterher sehen in 99,999% der Fälle immer anders als man sich das vorher gedacht hat. Die Gründe liegen vor allem auch in der Komplexität der Menschlichen Gesellschaft. Man ist ganz einfach nicht in der Lage die gesamte Gesellschaft zu modellieren. Man kann nicht alle Details sehen und bereits ein winziges Detail, welches man übersehen hat, bringt sein eigenes Modell ins Schwanken.

Ich werde dennoch weiter über eine neue Gesellschaft nachdenken. Gerade auch dieses Nachdenken über etwas Zukünftiges ist für die Menschen wichtig. Was ich aber in der heutigen Zeit für besonders wichtig halte, ist, daß wir eine breite Menge von Menschen zusammen bringen, die der Meinung sind:

Der Stalinismus ist tod, die soziale Marktwirtschaft kann die Probleme nicht lösen. Wir müssen unsere Gesellschaft für die Zukunft fit machen.

4.2. Wie kann es weiter gehen?

Ursprünglich lautet die Überschrift: Ein möglicher Weg aus der Krise. Dann setzte ich den Begriff "Krise" in "" . Nun lautet die Überschrift seit 1992 so, weil man nicht behaupten kann, das wir eine Revolution erleben und dann wieder von einer Krise redet. Mir fällt heute noch kein anderer Begriff für die derzeitige Situation ein, wie man die aktuelle Position erklären soll.

Inzwischen ist die Wahlschlacht in der Nachwendzeit schon lange kein Thema mehr und einige Parteien möchten nicht mehr an die Wahlversprechungen erinnert werden, da sie inzwischen schon neue Aufstellungen müssen. Die Parteien befinden sich überhaupt weltweit in einer tiefen Krise und sie sehen auch keinen Lichtstrahl mehr am Horizont. Ich möchte nun auch keiner Partei vorwerfen, was sie versprochen und dann nicht gehalten hat. Ich möchte die Parteien nach möglichen Wegen aus der derzeitigen Situation abklopfen.

Alle wichtigen westdeutschen Parteien haben nach 40 Jahren Verplanwirtschaft im Osten auf die Marktwirtschaft gesetzt. Nur sie sollte das Allheilmittel sein. Die einzige Partei, die nicht so konsequent waren, waren die Grünen. Da aber grüne Politik allein nicht die Wirtschaft in Schwung hält, waren ihre Chancen im Wahlkampf gering. Auch heute gibt es von dieser Partei außer Streitereien in allen Ebenen, was auch daran liegt, das verschiedene Wege bevorzugt werden (Realos, Fundamentalisten). Diese Reibereien bringen nichts Konstruktives. Man braucht erst einmal ein realistisches Ziel. Das man die Natur verbessern will, ist ja klar, aber wie soll eine bessere Natur aussehen? Wie bekommt man Umweltschutz und Wohlstand unter einem Hut? Inzwischen sind zu einer Art Wählerprotestpartei geworden, die Abwandernde Stimmen von den sogenannten Volksparteien auffängt. Eine vollständige Politik traut man dieser Partei aber zu Recht nicht zu.

Im Osten haben die Grünen im eigentlichen Sinne wenig Einfluß, weil hier der Geldbeutel näher hängt, wie der Wald vor der Tür. Hier im Osten gibt (gab) es die Bürgerbewegungen, die in die Grünen Vereinigt wurden, ohne das man politische Gemeinsamkeiten feststellen konnte.. Sie hatten die Wende erzwungen. Nach dem Ende des Stalinismus fehlte aber auch ihnen das Ziel. "Fast-Links" Kräfte wie Bärbel Bohlei hatten kein Ziel mehr, so kamen die "Rechten" Kräfte wie Konrad Weiß an die Macht. Das Ergebnis wurde ein konservativer Abklatsch. Die Leute entschieden sich deshalb für das Original: die CDU. Nach den Wahlen schaute man auf das Geld, wurde zum Teil zur Partei. Hauptaufgabe ist heute die Weiterleitung der STASI-Unterlagen an die Westdeutschen Geheimdienste, wie ja der Bürgerrechtler Gauck zeigt. Dazu kommt noch, das viele "Kämpfer" der Wende von der Ergebnissen der Wende enttäuscht sind, weil am Ende weniger heraus kam, wie vor der Wende. So kommt es, daß sich in den Bürgerbewegungen nur noch die Leute behaupten, die an Macht wollen. So kommt es auch, das bei den Ostberliner Wahlergebnissen die Bürgerbewegungen geringe Einbußen hinnehmen mußten, trotz einer Welle des Rückbesinnens an ostdeutsche Politiker die eigentlich auch den Bürgerbewegungen zu Gute hätte kommen müssen.

Für die CSU gab es erst gar kein Tal der Tränen. Im Wahlkampf war das aber nicht mehr zu halten. Heute ist die CSU damit beschäftigt, ihren Chef und Bundesfinanzminister Waigel zu helfen, aus den roten Zahlen im Bundeshaushalt schwarze Zahlen zu machen. Da bleibt keine Zeit über Wege aus der "Krise" nach zu denken. Wenn etwas Zeit bleibt, braucht man Zeit das Denkmal des "Übervaters" Franz Josef Strauß wieder auf zu polieren, schließlich hat es Schalk ganz schön beschmutzt und nach dem Vorzeigebayer Sedelmeier als schwer gestorben ist, muß man wenigstens Strauß sauber halten. Gleichzeitig haben die Bayern die höchste Inflationsrate. Hier kommt Gefahr von der Bayernpartei auf. So muß die CSU einen mächtigen Spagat machen. Auf der einen Seite müssen sie Geld sparen, weil es sonst zu weiteren Problem kommt, auf der anderen Seite können sie es sich nicht leisten in Bayern Arbeitsplätze (Rüstung) ab zu bauen, weil sonst mit separatistischen Bestrebungen in Bayern zu rechnen ist und so mit einer Verschiebung zur Bayernpartei zu rechnen ist. Die Bürgerbewegungen funktionieren heute genauso wie die, die sie 1989 bekämpft haben.

Die CDU und die F.D.P. haben es mit Klein- und Mittelständigen Betrieben versucht. Nach dem sogar die Kleinbetriebe, die 40 Jahre "Sozialistische Mißwirtschaft" überlebt hatten, nun nicht mehr weiter leben konnten und der "Mittelstand" schon seinen Unmut über diese Politik geäußert hat, ist man erst mal ohne richtiges Konzept, man weiß nur, das man von "ismussen" nichts hält und das ehemaligen Blockpartei-Mitglieder in den eigenen Reihen "Probleme" bringen. Es muß aber auch wirklich bitter für die F.D.P. sein, wenn man sich anhören muß, das Kleinbetriebe, die 40 Jahre Planwirtschaft überstanden haben, nun Pleite gehen. Es zeigt sich, das die alte politische Offenhaltung der Eigentumsfrage ein Fehler war. In der CSFR hat der Staat den Grund und Boden und so sind Investitionen leichter zu realisieren. In Ostdeutschland hemmen Altansprüche Investitionen, wobei nicht die Frage Entschädigung vor Enteignung das Problem ist, sondern das durch ein Offenhalten der Eigentumsfrage während des kalten Krieges heute Problem entstanden sind. Langsam kann man auch die Problem nicht mehr auf 40 Jahre sozialistische Mißwirtschaft schieben, das nehmen die Wähler nicht mehr ab. Außerdem hat man zu viele Versprechungen gemacht und ist so nicht mehr glaubwürdig. Außerdem hat man sich von der Realität zu weit entfernt. Man kocht im eigenen Bonner Saft und hat auch so keine Lösungen für die Realität.

Auch Oskar oder wer gerade bei der SPD an der Macht ist, hat kein richtiges Konzept. Erst versuchte er es damit, das er die Infrastruktur entwickeln wollte. Als er aber feststellte, das es günstiger sei, darauf aufmerksam zu machen, das die CDU einer irrsinnigen Verschuldung entgegen strebt, wurde es ruhig um dieses Konzept, weil es ja auch Geld kostet. Ich kann mich des Eindrucks nicht verschließen, das Oskar der einzige wichtige Politiker war, der das Ausmaß der Probleme erkannte und so mit angezogener Handbremse den Wahlkampf führte. Er war sicher auch nicht böse, als die SPD auf einen konservativen Kurs nach der Wahl umschwenkte und ihm deshalb den Stuhl vor die Türe setzten. Nun stehen aber die Konservativen unter "Beschluß". Damit hat auch die SPD auf dem falschen Fuß erwischt. Sie ist auch zu einer Richtungsänderung gezwungen. Bei dem ständigen Hin und Her weiß man im Augenblick nicht, wo man hin soll, viele Köche verderben den Brei und keiner weiß, welcher Brei gerade gekocht wird, sprich keiner weiß, welchen Weg man gehen will. Da gibt es noch ein anderes Problem: Bei dem Ruck nach rechts kurz nach der Wahl hat die PDS den alten Platz der SPD eingenommen. Nun hat es aber etwas anrüchiges, die selbe Meinung zu haben wie die "SED-Nachfolgeorganisation", auch wenn es ruhig geworden ist bei solchen Bemerkungen von Seiten der SPD. Ein Johannes Rau hat keine Probleme mehr mit den Stimmen der PDS Bundespräsident zu werden. Hier war nichts mehr zu spüren von der Ablehnung gegen die PDS wie noch nach der Wende. Außerdem zeigt es sich schon jetzt, daß die PDS im Osten ein wichtiger politischer Faktor bleiben wird und so kann die SPD nicht mehr in Konfrontation gehen, sie muß sich aber von der PDS politisch abgrenzen. Ein nicht zu unterschätzendes Problem für die SPD. Die SPD hat mit sich zu tun und kann keine Konzepte für die Zukunft aufstellen. Gleichzeitig ist sie in dem allgemeinen Parteienfilz verstrickt, so daß sie bei den Wählern auch an Ansehen verliert. Als nicht günstig zeigt sich auch die Beteiligung an der Macht durch den Bundesrat in dieser Situation.

Wie schon geschrieben hat die PDS alte SPD-Standpunkte eingenommen. Lange Zeit war sie damit beschäftigt, das alte SED-Vermögen in Sicherheit zu bringen. Hierbei ist viel Spielraum verschenkt wurden und es zeigt sich heute, das hier nicht der optimale Weg gegangen wurden ist. Die PDS ist ein Sammelsorium unterschiedlicher Strömungen. Von den Altstalinisten, die noch einen Großteil ihrer Mitglieder ausmachen über die kommunistische Plattform bis zu alternativ denkenden ist vieles vertreten. Sie ist ein Spiegelbild des ostdeutschen Stimmungslage. Man weiß, daß es so nicht weiter geht, man weiß aber auch nicht wie es weiter gehen soll. Da sie nicht weiß, wo sie politisch hin will, kann man auch noch keine Wirtschaftskonzepte verlangen und bei der derzeitigen Situation kann man bezweifeln, ob sie je ein Konzept auf die Beine bringen. Nachdem man sich in der Partei auf einen Überlebenskampf eingerichtet hatte (Die Zeit ist nicht reif für neue Gesellschaftsmodelle) entsteht ein Hang in Ostdeutschland zu den Überresten der alten DDR (ohne das man dahin zurück will). Es fällt nun der PDS schwer eine Alternative an zu bieten. Bisher glaubte man ja, das die ehemaligen DDR-Bürger gar keine Alternativen wollten und nun schaut man auf die PDS, ob sie Alternativen haben und man muß feststellen, das sie keine hat, nicht einmal das Zurück zur alten DDR kann sie (erfreulicherweise) nicht anbieten. Auf Grund ihres breiten Spektrums ist sie zu einer Art ostdeutschen Protestsammler geworden. Ihr Vorteil ist hier vielleicht gerade die Konzeptionslosigkeit. Das einzige Argument was heute die etablierten Parteien gegen die Partei einsetzen können: Wenn die PDS gewählt wird, gibt es keine Investoren. Keiner kann diese Meinung belegen, keiner kann sie widerlegen. In einer Region wo sowieso keine Investoren mehr kommen, bleibt so eine Meinung politische Stimmungsmache und vielleicht fragen sich die Leute eines Tages: Wo liegt der Unterschied, ob Investoren wegen der PDS nicht kommen oder weil sie andere Gründe haben - Kommen tun sie so wieso nicht.

Bei den rechtsradikalen Parteien kann man auch kein Konzept für die Wirtschaft entdecken. Unter dem Strich sind sie Protestparteien ohne Konzept. Es besteht aber die Gefahr, das, wenn keine Partei vernünftige Alternativen anbietet, die Parteien gewählt werden mit den einfachsten Konzepten und das sind die rechtsradikalen Parteien, weil sie wenigstens einen scheinbaren Feind anbieten (die Ausländer) an denen man sich abregieren kann.

So gehen sich die Konzepte aller Parteien: Mit Konzeptionslosigkeit die entstehenden Lächer stopfen und an sonsten beten, das es nicht noch schlimmer wird. Nun kann man aber nicht alle beschimpfen, sie hätten kein Konzept, ohne selbst ein Konzept zu haben. Also wie sieht nun mein Konzept aus?:

Über Klein- und Mittelständige Betriebe habe ich mich schon ausführlich ausgelassen und es zeigt sich auch, daß vor allem größere Betriebe wie Quelle, Aldi, VW,... von dem erweiterten Binnenmarkt profitieren. Welche Probleme die Kleinbetriebe haben, zeigen ja im Osten die Kleinhandelsbetriebe, die gegen die großen Ketten keine Chance haben. Die Zahlen, das 50 Prozent der kleinen Einzelhandelsbetriebe keine

Überlebenschance haben, stammen ja nicht von mir, sondern von offiziellen Stellen. Konservative werden hier die Baubranche als Gegenbeispiel heran führen, nur ist diese Branche künstlich durch Steuergelder aufgeblasen, und sie zeigt, wie weit sich die "Soziale Marktwirtschaft" schon von der Marktwirtschaft entfernt hat. Ich möchte sogar soweit gehen und die Abschaffung des Kartellamtes fordern. Diese Einrichtung verstößt gegen den Markt und führt zu Nachteilen der deutschen Wirtschaft, zumal die Kartellbestimmungen heute kaum noch durch zu setzen sind, da die Wirtschaft unter einander fest verbunden ist. Viel Effektiver wäre ein Amt für Preiskontrolle, wie die Mineralöl- und Arzneimittelhersteller zeigen.

Ein Ausbau der Infrastruktur würde die Staatsverschuldung weiter nach oben treiben, was zwar neue Straßen, aber keinen Wirtschaftsaufschwung bringen würde. Es zeigt sich ja heute, das vor allem Bundesstraßen und Autobahnen gebaut werden, damit erreicht man, das die Waren aus dem Westen noch besser nach dem Osten transportiert werden können und die ostdeutschen Produzenten schneller Probleme bekommen. Ein weiterer wichtiger Faktor der Infrastruktur ist die Kommunikation, sprich das Telefonieren. Hier zeigt sich, das die Post mit ihrem starren Beamtenapparat ebenfalls ein unsicherer Faktor in der Marktwirtschaft ist.

Ich möchte nun meine Grundidee erläutern und zwar gleich 2 mal. Einmal so, daß es auch die CDU-Wähler verstehen und einmal aus meiner Sicht. Also als erstes an die CDU-Wähler: Worauf beruht die Stärke der deutschen Wirtschaft?: Auf Grund eines hohen Ausbildungsniveaus der Arbeitnehmer werden hochwertige Geräte hergestellt. Und wie kann man das ausbauen?: In dem man den Ausbildungsstand weiter voran treibt. Es ist deshalb unverzeihlich, wenn die Herren von der CDU von sich geben, das es in der EX-DDR zu viele Ingenieure gibt.

So nun die etwas anspruchsvollere Erklärung: Es zeigt sich heute, das der Anteil an geistiger Arbeit gegenüber der körperlichen Arbeit immer mehr zunimmt. - Softwareentwicklung ist hier nur ein Beispiel. - Und dieser Tendenz muß man Rechnung tragen, d.h. man muß die Ausbildung weiter voran treiben, d.h. Ausbau des Schulwesens, der Lehrausbildung, des Hoch- und Fachschulwesens, der Erwachsenenqualifizierung. Natürlich schafft man sich dadurch denkende Menschen und es wird schwer sein, sie mit einfachen Wahlversprechungen ab zu speisen.

Man vergleiche heute schon die Lage in der EX-DDR mit Deutschland zur Zeit der Weltwirtschaftskrise in den 20iger Jahren. Es ist deshalb mal interessant, wie man damals aus der Krise gekommen ist. Häufig hört man ja noch solche Vorstellungen, das die Politiker das gelöst haben, für mich waren es aber andere Menschen, die zum Teil vor dieser Zeit lebten. Im ausgehenden 19. Jahrhundert kam es zu großen Entdeckungen und Erfindungen. Hier seien nur Namen wie Thomas Alva Edison und Werner Siemens genannt. Ihre Erfindungen und Entdeckungen erreichten in den 20iger Jahren die Massenproduktionsreife. Telefonieren und das elektrische Licht wurden für die breite Masse erschwinglich. Werner Siemens baute 1879 die erste elektrisch betriebene Bahn. Jetzt wurde der Elektromotor das Natürlichste der Welt. Das Zeitalter des Automobil als Gebrauchsgegenstand begann. Gleichzeitig begann die Elektronik ihren Siegeszug an zu treten, die 10 Jahre später mit der Göbelschnauze und dem ersten Fernsehbildern die ersten Höhepunkte erreichte.

Und genau hier liegen auch heute die Chancen: Durch die Entwicklung neuer Produkte die Marktwirtschaft an zu kurbeln. Vor allem auf den Kommunikationssektor und der Datenverarbeitung ist noch viel offen. Die Optoelektronik wartet darauf, den Siegeszug an zu treten. Nur gibt es da ein Problem: Heute sind die Firmen allein nicht mal mehr in der Lage einen neuen Mikroprozessor zu entwickeln, weil es sehr teuer ist. Woher soll das Geld für einen Optischen Rechner, d.h. einem Rechner, der mit Lichtgeschwindigkeit rechnet, kommen. Selbst die Entwicklung der Optoelektronischen Übertrager, sprich der Lichtleiterkabel, geht sehr zögern vor sich.

Aber wie finanziert man die Bildung? Bei gesellschaftlichen Eigentum ist das klar, hier konzentriert die Gesellschaft das Geld für die Ausbildung und übernimmt die Organisation. Aber wie macht es die "Soziale Marktwirtschaft"? In dem Hang nach Privatisierung strebt man in Deutschland auch in der Bildung diese an. Damit kommt man aber nicht zu einer Konzentration der Mittel, sondern führt den Konkurrenzkampf in die Wissenschaft, was nicht unbedingt die notwendige Kreativität fördert. Vor allem die Grundlagenausbildung, d.h. die Grundschulausbildung bis zum Studium, ist die Privatwirtschaft nicht bereit zu übernehmen. Dies kann nur die gesamte Gesellschaft übernehmen.

Nun kann man der Bundesregierung nicht nachsagen, das sie nichts für die Ausbildung tut. ABM-Maßnahmen und Weiterbildung und Umschulung durch das Arbeitsamt sind die wichtigsten Beispiele. Was nützt es aber, einen Arbeitnehmer in den zu komplizierten Rechtsgrundlagen zu unterrichten, oder was nützt es einen Bergmann zu einem Elektriker zu schulen. Ich muß die Möglichkeiten schaffen, das ein Ingenieur Grundlagenforschung betreiben kann. Was nützt es, wenn Porsche ein riesiges Entwicklungsbüro hat, wenn die Entwicklung der PKW-Technik abgeschlossen ist und freie Kapazitäten in der Lichtleitertechnik benötigt werden, aber die deutschen Konzerne in dieser Branche mehr mit der Konkurrenz aus Fernost kämpfen müssen und so das Geld fehlt. Man muß hier die Finanzen besser verteilen oder konzentrieren und dazu ist nur die Gesellschaft insgesamt in der Lage.

Zu den Problemen Bezahlung kommt noch, daß an den Hochschulen der Bundesrepublik seit Jahren fast chaotische Zustände herrschen und vor allem die Unterkunftsmöglichkeiten der Studenten miserabel sind. Abgewandelt von Kohl kann man da sagen: Man kann 10 Jahre Kohl'cher Mißpolitik nicht in 10 Wochen beseitigen.

Kann man aber ein höheres Niveau in der Produktion nicht erreichen, muß man billiger als der Kontrahent produziert und das geht am Besten in dem man den Lohnanteil senkt. Dazu braucht man nicht die Löhne zu senken, das geht auch anders. Man treibt die Inflationsrate auf über 4% hoch (Nach den Steuererhöhungen im Juli 91 liegt die Inflationsrate bei etwa 4,5%) oder auf über 9% wie in Großbritannien. Auf der anderen Seite friert man die Löhne im Westen mit der Begründung ein, daß die wirtschaftliche Lage es so erfordert, wie es ja die Bundesbank bei der letzten Zinserhöhung 1991 demonstriert hat. Ich will nicht hoffen, daß das die Gewerkschaften zulassen, obwohl ich den Gewerkschaften nicht mehr viel zutraue. Ich hatte eher den Eindruck, das die Gewerkschaften beim ersten Tarifkampf in der ehemaligen DDR, bei der DR, erschrocken darüber waren, wie stark sie sind.

Diese Variante, die ja nun von der Bundesregierung durchgesetzt wird, wäre ein Absenken des Realeinkommens in Deutschland. Hauptproblem hierbei wäre vor allem, das die Anzahl der überschuldeten Haushalte noch weiter sprunghaft ansteigen würde, d.h. unter anderen, das noch mehr Menschen einen sozialen Abstieg erleben und das soziale Gefälle sich dann immer weiter aufbaut.

Man kann sich drehen und wenden wie man will, in dem bürgerlichen System dreht sich alles um das Geld bzw. um das Kapital. Es ist schon ein Irrsinn: Im Osten gibt es jede Menge Arbeit, es gibt 10 Millionen Menschen, die eine ausgezeichnete Ausbildung haben und bereit sind, die Karre aus dem Dreck zu ziehen, und auf der anderen Seite ist fast die Hälfte ohne Beschäftigung (Arbeitslose, Kurzarbeiter, Vorruheständler, ABM-Kräfte...). Diese Hälfte wird am Arbeiten gehindert, weil das Geld, sprich das Kapital, fehlt.

Man sollte sich diesen Wahnsinn einmal durch den Kopf gehen lassen: das Allheilmittel D-Mark stellt ein Hindernis in der Wirtschaft dar. Nun wird man von den ehemaligen DDR-Bürgern, die am 18. März 1990 zu 75% die D-Mark gewählt haben, nicht verlangen können, das sie ein neues Verhältnis zu "ihrem" "harten Geld" erlangen - man kann dann aber auch nicht verlangen, das es jemand schafft, die Karre ohne soziale Beulen aus dem Dreck zu ziehen. Wobei ich eher der Meinung bin, das die Deutschen die Karre weiter in den Dreck hinein ziehen, weil sie vor "materiellen Wohlstand" nicht mehr das Licht am Horizont sehen können.

Über 2 Jahre nach Einführung der D-Mark stellen die Bürger der EX-DDR langsam fest, das die Einführung doch mehr Schlechtes wie Gutes gebracht hat (D-Mark da - Ostmark(t) weg). Nun wissen sie nicht mehr, was ihnen helfen kann.

Damit steht die Frage: Aber wie geht es jetzt weiter? Wenn man versucht einen Lösungsweg im kapitalistischen System zu finden, stößt man immer wieder an die Grenzen des Geldes, damit kommt man immer wieder zu einem neuen Gesellschaftssystem, wo das Hauptmittel des KAPITALISMUS weniger Einfluß hat. Ein Beispiel: Kapitalgeber für die ehemalige DDR gibt es aus 2 Gründen zu wenig: 1. Für ein Billiglohnland sind die Löhne noch zu hoch und 2. für ein Hochtechnologiegebiet ist die Infrastruktur zu schwach. 3. In den anderen osteuropäischen Ländern sind die Bedingungen dank einer schwächeren Währung besser. Ein Ausweg ist, das der Staat selbst investiert, aber 1. woher das Geld nehmen und 2. wäre dies ein sozialistisches Überbleibsel, die ja von der CDU/CSU/F.D.P. hart bekämpft werden. Das es aber auch anders geht, zeigt z.B. Frankreich. Dort wird eben z.B. nicht eine staatseigene Bahn durch eine falsche Verkehrspolitik in die roten Zahlen gefahren. Das überläßt man der Bundesregierung in Bonn/Berlin. Oder

warum läuft Deutschland Sturm gegen französische Staatsunternehmen?: Weil sie die freie Konkurrenz gefährden. Und warum gefährden sie diese?: Weil der Staat bessere Investitionsmöglichkeiten hat, wie der einzelne Unternehmer.

Im Osten sterben die Großbetriebe, aber ohne Großbetriebe stirbt die Infrastruktur weiter, Fachkräfte flüchten aus der Region und der Altersdurchschnitt erreicht ein katastrophal hohes Niveau. Damit haben aber auch die Kleinbetriebe keine Chance. Der Staat muß selbst die Investitionstätigkeit im eigenen Land in die Hand nehmen. Nur so wird es auch möglich, eine sozial abgesicherte Gesellschaft zu sichern. Was passiert, wenn man das nicht macht, hat ja die Eisen Lady in Großbritannien gezeigt.

Wer heute ein Wirtschaftswunder in der Ex-DDR so begründet, das es 1950 in den Altbundesländern genau so war, zeigt nur, das er kein Konzept besitzt. Man sollte lieber einmal nachdenken, warum die D-Mark in Skandinavien für die Touristen nur noch 70 Pfennige wert ist. Man sollte vielleicht einmal darüber nachdenken, wieso die soziale Absicherung in Nordeuropa zum Teil besser ist, wie in der "Sozialen Marktwirtschaft". Man sollte auch darüber nachdenken, ob es nicht so ist, weil diese Region meinen Vorstellungen über ein neues Gesellschaftssystem schon näher ist wie Deutschland. Ich will auch nicht verschweigen, das auch Schweden in einer tiefen Krise sitzt, nur welches Land macht das heute nicht? Deutschland paß auf, Europa lacht schon über dich.

Aber zurück zum Thema: Also 1. Ausbau des Bildungswesen, 2. Ausbau der gesellschaftlichen Großindustrie. Aber wie soll das aussehen: Zunächst steckt man alles vorhandene Geld in die Grundlagen- und Produktforschung, dazu muß man die Hoch- und Fachschulen ausbauen und umstrukturieren, das die Studenten mehr an der Forschung beteiligt werden. An den Hoch- und Fachschulen muß man die besten Ingenieure und Wissenschaftler konzentrieren. Gleichzeitig muß man die Anzahl der Studienplätze drastisch vergrößern. Erfolge können sich hier aber erst in einigen Jahren zeigen, man braucht schnellere Ergebnisse. Hier besteht die Möglichkeit Forschung und Studium stärker zu verknüpfen, d.h. die Studenten werden an den Schulen in die Forschung einbezogen. Für die Forschung braucht man Geräte, vor allem Meßgeräte. Also muß man den Präzisionsmechanik-Bereich entwickeln. Hier sind auch Kleinbetriebe gefordert.

Für neue Produkte braucht man neue Maschinen. Neue Maschinen muß der Maschinen- und Anlagenbau entwickeln... Hier zeigt sich, das man über die Forschung die Industrie anschieben kann. Damit das aber funktioniert, muß man das Geld dafür konzentrieren. Hier bietet sich die Gesellschaft als Verwalter an, d.h. aber, man braucht neue Formen in der Forschung und Entwicklung, die mehr den sozialistischen Formen ähneln, wie der der freien Konkurrenz.

Soweit wären wir, was fehlt noch?: Man muß die Menschen zur Mitarbeit bringen. D.h. z.B. man sollte die Probleme in den Ortschaften durch aktive Mitarbeit der Bürger lösen. Ein Beispiel: In vielen Orten der ehemaligen DDR gibt es Probleme mit Gas, Wasser, Abwasser. Die Bundesregierung versucht mit Milliarden die Probleme zu lösen. Ich finde diese Gelder kann man besser einsetzen, wenn man die Bürger in den Gemeinden zu einem sozialistischen Überbleibsel heran zieht, wie den freiwilligen Arbeitseinsätzen.

Mit diesen 3 Grundlagen stehe ich im Absen gegenüber den Konservativen Wahlvorstellungen (also CDU/CSU, F.D.P., SPD), weil ich hier auf mein neues Weltbild aufbaue. Meine Vorstellungen bauen auf die Stützen des gesellschaftlichen Systems auf: das fachliche Wissen der gesamten Gesellschaft, das Arbeitskollektiv und die Eigeninitiative des Einzelnen. Das heißt aber auch, die Karre aus eigener Kraft aus den Dreck zu ziehen und nicht auf Geldgeber, vielleicht aus Japan, zu warten.

Bei allen Überlegungen über einen Weg aus der Krise sollte man aber auch bedenken, das die Polen und Gorbatschow weltweit einen Veränderungsprozeß ausgelöst haben. Die Welt ist heute nicht mehr wie zu Adenauers Zeiten oder gar wie zu Zeiten Stalins oder von Marx. Die Welt ist nach den Zeiten des Kalten Krieges in Bewegung geraten. Das Aufbrechen des Ostblockes und damit des Rechts und Links Denkens haben den Weg frei gemacht für neue gesellschaftliche Prozesse. Wir stehen mitten in einer radikalen Umgestaltung der gesamten Gesellschaft. Der real-existierende Sozialismus ist tot. - Das feiern heute Politiker wie Kohl oder Bush. Sie glauben, sie sind die Sieger der Geschichte. Vor allem der ehemalige CIA-Chef und Ex-Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika Bush fühlte sich als kleiner Sonnenkönig, der festlegen kann, was in der Welt geschieht.

Und genau das halte ich für falsch. Die Menschen im Ostblock erkennen nun, daß das alte System ihre Probleme nicht lösen kann: Ein Zeichen ist das Zurückgehen der Wahlbeteiligung in Ungarn auf 25% oder der 3. Platz der Nachfolgepartei der PKP bei den polnischen Wahlen. Aber auch die Wahlergebnisse in Brandenburg, Hamburg und Italien zeigen, das die Menschen mit der Politik der "Regierigen", wie sie die ARD getauft hatte, nicht mehr zufrieden sind. Aus Protest werden Statt-Parteien gewählt. Hauptgrund hierfür ist, das die Menschen nach dem Ende des Sozialismus keinen anderen Ausweg mehr sehen. Weder Marx noch Adenauer können ihnen einen Ausweg anbieten. In diesem Zustand ist viel Platz für neue Gesellschaftsmodelle. Es besteht die zwingende Notwendigkeit, eine Wissenschaft, und zwar die Gesellschaftswissenschaft, weiter zu entwickeln. Und wenn diese Notwendigkeit besteht, muß es zu einer stürmischen Entwicklung dieser kommen. Neue Gesellschaftsmodelle werden kommen, ganz einfach weil die Notwendigkeit dazu besteht. Ich versuche es mit einem Modell, weiß aber auch, das es noch andere geben muß. Ich halte es auch für möglich, das Deutschland die geistige Vorarbeit dazu leisten kann, dann sich dennoch nicht aus dem Schein-Wohlstand befriegen kann. Das sollte aber niemand davon abhalten, auch in Deutschland über neue Gesellschaftsmodelle nach zu denken. Wir brauchen noch keinen neuen Marx, der das neue Gesellschaftssystem analysiert und ein neues Kommunismusmodell entwickelt - das hat noch mindestens eine Generation Zeit. Wir brauchen Ideen, die sicher genau so vergessen werden, wie die Ideen der Revolutionäre der bürgerlichen Revolution in England und Frankreich.

Natürlich würden die Revolutionäre von damals heute auf der anderen Seite der "Barrikade" stehen, genau wie die Revolutionäre von heute in Zukunft auf der anderen Seite der "Barrikade" stehen würden. Das ist keine Schande. Die Gesellschaft braucht Veränderungen um fortbestehen zu können. Was heute noch revolutionär ist, ist morgen schon konservativ. Die Sozialisten waren zu Beginn unseres Jahrhunderts Revolutionäre, heute muß man sie zu den Konservativen rechnen. Nur wer bereit ist, das zu akzeptieren, kann die Menschheit voran bringen.

Wir sollten deshalb den Spruch von Marx "Proletarier aller Länder vereinigt Euch" ersetzen durch den von Gorb: "Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben." Dieser Spruch gilt nicht nur für Honecker und Co.. Er gilt auch für Kohl und Co., aber auch für Gorbatschow, Jelzin oder Gysi.

Wir brauchen neue Ideen nicht, weil der Sozialismus gescheitert ist. Wir brauchen neue Ideen, weil der real-existierende Sozialismus nicht mehr den gesellschaftlichen Erfordernissen gewachsen ist und es sich heute auch zeigt, das die "Soziale Marktwirtschaft" nicht in der Lage ist, die anstehenden Probleme in der Welt zu lösen. Natürlich werden konservative Kräfte sagen: Nun packen sie ihre Niederlage in schöne Sprüche". So laßt sie doch, wie war es doch: Wer zu spät....

Obwohl ich nicht viel von der Restaurierung der alten Gesellschaft halte, muß ich etwas zur Bildung in dem alten System schreiben. Die Zunahme der geistige Arbeit in der Produktion führt dazu, daß auch die Notwendigkeit zur höheren Bildung besteht. Auf der anderen Seite hört man Klagen von Lehrern und Schülern, daß das Bildungswesen im Westen, welches wir ja in der ehemaligen DDR übernehmen, schlechter ist als das ehemals hier bestandene. Das ist ja auch verständlich, da Bildung Geld kostet, welches die Gesellschaft aufbringen muß. Es zeigt sich hier, das die CDU/CSU/F.D.P. in den letzten Jahren an der falschen Stelle gespart hat und weiter an der falschen Stelle spart. Oder eine andere Frage, wieso sind in der Ex-DDR auf einmal zu viele Lehrer?

So kam aber auch zu Jahresbeginn 1990 aus dem USA die Nachricht, das es dort zu wenige Ingenieure gibt. Nun hat die BRD das Glück, das in der DDR ein großes Bildungspotential bestand. Es besteht aber auch die Gefahr, daß die Bildung vernachlässigt wird.

Das spürt man in der Gesellschaft nicht sofort; die Auswirkungen kommen erst nach etwa 10 Jahren. Während der Abbau sehr schnell erfolgen kann, z.B. ist ein Facharbeiter schon nach einem Jahr Arbeitslosigkeit in seinem Beruf nicht mehr wettbewerbsfähig, ist eine Fehlentwicklung so schnell nicht zu korrigieren. Z.B. wenn heute Ärzte fehlen, braucht man allein für die Arztausbildung über 5 Jahre. Um aber die notwendigen "Ausbilder" zu erhalten, braucht man noch einmal einige Jahre...

Ich halte auch eine gesellschaftswissenschaftliche Ausbildung für notwendig. Natürlich kann man nicht nur Marx Wort für Wort oder nur die Worte, die man für richtig hält, lehren. Es gibt noch andere Weltanschauungen. Ich halte es auch für notwendig, kirchliche Anschauungen zu lehren, ohne gleich das Fach Christenlehre ein zu führen.

Wenn wir heute die Bildung nicht ausbauen, wird dies in ca. 5 Jahren zu unreparablen Problemen kommen. Hier ist die Gesellschaft vollständig gefordert. Natürlich kostet das Geld. Wenn es aber daran

scheitert, zeigt die "Soziale Marktwirtschaft" nur wieder einmal, daß sie nicht in der Lage ist, Zukunftsprobleme zu lösen.

Zum Bildungswesen gehört auch das Hochschulwesen. So muß auch etwas unternommen werden, das alle Kreise der Gesellschaft studieren können. Macht man das Studieren vom Geldbeutel abhängig, verschenkt die Gesellschaft einen wichtigen Wachstumsfaktor. So muß man auch die Zahlen der Ausbilder, also Professoren und Doktoren, vergrößern. Wer die Kosten der sich ausweitenden Krise durch Abstriche an der Bildung lösen will, wird die Probleme nur noch verstärken. Wenn ich Studienzuschüsse einfriere verhindere ich das. Wenn ich Problem mit den Bildungssystem habe, sollte ich die Ursachen im System und nicht in den Studenten suchen.

Steht noch die Frage, wer soll das bezahlen. Ich stelle die Gegenfrage, wie lange kann man die Probleme der Überschuldung der Staaten noch ausgleichen, ohne das das Weltwährungssystem zusammenbricht? Ich glaube je eher es zusammenbricht, desto besser, auch wenn die Hauptzähler dann die ehrlichen Sparer sind.

4.2.1. Eine Spekulation

Ich halte beim Nachdenken über eine neue Gesellschaft wenig von Spekulationen oder Wunschvorstellungen. Ich möchte hier einmal eine Ausnahme machen. Auch wird dieser Abschnitt eine Ausnahme im Herangehen dieser Arbeit sein, der ausdrücklich für diese Fassung geschrieben wird und mit der neuen Fassung komplett überarbeitet werden muß. Der Grund ist, daß ich eine Utopie für eine nahe Zukunft äußern möchte.

Es gibt für diesen Abschnitt aber einen zwingenden Grund. Man beginnt sich zu fragen: Der Sozialismus ist tot, der Kapitalismus ist am Ende, wie komme ich zu einer neuen Gesellschaft. Man sieht, daß man mit militanten Aktionen nur das Gegenteil in der Bevölkerung erreicht, also wie kann man sich diesen Wechsel vorstellen.

Ich habe mich bereits in vorangegangenen Abschnitten über die Wirkungsweise von Revolutionen in der heutigen Zeit ausgelassen. In Anlehnung der Ereignisse 1989/90 möchte ich meine Phantasie einmal freien Lauf lassen.

Im Superwahl 1994 wird es zu einer Aktivierung der politischen Meinung kommen. Gleichzeitig entsteht eine Stimmung gegen die Politiker, die vielleicht heute besser sind wie zu Zeiten Franz Josef Strauß, die aber das Problem haben, daß Parteienpolitik nicht mehr zueinander ist. Man wird sich aber nicht an dem System abregieren, sondern an dem einzelnen Politiker.

So dürfen wir uns auch nicht vorstellen, daß ein Herr Mielke, ein Herr Gysi oder ein Herr Schönhuber sich hinstellen und zum Sturz der Regierung aufrufen. Im Gegenteil der Anlaß kann so klein sein, daß die Bild in den achtziger Jahren dafür nicht mal 5 Zeilen geopfert hätte. Solche Anlässe könnten sein, die Wahl des CSU-Mannes zum Bundespräsidenten, obwohl die deutsche Mehrheit lieber Johannes Rau sehr möchte. Dies können weitere Sozialisierungen sein. Dies kann aber direkt nach der Wahl sein, wenn die gewählten ihre Wahlversprechungen nicht einlösen können. Nach März/April 1995 hat dann das heutige System Ruhe bis zum nächsten Superwahljahr.

Die Stimmung dieses Protestes wird nicht sein, daß man Veränderungen in der politischen Klasse will. Die Lösungen werden nicht sein: "Wir wollen ein neues Gesellschaftsmodell", die Lösungen werden vielmehr sein. "Erst Versprochen dann gebrochen" "Birne tritt ab" oder Politiker=Verbrecher". Den Zeitpunkt des Faßüberlaufs kann man nur schwer vorhersagen, man kann ihn auch nicht beeinflussen. Es ist auch nicht notwendig.

Ursprünglich glaube ich, daß dieser Prozeß in der BRD nicht so friedlich ablaufen könnte wie zur Wende in der DDR. Die Stimmung zeigt, daß für einen Machtwechsel viele Seiten sind. Selbst die Chefetagen der Wirtschaft verlangen radikalere Veränderung, als dieser ein Machtwechsel zur SPD bringen würde. Selbst in den ausführenden Machtorganen, wie der Polizei ist die Stimmung für größere Veränderungen vorhanden.

Anführer dieser Bewegung wird auch nicht ein Gregor Gysi oder ein Streber für eine neue Gesellschaft sein. An der Spitze werden Politiker aus der zweiten Reihe der Parteien sein, die sehen, daß es so nicht weitergeht und Veränderungen her müssen.

Es wird relativ schnell zu einem Ergebnis kommen, daß wahrscheinlich so aussieht, daß die Regierung zurück tritt und Neuwahlen ausschreibt. Allgemein sieht man so etwas dann als Revolution an. Der Kampf beginnt aber erst jetzt.

Bisher gab es nur einfache Parolen, die jetzt nicht mehr tragen. Man braucht konkrete Vorstellungen. Erfahrungsgemäß gibt es dann mindestens 2 Seiten. Dies war z.B. 1917 der Fall mit den Menschewiki und den Bolschewiki und das war 1989 mit den "Deutschland einig D-Mark-Land" und den Reformieren des real-existierenden Sozialismus. Der Machtkampf wird also nicht zwischen alten und neuen System ausgetragen, sondern zwischen 2 Systemen für die Zukunft. Meist sind das 2 Gruppen. Die eine will kleine Veränderungen, die andere größere. Je nach dem wer siegt, spricht man von einer Revolution (Größere Veränderung) oder von einem Aufstand (kleinere Veränderungen).

In der heutigen Situation ist eine Polarisierung in eine Gruppe, die das Parteiensystem reformieren will und in eine Gruppe, die dieses Parteiensystem ganz abschaffen will. Wie könnten nun die Vorstellungen der Reformen aussehen? Die Vorschläge könnten sein: Direktwahl von Parteivorsitzenden, von Bundespräsidenten, Kanzler, Ministerpräsidenten, Bürgermeistern. Mehr Mitsprache des Parteienvolkes in den Parteien und der Politik. Eventuell mehr Volksentscheide. Die andere Seite wird feststellen, daß das Parteiensystem nicht mehr reformierbar ist und vielleicht sogar das Verbot von allen Parteien fordern. Wie dieser Streit ausgeht ist offen. Aber gerade für diesen Streit sind diese vielen Seite geschrieben.

Sicher spielen auch die Erfahrungen der Menschen eine große Rolle. Während man in den Altbundesländern ja nichts anderes kennt wie dieses Parteiensystem und man sich nichts anderes vorstellen kann, wird man eher an die Reformierbarkeit des Parteiensystems glauben. Im Osten wird eher sehen, daß dieses Parteiensystem genauso wenig reformierbar ist wie der real-existierende Sozialismus. Gerade dieser Widerspruch dieser politischen Erfahrungen kann zur Spaltung führen. Ich weiß es gibt eine Ost-Nostalgie, aber keiner will die DDR zurück. Ich habe aber auch die Ereignisse in der CSFR gesehen. Die meisten wußten, daß die Slovakei allein keine Chance hatte und hat, trotzdem kam es zur Spaltung.

Ich gehe davon aus, daß die Ereignisse so auf keinen Fall ablaufen werden. Man sollte diesen Abschnitt als Gedankenmodell betrachten, welche Mechanismen bei dem Wandel in eine neue Gesellschaft wirken. Mit der Leninschen Revolutionstheorie kommen wir da heute nicht mehr weiter. Wir brauchen dazu auch solche Gedankenmodelle.

4.3. Europa in Bewegung - Asien im Aufbruch

Bisher habe ich mich fast ausschließlich mit Deutschland und während eines kurzen Abstecher mit Südstasien beschäftigt. Dabei passiert in Deutschland zur Zeit das Wenigste. Jugoslawien erlebt einen Bürgerkrieg, die Sowjetunion ist auseinander gebrochen, ein neuer Zar Namens Jelzin regiert Rußland, die Polen beginnen an ihren Gott Walesa zu zweifeln, in Italien gibt es vorübergehend keine politische "Mitte" mehr, Dänemark und andere sagen ja zu Europa aber nein zu Brüssel...

Zunächst möchte ich die Ereignisse in der auseinander brechenden Sowjetunion betrachten. Wenn der Moderator des heute-journal des CDU-nahen ZDF freudestrahlend das Ende der Sowjetunion verkündet, dann hat das sicher einen anderen Grund, als wenn ich das Ende der alten Form der Sowjetunion für gut halte. Ja man hat sich nicht verlesen, ich finde das Ende der UdSSR gut. Das muß man sicher näher erklären: Wenn ich mir den europäischen Teil ansehe, dann herrscht hier Chaos und Anarchie, die Wirtschaft geht weiter bergab, in Moskau herrscht ein neuer Zar namens Jelzin.

Nein, wenn ich das Ende der Sowjetunion gut finde, dann hat das andere Gründe. Sicher war die Wirtschaft der UdSSR nach über 60 Jahren Stalinismus am Ende, es mußten Veränderungen her. Sicher halte ich nichts von den radikalen Reformen des Herrn Gaidar, aber wie sollten die alten Strukturen aufgebrochen werden, wie mit radikalen Methoden. Die Privatisierung nach westeuropäischen Muster mußte scheitern. Diese Robkür war aber notwendig.

Auch in der CSFR und den anderen osteuropäischen Staaten war das aufbrechen der alten Machtstrukturen nur durch radikale Maßnahmen möglich. Es hat sich auch gezeigt, daß westeuropäische Besserwisser ihre Meinung durchsetzen wollten. Nur was hat es gebracht. Den einzigen Weg den die osteuropäischen Länder heute haben, ist ein eigener Weg und das ist gut so: Der Sozialismus ist tot, der Kapitalismus kann nicht helfen, wir brauchen einen eigenen Weg. Und genau das finde ich gut.

Die Zerschlagung des zentralistischen Machtapparats war notwendig. Nun wird man mir vorwerfen, das ich Chaos und Anarchie befürworte. Hier aber ein Blick zurück nach England, als die Industrialisierung,

begann, man kann auch sagen, in die Zeit der bürgerlichen Revolution. Erst als sich die neue Produktionsweise nicht mehr durchsetzen konnte, kam es zu einer Entmachtung der alten Strukturen, sprich der Königin. Man machte mit mehr "Demokratie" den Weg frei, das sich die Industrialisierung durchsetzen könnte. Um die Arbeitskräfte in die Städte bringen zu können, mußte man die Leibeigenschaft abschaffen. Genau so ist es heute. Die neue Produktionsweise, die überwiegend geistige Arbeit, zwingt zur Teamarbeit. Damit muß ich die Formen des Kapitalismus, die Privat- und die Staatsmonopolistischen Besitzverhältnisse abschaffen, das sich neue Formen herausbilden können. Eine ähnliche Reaktion ist ja in Südkina fest zu stellen. Hier reicht die Macht aus Peking nicht mehr aus und diesen Freiraum nutzt die Wirtschaft, sich zu entfalten. Wenn sich die neuen Besitzverhältnisse etabliert haben, werden sie auch neue Gesetze schaffen, die auf einem höheren Niveau der Demokratie basieren müssen, weil sie sonst nicht von Dauer sind.

1992 war ich noch der Meinung, daß nur der asiatische Teil Rußlands eine Chance hat, da sehe ich heute bedeutend optimistischer. Aber warum hatte ich mich nur auf den asiatischen Teil beschränkt? Ein Großteil des asiatischen Teils macht Sibirien aus. Sibirien, der Verbannungsort des Zarens und Stalins. Wenn man Sibirien nur als Verbannungsort sieht, muß man in diesem Zusammenhang auf die Geschichte Australiens aufmerksam machen. Dieser Kontinent hat sich von der Strafkolonie Großbritannien zur Industrialisation entwickelt. Eine ähnliche Chance hat auch Sibirien. Während sich der europäische Teil Rußlands nach Europa wendet, bleibt Sibirien nicht übrig, als sich nach Asien zu wenden. Und hier tun sich ungeahnte Möglichkeiten auf. Hier entsteht eine sehr interessante Kombination. Japan hat die Hight-Tech und das Geld, aber keine Rohstoffe. Die Rohstoffe wiederum hat Sibirien. So kommt es auch, das es schon Jahre eine Zusammenarbeit gibt. Da aber die Transportwege auf Grund der natürlichen Bedingungen nicht ausgebaut sind, ist man gezwungen, die Rohstoffe zu veredeln, um nur Halbfabrikate oder Fertigprodukte zu transportieren. Da Sibirien dank der riesigen Ströme auch noch riesige Energiereserven besitzt, aber eine geringe Bevölkerungsdichte hat, bietet sich diese Region an, hier automatische Erzaufbereitungs- und Halbzuganlagen zu errichten.

Für Japan ist es uninteressant ein Autowerk in Sibirien zu bauen, aber es ist sehr interessant, hier Stahlwerke zu errichten. Damit steht dieser Region ein große wirtschaftliche Entwicklung ins Haus wo die Rohstoffe eine solide materielle Basis bilden.

Eine andere wichtige Region ist Kasachstan. Eine territorial bedingte Entwicklung führte dazu, das es in der Zeit der Sowjetunion stetig wirtschaftlich bergauf ging. Das führte dazu, das man hier "Lenin nicht gleich vom Sockel holte". So kommt es auch, das die Völkerprobleme (noch) nicht ausgebrochen sind. Damit kann sich die Region auch wirtschaftlich weiter entwickeln: Gleichzeitig muß man auch berücksichtigen, das ein großer historischer mongolischer Einfluß herrscht. Das hat den Vorteil, das die Bedingungen der asiatischen Großfamilie bekannt ist. Es haben ja auch schon die Japaner gezeigt, das dies von Vorteil ist. Die Bedingungen der Großfamilie führten in Japan zu einem starken Zugehörigkeitsgefühl zur Firma, der ja in Japan bis zur Beisetzung auf dem Betriebsfriedhof geht.

Es zeigt sich, das der Islam bessere Bedingungen für eine neue Gesellschaft bringt, wie das Christentum. Es ist deshalb durchaus zu erwarten, das der derzeitige Trend anhält, das weite Teile Asiens in der Wirtschaft 2 stellige Zuwachsraten verzeichnen, während Europa rote Zahlen schreibt. Der materielle Wohlstand verleiht eher an den alten Machtstrukturen fest zu halten oder sich alten, überholten Werten zu zu wenden, wie die Beisetzung der Soldatenkönigs in Potsdam oder die Zarenachfolger-Verherrlichung im europäischen Teil Rußlands zeigt.

Ost- und West-Europa ist in Bewegung geraten, ohne zu wissen, wo es hin will. Die letzten Wahlergebnisse zeigen, das die Europäer Parteienmüde geworden sind. Vor allem West-Europa kann diese Zeichen aber noch nicht richtig deuten. Man spürt, das die Parteidemokratie nicht mehr tragfähig ist. Man schafft es aber nicht, die richtigen Lehren aus diesem Gefühl zu ziehen. Die einzige Möglichkeit wäre die Abschaffung der derzeitigen Gesetze. Das würde aber ein Art Chaos erzeugen, was man aber vermeiden will, weil sich die Gesetze in den Letzten Jahrzehnten "bewährt haben". Hier hat es Asien leichter, hier ist der Einfluß der zentralistischen Macht geringer. Hier könnte ein Herr Kohl als CDU-Vorsitzender in Peking hundert mal festlegen, das eine LPG nicht in die Zeit paßt, wenn man in einem Ort vielleicht 1000 Kilometer von Peking entfernt eine LPG gründen will, dann macht man das. Dies ist ein Zeichen für mich, das die Wirtschaft an die Grenzen der Politik stößt und somit Veränderungen in der Politik notwendig sind.

Europa geht einen anderen Weg, statt vorwärts zu gehen, geht man rückwärts zum Privatbesitz. Die Polen haben in den letzten 10 Jahren bewiesen, das dies nicht den Erfolg bringt. Es zeigt ja schon die letzte Wahl, das eher die ehemaligen "Kommunisten" wieder auf den Weg nach vorn sind. Auch die Sachsen müssen nun sehen, das die absolutistische Politik der alten SED nun abgelöst wird durch die absolutistische Politik des neuen Königs namens Kurt Biedenkopf. Wie lange diese Königsanbetung noch anhält, ist nur eine Frage der Zeit. Schließlich kann Biedenkopf den wirtschaftlichen Abbau nur bremsen, er kann aber nicht für den notwendigen Aufschwung sorgen.

Noch ein Wort zu Westeuropa. Hier zeigt sich bei vielen Wahlen, das die Wähler alternativ wählen, es zeigt sich aber auch, das diese Alternativen keine reale Chance bieten, die anstehenden Probleme zu lösen, also geht man in Europa noch weiter, man verzögert die dringend notwendige europäische Einheit und bringt im Gegenteil verstärkt Völkerprobleme ins Spiel, wie die Tendenz zur Spaltung der Schweiz oder das Baskenproblem zeigen. Die Tendenz zur Dezentralisierung der Macht finde ich ja gut, ich finde es aber nicht gut, wenn man die Anzahl der europäischen Staaten vielleicht verzehnfacht und zehnmal mehr absolutistische Präsidenten regieren und man neue Staaten mit eigenem Geld und eigenem Paß aufbaut. Ziel muß es sein, mehr Macht in kleineren politischen Einheiten zu bringen, bei einer einheitlichen zu mindest europäischen Währung, ohne staatliche Grenzen. Die westlichen deutschen Grenzen zeigen, das Pässe überflüssig werden können. Wenn neue Staaten entstehen, dürfen keine neuen Grenzen entstehen. Warum müssen die Kroaten sich eine neue Währung schaffen? Warum müssen die Ballten eine Grenze zu Rußland ziehen? Weite Teile haben diese sinnlose Politik schon begriffen, nur wie lange wird es dauern bis man die richtigen Lehren daraus zieht.

Ich finde die Grundüberlegung der GUS, der Nachfolgerin der Sowjetunion gut. Unabhängige Staaten mit einer einheitliche Währung und einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit, nur bezweifle ich, das dieser Staatenbund lange leben wird. Erst wenn man noch weiter dezentralisiert um dann von unten neue zentrale Strukturen auf zu bauen, wird auf dem Weg zu einer neuen Gesellschaft voran kommen und dieser Weg braucht Zeit.

4.4. Die Wirtschaft

4.4.1. Wirtschaftswachstum und Ökologie

Schaut man sich die Äußerungen grüner Politiker an, könnte man den Eindruck gewinnen, das es nur zwei Alternativen gibt, entweder Wachstum in der Wirtschaft, was die Natur vernichtet oder Verzicht auf Wachstum, um so die Natur und damit den Menschen zu retten.

Auf der anderen Seite steht das Argument, wie brauchen das Wachstum, da die Menschen nur weiter leben können, wenn sie sich weiter und nicht zurück entwickeln. Stillstand in der Natur und damit in der menschlichen Gesellschaft bedeutet das Ende der Menschheit.

Als einer der versucht sich von diesem 0-1 oder rot-schwarz Denken zu lösen, stehe zwischen Baum und Borke. Auf der einen Seite sehe ich die Bedrohung der Natur durch ungebremsten Wachstum, auf der anderen Seite sehe ich ein, daß wir ein weiteres Wachstum brauchen. Nur wie sieht dieses Wachstum aus. Brauchen wir heute wirklich rauchende Schornsteine oder kann das Wachstum auch anders aussehen. Warum wecken wir weiter materielle Bedürfnisse, wenn man auch geistige Bedürfnisse wecken kann. Warum wird der Wohlstand an der Automobilierte und nicht im geistigen Niveau bewertet.

Wir brauchen auch in Zukunft das Wachstum der Wirtschaft, nur darf dieses Wachstum nicht in rauchenden Schornsteinen dargestellt werden.

4.4.2. Groß- oder Kleinbetriebe

In Deutschland ist der Wahnsinn stark verbreitet, daß Kleinbetriebe das Rückrad der Wirtschaft darstellen. Aber im Zusammenhang mit dem Nicht-"Aufschwung-Ost" mußten selbst CDU-Kreise feststellen, daß die Großbetriebe oder wirtschaftlichen Zentren für die Infrastruktur noch wichtiger sind. Auch bei Fragen der Wirtschaftlichkeit haben Großbetriebe, die ein gewisses Maß an Flexibilität erreicht haben, die besten Chancen im Wettbewerb, so wird sich in einer automatisierten Zukunft auch bei der direkten Produktion das dominierende sein. Somit werden auch in Zukunft vor allem Großbetriebe die

materielle Produktion durchführen. Sicher werden auch in anderen Bereichen größere Betriebe dominierend werden, aber vor allem auch in Dienstleistungsbereichen werden Kleinbetriebe weiter ihre Chance haben. Vor allem am Beginn einer neuen Gesellschaft werden diese Kleinbetriebe einen wichtigen Wachstumsfaktor darstellen. Vor allem für Lösung bestimmter Aufgaben werden sich bestimmte Teams bilden, die dann wieder nach Erfüllung dieser Aufgabe auseinander fallen.

4.4.3. Spezialisierung

Die Spezialisierung hat in den letzten Jahren immer mehr zugenommen. Es gibt keinen Grund, daß es in Zukunft nicht so sein wird. Die Frage ist eigentlich nur, wie erfolgt die Spezialisierung - Produkt oder Technologie bezogen?

Natürlich wird sich der einzelne Mensch Technologie bezogen spezialisieren. Es wird aber bei den Unternehmen oder auch nur einfachen Teams zu einer Produktspezifischen Spezialisierung kommen. Das heißt ich stelle eine bestimmte Produktlinie mit unterschiedlich spezialisierten Fachleuten her. Dies ist eigentlich schon immer so gewesen und wird auch weiter so bleiben.

4.4.4. Die Selbständigen

Ich hatte in der letzten Zeit immer 2 Problem bei denen ich keine richtige Lösung an bieten konnte. Problem Nummer eins waren die Selbständigen. In der Bundesrepublik Deutschland fördert man in den letzten Jahren immer mehr den Stand der Selbständigen. Welche Rolle können aber die Selbständigen in der Zukunft spielen? Im Zusammenhang mit dieser Problematik muß man auch die Flexibilität der Selbständigen in der Wirtschaft sehen. Dieser Flexibilität steht aber die soziale Sicherheit des Einzelnen gegenüber.

Auf der anderen Seite war der Arbeitsmarkt Ich konnte das Problem der Flexibilität nicht in den Griff bekommen. Wenn ich gesellschaftliches Eigentum will, kann ich niemanden entlassen. Er ist ja ein Teil der Besitzer und trägt Mitverantwortung. Damit wird das System aber träge und unflexibel. Aus als ich diese beiden Probleme zusammenbrachte, fand ich eine Lösung.

Warum brauche ich für geistige Probleme feste Teams. Ich schaffe flexible Teams. Zu jeder Aufgabe bilden sich neue Teams mit unterschiedlichen Aufgaben. Jeder hat seine Funktion in diesem Team. Mit dem Ende der Aufgabe löst sich dieses Team wieder auf. Am besten funktioniert ein solches System bei dem Bau neuer Anlagen und der Entwicklung neuer Produkte.

Jeder Ingenieur ist sein eigenes Unternehmen, welches sich auf ganz bestimmte Aufgaben konzentriert. Dieses System gibt es sicher schon in Formen in der Wirtschaft. So gibt es Krisen-Manager, die nur auf Zeit angestellt werden, um Engpässe im Unternehmen zu lösen. Typisch sind solche Teams aber in der Forschung. Z.B. bei Expeditionen wird so etwas gern praktiziert. Einen breiten Durchbruch kann diese Art heute aber nicht bringen, da es rechtstechnisch und damit teurestechnisch so etwas nicht gibt. In dem starren Wirtschaftsgefüge ist so etwas in heutiger Zeit unvorstellbar. Aus wirtschaftlicher Sicht sind solche Vorstellungen aber denkbar. Auch hier wird man erst in einer neuen Gesellschaft interessante Möglichkeiten haben.

4.5. Das neue Weltbild und die Linke

Ich bin schon als "rotes Schwein" bezeichnet wurden. Man hat mir erklärt, daß die PDS gegenüber meiner Anschauung eine braune Partei ist. Linke dagegen werfen mir vor, das ich CDU-Gedankengut verwende. Das gebe ich ja sogar zu. Ich will das Selbe, wie die CDU auf ihre Wahlplakate geschrieben hat: ein soziales, ökologisches, vereintes Europa. Natürlich unterscheiden sich die vorgeschlagenen Wege dahin. Die CDU macht Wahlversprechungen und ich will gesellschaftliches Eigentum.

Wenn ich aber in der Überschrift von einer "Linken" schreibe, muß ich aber auch schreiben, das ich heute von der Einteilung Linke und Rechte nichts mehr halte. Diese Einteilung ist überholt, weil beide nur unterschiedliche Formen des Kapitalismus anstreben. Deshalb hat sich die SPD ja auch zur bürgerlichen Partei entwickeln können. Ich halte ja auch nicht viel von Parteien, weil sie historisch überlebt haben. Parteien werden nur so lange existieren, so lange auch die kapitalistische Produktionsweise existiert. Die Parteien haben sich heute zu Wahlversprechungsorganisationen entwickelt, die nichts mehr für die Zukunft der Menschheit tun können. In wie weit Bürgerbewegungen in Zukunft eine Chance haben, hängt sicher auch davon ab, in wie weit sie ihr Vorurteil gegenüber den Gesellschaftswissenschaften ablegen können. Wenn sie es schaffen, in ihre Ziele wissenschaftlich begründbare Grundlagen auf zu bauen, können sie in Zukunft eine Chance haben, vor allem beim Übergang in eine neue Gesellschaft. Zur Zeit sieht es so aus, als ob dies die Bürgerbewegungen nicht schaffen.

Da man aber eine Basis haben muß, auf die man aufbauen muß, stehe ich der Linken sehr nahe. Das hängt damit zusammen, das die Rechte jegliche Veränderungen ablehnt, während die Linke auf wissenschaftliche Grundlagen eine neue Gesellschaft aufbauen will. Es hängt also nicht damit zusammen, das die Linke den Sozialismus erhalten will. So gibt es heute für mich immer mehr Gegensätze zur Linken. Hauptkonflikt ist sicher, das ich die führende Rolle der Arbeiterklasse ablehne. Im Gegenteil, ich sehe die Arbeiterklasse als etwas konservatives an, die ein großes Hindernis auf den Weg in eine neue Gesellschaft sein wird.

Aber was erwarte ich nun von der Linken? Ich möchte dazu einige Punkte aufzuführen, wo ich Unterschiede zur Linken sehe. Natürlich ist es vermessend, wenn ein Einzelner von einer historisch gewachsenen Weltbewegung verlangt, das sie sich ändert. Ich muß aber auch feststellen, das die Linke zur Zeit kein Ziel hat. Vielleicht denkt "die Linke" einmal über die Punkte nach und erhält so neue Impulse. Also versuchen wir es: Einer gegen die gesamte Linke Welt:

- Sie muß erkennen, das der Untergang des real-existierenden Sozialismus eine historische Notwendigkeit ist, d.h. sie muß ihre Ideale korrigieren, also der Zeit anpassen. (Ich weiß, daß das nicht leicht ist und Zeit braucht. Ich kann aber schon gewisse Fortschritte erkennen.)

- Sie muß nach einer höheren Gesellschaft streben, was ja erst einmal nicht neu ist, aber diese Gesellschaft sollte den gesellschaftlichen Notwendigkeiten angepaßt sein.

- Ihr Endziel sollte der Kommunismus sein, als ideale Gesellschaftsordnung. Sie sollte aber auch akzeptieren, daß sie diese nie erreichen wird, da sich diese ideale Gesellschaft mit der gesellschaftlichen Entwicklung auch immer weiter entwickeln wird. Mit dem Vorschreiten der Gesellschaft wird auch das Idealbild der Gesellschaft voranschreiten. (Hier hat man noch erhebliche Probleme. Diese hängen aber eher mit dem Begriff als mit der Idee zusammen.)

- Die Linke muß sich neu organisieren. Es muß akzeptiert werden, daß die Welt in Bewegung geraten ist. Genauso ist Bewegung in die Ziele des Einzelnen gekommen. Von alten Weggefährten muß man sich trennen und neue werden hinzukommen. Es muß eine neue breite Front für eine neue Gesellschaft wachsen.

- Marx muß kritisch analysiert werden; was von seiner Lehre ist heute noch aktuell und was muß neu analysiert werden. Die Lehren von Marx und Lenin stellen noch den aktuellen Höhepunkt der Gesellschaftswissenschaften dar, sie reichen aber heute nicht mehr aus.

- Die deutsche Linke sollte nicht in den Fehler verfallen, das Deutschland der Nabel der Welt ist. Es gibt verschiedene Erscheinungsformen des Kapitalismus und überall gibt es für eine neue Gesellschaft etwas zu lernen.

- Man kann und man muß vom real-existierenden Kapitalismus lernen, genau wie man aus den Fehlern des real-existierenden Sozialismus lernen muß. Der Kapitalismus ist kein rotes Tuch. Er ist am Ende, aber immer noch zu beachten.

- Wir brauchen eine große Diskussion über die neuen Ziele, ohne in eine Grundsatzdiskussion zu verfallen. Es muß in kürzester Zeit ein "neues Weltbild zusammengediskutiert" werden. Es ist dabei durchaus mit einer Spaltung der Linken zu rechnen. Ich halte aber eine gesplattene aber aktive Linke besser, wie eine Linke, so wie sie sich heute darstellt, zumal man schon heute nicht mehr von einer einzigen Linken sprechen kann. (Von einer kurzen Zeit kann man nicht mehr sprechen, aber langsam fängt es in den Köpfen an zu räumen.)

- Die Linke muß aus ihrer Stagnation heraus. - Der Sozialismus ist tod, aber die gesellschaftliche Entwicklung geht weiter. Lieber einen falschen Weg, den man korrigieren kann, wie stehen bleiben auf der alten Stelle.

- Die Marktwirtschaft ist nicht schlecht, nur weil die Konservativen den Unterschied zwischen Privat- und Marktwirtschaft nicht begreifen wollen.

- Selbst wenn die Zeit für eine neue Gesellschaftsordnung in Wirklichkeit noch nicht reif sein sollte, so wäre eine demokratischere Form des Kapitalismus doch auch schon ein Erfolg. (Dabei wird es immer schwieriger, an einer Zukunft des Kapitalismus zu glauben.)

Gerade weil es der "Linken" bisher nicht gelungen ist, dem real-existierenden Kapitalismus eine wirklich realistische Alternative entgegen zu setzen, beschwört sie einen Bürgerkrieg in ganz Europa herauf.

Ich sehe ja ein, das ich von der Linken fast einen Selbstmord verlange. Ich habe aber die Forderungen auch bewußt so hart formuliert, da die bevorstehenden Aufgaben auch nicht leicht sein werden. Gegenüber den bevorstehenden Problemen war der Zusammenbruch des Ostblockes ein Kinderspiel, zu mal noch jeder wissenschaftlicher Halt fehlt. Die Linke lebte bisher nur in den Ideen von Marx und konnte auf ihn aufbauen. Nun ist sie gezwungen, sich selbst einen Weg vor zu geben. Das heißt nach 100 Jahren Leben auf einem sicheren Boot, nun, da die Segel kaputt sind, ins Wasser zu springen und zu schwimmen.

Ich weiß aber auch, das nur Teile der Linken in der Lage sein werden, eine neue Gesellschaft an zu streben. Wer sich als konservativ gibt, will das Alte behalten und ist somit nicht bereit etwas Neues an zu streben. Eine Stagnation in der Gesellschaft wird aber immer neue Probleme bringen und erst recht in einer Zeit wie heute, wo die Gesellschaft nach dem kalten Krieg in einer stürmischen Bewegung ist. Es zeigt sich ja auch, das die Probleme in Polen, Ungarn, Rumänien, der Sowjetunion und den anderen Ländern des ehemaligen Ostblockes nicht mit der "Sozialen Marktwirtschaft" gelöst werden können. Es zeichnet sich auch keine (schnelle) Lösung der Probleme der ehemaligen DDR nach der schnellen Wi(e)dervereinigung ab. Es entsteht ein politisches Vakuum, was geschlossen werden muß. Wird es nicht von Kräften mit einer klaren Gesellschaftsvorstellung geschlossen, werden es Kräfte mit unhaltbaren Versprechungen sein. Das der Boden dafür fruchtbar ist, haben schon viele Wahlen in letzter Zeit gezeigt, z.B. die in Bremen. Wenn rechtsradikale in die Parlamente einziehen, so muß sich auch die Linke gefallen lassen, wenn man sagt, das sie dies auf Grund ihrer Konzeptionslosigkeit zugelassen hat.

Nicht nur der Bürgerkrieg in Jugoslawien zeigt, das Völkerprobleme vorhanden sind. Es ist nicht gesagt, das der Bürgerkrieg an den alten jugoslawischen Grenzen halt macht. Hier ist auch die Linke gefordert. Sie muß den Menschen eine Alternative geben, sonst suchen sich die Menschen eine Alternative und die könnte durchaus in einen 3. Weltkrieg führen...

Außerdem müssen wir lernen uns von Begriffen zu lösen. Die Kommunistische Plattform der PDS hat für mich nichts mit Kommunismus zu tun, sie ist total konservativ.

4.6. Was kommt danach und was ist Kommunismus?

Je länger ich über eine neue Gesellschaft nachdenke, desto konkreter werden die Vorstellungen über eine neue Gesellschaft. Um aber auch anderen meine derzeitigen Ideen-Stand mitteilen zu können, muß ich einmal zum Abschluß dieser Niederschrift kommen. Auch wenn diese Überarbeitung nur eine kurze Ergänzung darstellt. Aber ein ständiges Nachdenken über diese Thematik bringt auch ständig neue Ideen. Ich halte dies für einen guten normalen Prozeß. Die Gedanken haben sich auch gewandelt. Während es am Anfang das Nachdenken darum ging, wieso der Sozialismus zu Ende ging, stehen heute schon konkrete Aussagen über eine neue Gesellschaft und sogar wie sie zu erreichen ist. Es ist auch nur eine Frage der Zeit, wenn ich diesen Text wieder überarbeite, weil ich neue Ideen habe.

Für mich stellen die Schriften über die Gesellschaft so etwas dar, wie ein Lexikon. Jede neue Auflage muß neu bearbeitet werden, weil sich die Gesellschaft weiter entwickelt. Stichworte in einem Lexikon ändern auch ihre Bedeutung, neue Begriffe kommen hinzu. Genau so, wie man ein Lexikon immer wieder der aktuellen Gesellschaftssituation anpaßt, so müßte man die Schriften der Gesellschaftswissenschaften ständig überarbeiten. Jeder Physiker wird auch die neuen Lehrbücher nehmen, weil die alten zum Teil überholt sind. So halte ich es auch für richtig, diese Zeilen immer wieder neu zu überarbeiten. Jede Fassung stellt meine aktuelle Meinung da zu dar.

Um aber keinen Irrweg zu gehen, halte ich es jetzt, Anfang 1994, für notwendig, meine Gedanken wieder einmal abzuschließen und einer zwingend notwendigen Diskussion zu stellen. Natürlich verleitet es, noch auf die Ereignisse im Vorfeld des Superwahljahres ein zu gehen. Ich werde das auch noch tun, aber zu einem späteren Zeitpunkt. Diese Seiten werden nie einen endgültigen Abschluß erhalten, auch nicht, wenn sich vielleicht zur Jahrtausendwende in den ersten Regionen die neue Gesellschaftsordnung durchgesetzt hat. Es werden immer neue Seiten hinzu kommen. Genau so, wie es meine neue Weltanschauung verlangt.

Vielleicht erwartet man von mir eine konkrete Aussage darüber, ob ich einen eigenständigen ostdeutschen Weg für möglich halte. Ich weiß es. Der logische Verstand sagt, daß mit dieser Altersstruktur der Bevölkerung und der brachliegenden Wirtschaft kein eigenständige Weg möglich ist. Das Gefühl sagt aber, daß nur ein eigenständiger Weg uns aus dieser Misere befreien kann. Wem soll ich glauben, den Taschenrechner im Kopf oder dem Gefühl im Herzen? Diesen Widerspruch kann ich noch nicht entscheiden. Vielleicht steht schon in der nächsten Fassung ein Abschnitt "Der eigene Weg des Ostens", noch bin ich nicht soweit. Aber bereits diese Fassung hat einiges Neues gebracht.

Also was ist nun aber neu an meinen Gedanken?: Ich gehe davon aus, das der real-existierende Sozialismus "nur" eine spezielle Form des Kapitalismus war und ist. Er konnte sich nicht zu einer neuen Gesellschaftsordnung entwickeln, da sich noch keine neue Produktionsweise herausgebildet hatte. Heute hat sich mit der Automatisierung eine neue Produktionsweise herausgebildet. Nach dem Feudalismus, der geprägt war durch eine vorwiegend landwirtschaftliche Produktion, und dem Kapitalismus, der geprägt ist durch die vorwiegend körperliche industrielle Produktion, kommt nun die Gesellschaft, die vor allem durch die geistige produktive Arbeit geprägt ist.

Meine Gedanken lehnen den Marxismus nicht ab, ich befürworte aber, das man in den Gesellschaftswissenschaften genau so vor geht, wie in den anderen Wissenschaft: Ständiger Zweifel an bestehenden Lehren. Mein Hauptzweifel gegenüber Marx besteht in der führenden Rolle der Arbeiterklasse. Ich vertrete die Meinung, die Arbeiterklasse kann sich nur im Kapitalismus voll entfalten, mit dem Ende des

Marx hat mit seiner Kommunismustheorie die Menschheit von der Notwendigkeit der Entwicklung der Gesellschaftswissenschaften abgelenkt. Ich möchte deshalb davor warnen, heute schon über eine weit entfernte Gesellschaftsordnung zu diskutieren, wenn wir noch nicht einmal die nächste erreicht haben. Um aber zu zeigen, das es wenig Sinn hat, zu glauben, daß ich eine Gesellschaftsordnung anstrebe, die wiederum die Vorstufe des Kommunismus darstellt, möchte ich eine kleine Exkursion in die Zukunft machen:

Die Weltraumfahrt stagniert heute. Hauptgrund ist wieder einmal, daß das Geld, sprich das Kapital, fehlt. Durch die neuen Produktionsweise einer neuen Gesellschaftsordnung würde es zu einem Produktionsschub kommen müssen, eine Erfahrung, die auf die Ergebnisse der Geschichte aufbaut, da z.B. bereits neue Formen des Kapitalismus, wie der Sozialismus oder Adenauers "Soziale Marktwirtschaft", bereits einen Produktionsschub brachten.

Mit diesem Produktionsschub würde auch die Raumfahrt neue Impulse erhalten. Mit der Weiterentwicklung der Raumfahrt wird auch wieder eine Ansiedlung im Weltall technisch möglich. Utopische Filme der siebziger Jahre könnten dann zur Realität werden. Damit werden aber auch neue Probleme entstehen, die gelöst werden müssen. Das werden Probleme sein, von denen wir heute nicht die Spur einer Ahnung haben. Vielleicht sind es aber gerade diese Problem, die ein neues Gesellschaftsmodell notwendig machen, vielleicht sind es auch ganz andere Probleme.

Karl Marx schrieb, das mit der Zunahme des Kapitals auch die Arbeiterklasse zahlenmäßig zunimmt. Nachdem aber die Mikroelektronik ein schnelleres Wachstum der Automatisierung zu ließ, ist die Arbeiterklasse nicht mehr zahlenmäßig gewachsen. Im Gegenteil, heute produzierten weniger Arbeiter immer mehr. In Zeiten von Marx war es unvorstellbar, das eine ganze Fabrik vollautomatisch arbeiten sollte. Heute ist dies kein Traum mehr, sondern Wirklichkeit. Heute träumen wir von "Schleichwegen" durch das Weltall, um schneller in andere Sonnensysteme zu gelangen. Heute können Wissenschaftler über solche Träume nur lachen. Aber auch zu Zeiten von Karl Marx konnte man über automatisch arbeitende Fabriken nur lachen.

Mit den ersten bemannten Raumflügen entwickelt sich ein Filmgebiet besonders rasch, der utopische Film. In den letzten Jahren ist es ruhig darum geworden. Es ist ja auch verständlich: Die Gesellschaft stagniert, sie ist in eingefahrenen Gleisen blockiert.

5. Zusammenfassung und Nachwort

Kapitalismus geht sie vor allem Zahlenmäßig zurück, damit kann sie auch nicht zum Totengräber des Kapitalismus werden. Was wir an den Gesellschaftswissenschaften heute vor allem brauchen, ist, das sie sich schnell mit den Realitäten beschäftigen und das die Gesellschaftswissenschaftler nicht den Kopf in den Sand stecken, sondern fleißig an der Weiterentwicklung arbeiten. Dazu brauchen wir den Meinungsstreit. Diesen Streit können wir aber nicht wie Stalin führen. Lieber mit CSU-Anhängern diskutieren, wie Kommunisten ins Konzentrationslager schicken.

Ich entwickle eine Theorie über eine neue Gesellschaftsordnung, ohne zu sagen, wie sie heißt. Ich möchte hier nicht unbedingt einen Namen vorgeben. Lange war ich auch bereit, ihr den Namen demokratischer Sozialismus zu geben. Heute vertrete ich diese Meinung nicht mehr, da die Gesellschaft, die ich herauf kommen sehe, nichts mehr mit dem Sozialismus zu tun hat. Ich wäre deshalb heute dafür, ihr einen Namen zu geben, der mehr mit dem neuen Merkmal dieser Gesellschaft zu tun hat: einer Gesellschaft, die durch die geistig produktive Arbeit geprägt ist. Vielleicht könnte der Namen in Richtung "Intellismus" gehen. Ich weiß das viele Menschen heute nichts mehr mit Ismen zu tun haben wollen, aber gerade das halte ich für den entscheidenden Fehler. Der allgemein übliche Begriff ist sicher "Postindustrielle Gesellschaft". Auch gegen diesen Begriff gibt es nichts zu sagen.

Den durch die Polen und Gorbatschow eingeleiteten Zusammenbruch des Ostblockes halte ich für die erste Phase einer Revolution. Zur Zeit ist die 2. Phase im Gange (und in einigen Gebieten geht sie langsam zu Ende): Die Zerschlagung der zentralistischen Machtstrukturen. Die Wirtschaft hat einen Entwicklungsstand erreicht, in dem die alte Gesellschaftsordnung hemmend auf deren Weiterentwicklung wirkt. So kommt es auch, das sich die Gesellschaft weiter entwickelt, ohne das sich dem die Menschen bewußt werden. Die Wirtschaft zeigt der Menschheit wieder einmal, das die Gesellschaft Gesetzen unterworfen ist, die kein Herr Kohl außer Kraft setzen kann. Während die Menschen gerade die Wissenschaftlichkeit der Gesellschaft ablehnen, zeigt sie, das sie sich doch nach Gesetzen entwickelt. Es ist heute dringend notwendig, das wir diese Gesetzmäßigkeiten erkennen, nicht das die Menschen die Erde in einen neuen Weltkrieg stürzen und so das Ende der Menschheit bestimmen.

Hat man sich durch die vielen Seiten bis hier her durchgekämpft, könnte man den Eindruck erhalten, daß ich sie schon als endgültige Lehre ansehe. Dem ist aber nicht der Fall. Natürlich sehe ich es als die zur Zeit richtige Meinung an: ich bin mir aber bewußt, das viele Überlegungen falsch sein können. Und hier muß man mit der Diskussion anfangen. Wir haben lange schon eine Lehre als die absolut richtige angeboten. Ich weiß aber auch, daß viele Gedanken neu sind. Ich weiß auch, das viele Menschen nach dem Lesen noch nicht bereit sind, darüber zu diskutieren, gerade weil es neu ist und so viele "bewährte Thesen" über den Haufen geworfen werden. Es braucht Zeit und "Platz" für neue Gedanken. Die Zeit läuft für neue Gedanken, auch wenn vor uns Zeiten liegen, die mit einer ordentlichen Weltanschauung eher gemeistert werden könnten. Inzwischen hat ja die Suche nach neuen Ideen begonnen. Ich rechne sogar damit, daß in absehbarer Zeit neue Schriften die Menschen überfluten werden.

Ich werde häufig als Pessimist bezeichnet, weil ich für die deutsche Wirtschaft schwarz sehe, ich fühle mich aber als Optimist, vor allem, wenn ich nach Asien schaue, aber inzwischen bin ich auch für Europa und auch für Deutschland optimistisch. Pessimistisch bin ich nur beim Thema "Soziale Marktwirtschaft".

Bei allen anstehenden Problemen sollten wir aber auch nie den folgenden Ausspruch vergessen:

Wer zu spät kommt, den bestraf das Leben.

Lutz

Anfang 1994

(stark überarbeitet und ergänzte Fassung zu der von Pfingsten 1992)

Inhaltsverzeichnis:

Vorbemerkungen	1	1.9. Was ist Kommunismus	5
0. Vorwort	1	1.10. Bin ich ein Kommunist?	6
0.1. Allgemeines Vorwort	1	2. Aktuelle Probleme	6
0.2. Aktueller Zeitbezug	1	2.1. Die Völkerprobleme in der Welt	6
1. Ein Stück Geschichtsaufarbeitung	1	2.1.1. Die Ereignisse in L.A.	6
1.1. Was war der "real-existierende Sozialismus"?	1	2.1.2. Der Zusammenbruch in der GUS	6
1.2. Was ist eine Revolution	2	2.1.3. Die Reste Jugoslawiens	6
1.2.1. Die Oktoberrevolution	2	2.2. Südostasien der Todengräber der "Sozialen Marktwirtschaft"	7
1.3. Der Sozialismus ein Teil des Kapitalismus	2	2.3 Deutschland der Wirtschaftsmittelpunkt Europas?	7
1.4. Die Rolle der Gesellschaftswissenschaften	2	2.4. Die CDU eine stalinistische Partei	8
1.4.1. Gesellschaft und Wissenschaft	2	2.5. Die Entwicklung in Ostdeutschland	8
1.4.2. Welche Rolle spielen die Ideen von Marx heute?	3	2.5.1. Rolle industrieller Zentren	9
1.4.3. Die führende Rolle welcher Klasse?	3	2.5.2. Rolle großer Gewerbegebiete	9
1.4.4. Die Geschichte einmal anders betrachtet	3	2.5.3. Die Bevölkerungsstruktur	9
1.5. Die Wende	4	2.6. Die Rolle des Sozialen in der Gesellschaft	9
1.5.1 Was war die Wende?	4	2.7. Wie löst man grüne Probleme?	9
1.5.2. Die Lehren der Wende	4	2.8. Verkehrsprobleme	10
1.6. Die erste gesamtdeutsche Wahl	4	2.9. Meinungsmacher	10
1.7. Die Rolle der Parteien	5	2.10. Kommunikation	10
1.8. Was ist Demokratie?	5	2.11 Geld und Kapital	11

2.12. Bildung - Motor der Gesellschaft	11	3.12. Teile einer Revolution	18
2.12.1. Die deutsche Bildungspolitik	12	4. Eine Utopie	18
2.13. Nieten in Nadelstreifen	12	4.1. Eine Revolution "frißt" ihre Kinder	18
2.14. Die Rolle der Kirche	12	4.2. Wie kann es weiter gehen?	18
3. Gegenwart und Zukunft	12	4.2.1. Eine Spekulation	20
3.1. Ein Gesellschaftsmodell	12	4.3. Europa in Bewegung - Asien im Aufbruch	20
3.2.. Krieg oder Revolution?	13	4.4. Die Wirtschaft	21
3.3. Privateigentum oder Staatseigentum	14	4.4.1. Wirtschaftswachstum und Ökologie	21
3.4. Arbeitslose als Marktreserve oder Recht auf Arbeit	14	4.4.2. Groß- oder Kleinbetriebe	21
3.5. Subventionen ja oder nein	15	4.4.3. Spezialisierung	21
3.6. Was ist ein höheres Lebensniveau?	15	4.4.4. Die Selbständigen	21
3.7. Staat und Demokratie	15	4.5. Das neue Weltbild und die Linke	21
3.8. Eigentum an Grund und Boden	16	4.6. Was kommt danach und was ist Kommunismus?	21
3.9. Die Rolle der Gemeinden	16	5. Zusammenfassung und Nachwort	22
3.10. Wie kann gesellschaftliches Eigentum aussehen?	17	Inhaltsverzeichnis:	22
3.11. Gesellschaft und gesellschaftliches Eigentum	17		